

194/KOMM XXIV. GP

KORRIGIERTE FASSUNG laut Beschluss gemäß § 23 VO-UA vom 10. Mai 2012
(siehe Anhang bzw. Fußnoten)

Kommuniké

**des Untersuchungsausschusses zur Klärung von Korruptionsvorwürfen
(910/GO XXIV. GP)**

Untersuchungsausschussprotokoll der 16. Sitzung vom 15. März 2012 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss zur Klärung von Korruptionsvorwürfen hat am 18. November 2011 einstimmig beschlossen, alle Protokolle (bzw. Tonbandabschriften) der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniké zu veröffentlichen.

Der Ausschuss hat weiters einstimmig beschlossen, dass für den Fall, dass gemäß § 23 Abs. 3 VO-UA Einwendungen gegen Fehler in der Protokollierung erhoben werden und diese vom Ausschuss mit Beschluss anerkannt werden, die Parlamentsdirektion zu beauftragen ist, die Internetversion zu berichtigen und als solche auch zu kennzeichnen.

Hinweis: Dieses Protokoll wird im Falle von konkreten von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobenen Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger, die vom Untersuchungsausschuss anerkannt wurden, korrigiert.

PROTOKOLL

**Untersuchungsausschuss
zur Klärung von Korruptionsvorwürfen**

16. Sitzung/ öffentlicher Teil

vom 15. März 2012

Gesamtdauer der Sitzung:

9.09 Uhr – 18.12 Uhr

Wien, 2012 03 15

Dipl.-Ing. Gerhard Deimek

Schriftführer

Dr. Gabriela Moser

Obfrau



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Untersuchungsausschuss

zur

Klärung von Korruptionsvorwürfen



Protokoll

(verfasst vom Stenographenbüro)

16. Sitzung/ öffentlicher Teil

Donnerstag, 15. März 2012

Gesamtdauer der 15. Sitzung
9.09 Uhr – 18.12 Uhr

Lokal VI

Auskunftspersonen

(16. Sitzung; Donnerstag, 15. März 2012)

<i>Dipl.-Ing. Dr. Boris NEMSIC</i>	3
<i>Dr. Erich GNAD</i>	43
<i>Ing. Michael FISCHER</i>	55
<i>Mag. Alois SCHREMS</i>	93
<i>Mag. Gabriela STIMPFL-ABELE</i>	119

Die Beratungen des Untersuchungsausschusses zur Klärung von Korruptionsvorwürfen beginnen um 9.09 Uhr und finden bis 9.12 Uhr unter **Ausschluss der Medienöffentlichkeit** statt; gesonderte **Auszugsweise Darstellung, nichtöffentlicher Teil.**)

9.12

Obfrau Dr. Gabriela Moser leitet – um 9.12 Uhr – zum **medienöffentlichen Teil** der Sitzung über und ersucht darum, die **erste Auskunftsperson** in den Sitzungssaal zu bitten.

9.13

Auskunftsperson Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur Anhörung von Herrn Direktor **Dr. Boris Nemsic** als **Auskunftsperson**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie dann während der Anhörung derartige Geräte außerhalb des Saals. Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Dr. Nemsic, ich danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre Pflicht zur **Angabe** der **Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern.

Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic. Geburtsdatum: 17.8.1957. Anschrift: Wien. Beruf: Unternehmer, und Sie stehen infolgedessen nicht in einem öffentlichen Dienstverhältnis.

Herr Dr. Nemsic, auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Ich weise Sie auch darauf hin, dass Sie über die Errichtung und den Inhalt von Rechtsgeschäften, bei welchen Sie als Urkundsperson beigezogen worden sind, die Aussage auch wegen eines zu besorgenden vermögensrechtlichen Nachteils nicht verweigern dürfen.

Ich glaube, die Medienvertreter, die Fotografinnen und Fotografen sowie die Kameramänner in diesem Fall haben genügend Zeit gehabt, ihre Schwenks vorzunehmen und zu knipsen. Ich ersuche Sie deshalb, den Saal zu verlassen.

Ich darf nun auch die **Vertrauensperson** um ihre Personaldaten ersuchen. Ihr vollständiger Name lautet: Rechtsanwalt **Universitätsprofessor Dr. Richard Soyer**, am 18.11.1955 geboren, wohnhaft in Wien.

Ich frage die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Universitätsprofessor Dr. Richard Soyer als Vertrauensperson auszuschließen ist, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist, wie ich sehe, nicht der Fall.

Dann setze ich fort mit der **Belehrung** der **Vertrauensperson**. Die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligter sind auch Ihnen bekannt. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten. Strafrechtliche Folgen kann daher zum Beispiel die Anstiftung zu einer falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der **Auskunftsperson**. Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder an der Stelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie ausgeschlossen werden als Vertrauensperson. Sie sind auch anwesend, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist. Und sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird mich, wenn erforderlich, sofort informieren.

Damit können wir, Herr Dr. Nemsic, in die Befragung eingehen. – Wollen Sie vorher von der Möglichkeit Gebrauch machen, in Form einer zehnminütigen Erzählung Ihre Sicht der Dinge dem Ausschuss darzulegen? (*Die Auskunftsperson **bejaht** dies.*)

Auskunftsperson Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Schönen guten Morgen! Der Anlass, hier zu sein, ist natürlich allen bekannt. Und ich möchte auch diese Gelegenheit dazu nutzen, kurz meine Sicht der Dinge und die Erinnerungen beziehungsweise die Fakten, so wie sie mir vorliegen, Ihnen zu erläutern.

Ich bin am 1. April 1997 in die damalige Mobilkom Austria eingetreten als Bereichsleiter **Netzplanung**. Das hat sich als sehr interessante Arbeit herausgestellt. Ich wurde 1998 relativ schnell mit dem damals sehr wichtigen Projekt betraut der ersten Auslandsinvestition der Mobilkom Austria in Kroatien, wo wir 1998 auch diesen **Tender**¹ gewonnen haben. Und ich wurde dann zum Generaldirektor des Unternehmens im Entstehen ernannt, wo ich dann auch geblieben bin bis zum Mai 2000. Im Mai 2000 wurde Herr Sundt zum Generaldirektor der Telekom Austria AG berufen, und ich bin sozusagen nachgerückt zum CEO oder Generaldirektor der Mobilkom Austria.

Der Telekom Austria-Vorstand wurde damals neu zusammengestellt im Lichte des Börseganges, der in Vorbereitung war. Das war eine funktionelle Aufteilung im Vorstand Technik, Marketing, Finanzen und Strategie im Zusammenhang mit Herrn

¹ Korrektur gemäß § 23 Abs. 4 VO-UA (siehe Anhang)

Sundt, Herrn Colombo, Herrn Fischer und Herrn Brasic; wie gesagt, eine funktionelle Aufstellung.

Die Eigentumsverhältnisse der Telekom Austria damals waren, dass bei der Telekom Austria 25 Prozent durch die **Telecom Italia** gehalten wurden, und gleichzeitig wurden bei der Mobilkom Austria 25 Prozent von der **Telecom Italia Mobile** gehalten. Das war eine relativ interessante Zusammensetzung, weil sie natürlich jede Menge Konfliktpotential zwischen Festnetz und Mobil auf zwei Ebenen, und zwar sowohl im österreichischen Teil als auch im italienischen Teil, gehabt hat. In diese Arbeit war ich nicht eingebunden, weil die Mobilkom Austria als Tochtergesellschaft der Telekom Austria eigentlich in diesem Börsegang nicht in der ersten Reihe stand und auch, weil es nicht notiert war.

Das hat sich auf verschiedene Arten ausgewirkt. Einerseits war ich in keiner Art und Weise in die Entstehung des Stock Option-Programms eingebunden. Dieses wurde im Rahmen des Aufsichtsrats der Telekom Austria AG ausgehandelt und definiert. Natürlich war die Telekom Austria AG 100-prozentiger – oder 75-prozentiger, die restlichen 25 Prozent Telecom Italia Mobile – Eigentümer der Mobilkom Austria.

Die Telekom Austria wurde in den bereits liberalisierten Markt mit riesigen finanziellen Verpflichtungen entlassen, bereits 1996, 1997, und natürlich riesigen Beamtenverpflichtungen, was die Kostenstruktur und die Wettbewerbsfähigkeit der Telekom Austria, ich würde sagen: noch heute, negativ beeinflusst.

Wie gesagt, die Hauptgesellschaft war die Telekom Austria AG und dieses Stock Option-Programm – um das es heute, nehme ich an, hauptsächlich geht – ist im Jahr 2000 entstanden; und ich war in dieses nicht eingebunden, außer dass ich einer der Manager war, der in den Genuss des eventuellen Bonus kommen könnte; da war ich auch eingebunden. Beispiel: Ich habe als Generaldirektor der Mobilkom Austria circa 30 Prozent weniger Optionen zugeteilt bekommen als der Vorstand der Telekom Austria.

Mitte 2002 haben sich die Italiener entschlossen, sich aus Österreich zurückzuziehen. Der erste Rückzug erfolgte auf der Ebene der Telekom Austria AG. Das war, wie gesagt, Mitte 2002, glaube ich. Damit ist es auch zu einem Umbau im Telekom Austria-Vorstand gekommen. Dieser Umbau hat mit sich gebracht, dass wir eigentlich eine Aufteilung nach Geschäftsfeldern aufgebaut haben, und somit wurden Herr **Sundt** und Herr **Colombo** zuständig für den gesamten Bereich **Strategie und Finanzen**, Herr **Fischer** für das **Festnetz** und **ich** für die **Mobilkommunikation**. Das heißt, es wurde ab dann eine Aufteilung im Vorstand in den Geschäftsfeldern angestrebt, und es wurde im Sprachgebrauch als **Wireline** und **Wireless** behandelt. Wir hatten auch eine ziemlich strikte Geschäftsordnung, wer wofür zuständig ist. Wie gesagt: ich für die Mobilkommunikation, Herr Fischer für das Festnetz und Herr Colombo für die Finanzen.

Die Eigentümerverhältnisse damals waren so, dass die Italiener ihre Anteile über die Börse verkauft haben, zirka 60 Prozent oder etwas unter 60 Prozent wurden als **Free Float** an der Börse gehandelt, und die restlichen über 40 Prozent hat die ÖIAG gehalten an der Telekom Austria AG. Inzwischen hat die Telekom Austria AG den 25-prozentigen Anteil der Telecom Italia Mobile zurückgekauft, und somit war sie 100-prozentiger Eigentümer der Mobilkom Austria. Dieses Set-up wurde erhalten bis Mitte 2006.

Inzwischen gab es eine Vorstandsweiterbestellung Mitte 2004, in der ich stellvertretender Vorsitzender des Generaldirektors geworden bin. Herr Sundt war weiterhin Generaldirektor. Dort gab es eine Klausel, wo die Verträge um zwei plus drei Jahre verlängert wurden. Das heißt, es gab einen definierten Breakpoint.

In dieses Jahr 2004, genau in den Februar 2004, fällt auch der umstrittene Zeitpunkt, wo das erste **Stock Option-Programm** fällig wurde. Ich nehme an, dass das auch eines der wichtigen Themen ist, über die wir heute sprechen.

Ich bin in dieser Causa als **Beschuldigter** geführt, aber ich stehe natürlich für Ihre Frage zur Verfügung, weil ich persönlich und professionell das höchste Interesse habe, diese Vorgänge restlos zu klären. Ich habe dazu auch eine volle Entbindung von der Telekom Austria beantragt – und auch bekommen.

Ich war zu dem Zeitpunkt, in dieser Woche, wo diese fünf Tage, die Schlüsseltage für die Berechnung waren, bei der Handy-Messe in Cannes. Ich glaube, auch einige Kollegen von der Presse waren damals mit. Es war eine sehr intensive Angelegenheit, und ich bin erst nach der Woche beziehungsweise nach dem Wochenende nach Österreich zurückgekehrt.

Ich möchte auch betonen, dass ich sofort, absolut **sofort** nach der ersten öffentlichen Information über mögliche Manipulationen rund um das Stock Option-Programm den erhaltenen Betrag **zurückbezahlt** beziehungsweise auf ein **Treuhandkonto** gelegt habe. Ich habe das in zwei Tranchen gemacht. Ich habe von der Telekom Austria sofort am gleichen Tag die Auskunft verlangt, wie viel ich ausbezahlt bekommen habe im Jahr 2004. Das waren 117 812 €, die ich umgehend auf ein Treuhandkonto einbezahlt habe. Ich wurde danach, nach zirka zwei Wochen, vom Anwalt der Telekom Austria mit einem Brief noch darauf aufmerksam gemacht, dass mir ein zweiter Teil des Bonus zugerechnet wurde, der drei, vier Monate später ausbezahlt wurde, und zwar in Höhe von genau 42 849 €, das heißt in Summe 160 662 €, und die habe ich zu 100 Prozent auf dieses Treuhandkonto hinterlegt und den Treuhandvertrag bei der Telekom Austria deponiert.

Ich möchte auch betonen, dass ich das damals gemacht habe, als die Beteiligten das in der Öffentlichkeit zugegeben haben, wovon ich im Vorhinein absolut keine Kenntnis gehabt habe. Ich habe das gemacht, **bevor** die Telekom Austria diesen Vorgang ins Rollen gebracht hat, denn ich will einen auf diese Art erhaltenen Bonus **nicht** haben. Ich wollte auch nicht warten, bis sich die Telekom Austria bei mir meldet. – So viel zu diesem Vorgang im Februar 2004.

Schwenk zu 2006: Wie gesagt, die Vorstandsverträge, diese zwei Jahre, wie ich vorher erwähnt habe, sind ausgelaufen, und es wurde vom Aufsichtsrat her auch eine neue Struktur der Telekom Austria Gruppe implementiert. Sie wurde implementiert in dem Sinne, dass eine Holding entstanden ist, die mit dem Namen **Telekom Austria AG** weitergeführt wurde. Es wurde das Festnetz, das früher sozusagen die Mutter war, ausgegliedert in eine eigenständige AG mit dem Namen Telekom Austria TA AG. Deshalb haben wir über **TATA AG** gesprochen; die Mobilkom Austria AG ist geblieben als eigenständige Aktiengesellschaft.

Meine Rolle in dieser neuen Struktur war Generaldirektor der Holding und Generaldirektor der Mobilkommunikation. Ich war natürlich in meiner Rolle als Telekom Austria Holding-CEO Aufsichtsratspräsident der Telekom Austria TA AG. Das ist wichtig zu unterscheiden wegen der entsprechenden Levels und entsprechenden Pflichten, die man da hat, beziehungsweise was man machen kann oder nicht machen kann.

Dieses Set-up wurde erhalten bis zu meinem Ausscheiden, aber ein wichtiger Punkt ist, dass Mitte 2008 Herr Fischer seine Funktion als Generaldirektor der Telekom Austria TA AG zurückgelegt hat; und ich wurde irgendwann, ich glaube, ab September, interimistisch auch Generaldirektor des Festnetzes, bis zur Bestellung von Herrn Ametsreiter am 1. Jänner 2009 als Generaldirektor des Festnetzes.

Ich bin aus der Telekom Austria AG auf eigenen Wunsch am 31. März 2009 ausgeschieden und habe die Funktion des CEO bei der **VimpelCom** in Russland übernommen, wo ich bis Mitte Juli 2011 tätig war.

Ich möchte betonen, dass ich trotz jetziger Turbulenzen um das Unternehmen Telekom Austria glaube, dass das Unternehmen trotzdem eine sehr erfolgreiche Restrukturierung vom staatlichen Monopolisten zum **Marktleader** im liberalisierten und äußerst kompetitiven Markt geschafft hat. Das Unternehmen ist zum stärksten regionalen Player in der Mobilkommunikation aufgestiegen, und die Gruppe hat mit 18 Millionen, heute bereits über 20 Millionen Kunden in acht Ländern – verglichen mit dem Heimmarkt mit nur 8 Millionen Einwohnern – eine beachtliche Kundenzahl.

Auch alle anderen operativen **KPIs** wie Umsatz, Margen, Profitabilität haben sich positiv entwickelt, und es muss auch hier gesagt werden, dass den MitarbeiterInnen der Telekom Austria dafür Anerkennung gebührt.

Mir persönlich tut es weh, dass derzeit nur die negativen Seiten diskutiert werden und dass das ganze Unternehmen Schaden erleidet. Ich hoffe und wünsche dem Unternehmen, dass sich das Bild bald dreht und die **operativen Erfolge** in den Vordergrund kommen. – Soviel von meiner Seite. Ich stehe natürlich für Ihre Fragen zur Verfügung.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Danke, Herr Dr. Nemsic für diese sehr umfassende Darstellung. Wir haben natürlich heute als Hauptthema das Stock Option-Programm und die Entwicklung insbesondere im Zusammenhang mit dem Tag, wo das Programm schlagend werden konnte und dann auch schlagend wurde. Die Erfahrung und das, was Sie dem Akt entnommen haben, war ja, dass die eigentliche Kennzahl, so wie es damals der Kursverlauf im Februar – am 26. Februar 2004 war der Stichtag – gezeigt hat, dass die jedenfalls nicht so berauschend war und absehbar war, dass der Kurs nicht erreicht wird.

Wir entnehmen dann den Akten, dass drei, vier Tage vor diesem Stichtag große Hektik im Vorstand der TA ausgebrochen ist und dann die Frage gestellt wurde, wie ein allenfalls **Weißer Ritter** jetzt da Zukäufe tätigen könnte – und wie ein Wunder ist dann am Stichtag auch tatsächlich der Kurs erreicht worden, worauf dann 9,6 Millionen € an 100 Mitarbeiter ausgeschüttet wurden.

Frau Vorsitzende, bei der Gelegenheit: Wir haben ja hier in diesem Ausschuss verlangt, dass wir die Liste bekommen von der TA, über die Teilnehmer an diesem Stock Option-Programm. Wir haben sie bis dato nicht, oder haben wir sie bekommen? (*Obfrau Dr. Moser: Nein, wir haben nur ...!*) – Wir haben sie bis dato nicht bekommen, wir haben die ÖIAG aufgefordert, dass sie gefälligst ihre Eigentümerrolle ausüben soll, wir haben nichts bekommen, und ich hätte ganz gerne gewusst, ob wir die jetzt überhaupt nicht mehr bekommen oder schon, denn wir kommen schon langsam ans Ende mit dieser Besprechung; vielleicht wäre das etwas für unsere anschließende Besprechung der Fraktionsvorsitzenden. Aber so kann man schlicht und einfach nicht agieren! Ich lasse mir das sicherlich nicht gefallen!

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich habe dieses Schreiben der ÖIAG, von Mag. Beyrer, jeder Fraktion zugestellt, und er verweist auf die Telekom Austria, und die habe das in der Sachverhaltsdarstellung der Staatsanwaltschaft übermittelt, und das müsste eigentlich Teil des Aktes sein. Also so geht praktisch dieser Kreis.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das heißt, wir bekommen es möglicherweise noch im ersten Halbjahr 2012? (*Obfrau Dr. Moser: Ja!*) – Beim BUWOG-Thema dann? Ich glaube nicht, dass man das so akzeptieren kann, aber ich möchte Ihre Einvernahme damit jetzt nicht weiter belasten.

Tatsache ist jedenfalls, dass dieser sehr merkwürdige Vorgang stattgefunden hat. Vielleicht noch kurz: Es gab ja da drei Möglichkeiten zu optionieren. Die eine war, dass man, wenn der Kurs überschritten und damit eigentlich das Programm schlagend wird, das gesamte Aktienpaket, das Sie ja im Rahmen dieser Stock Option gekauft haben, umtauschen kann gegen Entgelt. Der zweite Punkt war, dass Sie die Aktien behalten und sich nur die Differenz auf die Wertsteigerung ausbezahlen lassen, und das Dritte war, dass man die Aktien behält und im Ausmaß der Differenz darüber weitere Aktien dazukauf.

Für welche Variante haben Sie sich entschieden und aus welchen Gründen?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Danke für die Frage. Den Vorgang in dieser Woche kenne ich nicht, weil ich eben nicht anwesend war, und ich kenne nur das, was im Akt steht. Ich habe relativ spät dann auch die Einsicht bekommen, erst vor ein paar Tagen; deswegen kann ich dazu keine Auskunft geben.

Soweit ich mich erinnern kann, gab es nur zwei Optionen: entweder Aktien zu kaufen sozusagen, oder sich in Geld ausbezahlen zu lassen. Bei mir persönlich war es so, dass ich beim Börsegang viel mehr Aktien gekauft habe, als für das Aktienprogramm notwendig war. Das hat sich später als gut erwiesen – inzwischen als schlecht, aber so ist das Leben. Somit habe ich diese Stock Options, die dann ausbezahlt wurden, mit Vorbehalt wohlgermerkt, in Gelddifferenz ausbezahlt bekommen.

Ich möchte dabei betonen, dass ich weiterhin Aktienbesitzer war, wie gesagt, viel mehr, als mir das vorgeschrieben wurde vom Stock Option-Programm. Ich habe noch immer 25 000 Aktien. Ja, ist halt so. Und ich habe bewusst die Aktien nicht zusätzlich genommen, weil das ein absolutes Übergewicht in meinem Portfolio gewesen wäre, denn wie gesagt, ich habe damals schon viel mehr gehabt, als für das Aktienprogramm notwendig war.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wenn ich mir Ihre Optionsausübungserklärung anschau – Sie können es auch gerne in Kopie haben –, dann haben Sie dafür optiert, dass Sie die Aktien behalten und nur die **Differenz** des Mehrwertes ausbezahlt bekommen, was sich wohlthuend von den Entscheidungen anderer Vorstandsmitglieder abhebt, die sich den **gesamten** Betrag ausbezahlen haben lassen und aus den Aktien ausgestiegen sind.

Können Sie erklären, warum Sie die Aktien behalten haben?

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Ich weiß nicht, was die Kollegen im Vorstand gemacht haben, aber ich habe an dieses Unternehmen geglaubt, ich glaube noch immer an dieses Unternehmen. Wie gesagt, ich bin weiterhin ein kleiner Aktionär, und ich habe immer mehr Aktien gehalten, als es notwendig war durch das Stock Option-Programm. Meine letzte Ausübung war, glaube ich, bei 19 €, dass ich gekauft habe, meine ich.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Tatsache ist jedenfalls, dass Sie drinnen geblieben sind, offenbar. *(Dr. Nemsic: Ich bin drinnen geblieben, ja!)*

Darf ich fragen – Sie sagen, Sie haben dann das Unternehmen verlassen –, was denn der Anlass war, warum Sie das Unternehmen verlassen haben.

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Wie gesagt, ich war im Unternehmen dann bereits zwölf Jahre, ich habe eine wunderbare Zeit im Unternehmen gehabt, ich kann meine Karriere eigentlich nur oder vor allem diesem Unternehmen danken. Das heißt, ich habe sozusagen die ganze Entwicklung dadurch gemacht. Ich habe ein phantastisches Angebot von der VimpelCom bekommen, bereits zum dritten Mal – und beim dritten Mal sagt man nicht nein.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Darf ich Ihnen von Direktor Fischer, Ihrem Vorstandskollegen, eine Aussage vorhalten, die er im Rahmen seiner Einvernahme vor der Polizei getätigt hat. Fischer sagt:

Ich möchte noch ergänzen, dass es entweder am 26.2.2004 oder einen Tag davor eine Besprechung des Vorstandes gegeben hat, in der es darum ging, allenfalls einen Investor zu finden –

das ist dieser Weiße Ritter, den ich vorher erwähnt habe –,

der Aktien zukaufft und damit die Erreichung des Kurszieles möglich macht. Anwesend war bei dieser Sitzung Stefano Colombo, Heinz Sundt, vielleicht Boris Nemsic und ich. Ich weiß nicht, ob vielleicht noch ein Vorstandsassistent oder etwas Ähnliches anwesend war oder nicht. – Zitatende.

Fischer sagt also, dass Sie möglicherweise anwesend waren.

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Ich war sicher nicht anwesend, weil ich in Cannes war.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Fischer sagt dann weiters, dass nach dem 26.2.2004 im Vorstand besprochen wurde, dass diese Erreichung des Kurses mit einem Gegengeschäft verbunden gewesen wäre – sprich, dass der, der den Kurs getrieben hat, dafür auch Geld bekommt. Es wurde darüber gesprochen, dass es eine Bandbreite gebe zwischen Beauftragung und bei Akquisitionen, und so weiter und so fort.

Ich meine damit – so Fischer –, dass diese Besprechung im Rahmen des Vorstandes diskutiert wurde, jedenfalls nicht bei einer formalen Sitzung, sondern in einer zwanglosen Atmosphäre. Die Zusammensetzung war wieder Sundt, Colombo, ich und allenfalls Nemsic. – Zitatende.

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Ist mir auch nicht bekannt. Wie gesagt, ich war die Woche davor in Cannes, ich weiß nicht genau, wann ich zurückgekommen bin. Ich muss auch dazu sagen, ich hatte zwei Büros. Ich bin 80, 90 Prozent meiner Zeit in der Oberen Donaustraße gewesen, in der Mobilkom, und bin eigentlich hauptsächlich zu den Vorstandssitzungen, und zwar zu richtigen Vorstandssitzungen, in die Lassallestraße gekommen. Mir ist so eine Besprechung nicht bekannt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Herr Schieszler, Finanzvorstand, sagt in seiner Einvernahme Folgendes – wir sind also jetzt in der Zeit vor dem 26.2.2004 –:

Nachdem sich in den beiden ersten Handelstagen abgezeichnet hatte, dass der Kurs die Marke der Stock Option nicht erreichen wird, hat der damalige Vorstand nach Aussagen, die mir der damalige Finanzvorstand Stefano Colombo wiedergegeben hat, extremen Druck auf ihn ausgeübt. Das war Herr Generaldirektor Sundt und Vorstand Fischer. – Zitatende.

Sie waren zu dem Zeitpunkt noch nicht im Vorstand, aber doch in einer Rolle, die dem Vorstand zumindest durch die Beteiligungsverhältnisse sehr nahe war.

Daher: Haben Sie irgendwann Kenntnis davon erlangt, dass sich im Vorstand der TA etwas Derartiges abgespielt hat, dass Stimmung war, dass Druck ausgeübt und versucht wurde, diese Kennzahl, die die Stock Option schlagend macht, wirklich zu erreichen?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Ich kann mich an so etwas nicht erinnern, wie gesagt, in dieser Woche war ich überhaupt nicht da. Und davor ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber es kann ja auch möglich sein, dass Sie **danach** Erfahrungen gemacht haben, die das erklärbar machen, was da eigentlich war.

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Nein, daran kann ich mich nicht erinnern, war auch nicht der Fall. Der Sinn eines Stock Option-Programms ist Wertsteigerung, und der Kurs der Aktie ist danach, eigentlich bis zum Jahr 2007, stetig gestiegen. Deswegen war das überhaupt keine Frage.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Folgendes: Wir haben die Thematik – das war etwas später – zur Universaldienstverordnung diskutiert, als das Thema war, wie es im Festnetz zugegangen ist. Da haben wir gehört, dass es eine große Diskussion darüber gegeben hat, dass die Wertkartenbesitzer durch die Benützung der Telefonzellen nicht unerheblich zu dem schlechten Finanzergebnis der Gesellschaft beigetragen hatten.

Sie waren zu dem Zeitpunkt in der Mobilkom, daher: Haben Sie da irgendwelche Erfahrungen – es gab dann eine Gesetzesänderung, die das abgestellt hat – oder Wahrnehmungen, was diese Entwicklung anlangt?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Generell ist zu sagen – ich habe meine Meinung immer sehr offen dokumentiert –, dass ich mit der Regulierung und Gesetzgebung über Telekommunikation in Österreich äußerst unzufrieden war. Ich nenne das Ganze eine **sehr brutale** Regulierung, vom Jahr 1996 weitergehend. Das hat am meisten das Festnetz betroffen; am meisten. Dass sehr viele Verpflichtungen durch die Telekommunikationsgesetze an der TA gelastet haben, weiß man; die Universaldienstverordnung war eine davon. Die Verpflichtung, Telefonzellen zu betreiben, ist in Ordnung, es soll Telefonzellen geben, es ist nur die Frage, wie viele und wie sie bedient werden. Wenn in Österreich 120 Prozent Mobilfunkpenetration zu verzeichnen ist, ist der Sinn der Telefonzellen eigentlich ein ganz anderer als vor 20 Jahren, als es keine Mobiltelefonie gab.

Die Anpassungen dieser Sichtweisen waren äußerst langsam, mühsam. Ich kannte die Details des Festnetzes nicht, das war, wie gesagt, nicht mein Job, aber ich kann Ihnen sagen, es ist absurd, dass jemand aus einer Telefonzelle, die Unmengen Geld kostet, einfach frei telefoniert auf Kosten des Unternehmens. Das ist mehr als absurd.

Ich kann Ihnen daher nur so generell antworten, dass es für mich absolut logisch war, dass so eine Sache zwar viel, viel zu spät, aber immerhin geändert wurde.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das heißt aber, dass die Intention, diese Situation, die die Telekom belastet hat, zu ändern, schon sehr groß war.

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Ich würde nicht sagen, sehr groß. Das war ein kleiner Punkt von wahrscheinlich hundert anderen Punkten. Ich meine, eine Entscheidung des Regulators hat dem Unternehmen doch zweistellige Millionenbeträge gekostet. Ich weiß nicht, aber ich glaube, was die Telefonzellen betrifft – ich habe wahrscheinlich zum letzten Mal vor 30 Jahren dort telefoniert, keine Ahnung, wie das geht –, das ist von der Wichtigkeit her – sicher, es wurde in diesem Rahmen sehr oft erwähnt – keine große Sache.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Vom Finanzergebnis her aber schon, in absoluten Zahlen.

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Ich weiß es nicht, aber ich glaube, nicht.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber Sie haben es jedenfalls so wahrgenommen, wie Sie es jetzt dargestellt haben, und das hat offensichtlich ...

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Sie müssen die Kosten der gesamten Telefonzellen sehen. Das heißt, wir reden jetzt nicht davon, ob eine Änderung der Universaldienstverordnung – ein paar Cent pro Gespräch – etwas bringt, sondern die **Gesamtkosten** bezüglich Telefonzellen waren riesig; Vandalismus, Anzahl und so weiter.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Zur Frage, ob nach dieser Stock-Options-Entscheidung, nach Erreichen dieses Zieles, die Revision im Haus eingesetzt wurde, um zu prüfen, wie der eigenartige Kurssprung zustande gekommen ist. – Haben Sie dazu Wahrnehmungen gemacht?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Nein, habe ich nicht. Die interne Revision hat nicht an mich reportet; ich weiß es nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ganz kurz zu dieser Kursmanipulationsgeschichte. – Wann haben Sie im Vorstand erfahren, dass es den Verdacht auf Marktmanipulation gibt?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Wir haben es nicht im Vorstand erfahren, sondern es war in allen Zeitungen, dass der Kurs erreicht wurde durch einen relativ großen Kauf am letzten Tag. Das war Public Information.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist ja auch über Reuters und so weiter gegangen, das war äußerst auffällig.

Was haben Sie dann im Vorstand unternommen? Haben Sie die Revision eingeschaltet?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Wie gesagt, ich war für die interne Revision nicht zuständig. Soweit ich mich erinnere – und ich glaube, das wurde inzwischen auch sehr oft erwähnt in diesem Rahmen –, hat die FMA eine Untersuchung, oder wie das heißt, veranstaltet. Das war die gesamte Wahrnehmung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist schon bekannt, dass die FMA das untersucht hat, das war auch öffentlich bekannt.

Sie haben doch sicherlich im Rahmen des Vorstandes diese Affäre besprochen. – Ist das richtig?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Nein, daran kann ich mich nicht erinnern. Das war, wie gesagt, ein Ereignis, das eingetreten ist – man hat sich viel mehr mit der Zukunft beschäftigt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Da bricht eine der größten Affären in der Geschichte der Telekom aus, da steht der Verdacht im Raum, dass die Aktie massiv manipuliert worden ist – und im Vorstand wird nicht einmal darüber geredet? War Ihnen diese Affäre nicht so wichtig?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Das Wort „Affäre“ trifft vielleicht heute zu, damals hat das kein Mensch wissen können. Wie gesagt, mir ist es – man kann in den Vorstandsprotokollen nachschauen –, falls darüber geredet wurde, nicht in Erinnerung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Nemsic, ich sehe das ein bisschen anders, und offensichtlich hat es auch die FMA anders gesehen. Wenn die FMA der Meinung ist, dass sie untersuchen **muss**, und sogar in Richtung börsenrechtlicher und sogar strafrechtlicher Delikte untersucht, der Telekom-Vorstand aber der Meinung ist, nicht einmal darüber **reden** zu müssen, dann interessiert es mich, welches Motiv die Mitglieder des Telekom-Vorstandes hatten, im Gegensatz zur FMA nicht einmal darüber zu **reden**.

Also: Welche Motive hatten Sie, nicht einmal darüber zu reden? Das mit der „Zukunft“, das ist die Mitarbeiter-Zeitung des ÖAAB, das ist mir ein bisschen zu wenig. (*Dr. Nemsic: Ich habe nicht verstanden! Die Mitarbeiter-Zeitung?*) – Ja, das ist nur eine Nebenbemerkung; vergessen Sie es!

Das mit der Zukunft ist für mich keine ausreichende Begründung.

Nochmals: Welches Motiv hat es gegeben? FMA untersucht, weltweit wird berichtet über diese grobe Auffälligkeit mit schweren Verdachtsmomenten an der Wiener Börse, alle beschäftigen sich damit, nur nicht der Telekom-Vorstand, der Vorstand des betroffenen Unternehmens! – Warum?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Aus der heutigen Sicht kann man das natürlich so hinterfragen, ich verstehe Sie vollkommen. Aus damaliger Sicht war der Kurssprung 7 Cent, das sind 0,0-irgendetwas Prozent. Dass das natürlich einen gewissen Vorgang ausgelöst hat, das stimmt, aber man muss auch sagen, der Kurs ist dauernd gestiegen, auch nachher. Das heißt, der Sinn des Stock-Options-Programms, die Wertsteigerung des Unternehmens, wurde erreicht, und das ist ganz wesentlich. Die ÖIAG hat dann irgendwann Ende 2004 ihre 17-Prozent-Anteile zum Preis von 13,09 oder 13,04 verkauft. Das heißt, der Sinn der Wertsteigerung wurde erreicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aber aus irgendeinem Grund, den Sie mir vielleicht erklären können, haben das im Gegensatz zu Ihnen – das verwundert mich ein bisschen – von der FMA bis zu internationalen Beobachtern alle für den Hinweis auf mögliche **Marktmanipulationen** gehalten. Die einzige Ausnahme war offensichtlich der damalige Vorstand der Telekom – und da wird es für mich interessant.

Sie haben nichts geprüft – auf die FMA kommen wir dann noch zurück, weil diese Argumentation mit Sicherheit überhaupt nicht hält –, Sie haben nichts angeschaut.

Warum waren Sie im Vorstand der Telekom die einzigen damit Befassten, die das nicht ernst genommen haben und keine Maßnahmen gesetzt haben?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Ich kann hier nur für mich selbst sprechen und nicht für den Vorstand als Kollektivorgan. Ich glaube, Sie hatten die Gelegenheit, mit allen Mitgliedern des Vorstandes zu sprechen. Ich darf meine eigene Wahrnehmung erzählen; das ist eine subjektive Wahrnehmung.

Der Vorstand eines börsennotierten Unternehmens geht mindestens zweimal, manchmal sogar viermal im Jahr auf eine Roadshow. Eine Roadshow ist ein Treffen mit Analysten und Investoren, das sind Tage, an denen man jeweils zehn Meetings mit dem gleichen Inhalt an einem Tag hat. Ich habe das immer als **Strafe** für den Vorstand bezeichnet, weil man quer durch die Welt fliegt und Leuten gegenüber sitzt, von denen man manchmal gar nicht weiß, ob sie Aktionäre sind oder nicht oder wie viele es sind oder Aktionäre werden wollen. Man weiß es nicht, aber es ist die **Pflicht** des Vorstandes, das zu tun.

Bei fast jeder dieser Besprechungen wird man von Aktionären, Investoren gefragt: Was verdienen Sie? Wie ist Ihr Bonus? Wie ist Ihr Stock-Options-Programm? – Das sind die Standardfragen. Gefragt wird das meiner Meinung nach deshalb, weil der Investor Interesse daran hat, eine Wertsteigerung seiner Aktie zu erreichen. Das war so intensiv, dass das für mich auch die Erklärung war, warum irgendjemand – damals habe ich nicht gewusst, wer das war – einen großen Kauf getätigt hat, der das über die Schwelle gebracht hatte. Ich konnte nicht **ahnen**, dass das irgendwie manipuliert war. Aber der Vorgang, dass die Investor-Community Interesse hatte, dass dieser Schwellenwert erreicht wird, weil damit die Wertsteigerung des Unternehmens dokumentiert und erzeugt wird, war für mich ein **normaler Vorgang** – ohne jegliche Entschuldigung für diese Manipulationen, bei Gott nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich sage Ihnen, was ich an dieser Darstellung seltsam und bemerkenswert finde. Alle anderen stellen es fest, leiten Untersuchungen ein, soweit sie dazu befugt sind – bis hin zur Überlegung, die Staatsanwaltschaft einzuschalten; aber das ist ein anderes Kapitel. Sogar Herr Sundt und Herr Michaelis erzählen uns, dass ihnen schon etwas aufgefallen ist und dass sie der Meinung waren, dass dem Verdacht auf Marktmanipulation nachgegangen werden muss, sie behaupten aber, sie hätten sich auf die **FMA** verlassen.

Sie, Herr Nemsic, sind bis jetzt der Erste, der uns erzählt und glaubhaft zu machen versucht, Sie hätten das als Mitglied des Vorstandes damals als ganz normalen und durchaus innerhalb des gesetzlichen Rahmens erklärbaren Vorgang wahrgenommen.

Ich kann Ihnen da überhaupt nicht folgen. Deswegen werde ich Sie auch nicht weiter fragen, warum Sie nicht die interne Revision eingeschaltet haben, denn wenn Sie als möglicherweise Einziger im Telekom-Vorstand, als Einziger in der Branche und vielleicht als Einziger in dieser Republik der Meinung waren, dass das alles ganz natürlich und innerhalb der österreichischen Gesetze erklärbar ist, dann hatten Sie natürlich auch keinen Grund, die interne Revision einzuschalten. Aber was das Verhalten von Ihnen und anderen Vorstandsmitgliedern und Aufsichtsratsmitgliedern betrifft, das werden wir jetzt nicht hier erörtern, das ist Angelegenheit eines möglichen Abschlussberichtes dieses Ausschusses.

Ich frage Sie jetzt etwas ganz anderes. Ich möchte mit Ihnen die Jahre 2002 bis 2009 durchgehen.

Das Interessante bei der Telekom ist, zumindest nach unserer jetzigen Aktenlage, dass in Bezug auf mögliche Schmiergelder, Scheinrechnungen, verdeckte Parteienfinanzierung die Telekom bis zum Jahr 2001 vollkommen unauffällig ist.

Dann kommt im Jahr 2002 – aber das haben wir uns hier im Ausschuss noch nicht angesehen – die sogenannte KHG-Roadshow, die „berühmte“ Roadshow des damaligen Finanzministers.

In den nächsten Jahren geht es eigentlich ausschließlich um Zahlungen, Zuwendungen, Rechnungen, die Regierungsmitglieder beziehungsweise Parteieinrichtungen der FPÖ betreffen.

Im April 2004 Zahlung an Rumpold, Zahlung an die „Neue Freie Zeitung“ Mai bis Dezember 2004.

Im Jahr 2005, November bis Dezember, Vertrag Reichhold, ebenfalls die KHG-Umfragen und im März 2005 die Zahlung Gaugg. – Bis dahin rein Freiheitlich.

Dann kommt das Jahr 2006 – und plötzlich ändert sich alles. Herr Dr. Hochegger schildert das auch in einer Beschuldigteneinvernahme, dass man die Notwendigkeit erkannt hat, sich um die ÖVP zu kümmern; aber das werde ich anderen Personen im Detail vorhalten.

2006 geht es plötzlich los. Sie werden im Mai Generaldirektor, kurz danach kommt es zu den hier schon behandelten Zahlungen über Scheinrechnungen für den Wahlkampf des BZÖ. Es kommt zwei Jahre lang zu den Zahlungen von Ex-Innenminister Strasser im Rahmen des VCP-Projekts, des Vienna-Capital-Partners-Projekts, zu einem Stundenlohn von – wir können es nicht genau eruieren – 9 000, vielleicht auch 20 000 oder wie viel Euro auch immer; etwas, das sogar an der Spitze der Telekom, wie ich glaube, unüblich war, von der Remuneration her.

Die Zahlungen **MediaSelect** gehen ebenfalls in den ÖVP-nahen Bereich, Jänner 2006 bis März 2007; aber damit werden wir uns heute gemeinsam mit Herrn Fischer noch besonders beschäftigen.

2007 geht es weiter mit Zahlungen an die FCG, von Mai 2006 bis April 2008. ÖAAB Jänner bis Dezember 2007; Zahlungen Kusun Juli 2007 bis September 2008.

Im Jahr 2008 dann die White-House-Affäre, also eine verdeckte Zuwendung an die Bundes-ÖVP, die uns heute noch zwei Mal beschäftigen wird, das „Forum Land“ und dann die spezielle Jagd des späteren Chefs der ÖIAG, des Herrn Beyrer, gemeinsam mit Mensdorff-Pouilly auf Telekom-Kosten in Schottland.

Zu der Zeit sind Sie Generaldirektor. Also die Zeit, in der plötzlich die Wende zur ÖVP kommt, in der man sagt: Jetzt füttern wir diesen Bereich der Republik!, fällt genau in den Beginn Ihrer Zeit als Generaldirektor. Ich möchte Ihnen nicht unterstellen, dass Sie gesagt haben, Sie seien weniger fürs „freiheitliche Füttern“, sondern eher fürs „schwarze Füttern“, sondern ich möchte Sie Folgendes fragen:

Es gibt – und das belegt Hohegger; da geht es auch insbesondere um Ihren Vorstandskollegen Rudolf Fischer – einen Plan in der Telekom: Wir haben die ÖVP vernachlässigt, und jetzt müssen wir Geld in die Hand nehmen!

Frage: Haben Sie irgendwann etwas wahrgenommen von einem Interesse der Telekom, die ÖVP – wie sagt man da in der Branche? – zu **pflegen**?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Vor allem danke dafür, dass Sie mir nichts unterstellen wollen. Danke dafür.

Zweitens möchte ich darauf hinweisen, was ich in meinem Eingangsstatement gesagt habe: Ich wurde im Mai 2006 Generaldirektor der Holdinggesellschaft Telekom Austria AG, und ich bitte Sie, das ganz klar zu unterscheiden von der Telekom Austria TA AG, wo Herr **Fischer** Vorstandsvorsitzender war. Ich habe absolut keine Wahrnehmung, keine Erinnerung oder sonst etwas, dass die Telekom Austria Holding in so etwas involviert wäre. Ich habe auch nicht die Dokumentation. Es tut mir leid, vielleicht können Sie mir da helfen.

Zurück zu Ihrer Frage: Nein, das ist mir nicht bekannt.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): „ÖVP pflegen“ klingt doch ein wenig harmloser als „Grüne einkochen“; klingt jedenfalls nicht so martialisch.

Herr Dr. Nemsic, zurück zu diesem 26. Februar 2004, von dem Sie sagen, dass Sie eigentlich keine besonderen Auffälligkeiten festgestellt haben. Das war aber doch ein relativ wichtiger Tag für zumindest 100 Mitarbeiter im Bereich der Telekom. Es gibt Berichte darüber, dass Mitarbeiter sogar Kredite aufnehmen mussten, um an diesem Stock-Options-Programm teilzunehmen. Es ist fast unvorstellbar, dass das im Unternehmen der Telekom **nicht** zu breiteren Diskussionen geführt hat.

Haben Sie dazu Wahrnehmungen?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Danke für diese Frage.

Man muss die Zeitdimension betrachten. Die Telekom Austria wurde, wie gesagt, im November 2000 an die Börse geschickt, und man konnte an diesem Stock Options-Programm nur dann teilnehmen, wenn man vorher gemeinsam mit der Ausgabe der Aktie diese Aktien in entsprechender Anzahl gekauft hat. Das heißt, man musste im November 2000 eine bestimmte Anzahl Aktien kaufen, um diese Optionen überhaupt haben zu können.

Der Ausgabekurs lag bei 9 €, und, wie gesagt, die Schwelle zu überschreiten, war bei 11,70. Man weiß es nicht auf der Börse, aber natürlich waren alle Mitarbeiter, vor allem leitende Mitarbeiter guter Dinge, dass man das erreichen kann. Ziel war es, das Unternehmen weiterzubringen, Ziel war es, es weiter zu entwickeln, den Wert zu steigern, und somit war das auch ein Teil sozusagen der Remuneration, des

Gesamteinkommens, fixer Bonus plus die Aktien. Manche Mitarbeiter – soweit ich gehört habe, ich kenne nicht die Einzelfälle – haben, um daran teilzunehmen, auch Geld ausleihen müssen. Dass das dann innerlich natürlich zu einem gewissen Druck führt, ist verständlich. Das ist halt so. Es gab, wie ich glaube, drei Zeitpunkte, zu denen diese Schwelle erreicht werden konnte, und 2004 war eben der dritte und letzte. Dass teilweise die Motivation der Mitarbeiter natürlich damit verbunden ist – ich sage nicht, davon **abhängt**, das wäre viel zu viel –, dass das wichtig ist; ja, das ist wichtig. Ich meine, 1 000 €, 10 000 € sind viel Geld, und man wünscht sich, das zu erreichen.

Trotzdem, das hat nichts damit zu tun. Man darf diese Dinge nicht manipulieren. Das darf man nicht! Nur, der Kurs der Aktie hat sich, ich würde sagen, sehr komisch entwickelt. Wir hatten ungewollterweise – nachher hat sich herausgestellt, fälschlicherweise – eigentlich eine Gewinnwarnung Anfang 2001, die nicht notwendig war. Das heißt, statt zu beginnen, irgendwo bei 9 und zu 11,70 zu laufen, beginnen sie plötzlich bei 6. Das heißt, zuerst tief eintauchen und dann bergauf.

Was man den heute bekannten Daten entnehmen kann, ist, der Kurs der Telekom-Aktie Anfang 2004 war sehr nahe an diesen 11,70. Es ist eigentlich ein Wunder, dass er nicht normal übersprungen ist. Grund, warum er nicht übersprungen ist, ist, wenn man die Informationen heute liest, dass jemand sehr stark verkauft hat. Der Grund kann sein, in der Put-Option, Grund kann sein – who knows? Interessanterweise ist der Kurs gleich danach nach oben marschiert.

Das heißt: Der Sinn des Stock Options-Programms – **Wertsteigerung** – wurde mehr als erreicht. Deswegen ist es so schade: Es sieht so aus, als ob sich die Mitarbeiter bereichert hätten, aber das ist nicht der Fall. Wir haben den Kurs bis 2007 bis 19 € oder 21 € gebracht.

Deswegen muss man unterscheiden: Wenn es einen einmaligen Vorgang gibt, geht die Aktie 1 Cent darüber, dann fällt sie und kommt nie mehr. Das ist fürchterlich!

Wir haben das Unternehmen entwickelt, und wenn ich sage „wir“, meine ich alle 16 000 Mitarbeiter. Es ist stetig nach oben gegangen.

Deswegen zur Frage, wie auffällig beziehungsweise nicht auffällig: Natürlich ist es auffällig: Diejenigen, die etwas bekommen, freuen sich natürlich. No na! Das ist, glaube ich, kein großes Wunder. – Aber der Sinn, diese Wertsteigerung, wurde jedenfalls erreicht.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Herr Dr. Nemsic, aber gab es in keinsten Weise eine Wahrnehmung darüber, dass die Euro Invest des Herrn Wanovits den Kurs der Telekom-Aktie treibt, genau in jenem Monat beziehungsweise an jenem Tag, als es für das Stock Options-Programm entscheidend ist? Es muss jemandem, der an sich den Umgang mit Aktien gewohnt ist, der sich die Börsenkurse wahrscheinlich regelmäßig ansieht und beobachtet und der im Wettbewerb steht, doch auffallen, dass genau am **Stichtag** das Kursziel erreicht wird, das für das Stock Options-Programm sozusagen entscheidend ist!

Deshalb ist es auch so unverständlich, warum es innerhalb des Vorstandes in keinsten Weise eine Debatte darüber gab.

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Es ist natürlich aufgefallen, dass der Kurs darüber gegangen ist. Man kann von außen nicht wissen – wir sind nicht das Unternehmen und auch ich persönlich nicht, und wir haben keine Broker-Erlaubnis –, wie viel gekauft und wie viel verkauft wird. Man sieht das nicht. Nachdem die FMA sofort ihre Untersuchungen eingeleitet hat, ist es dann – ich weiß nicht mehr genau, wann – bekannt geworden, wer diese Aktien in der Schlussauktion gekauft hat. All das war öffentliche Information.

Was sicherlich aufgefallen ist beziehungsweise auch bekannt war: Der Aufsichtsrat hat einen sehr starken **Vorbehalt** in die Auszahlung des Stock Options-Programms hinein geschrieben. Das heißt, das war nicht ignoriert worden, sondern im Gegenteil: Der Aufsichtsrat hat ganz klar hineingeschrieben – ich glaube, diese Schreiben liegen Ihnen auch vor –, dass **unter Vorbehalt** ausbezahlt wird, und das ist ein mehr als starker Hinweis, dass man sich damit beschäftigt hat.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Genau. Gerade weil sich der Aufsichtsrat offenbar doch damit beschäftigt hat und weil es diesen Auszahlungsvorbehalt gab, ist ja so unerklärlich, dass sich der **Vorstand** überhaupt nicht damit beschäftigt hat.

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Das ist jetzt acht Jahre her. Ich weiß nicht, was man jeden Tag redet, aber der Punkt ist der: Das ist ein Vorgang, den man nicht **rückgängig** machen kann. Das ist so, wie es ist. Die Telekom, das Unternehmen, hat auch absolut keine Handhabe dafür. Dafür gibt es die FMA. Die FMA hat ihren Job sofort gemacht, und das war auch allgemein bekannt. Das war keine interne Sache in der Telekom oder auch nur in der FMA. Das war allgemein bekannt.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Darf ich Sie noch zu Ihrem Vertrauensverhältnis zu den Herrschaften Sundt, Fischer und Colombo fragen? (*Dr. Nemsic: Vertrauensverhältnis?*) – Gibt es da freundschaftliche Verhältnisse, oder waren das eher reine Arbeitsverhältnisse?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Ich möchte diesbezüglich schon unterscheiden.

Herrn Sundt habe ich in der Mobilkom kennengelernt. Er war mein erster Chef, und ich habe größte Hochachtung vor Herrn Sundt. Ich habe auch viel von ihm gelernt. Es hat sich dann ergeben, dass ich sein Nachfolger wurde, und das kommt nie gut an, das ist logisch.

Zu den Herren Fischer und Colombo hatte ich ein normales Arbeitsverhältnis. Mit Herrn Fischer gab es hin und wieder ein bisschen Spannungen, denn im Verhältnis **Mobilkommunikation** versus **Festnetz** ging es immer in Richtung Crash: Mobilkommunikation war sehr erfolgreich. Wir haben immer von 20 Prozent Wachstum, 30 Prozent Wachstum oder mehr berichtet, beim Festnetz gab es hingegen minus 10 Prozent oder minus 5 Prozent. So etwas ist natürlich keine angenehme Situation für den dortigen Vorsitzenden. Deswegen gab es hin und wieder Spannungen. Aber wir haben professionell zusammengearbeitet.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Danke. Ich habe im Moment keine Fragen mehr.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Dr. Nemsic, eingangs möchte ich bemerken: Kümmern Sie sich einmal nicht um das, was Kollege Pilz da erzählt hat! Immerhin muss man sich nämlich doch ein bisschen fragen, auf welche Weise Kollege Pilz einen aktenmäßigen Filter ansetzt, wenn er behauptet, im Fall von Grasser und Gaugg seien **Freiheitliche** bezahlt worden, sie hätten Gelder bekommen, als sie aus der FPÖ bereits ausgetreten oder ausgeschlossen waren. – Das heißt: Für Kollegen Pilz sind diejenigen, die nicht in der FPÖ sind, Freiheitliche, und diejenigen, die in der FPÖ sind, sind es offensichtlich nicht. Von H.C. Strache abwärts sind wir also offensichtlich keine Freiheitlichen. – Ich meine, diese Filter, die Kollege Pilz anwendet, sollen Sie hier nicht bekümmern!

Meine Frage in diesem Zusammenhang: Die Telekom beziehungsweise die Mobilkom trat immer wieder als **Sponsor** bei diversen Ereignissen in Erscheinung, in erster Linie bei Sportveranstaltungen wie zum Beispiel bei Rennen in Kitzbühel, beim Ski-Team, bei Beachvolleyball und Ähnlichem.

Haben Sie diesbezüglich Wahrnehmungen? Waren Sie selbst bei diesen Veranstaltungen in irgendeiner Form dabei?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) (zur Geschäftsbehandlung): Ich möchte nur auf einen falschen Vorhalt hinweisen: Selbstverständlich waren Grasser und so weiter, also die ganzen genannten Personen, zu den Zeitpunkten, die ich genannt habe, erstens Mitglieder, Funktionäre und Regierungsmitglieder der FPÖ und sind zweitens mit Herrn H.C. Strache gemeinsam im Bundespartei Vorstand der FPÖ gesessen.

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Ein Unternehmen in einer Größe der Mobilkom Austria oder Telekom Austria hat viele Facetten. Es gibt dort unter anderem auch viele Marketing-Aktivitäten. Sie haben die größten erwähnt: Sponsoring des österreichischen Ski-Teams, des österreichweit oder weltweit erfolgreichsten Teams in diesem Sport.

Auf Vorstandsebene werden diese großen Verträge meistens diskutiert und beschlossen, insbesondere wenn sie von der Geschäftsordnung her über einen bestimmten Rahmen hinaus gehen. Es handelt sich hierbei vor allem um Marketingaktivitäten. Ich glaube, das Wort „Sponsoring“ ist da manchmal missverständlich. Natürlich gibt es auch Sponsoring, aber es sind dies große Marketingaktivitäten, und ich glaube, betreffend das Skirennen in Kitzbühel und den ÖSV ist man in diesem Zusammenhang am erfolgreichsten überhaupt.

Ich war in meiner aktiven Zeit bei der Telekom Austria natürlich dabei, wenn auch wahrscheinlich nicht jedes Mal, aber ich war natürlich dabei.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es wird Ihnen, wenn Sie tatsächlich dort waren, bei diesen einigen Malen aufgefallen sein, dass auch relativ hochrangige Politiker bei diesen Ereignissen dabei waren.

Haben Sie eine Wahrnehmung, dass diese Politikrepräsentanten des öffentlichen Lebens auf Einladung der Telekom dort waren?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Sie haben Recht, dass man dort viele bekannte Gesichter sieht. Es sind, glaube ich, ein paar Tausend. Die Telekom oder die Mobilkom hatte rund 20 bis 40 Plätze, und man kann nicht immer unterscheiden, wer von wem eingeladen ist. Ich kann mich einfach nicht erinnern und weiß es nicht, ob jemand von den hohen Repräsentanten von der Telekom eingeladen war. Ich kann Ihnen nur meinen Eindruck schildern, und die Antwort lautet: nein. Die Damen und Herren werden wohl manchmal in einer Funktion dort sein, etwa der der Landeshauptmann und so weiter; daher war das in keiner Art und Weise auffällig.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Im Zusammenhang mit Ihrer Vorstandstätigkeit: Haben Sie eine Förderung von Parteien – ob direkt oder indirekt durch Druckkostenbeiträge, Inserate oder Ähnliches – im Vorstand besprochen und beschlossen, oder hat man diese Frage komplett, auch von der Größenordnung her, einer PR-, Marketing- oder sonstigen Abteilung überlassen?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Ich kenne diese Vorgänge, die in letzter Zeit sehr intensiv diskutiert werden, aus den Medien. In der aktiven Zeit ist mir so etwas nie auf den Tisch gekommen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt gibt es auch in der Öffentlichkeit eine Anzahl von Mails, wobei – auch das sei eingangs festgestellt – Ihr Name als

Empfänger nicht aufscheint. Das muss man ganz bewusst sagen: Sie wurden in keinster Weise direkt angesprochen, zum Beispiel von einem Ing. Fischer oder ähnlichen Personen, wenn es darum gegangen ist, einer Partei oder einer parteinahen Organisation Geld zukommen zu lassen. Sie scheinen dabei nicht auf.

Haben Sie aber trotzdem in irgendeiner Form etwas in diese Richtung in Erfahrung gebracht?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Ich kenne das aus den Medien. Ich war damit in der aktiven Zeit nicht befasst. Ich habe das nicht gesehen. Ich war in keiner Art und Weise politische Person. Ich bin ein Profi, der seinen Job macht, und in dieser Funktion habe ich das Beste gemacht, was möglich war. – Diese Vorgänge sind mir nicht bekannt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): War Ihnen Herr Ing. Michael Fischer bekannt? (*Dr. Nemsic: Ja, natürlich!*) – In welcher Funktion?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Er war beim Festnetz in der Telekom Austria TA. Ich weiß nicht genau, wie die Funktion geheißen hat, aber Herr Fischer war eine Art Public Relations-Leiter.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Welchem Vorstandsmitglied wurde er da intern zugeordnet?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Ich glaube, Vorstandsvorsitzendem Fischer; ich weiß es aber nicht genau.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wissen Sie, wie Herr Ing. Michael Fischer zur Telekom gekommen ist? Wer hat ihn gebracht? Wer hat ihn angestellt?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Das weiß ich nicht. Ich glaube aber, heute Nachmittag können Sie ihn das genauer fragen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das wird sicherlich auch eine Frage sein!

Jetzt komme ich zurück auf Ihre Einvernahme: Sie hatten bereits zwei Einvernahmen. In der einen waren Sie noch als **Zeuge** geführt. Bei der zweiten Einvernahme sind Sie seitens der Staatsanwaltschaft Wien als **Beschuldigter** geführt worden. Sie haben bei sämtlichen Fragen, ob das Stock Options oder Ähnliches betrifft, immer geantwortet: Dazu habe ich keine Wahrnehmung. Das weiß ich nicht. Das höre ich zum ersten Mal – und Ähnliches.

Es zieht sich also an sich komplett durch, dass Sie in Ihrer gesamten Verantwortung jegliche Mitwirkung an all diesen Dingen, um die sich sowohl die Strafjustiz als auch der Untersuchungsausschuss kümmern, von sich weisen und sagen, dass sie damit in keinster Weise irgendwie zu tun haben. – Ist dieser Eindruck richtig?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Sie zitieren aus der Einvernahme, die sich auf das Stock Options-Programm bezieht. Dort, und zwar **nur** dort, werde ich als Beschuldigter geführt.

Es stimmt: Ich war, wie gesagt, in diesen Tagen überhaupt nicht in Österreich und Wien anwesend. Somit ist auch ausgeschlossen, dass ich auf irgendeine Art und Weise einbezogen wurde.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Diese Antwort, wenn Sie sagen, Sie waren nicht in Wien, gefällt mir jetzt nicht hundertprozentig als Begründung. Gerade Sie als Telekommunikationsexperte sollten nämlich wissen, dass es ja auch ein Telefon gäbe, an dem Sie aus Cannes fragen können hätten: Wie schaut es aus mit den Stock Options? Diese Einschränkung als Begründung hat mir jetzt nicht wirklich

gefallen! Aber auch wenn Sie das jetzt weglassen: Sie sagen jedenfalls, dass Sie mit einer Malversation in keinsten Weise etwas zu tun haben. Auch wenn Sie das weglassen würden: Das ist keine taugliche Begründung!

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Das habe ich jetzt nicht verstanden.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Dass Sie nicht da waren, ist keine taugliche Begründung.

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Okay, ich verstehe, was Sie meinen. Ich war in diese Sache aber in keiner Art und Weise involviert.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Keine weiteren Fragen. Danke.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Beginnen wir bei Ihrem Ausstieg aus der Telekom im März 2009. Ich frage Sie dazu: Gab es bei Ihrem Ausstieg aus der Telekom irgendwelche Vereinbarungen über finanzielle Leistungen, die Sie seitens der Telekom Austria im Rahmen Ihres Ausstieges aus der Telekom zugesprochen bekommen haben? Ich frage das deswegen, weil wir neben den üblichen Abfertigungen sehr üppige Konsulentenverträge bei Ihren ehemaligen Kollegen Sundt und Colombo festgestellt haben.

Haben auch Sie solche finanziellen Verträge und Vereinbarungen mit der Telekom im Rahmen Ihres Ausstieges aus der Telekom getroffen? Wenn ja: welche?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Die Antwort ist: nein. Die Abfertigung, die Urlaubstage oder was immer da war, Gehälter, Reisekosten und so weiter wurden normal abgerechnet – wie Sie sagen –, und ich habe keinen Konsulentenvertrag mit der Telekom Austria oder irgendeinem mit ihr verbundenen Unternehmen mehr gehabt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie eine **freiwillige Abfertigung** in der Höhe von 200 000 € bekommen wie ihr Kollege Colombo – oder haben Sie nur Ihre gesetzlichen Ansprüche abgegolten bekommen?

Wenn es nur die gesetzlichen Ansprüche im Rahmen Ihrer Abfertigung waren: Wie hoch war die Summe?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Ich bin kein Jurist, um den Begriff „gesetzlich“ in diesem Zusammenhang zu interpretieren. – Ich habe die vertraglichen Ansprüche, die bis zum Jahr 2006 erwachsen sind, abgegolten bekommen und nichts anderes. Es gab somit keinen Konsulentenvertrag, keine freiwillige Abfertigung oder Ähnliches.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie uns eine konkrete Summe nennen?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Eben **null** für Konsulentenverträge oder in Form irgendwelcher freiwilliger Abfertigungen.

Ich habe leider die letzte Abrechnung nicht mit. Ich war überhaupt nicht auf diese Frage vorbereitet. Ich weiß auch nicht, was das damit zu tun hat. Aber wenn es wichtig ist, kann man das natürlich finden.

Ich wiederhole aber noch einmal: Es gab absolut keine freiwillige Abfertigung und keinen Konsulentenvertrag.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gehen wir zum Stock Options-Programm: Sie haben in einer Einvernahme gesagt, dass das für Sie **wie in einem schlechten Film** klingt.

Wir wollen hier jetzt untersuchen, welche Rolle Sie in diesem „schlechten Film“ spielen, und ich frage Sie daher: Erste Frage: Wie hoch ist insgesamt die Summe, die Sie aus dem Stock-Options-Programm lukriert haben?

Zweite Frage: Von wem wurden Sie informiert, dass am 26. Februar 2004 dieses Kursziel erreicht wurde?

Wann wurden Sie darüber informiert?

Wie wurde Ihnen erklärt, warum das Kursziel plötzlich erreicht wurde, nämlich dieser Sprung **über** diese Stock Options-Aktienkursmarke, damit das Stock Options-Programm in Wirkung kommt?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Die Feststellung, dass es „wie in einem schlechten Film“ sei, bezog sich darauf, dass in allen Zeitungen stand und Herr Schieszler, einige andere Beschuldigte oder Zeugen erzählt haben, dass es tatsächlich wie in einem schlechten Film sei, wenn man von Plastiksackerln und Ähnlichem spricht.

Sie haben gesagt: Das ist ein schlechter Film. – Ich hatte in diesem Film **keine Rolle**, überhaupt **keine Rolle**, und eigentlich sind all diese Dinge, die sozusagen dem Film zugeordnet werden, erst ab August des letzten Jahres bekannt. – So, das zum Film.

Zur Frage, wann bekannt wurde, dass diese Schwelle überschritten wurde: Ich war, wie gesagt, irgendwo im Ausland. Aber das war allgemein bekannt, das ist in allen Zeitungen gestanden. Das heißt, ich weiß nicht einmal, ob ich das im „Standard“, in der „Presse“ oder anderswo gelesen habe. Es gab auch einen Ticker. Jeder kann das haben. Ich glaube, die Telekom Austria hat das auch noch immer: Am Ende des Börsentages bekommen Sie den Börsenkurs; er kommt um 18.33 Uhr.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt, Sie haben aus Medien erfahren, dass das Kursziel im Rahmen des Stock Options-Programm an diesem 26. Februar erreicht wurde.

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Ich weiß nicht, ob es aus den Medien ist. Es war aber am nächsten Tag sowieso in allen Medien.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wie hoch ist die Summe, die Sie insgesamt aus diesem Stock Options-Programm lukriert haben?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Ich habe das in der Einleitung bereits gesagt, und ich lese es noch einmal vor: Die genaue Summe ist 160 662,20 €, und ich habe das sofort auf ein Treuhandkonto hinterlegt, bereits Mitte August 2011.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Genau zu dieser Treuhandvereinbarung komme ich jetzt. Diese Treuhandvereinbarung, gemäß welcher Sie das hinterlegt haben, ist vom 29. August 2011. Das ist Jahre später!

Sie haben schon gesagt: Es gab am 26. Februar dieses Ereignis. – Und gleich einen Tag später sind Gerüchte aufgetaucht. Es gab Medienberichte, dass da etwas faul ist. Es wurden Prüfungen eingeleitet, die FMA wurde aktiv, und es sind Verdächtigungen aufgetaucht, dass der Kurs manipuliert wurde.

Wie haben Sie nach dem 26. Februar des Jahres, als dieses Kursziel erreicht wurde, unmittelbar auf diese Gerüchte reagiert? Haben Sie irgendeine Reaktion gesetzt?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Noch einmal: Der Treuhandvertrag ist tatsächlich vom 29. August, die Überweisungen waren aber am 11. August, und die zweite Überweisung am 29. (*Abg. Petzner: 2011?*) – Natürlich, denn das Ganze ist im August 2011 aufgetaucht!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Im August 2011 ist das strafrechtlich noch einmal heiß geworden. Die Gerüchte – und dazu gibt es zahlreiche Medienberichte und auch Zeugenaussagen hier im Ausschuss – sind aber schon einen Tag später aufgetaucht. Schon wenige Stunden später gab es Vorwürfe, dass da etwas manipuliert wurde. Das ist anhand entsprechender Medienmeldungen auch nachvollziehbar.

Ich frage Sie also nicht, wie Sie im Jahr 2011 mit dieser Treuhandklärung reagiert haben, sondern wie Sie im Jahr **2004**, unmittelbar nach diesem Ereignis am **26. Februar des Jahres 2004**, reagiert haben.

Welche Reaktion haben Sie damals gesetzt – oder haben Sie gar keine Reaktion gesetzt?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Noch einmal: Ich möchte betonen, dass ich den gesamten Betrag auf ein Treuhandkonto gelegt habe – als Erster, überhaupt als Erster –, als diese möglichen Manipulationen öffentlich bekannt wurden. Und die sind öffentlich bekannt geworden im **August 2011**. Vorher konnte ich es ... – Es gab keinen Anlass, das auf ein Treuhandkonto zu legen. Und der Rest – was im März 2004 mit der Entscheidung des Aufsichtsrates und dem Vorbehalt des Aufsichtsrates, der Aktion der FMA –, das wurde, glaube ich, eingehend besprochen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Nemsic, ich weiß schon, warum Sie nicht über das Jahr 2004 sprechen wollen, und ich mache Ihnen dazu folgenden Vorhalt.

(De Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Sie haben nach diesem 26. Februar 2004 sehr wohl eine Reaktion gesetzt, wie alle anderen Vorstände auch. Sie haben am 27. Februar 2004, einen Tag nach dieser Kursmanipulation, dem ÖIAG-Vorsitzenden Michaelis einen Brief geschrieben. Dieser Brief liegt Ihnen vor.

Ich frage Sie: Ist das Ihre Unterschrift, die da unten steht, Boris Nemsic?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Ich sehe diese Unterlage zum ersten Mal. Das ist nicht meine Unterschrift. Da steht sogar **i.V.** Das heißt, das hat jemand anderer unterschrieben.

Zweitens, das ist eine Vorlage, soweit ich das erkennen kann, die mehrfach wahrscheinlich sein muss. Ich bin hier als **COO Wireless** titulierte; aber das ist nicht meine Unterschrift.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sehen Sie das Schreiben hier heute zum ersten Mal? Oder wurde Ihnen dieses Schreiben am 27. Februar zur Kenntnis gebracht und hat jemand für Sie in Vertretung unterschrieben – denn hier steht auf diesem Dokument i.V. –, und wer hat dann in Ihrer Vertretung unterschrieben?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Ich weiß es nicht. Ich möchte nur betonen, dass der 27. Februar ein Samstag ist.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, das weiß ich schon, aber trotzdem, 27. Februar 2004; Sie kennen dieses Schreiben nicht, das in Ihrem Namen verfasst wurde?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Ich kann mich daran nicht erinnern. Ich weiß es nicht. Wie gesagt: Für mich sieht das aus wie ein Formular.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es ist ein Schreiben – ich darf das kurz für die Medien zitieren –, Briefkopf Telekom, an den Herrn Michaelis. Ich zitiere:

Sehr geehrter Herr Michaelis! Gemäß Optionsrechtsvereinbarung erkläre ich unwiderruflich, die mir nach der genannten Vereinbarung zukommenden Optionsrechte am 27. Februar 2004 zu 100 Prozent, wie im Folgenden dargestellt, ausüben zu wollen – nämlich Barausgleich.

Das heißt, am 26. Februar 2004 passiert die Kursmanipulation, nur einen Tag später gibt es ein Schreiben in Ihrem Namen, wo Sie schon die Barauszahlung Ihres Anteiles aus diesem Stock Option-Programm einfordern. **Das** war Ihre Reaktion im Jahr 2004.

Jahre später haben Sie dann diese Treuhandklärung abgegeben und sich auf Medienberichte berufen.

Laut jüngsten allgemeinen Medienberichten gibt es offensichtlich den erheblichen Verdacht der rechtswidrigen Manipulationen – das schreiben Sie als Begründung für die Hinterlegung des Geldes.

Diese Gerüchte hat es auch schon damals gegeben, an dem Tag, wo Sie die Barauszahlung verlangt haben.

Blättern Sie bitte eine Seite um: Da gibt es die Optionsausübungserklärung vom 25. Februar 2004; auch da ist eine Unterschrift drauf.

Darf ich Sie fragen, ob diese Optionsausübungserklärung vom 25. Februar 2004 Ihre Unterschrift trägt?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Zum ersten Blatt: Für mich sieht das aus wie ein Routinevorgang – noch einmal –, und das ist nicht meine Unterschrift drauf.

An dem zweiten Blatt, wo ich eben diese Variante mit der gemischten Optionsrechtsausübung beantrage, habe ich vorher gesagt, das ist meine Unterschrift, höchstwahrscheinlich.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das ist Ihre Unterschrift – noch einmal –, bei der Optionsausübungserklärung.

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Bei der Optionsausübungserklärung wahrscheinlich ja. Ich weiß nicht – ja, das ist die Variante 2.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und jetzt kommen wir zu einem entscheidenden Punkt: Am 26. Februar 2004 findet die Kursmanipulation statt; am 27. Februar 2004 schreiben Sie an Michaelis, Sie wollen die Barauszahlung – wo Sie sagen, Sie kennen dieses Schreiben nicht, obwohl Ihr Name dort steht und jemand in Ihrer Vertretung unterschrieben hat.

Und diese Optionsausübungserklärung, wo Sie sagen, da ist Ihre Unterschrift oben, wo Sie ankreuzen, Sie wollen die gemischte Optionsrechtsausübung im Rahmen des Stock Option-Programms, ist datiert mit 25. Februar 2004. Das heißt, einen Tag bevor überhaupt das Kursziel erreicht wurde, erklären Sie mit Ihrer Unterschrift, in welcher Form Sie das Erreichen des Stock Option-Programms abgegolten haben wollen; einen Tag **bevor** überhaupt das Kursziel erreicht wurde, wo niemand wusste, ob sich das überhaupt ausgeht, wo man sogar davon ausgegangen ist, dass das Ziel **nicht** erreicht wird, und man daher ja dazu übergegangen ist, den Kurs zu manipulieren, weil man ja gewusst hat, es geht sich sonst nicht aus.

Jetzt frage ich Sie: Wie konnten Sie schon am **25. Februar** 2004 wissen, dass am **26. Februar** 2004 das Kursziel erreicht wird?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Das weiß ich nicht. Das kann ich Ihnen nicht erklären. Wie gesagt, ich glaube, dass es hier ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das Datum 25. Februar 2004 auf diesem Dokument ist korrekt?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie brauchen ja nur nachzuschauen.

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Ja, aber ich weiß nicht, warum es da steht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dieses Datum wurde handschriftlich eingefügt. Ist das Ihre Handschrift bei diesem Datum?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Das weiß ich nicht, aber die Unterschrift ist meine, ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Schlussfrage: Wie können Sie sich erklären, dass Sie am 25. Februar, einen Tag *bevor* dieses Ziel überhaupt erreicht wurde, bereits erklären, wie Sie das abgegolten haben wollen? Wie können Sie das erklären?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Zuerst: Das ist eine hypothetische Frage. Ich weiß es nicht. Und ich war am 25. auch nicht in Österreich.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das Dokument, 25. Februar 2004, trägt Ihre Unterschrift, also müssen Sie es irgendwo unterschrieben haben an diesem 25. Februar 2004, vielleicht im Ausland oder wo auch immer.

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Es muss nicht am 25. Februar unterschrieben worden sein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber Ihre Unterschrift ist drauf auf diesem Dokument vom 25. Februar 2004. Das haben Sie ja vorher schon bestätigt.

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Noch einmal: Ich glaube, dass das vorgefertigte Vordrucke sind.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, das kann schon sein, aber Ihre Unterschrift ist sicher nicht vorgefertigt drauf.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte, das haben wir schon drei Mal gehört. – Es gibt eine zweite Fragerunde, die beginnt mit Abgeordnetem Dr. Jarolim.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Gleich weiter dazu; Sie haben ja die Optionserklärung vor sich. Das heißt, der Unterschriftszug ist von Ihnen – oder ist nicht von Ihnen?

(Abg. Dr. Jarolim legt der Auskunftsperson ein Schriftstück vor und zeigt auf eine bestimmte Stelle. – Die Auskunftsperson bejaht die Frage.)

Wenn Sie auf dieses Dokument schauen – ich vermute, es ist das gleiche –, dann sehen Sie oben rechts eine Kennung. Das ist offensichtlich zugefaxt worden.

Was steht auf der Kennung drauf, oben rechts?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Oben rechts steht 24. Februar.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das heißt, es ist *noch* ein Tag davor. Und dann steht drauf – an wen sollen Sie das dann schicken? Die Erklärung?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Man soll es schicken an die Personal ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Links oben steht drauf: zuhänden Herrn Franz Nigl. *(Dr. Nemsic: Ja, genau!)* – Wer ist der Herr Nigl?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Herr Franz Nigl war damals Leiter von Human Resources Telekom Austria.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Heißt das, dass Herr Nigl Ihnen auch diese Optionsausübungserklärung geschickt hat?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Noch einmal: Ich glaube, das ist ein vorgefertigtes Formular, das – ich sage jetzt – wahrscheinlich alle bekommen haben.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich will ja Ihre Antwort und nicht meine Annahme, aber wenn Sie oben jetzt diesen Aufdruck vom 24. 2. sehen, dann ist es offensichtlich, dass Sie das einen Tag davor bekommen, am nächsten Tag unterschrieben haben und am **übernächsten** Tag erst das Stock Option-Ziel erreicht worden ist.

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Das ist möglich, ich weiß es nicht.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Also offenbar hat Herr Nigl eine Vorbereitung getroffen, zwei Tage davor, das Okay aller Teilnehmer am Stock Option-Programm für die Erklärung einzuholen.

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Das ist durchaus möglich. Wie gesagt: Ich glaube, das ist ein Massevorgang, den mehrere, wenn nicht alle bekommen haben.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wobei man dazusagen muss, dass in der ersten Zeile auch steht:

Ich erkläre unwiderruflich im Falle einer entsprechenden Kursentwicklung der TA-Aktie ...

Das heißt also, dass das offensichtlich geplant ist, dass das im Vorfeld stattgefunden hat.

Unabhängig davon: Herr Nemsic, ich habe Ihnen vorher die beiden Aussagen vorgehalten, wonach Sie immer vermeintlich bei Besprechungen mit dabei waren, bei denen es einerseits darum gegangen ist, darüber zu reden, ob jemand nachkauft und den Kurs treibt, und im zweiten Fall informell, dass es eine Bezahlung zu geben hat für den, der den Kurs getrieben hat, was ja eigentlich das strafrechtlich Relevante ist.

Sie sind schon mehrmals gefragt worden, ob Sie da dabei waren oder nicht dabei waren. Sie sagen, Sie wissen nichts. Dass das nicht sehr wahrscheinlich erscheint, dass Sie nichts wissen, und dass es vor allem auch nicht sehr wahrscheinlich erscheint, dass Sie einen Kurssprung durchführen, der dann Gegenstand heftiger Diskussionen ist, und so gut wie gar nichts davon wissen und jetzt dann noch ergänzend erklärt haben, Sie haben es den Medien entnommen, dass der Kurssprung erzielt worden ist, das ist nicht ganz nachvollziehbar.

Können Sie uns vielleicht noch einmal erklären: Wie haben Sie das wahrgenommen, dass dieses Ziel erreicht ist? – Sie haben ja immerhin dann doch um die 400 000 €, glaube ich, oder 240 000 € bekommen – brutto müsste das sein –; Sie haben netto 120 000 gekriegt, haben Sie angegeben.

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: 160 600 irgendetwas. (*Abg. Dr. Jarolim: Brutto?*) – Netto.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Dann müsste es ungefähr das Doppelte sein?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Den Rest sehe ich nicht, weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Na, müsste sein. (*Dr. Nemsic: Ja, müsste ungefähr das Doppelte ...!*)

Noch einmal: Es ist nicht sehr glaubwürdig, dass Sie als Vorstandsmitglied mehr oder weniger sagen, ich lese in den Zeitungen nach, was in meinem eigenen Unternehmen passiert.

Sie sind schon gefragt worden: Wer hat Sie erstmals darüber informiert, und was haben Sie im Vorstand zu dem besprochen?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Noch einmal: Wir kriegen den Ticker, wir haben damals den Ticker gekriegt mit dem Kurs – wir kriegen ihn noch immer –, wie viel der Telekom-Austria-Kurs ist. Das heißt, wahrscheinlich ist die erste Information über diesen Ticker gelaufen, und wenn dort gestanden ist 11,74, 73, was immer, dann ist das die erste Information. Das Unternehmen – und ich auch nicht – konnte nicht wissen, wie das zustande kommt. Das kann man nicht wissen, und das ist das, was ich auf die Medien beziehe.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber Sie sind Vorstand, das heißt, Sie sind nicht wissenslos, sondern Sie können Schritte setzen, dass Sie es wissen und dass Sie es erfahren.

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Noch einmal: Sie haben gefragt, was war am 26., 27. – Ich glaube, ich war am 26., 27. überhaupt nicht in Österreich; und Vorstand oder nicht Vorstand: Das Ganze hat sich wahrscheinlich erst dann am Montag, Dienstag weiterentwickelt, und da war das schon die FMA, soweit man heute weiß, eingebunden.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Haben Sie irgendwelche Schritte gesetzt oder Überlegungen angestellt, wie man eruieren könnte, was stattgefunden hat?

Ich darf Ihnen bei dieser Gelegenheit eine Aussage von Herrn **Trimmel** vorhalten, der sagt – das ist die Zusammenfassung durch die Kripo –:

Etwa fünf Tage später fand ein Treffen zwischen Trimmel und Wanovits im Wiener Prater statt, wo Trimmel erklärte, dass sein Leben ruiniert sei, da man lediglich die Rufdaten ausheben lassen müsste, um auf die Telefonate zu kommen und die Stock Option-Entwicklung nachzuvollziehen. – Zitatende.

Also der Herr Trimmel ist ja nicht irgendwer, sondern der hat sich den Kopf darüber zerbrochen und ist in große Sorge geraten, dass man nur die Telefondaten erheben müsste und dann wüsste man ganz genau, wie das zustande gekommen ist.

Her Nemsic, Sie sind Vorstand in dem Unternehmen und werden sich wahrscheinlich auch irgendwie das eine oder andere überlegen – noch dazu in einem Telekom-Vorstand –: Wie kann ich nachvollziehen, was da stattgefunden hat?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Ich glaube, wir können alle unterscheiden: Wenn jemand eine Aktivität selbst aktiv mitgestaltet, dann weiß er, was er getan hat und so weiter. Alle anderen, die da nicht eingebunden sind, können das nicht einmal **ahnen**, und nicht einmal ein Telekom-Vorstand darf irgendwelche Rufdaten erheben. Das darf niemand – außer mit **richterlicher Anweisung**. Somit ist es tatsächlich sehr viel verlangt, dass man so etwas überhaupt andenkt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Na ja, „andenkt“ – ich meine, es geht ja darum: Es gibt die Finanzmarktaufsicht, die einmarschiert ist und geprüft hat, die Staatsanwaltschaft offensichtlich nicht. Das wäre sicherlich auch ein interessanter Aspekt, weil es da ja eigentlich auch um Untreue geht, warum die Staatsanwaltschaft sich da offensichtlich überhaupt nicht gemeldet hat. Aber die korrespondieren ja jetzt auch, und die erheben und die besprechen; es sind ja keine Autisten, die da jetzt irgendwo durchs Haus gehen und schweigen, sondern die kommunizieren ja mit dem

jeweiligen untersuchten Unternehmen und fragen dort: Was kann man tun? Und so weiter und so fort.

Haben Sie jemals mit jemandem von der FMA gesprochen?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Nein, ich hatte absolut keinen Kontakt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wer war denn für die Kontakte mit der FMA zuständig?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Das weiß ich nicht, weil FMA ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Von der Vorstandszuständigkeit her, wo fällt das hinein?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Es gibt keine Zuständigkeit FMA per se. (*Abg. Dr. Jarolim: Aber Finanz ...!*) – Die ganzen Aktiensachen sind normalerweise beim Compliance-Verantwortlichen und beim Finanzvorstand, aber ich war keiner von den beiden und mit mir hat auch niemand Kontakt aufgenommen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Gab es damals einen Compliance Officer?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Meines Wissens nach ja. (*Abg. Dr. Jarolim: Und wer war das?*) – Ich glaube, das war Herr Rudolf Schwab.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Sind Ergebnisse von den Diskussionen Schwabs mit der FMA über den Finanzvorstand in den Vorstandsbesprechungen erläutert, diskutiert oder dargelegt worden?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Ich weiß nicht, ob es zu diesem Kontakt überhaupt gekommen ist. Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Hat es in den Vorstandssitzungen zu dem Thema Berichte gegeben?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Kann ich mich nicht erinnern. Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Nemsic, ich möchte Sie jetzt zu zwei Rechnungen befragen. Ich sage Ihnen gleich, worum es geht, und komme dann zu den Rechnungen.

Ich habe Sie in der ersten Runde befragt zu dieser Änderung der politischen Interessenlage in der Telekom, und ab 2006 gehen alle möglichen Zahlungen in den ÖVP-Bereich los. Die Vorbereitung dieser Änderung fällt aber bereits ins Jahr 2004 und ist – zumindest deuten die Akten darauf hin – dem Vorstand nicht unbekannt geblieben; Vorstandsmitglieder hatten ganz offensichtlich damit zu tun.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Da gibt es einen Werkvertrag vom 25. Mai 2004. Der Werkvertrag hat den Titel: parlamentarische Überzeugungsarbeit; Liefertermin: 30.11.2004. Und dann werden die Leistungen beschrieben:

A1, parlamentarisches Netzwerk, 30 000 €; Aufbau eines gezielten parlamentarischen Netzwerkes für Telekom Austria; Koordination eines ständigen Informationsflusses zwischen Politik und dem Wirtschaftsunternehmen Telekom Austria zur Optimierung der Rahmenbedingungen für den IKT-Standort Österreich; Identifizierung und Ansprache von Verbündeten der parlamentarischen Klubs (sowie deren MitarbeiterInnen) und regelmäßige Berichtslegung über den Fortgang des Netzwerkaufbaus; Organisation und Steuerung persönlicher Gespräche zwischen Politik, Telekom Austria sowie der österreichischen IKT-Industrie. – Zitatende.

Das heißt, da geht es nicht darum, um in irgendeinem konkreten Fall Abgeordnete von einem Vorhaben oder einem Interesse der Telekom Austria zu überzeugen, sondern da geht es um etwas ganz anderes. Da finden sich Begriffe wie **Aufbau eines Netzwerks im Parlament** und **Suchen von Verbündeten** – und das geschäftsfallunabhängig.

Ich habe bis jetzt noch nie ein Dokument gesehen, wo ein großes Unternehmen Geld vergibt, um sich ein parlamentarisches Netzwerk mit Verbündeten aufzubauen. Jetzt kann ich mir schwer vorstellen, dass irgendein kleiner Mitarbeiter – Einkauf oder irgendetwas – sagt: Ah, jetzt kaufen wir uns ein parlamentarisches Netzwerk! Ich kann mir schwer vorstellen, dass das ohne Absprache mit höheren Entscheidungsebenen passiert.

Daher: Ist im Vorstand jemals darüber gesprochen worden, in welcher Art und Weise mit dem Parlament umgegangen werden soll?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Danke für die Vorlage. Ich möchte auch ergänzen, was da unten steht: Erfüllungsort Telekom Austria AG, COO Ing. Mag. Rudolf Fischer, deswegen ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Auf die Vorstandsverantwortung werde ich dann in der nächsten Frage kommen.

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Aber das bezieht sich eindeutig auf den Festnetzbereich, und die Bestellung sieht so aus, dass sie von Herrn Fischer gekommen wäre.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Mir geht es nur darum, ob es jemals im Vorstand besprochen worden ist, dass Interesse besteht und auch ein Vorhaben besteht, ein parlamentarisches Netzwerk aufzubauen und Verbündete im Parlament zu suchen.

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Der Begriff „parlamentarisches Netzwerk“ ist mir nicht bekannt, in keiner Art und Weise. Was in den Vorstandssitzungen im Detail besprochen wurde – ich meine, nach so vielen Jahren und so vielen Sitzungen –: Ich bitte um Verständnis, dass man sich nicht an alles erinnern kann, aber, wie gesagt, dieser Begriff ist mir nicht bekannt und auch nicht in dieser Art und Weise.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie haben schon recht – ich wollte Ihnen das ohnehin als Nächstes vorhalten –, unten steht, unter diesem Werkvertrag: Erfüllungsort Telekom Austria AG, COO Ing. Mag. Rudolf Fischer, also Ihr damaliger Vorstandskollege.

Es gibt eine Aussage von Herrn Hochegger vom 29. November 2011, wo Herr Hochegger von den Beamten des Innenministeriums genau zu diesen beiden Rechnungen – denn aus dem Werkvertrag resultieren dann zwei Rechnungen; eine vom 2. Juni 2004 und eine vom 3. Dezember 2004 über jeweils 90 000 € brutto, also insgesamt 180 000 € – gefragt wird: Na, was war denn das Problem? Wozu sollte das parlamentarische Netzwerk aufgebaut werden, und wozu sollten Verbündete im Parlament gewonnen werden? Antwort Hochegger – ich zitiere –:

Wie ich eingangs erwähnt habe, war die Position der Telekom Austria innerhalb der Regierungs- und parlamentarischen Fraktion der ÖVP nicht sehr gut. Mit dem Engagement von Krenn und Schneider bestand die Möglichkeit, diesen Zustand nachhaltig zu verbessern. Ihre Aufgabe war es, ein parlamentarisches Netzwerk für Telekom Austria-Anliegen aufzubauen und inhaltlich im Sinne der Telekom Austria zu pflegen. Die zweite Zielsetzung lag darin, eine Art **Themenführerschaft** zum Bereich Infrastruktur und Informations- und Kommunikationstechnologien aufzubereiten – dies

mit dem Ziel, für die Telekom Austria-Vorstände Möglichkeiten zu schaffen, die Politik für die genannten Themen inhaltlich mitzugestalten. – Zitatende.

Das müssen Sie sich einmal vorstellen: Da plant die Telekom Austria gemeinsam mit einem **Lobbyisten**, wie **Vorstände** die Möglichkeit erhalten sollen, die Politik des **Parlaments inhaltlich mitzugestalten!**

Dann sagt Hohegger weiter – ich zitiere –: Über die detaillierte Ausformung und Umsetzung des Projektes kann Stefan Krenn Näheres sagen. Ich war sicher konzeptiv miteingebunden, verließ mich aber auf die Expertise von Stefan Krenn und Andreas Schneider. Der gegenständliche Geschäftsfall war für mich der „Turning Point“ in den Beziehungen der Telekom Austria zur ÖVP. Trotz Rudolf Fischer im Vorstand wurde die Telekom Austria von der ÖVP als sozialdemokratisch dominiertes Unternehmen wahrgenommen. Die Beziehungen zur ÖVP beschränkten sich auf die üblichen formellen Kontakte. Mit Stefan Krenn und Andreas Schneider gab es dann plötzlich zwei ehemalige ÖVP-Mitarbeiter, die die Argumente der Telekom Austria schlüssig und glaubhaft transportieren konnten.

Andreas Schneider wurde als parlamentarischer Mitarbeiter der Verkehrssprecherin Karin Hakl von der gesamten Telekommunikationsindustrie kontaktiert, hofiert und mit Informationen versorgt. Er war gleichzeitig als parlamentarischer Mitarbeiter der Verkehrssprecherin dafür verantwortlich, innerhalb der Partei diese Themen zu koordinieren und abzustimmen.

Also da werden vom Telekom-Vorstand 180 000 € im Jahr 2004 in den „Turning Point“ zur ÖVP investiert, und da wird besonders Bezug genommen auf die Verkehrssprecherin, eine Abgeordnete dieses Hauses, und ihren parlamentarischen Mitarbeiter.

Ist Ihnen irgendetwas bekannt, dass es da zu direkten Zahlungen gekommen ist?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Ich glaube, das Ende war die Frage. Ich möchte nur zu der Ausführung, die mir sehr wertvoll erscheint, weil ich sie zum ersten Mal höre, sagen: Die genannten Personen Krenn und Schneider kenne ich nicht. Ich war auch nicht eingebunden ... (*Abg. Dr. Pilz: Stefan Krenn kennen Sie nicht?*) – Nein, kenne ich nicht.

Und ich habe auch an den Herrn Hohegger keine Aufträge dieser Art erteilt. Somit ist mir dieser Vorgang, so wie Sie ihn vorhin vorgelesen haben, nicht bekannt.

Ich hatte auch nie eine Nähe zur Politik, somit war das überhaupt nicht mein Aufgabengebiet. Diese Vorlage da ist eindeutig: gegeben von Herrn Fischer.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, das ist ja vollkommen klar. Ich habe das ja selbst zitiert. Aber mir geht es immer darum: Hat das ein Vorstandsmitglied in Eigenregie gemacht, und hat ein Vorstandsmitglied das Pouvoir gehabt, eine gesamte politische Strategie eines Konzerns **ohne** Generaldirektor und **ohne** Vorstandskollegen zu entwickeln und auch umzusetzen?

Geht so etwas in der Telekom Austria, im Vorstand völlig **ohne Absprache** mit den anderen Vorstandsmitgliedern und dem Generaldirektor – oder war das nicht der Fall?

Ich nehme Ihre Erklärung einfach so zur Kenntnis. Sie sagen – und alles deutet darauf hin –, das war eine isolierte Aktion des Vorstandsmitgliedes Ing. Fischer, und Sie waren darüber nicht informiert.

Sind überhaupt jemals politische Strategien und Interessen der Telekom Austria im Vorstand besprochen worden?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Vom Betrag her, 180 000 €, glaube ich, inklusive Mehrwertsteuer (*Abg. Dr. Pilz: Zwei Mal 90 000 €, ja!*), ist das, soweit ich mich erinnern kann, eindeutig so, dass das ein Vorstand, ich glaube, sogar ein Prokurist, bestellen kann. Also von der Seite ist es formell nicht notwendig, eine zweite Unterschrift einzuholen oder so etwas.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Die letzte Frage ist eine kurze Frage zur Beamtenagentur. Ich lese Ihnen jetzt wieder etwas vor aus einer anderen Aussage, nämlich vom 5. Juli 2011, von Peter Hochegger.

Ihnen wird die Aussage von Mag. Gernot Schieszler zu Geschäftsfall 15 –

das ist die Beamtenagentur, das wird Ihnen sicher etwas sagen, das Projekt „Beamtenagentur“ –

vorgehalten, in der dieser sinngemäß eine Flugreise nach Schottland beziehungsweise eine Reise ins Schloss Dalagnar im Rahmen des Event- und Projektplans bei Geschäftsfall 15 anspricht.

Das ist dieses Mensdorff-Pouilly-Schloss.

Antwort von Hochegger: Nach Vorhalt der entsprechenden Angaben von Gernot Schieszler gebe ich an, dass ich niemals eine Flugreise nach Schottland organisiert habe ... – Die einzigen Bezüge, die mir zu einer Flugreise und Mensdorff-Pouilly in Erinnerung sind, sind nur meine bereits erfolgten Angaben. –

Die spielen aber jetzt da keine Rolle.

Ich zitiere weiter: Es erfolgte von mir eine Bezahlung von glaublich 22 000 € aufgrund eines Anrufes von glaublich Schieszler oder Michael Fischer an mich, wo er mich um Bezahlung einer Rechnung für eine Flugreise ersuchte. Ich kam diesem Wunsch nach, ohne den Grund näher zu hinterfragen. Auf Nachfrage, ob mir der Name der damaligen Fluggäste genannt wurde, gebe ich an, dass ich nicht ausschließen möchte, dass sie mir beim damaligen Telefonat genannt worden sind. Ich kann mich jedenfalls nicht erinnern. – Zitatende.

Und dann kommt ein Punkt, den ich Sie fragen möchte: Die Bezahlung erfolgte aus diesen „10 Prozent Sponsoringbudgets“.

Sagt Ihnen das etwas? Was sind diese „10 Prozent Sponsoringbudgets“?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Das kenne ich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann geht es weiter, dann wird er gefragt:

Wer ist für diese Beauftragung innerhalb der Telekom namentlich verantwortlich aus Ihrer Sicht?

Antwort: Rudi Fischer, Gernot Schieszler, und meiner Wahrnehmung nach wurde dies auch mit Boris Nemsic abgestimmt.

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Ist mir absolut nicht bekannt, nein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hat Ihrer Meinung nach Herr Dr. Hochegger bei seiner Vernehmung etwas Falsches gesagt? Können Sie das ausschließen, dass Sie informiert waren?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Ich weiß nicht, was Dr. Hochegger alles gesagt hat, ich habe keine Einsicht in seine Aussagen. Mir ist diese Reise, die Sie nennen, unbekannt, ich habe sie den Medien entnommen. Ich war nie in Schottland in irgendeinem Schloss, ich bin kein Jäger; ich habe damit absolut nichts zu tun.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Herr Nemsic, ich möchte Sie in Bezug auf die Lobbying-Projekte befragen. Als Generaldirektor der Telekom von 2006 bis 2008 hatten Sie jemals externe Berater eingesetzt, um politisches Lobbying, so wie angesprochen, zu betreiben?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Für den Begriff „politisches Lobbying“ gibt es wahrscheinlich verschiedene Definitionen, was das ist. Ich habe nie ein politisches Lobbying in Auftrag gegeben. (*Obfrau-Stellvertreter Dr. Jarolim übernimmt den Vorsitz.*)

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Hatten Sie jemals eine Wahrnehmung, dass Ihr Vorstandskollege Rudolf Fischer Agenturen für politisches Lobbying engagiert hat? Ist Ihnen da etwas aufgefallen, etwas Spezielles? Hat man Sie informiert, hat man Sie in Kenntnis gesetzt?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Noch einmal: Die Frage „Was ist politisches Lobbying?“ müsste definiert werden. Natürlich arbeitet ein großes Unternehmen mit vielen Agenturen zusammen, von Werbeagenturen bis Kommunikationsagenturen und so weiter. Aber mir ist in keiner Art und Weise irgendein politisches Lobbying auf den Tisch gekommen.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Wir dürfen Ihnen eine Liste vorhalten, in der sich Projekte der Telekom Austria wiederfinden.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Das ist ein Bericht von Deloitte, interessanterweise „Flieder-Bericht“ genannt – ein vielsagender Name –, der mit entsprechenden Unternehmen und Projektsummen ausgestattet ist.

Was können Sie dazu sagen? Haben Sie eine Wahrnehmung in Bezug auf eines der Projekte?

Ich halte fest, dass das leider sehr klein geschrieben ist und damit schwer leserlich. Ich bedaure das; ich habe das zu spät gesehen.

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Mir sind diese Projekte, soweit ich sie da lesen kann, nicht bekannt. Ich glaube, hier steht auch, was Auftraggeber und Leistungsnachweis betrifft, ausschließlich der Herr Schieszler.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Ja, das ist richtig. – Im Zusammenhang mit **diesen** Aufträgen haben Sie keine Wahrnehmung?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Ich kenne jetzt die Einzelnen nicht, wenn ich ein paar Begriffe ... Jeder in Österreich weiß, was aonTV ist, aber ich kann jetzt keinen Bezug zu irgendeinem Projekt in dieser Art herstellen.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Ich darf Sie in Bezug auf den Prüfbericht der KPMG über die Telekom aus dem Jahr 2008 fragen: Kennen Sie diesen Bericht?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Ich würde gerne die Unterlage haben, denn wahrscheinlich hat die KPMG sehr viele Berichte gemacht.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Das ist der Bericht der KPMG aus dem Jahr 2008 die Telekom Austria betreffend. – Ist Ihnen dieser Bericht bekannt?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Noch einmal: Wenn die KPMG der offizielle Revisor war, dann gibt es einen Bericht, der als Revisionsbericht des Jahres dem Aufsichtsrat vorgelegt wird und wahrscheinlich auch vorher den Vorständen. Ich weiß nicht, um welchen Bericht es sich jetzt handelt.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Ergänzend und besser definierend: Es handelt sich hierbei ganz konkret um die Berater-Verträge. Ich darf Ihnen, Herr Dr. Nemsic, einige Namen beziehungsweise Firmen nennen, und ich würde Sie bitten, dass Sie mir Ihre Wahrnehmungen in diesem Zusammenhang einfach kundtun.

Kennen Sie die **Alois Czipin Produktivitätsberatung**, den Geschäftsführer Alois Czipin? (*Dr. Nemsic: Ja, natürlich!*) – Was sagt Ihnen dieses Unternehmen?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Soweit ich das Unternehmen kenne, ist es ein Unternehmen, das auf Produktivität spezialisiert ist, das heißt die Shop-Abläufe, wie schnell Sie eine SIM-Karte aktivieren, wie geht die Logistik, und ähnliche Dinge. Es ist eigentlich eines der führenden Unternehmen in Österreich, die ich in diesem Bereich kenne.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Das heißt, Sie haben eine positive Bewertung dazu? (*Dr. Nemsic: Ja!*) – Kennen Sie die Firma **ACP Beteiligungsmanagement GmbH**, den Herrn Zechmeister? Sagt Ihnen der Name etwas?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: ACP vielleicht, aber das kann auch eine Verwechslung sein bei so vielen Kürzeln. – Der Name Zechmeister sagt mir im Moment nichts.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Die Firma **ROBICOM**, Geschäftsführer Robert Nowikovsky? (*Dr. Nemsic: Leider nicht!*) – **Create Connections**, Geschäftsführer David Ungar-Klein?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: David Ungar-Klein kenne ich von com·sult. Er ist der Veranstalter des com·sult.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): In welcher Aufgabenstellung?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Ich glaube, er organisiert das immer, als so eine Art Vor-Davos-Event, immer im Jänner in der IV.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Was sagt Ihnen **COM Partners Unternehmensberatungs GesmbH?** Der Herr Burger?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Kenne ich nicht, nein. Ich bin bei Namen sehr schlecht, ich brauche immer Gesicht und Name zusammen; da bin ich nicht gut.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Die Firma **NCN Consulting**, der Herr Nonhoff?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Wenn Sie den Herrn Nonhoff von IBM meinen, den kenne ich, aber ich weiß nicht, ob er eine Firma hat.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): In welchem Zusammenhang kennen Sie den Herrn Nonhoff? Was hat der für eine Aufgabenstellung?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Er war sehr lange Generaldirektor von IBM Österreich, und ich glaube, er hat nachher auch etwas für das Festnetz gemacht, als er bei IBM ausgeschieden ist, aber Details kenne ich nicht.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Was sagt Ihnen die **SPOT AG** oder **SPOT GmbH**, ein Herr Geschäftsführer Thomas Scheiner?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Weiß ich nicht. Ich muss mich entschuldigen, wenn das jetzt eine Liste wie die „Gelben Seiten“ wird. Es kann durchaus sein, dass ich die eine oder andere Person irgendwo getroffen habe. Ich weiß es tatsächlich nicht, sorry.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Das ist nichts Böses, Herr Nemsic, ich frage Sie nur nach Ihren Wahrnehmungen in diesem Zusammenhang, um Verbindungen, Stellenwerte beziehungsweise Querverbindungen zu hinterfragen.

Was sagt Ihnen **Heinz Lederer Communications?** Geschäftsführer Heinz Lederer?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Heinz Lederer ist inzwischen auch in dieser Causa in allen Zeitungen, in aller Munde. Ich kenne ihn flüchtig, wir haben uns bei ein paar Events getroffen.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Welche Aufgabenstellungen hat er in Ihrem Aufgabenbereich?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Mir sind keine in Erinnerung.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Das heißt, einen persönlichen Kontakt hat es nicht gegeben?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Ich habe den Heinz Lederer sicher da und dort getroffen, weil das ist, wenn ich ehrlich bin, einer, der überall auftaucht.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Da kenne ich manche.

Was sagt Ihnen die **Filmhof Veranstaltungs- und BetriebsgmbH**, die Frau Monika Langthaler? Kennen Sie die Dame?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Frau Monika Langthaler kennt man natürlich, sie war eine erfolgreiche Politikerin, ist schon lange in der Privatwirtschaft. Sonst nichts.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Haben Sie Aufträge erteilt, hat sie für Ihr Unternehmen gearbeitet? Wenn ja: in welcher Form?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Ich glaube, dass *ich* keine Aufträge erteilt habe, da ist mir nichts bekannt. Es steht in den Medien, dass sie für die Telekom Austria etwas gemacht hat, aber ich weiß nicht, was und wie viel. Keine Ahnung.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Auch wenn Sie mich für eine Telefonbuch-Abfrage halten: Was sagt Ihnen **Rechtsanwalt Richard Regner**? (*Dr. Nemsic: Kenne ich nicht!*) – Herr **Dr. Andel**? (*Dr. Nemsic: Kenne ich auch nicht!*) – **Dr. Prohaska**? (*Abg. Dr. Rosenkranz: Da wird es wahrscheinlich mehrere geben!*)

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Prohaska? – Ist das der Anwalt von Herrn Schieszler?

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Das könnte eine Namensgleichheit sein. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Das geht doch so nicht! Kann man da nicht vorher ein bisschen präzisieren?*)

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Ich weiß es nicht. Fußballer? Nein, weiß nicht, kann sein.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Meine nächste Frage bezieht sich auf jemanden, den Sie garantiert kennen, und zwar auf den Herrn Schieszler.

Wann haben Sie den Herrn Schieszler kennengelernt beziehungsweise in welchem Umfeld?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Ich habe Herrn Schieszler in der Telekom Austria kennengelernt. Ich glaube, irgendwann, als ich in den Vorstand gekommen bin, oder kurz davor. Er war damals Leiter des Controlling, eine sehr wichtige Funktion. Seitdem kenne ich ihn.

Obfrau-Stellvertreter Dr. Johannes Jarolim: Kollege, die fünf Minuten sind um!

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Ich nehme das zur Kenntnis, Herr Vorsitzender.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Dr. Nemsic, Sie haben von politischem Lobbying gesprochen und haben gemeint, das kann man sicherlich unterschiedlich definieren. Gehen wir jetzt einmal auf das ein, was man unter Umständen im Bereich eines so großen Unternehmens wie dem Ihren seinerzeit als ganz normal empfindet, nämlich den Kontakt zu Entscheidungsträgern in der Politik.

Haben Sie als Vorstand zu Regierungsmitgliedern, die im Bereich der Telekom von Interesse sind – da geht es jetzt nicht um Gesetzeskauf oder sonst irgendetwas, sondern rein darum, sachliche Anliegen zu transportieren –, Kontakt gehabt? Wenn ja: mit welchen?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Ja, das ist auch Teil der Aufgabe. Ich kann Ihnen nach so langer Zeit nicht sagen, wann und mit wem, aber typischerweise ist es das Infrastrukturministerium. Man versucht, sehr viel Kontakt mit der Telekom-Regulierungsbehörde zu haben, aber dafür hat man Abteilungen, die das machen. Ich war sehr „outspoken“, ziemlich laut, was die Regulierung betrifft, im negativen Sinn, und es war mir sicher ein Anliegen, bei jeder Gelegenheit darauf aufmerksam zu machen.

Ich stehe weiterhin dazu, dass die Telekom Austria regulatorisch sehr unfair behandelt wurde, **sehr, sehr unfair**, insbesondere das Festnetz. Die Mobilkommunikation auch, aber die wurde dann auch auf der europäischen Ebene unfair behandelt. Ja, das war auch etwas, was ich immer ziemlich gebetsmühlenartig wiederholt habe.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das deckt sich auch mit manchen Aussagen Ihrer Vorstandskollegen. Es ist aber auch so gewesen, dass offensichtlich die Agentur Hohegger in irgendeiner Form einen Auftrag hatte, so eine Art **dirty campaigning** hinsichtlich des Regulators Otruba zu machen und einen Wechsel zu erzielen. – Ist Ihnen davon etwas bekannt?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Nein. Der Begriff „dirty campaigning“ ist ein englischer Begriff, von dem man bei uns nicht genau weiß, was er bedeutet. Ich würde **nie** so einen Auftrag vergeben.

Vom Herrn Prof. Otruba – bei aller persönlichen Ehre, die ich ihm zukommen lasse – glaube ich nicht, dass er ein guter Regulator war.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt haben Sie schon Ministerien genannt, Infrastrukturministerium in erster Linie – mit welchen Personen aus Ihrer Erinnerung haben Sie da konkret Kontakt gehabt?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Ich weiß es nicht mehr genau, ich nehme an, dass ich in der Zeit fast mit jedem Minister mindestens einmal Kontakt hatte. Das ist normal, aber das sind eher kurze Kontakte, oder man trifft sich irgendwo. Man hat sehr selten die Gelegenheit gehabt oder **ich** zumindest habe sehr selten die Gelegenheit gehabt, auf inhaltliche Dinge einzugehen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie würden das also eher so meinen, dass Sie als einer der Vorstände eines so großen teilstaatlichen Unternehmens eher eine Art Höflichkeitsbesuch gemacht haben? Würden Sie das so sehen?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Das macht man auch, ich glaube, das ist Gebot der Anerkennung und des Respektes. Aber es ist auch nicht so, dass man jetzt jeden Tag irgendwo ins Ministerium läuft und sich beschwert, denn man muss eine Arbeit tun und sich nicht beschweren.

Wie gesagt, meine Sicht war, dass die Telekommunikation generell in Österreich leider sehr unterbewertet wurde, trotz dem Faktum, dass wir die höchste Qualität zum niedrigsten Preis geliefert haben. Und es war sehr schwer, eine Investitionssicherheit zu erreichen; sehr schwer. Und das sieht man auch heute. Wir sind als Land eigentlich, was die Bereitbandanschlüsse anlangt, leider hinten in Europa – weltweit nicht zu reden. Und aus meiner Sicht war viel zu wenig Aufmerksamkeit der Telekommunikation im Ganzen gewidmet.

Man hat das liberalisiert, was okay ist, natürlich, denn diese Competition im Markt ist absolut in Ordnung. Nur: Man hat für ein kleines Land sechs UMTS-Lizenzen vergeben, man hat für ein kleines Land alle zwei Jahre einen neuen Netzbetreiber hineingebracht, man hat im Festnetz eine brutale Regulierung für die alternativen Netzbetreiber gemacht.

Insgesamt sehe ich kein gutes Bild von der Regulierung und Gesetzgebung zur Telekommunikation generell. Und dass sich da ein Unternehmen natürlich bemüht, seine Standpunkte zu erörtern – ob das Interviews sind, ob das direkte Kontakte sind – , das ist normal.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt aus Ihrer Sicht: Sie haben zwar immer betont, dass Sie als absoluter Profi gelten wollen. Sie sind Manager. Sie schauen politisch nicht nach links, nach rechts oder sonst irgendwo hin. Ich möchte Sie auch nicht über Ihre private politische Richtung fragen. Es geht mir nur darum, ob Sie von Ihren Vorstandskollegen, die man ja kennt – es wird ja unter Umständen auch ein bisschen getratscht in einem Unternehmen oder gesprochen –, ob Sie von Ihren Vorstandskollegen, Rudolf Fischer zum Beispiel, oder auch Schieszler als Finanzvorstand, ob Sie wissen, welchem politischen Lager die nahe sind.

Gibt es da irgendeine Wahrnehmung dazu?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Das ist eine sehr persönliche Frage. Und ich respektiere jede politische Ausrichtung, solange sie im demokratischen Rahmen ist – und alle österreichischen Parteien im Parlament sind das eindeutig. Somit habe ich mir eigentlich nie diese Gedanken gemacht, und ich maße mir nicht an, dies zu beurteilen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Mir geht es gar nicht darum, ob Sie darüber urteilen, ob Sie es gut finden, schlecht finden, oder sonst irgendetwas, sondern, ob Ihnen im Unternehmen aufgrund irgendeiner Kommunikation – und sei es in einer Kaffeepause am Gang – einmal zugetragen wurde, der gehört zu denen.

Hat es so etwas für Sie gegeben: ja oder nein? Als **Wahrnehmung**. Es geht nicht einmal darum, ob Sie es auch **wissen**. Es kann ja sein, dass Ihnen jemand etwas zuträgt – und es stimmt in Wirklichkeit gar nicht.

Mir geht es darum, ob Sie eine Wahrnehmung haben – egal, ob und wie Sie die bewertet haben. Ob Sie die auf einen Wahrheitsgehalt hin überprüft haben, das ist für mich komplett nebensächlich. Mir geht es nur darum: Haben Sie eine Wahrnehmung über irgendein parteipolitisches Naheverhältnis irgendeines Ihrer Vorstandskollegen?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Noch einmal: Wahrnehmung habe ich keine, und Vermutungen auszusprechen, glaube ich, wäre nicht fair.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich will gar keine Vermutungen haben. Nur wenn Sie es **wissen**.

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Ein großes Unternehmen will natürlich mit allen Stakeholdern irgendwie in Kontakt sein. Und das Unternehmen – egal, welche Regierung im Amt ist – gibt es, das heißt, man will mit **allen** einen ganz normalen Kontakt haben.

Obfrau-Stellvertreter Dr. Johannes Jarolim: Aber es sind ja auch keine Vermutungen. Sie müssen keine Vermutungen hier abgeben. Sie sind ja dazu da, Fragen zu beantworten – und nicht Vermutungen anzustellen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Nur die Frage: Haben Sie eine Wahrnehmung: ja oder nein?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Habe ich keine.

(Obfrau Dr. **Moser** übernimmt wieder den Vorsitz.)

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Dann habe ich keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Nemsic, ich glaube, Sie haben ein Problem. Ich komme noch einmal auf die Optionsausübungserklärung, die ich schon angeführt habe. Am 26. Februar 2004 findet die Kursmanipulation statt. Einen Tag **vorher**, also bereits am 25. Februar, unterschreiben Sie mit Ihrer Unterschrift, welches Auszahlungsprogramm Sie wählen.

Ich lese das kurz vor: Variante zwei, gemischte Optionsrechtsausübung, Kauf von Aktien.

Das heißt, Sie haben Aktien behalten; den Rest haben Sie sich in bar auszahlen lassen.

Hier steht: Die Lieferung erfolgt auf mein Wertdepot – dann tragen Sie hier Ihre Kontodaten ein. Sie als Person. **Ihre** Kontodaten bei der Erste Bank.

Für die restlichen Aktienoptionen Auszahlung des Differenzbetrages aus dem Stock-Options-Programm. – Einen Tag **bevor** diese Kursmanipulation stattgefunden hat.

Ich frage Sie jetzt dazu: Bleiben Sie bei Ihren Angaben, Herr Dr. Nemsic, dass Sie von der Kursmanipulation nichts mitbekommen haben, weil Sie im Ausland waren, nämlich bei der Handy-Messe in Cannes? Bleiben Sie dabei?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Herr Petzner, wenn Sie dieses Formular, das Sie mir freundlicherweise zur Verfügung gestellt haben, ansprechen, so ist das ein vorgefertigtes Formular, das, wie ich annehme, viel früher entstanden ist. Und auch wenn man sieht, wann diese Dinge verschickt worden sind, man könnte wahrscheinlich finden, wohin es verschickt wurde. Das heißt, es ist eine vorbereitete ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, das ist korrekt. Es ist ein vorbereitetes Formular, aber ein vorbereitetes Formular der Telekom mit drei Auswahlmöglichkeiten, drei Varianten, welche Variante der Auszahlung man aus dem Stock Options-Programm wählt. Und die Schwierigkeit, die wir haben, ist, dass Sie sich schon einen Tag, bevor überhaupt diese Kursmanipulation stattgefunden hat – nämlich schon am 25. –, für die Variante zwei entscheiden. Sie haben gesagt, Sie können sich das nicht erklären, das Datum kann jemand anderer eingefügt haben.

Und jetzt komme ich zu einem entscheidenden Punkt. Sie können sich das nicht erklären. Sie waren im Ausland bei der Handy-Messe in Cannes, geben Sie an, und haben von nichts gewusst. Das Problem ist, wenn man im Ausland ist, Herr Nemsic, und in Cannes ist, und vom Ausland Faxe verschickt, dass die Faxkennung am Dokument oben ist. Und hier haben wir: **Fax reçu de** – französisch, also: Fax erhalten am.

Das heißt, Sie haben ein Fax erhalten, aus Österreich, am 24. Februar 2004, um 8.05 Uhr – die Faxkennung ist oben. Am 24. Februar 2004 um 8.05 Uhr oder 9.05 Uhr haben Sie diese Optionsausübungserklärung gefaxt bekommen – zwei Tage, bevor die Kursmanipulationen stattgefunden haben. Datiert haben Sie es dann mit 25. Februar. Und zurückgeschickt haben Sie es – „le“ steht da, also „der“ –, zurückgeschickt nach Wien haben Sie es am 24. Februar 2004 um 10.07 Uhr.

Das heißt, am 26. findet die Kursmanipulation statt, zwei Tage vorher, am 24. Februar, erhält Herr Nemsic in Cannes in Frankreich ein Fax um 9.05 Uhr. Er datiert dieses Fax, das die Optionsausübungserklärung darstellt, einen Tag nach, mit 25. Februar, und schickt dieses Fax aber wenige Minuten später am 24. Februar um 10.07 Uhr zurück

nach Wien, damit er ja seine insgesamt über 150 000 € netto aus dem Stock Options-Programm erhält.

Und jetzt wollen Sie mir erklären, Herr Nemsic, Sie haben nichts mitbekommen, Sie waren im Ausland, Sie wissen nichts von der Kursmanipulation. Wie erklären Sie mir, dass Sie ein **Fax reçu de**, dass Sie ein Fax erhalten am 24. Februar, zwei Tage **bevor** die Kursmanipulation überhaupt **stattgefunden** hat?

Warum haben Sie es am gleichen Tag, am 24. Februar um 10.07 Uhr, zurückgeschickt mir Ihrer Entscheidung – Variante zwei, Mischvariante, ich behalte mir einen Teil der Aktien, den Rest will ich ausgezahlt haben?

Und warum haben Sie das Dokument falsch datiert, nämlich mit 25. Februar 2004? Da waren Sie einen Tag zu früh, denn die Kursmanipulation hat erst am 26. Februar stattgefunden. Wie erklären Sie mir das jetzt?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Sehr einfach. Das ist ein Formular. Darf ich auch den Text des Formulars vorlesen ... (Abg. **Petzner:** *Habe ich schon vorgelesen!*) – Ich werde es noch einmal tun, weil das geht unter.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Lesen Sie es noch einmal vor, bitte!

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Ich erkläre unwiderruflich, im Falle einer entsprechenden Kursentwicklung der TA-Aktie die mir gemäß Optionsrechtsvereinbarung zukommenden Optionsrechte am 27. Februar zu 100 Prozent, wie im Folgenden dargestellt, ausüben zu wollen.

Das heißt, es geht eindeutig um ein Formular, wo man verlangt, dass man im Vorhinein – im Vorhinein! – seine Entscheidung preisgibt. Das ist notwendig, denn das Unternehmen muss im Falle, dass man sich das in Aktien auszahlt, auch entsprechende Aktien im Vorrat haben. Deswegen, wenn das auch eine französische Kennung ist – es kann durchaus sein; ich kann mich nicht erinnern, ob ich das Fax, ich habe es sicher selber nicht geschickt, da gibt es ein Hotel und Mitarbeiter, die das tun –, ist das eine ganz normale, verlangte Vorbereitung eines Vorganges.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir haben das alles nachgeprüft, Herr Nemsic. Auffallend ist, dass Sie der Einzige sind, der Einzige aller Vorstände der Telekom – weil das ist ein Formular, das von der Telekom erstellt wurde –, der dieses Formular bereits **vor** Stattfinden der Kursmanipulation ausgefüllt hat, fix und fertig. Alle anderen haben es erst **nach Erreichen** des Kurszieles zugeschickt bekommen, haben erst nach Erreichen des Kurszieles dieses Formular ausgefüllt und sich **nach Erreichen** des Kurszieles für eine Variante entschieden. Sie sind der Einzige, der noch dazu vom Ausland, nämlich von Cannes aus, per Fax das zwei Tage vorher geschickt bekommt, am 25. dann unterschreibt und am 24. schon wieder zurückgeschickt hat.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich glaube, es ist schon längst Ende der Fragezeit.

Wortmeldungen zur Geschäftsbehandlung

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte, Herr Abgeordneter Dr. Jarolim.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Weil es jetzt vermehrt vorgehalten worden ist: Ich finde es interessant und lustig, wenn man solche Dinge vorhält, aber ich glaube, Herr Kollege Petzner ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Lustig ist das nicht. Das ist ja ernst ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Darf ich aussprechen? – Wenn man auf das Dokument draufschaut, dann steht dort drinnen, dass für den Fall der Erreichung dieser Ziele die Erklärung vorab abzugeben ist. Das heißt, das Dokument ist schon so aufgebaut. Ich würde nur ersuchen, damit da nicht der falsche Eindruck entsteht, das auch so vorzuhalten. Es ist nicht vorgesehen, dass man es danach macht, sondern es ist vorgesehen, dass man es **davor** macht. Ich bin nicht der Ex-offo-Verteidiger hier, aber nachdem das jetzt schon dreimal passiert ist, und das Dokument etwas anderes spricht, würde ich nur im Sinne der Objektivität appellieren, dass man sich an das Dokument halten soll, wenn man das auch vorhält.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich sehe das in einem Punkt ebenso wie der Abgeordnete Jarolim. Es ist ja nicht Aufgabe dieses Untersuchungsausschusses, einer Auskunftsperson etwas zu unterstellen, was offensichtlich nicht passiert ist. Das ist diese Optionsausübungserklärung. Es hat später andere Erklärungen gegeben, nach Erreichung dieses Kurszieles am 26. Februar. Das ist eine Pro-futuro-Erklärung, was passieren soll, falls dieser Fall in Zukunft eintritt. Und so etwas kann man ja nur unterschreiben, bevor das eingetreten ist, denn sonst unterschreibt man ein Dokument, in dem drinnen steht, dieser Fall ist eingetreten und deswegen verlange ich jetzt das viele Geld von der Telekom.

Was mir allerdings nicht erklärbar ist, ist, warum man am 24. 2. – aber das ist meiner Meinung nach nicht in diesem Sinne belastend – etwas faxen kann, was eine Unterschrift vom 25. 2. trägt. Das ist mir trotzdem etwas rätselhaft.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Erstens, das kann ich nur noch einmal unterstreichen, warum man am 24. etwas unterschreibt und das dann mit 25. datiert, ist das erste Rätsel.

Zum Herrn Nemsic, zum Kollegen Jarolim und zum Kollegen Pilz halte ich noch einmal fest für alle Anwesenden, damit man da fair ist: Unterstellen Sie mir nicht falsche Dinge! Ich habe gesagt, alle anderen Vorstände haben diese Optionsausübungserklärung erst **nach** dem 27. Februar, nach Erreichen des Kurszieles zugeschickt bekommen und ausgefüllt, weil man erst danach natürlich gesagt hat, wir haben das Kursziel erreicht, daher schicken wir jetzt auch danach das Formular aus.

Ich lege dazu vor: Die gleiche Optionsausübungserklärung von Heinz Sundt, unterschrieben am 27. 4. 2004. Sundt unterschreibt am 27. 4. 2004, das heißt, zwei, drei Monate später. Die Optionsausübungserklärung von Herrn Stefano Colombo – am 27. 2. 2004, das heißt, einen Tag nach Erreichung des Kurszieles.

Alle Vorstände haben es **danach** zugeschickt bekommen, **danach** unterschrieben. Der Einzige, der es schon vorher, nämlich zwei Tage vorher gefaxt bekommt, damit er seine Variante wählt, ist der Herr Nemsic. Und das bleibt schon aufklärungsbedürftig.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Herr Abgeordneter Petzner, Sie haben das jetzt, glaube ich, viermal erklärt, aber aufgrund falscher, unrichtiger Wiedergabe der einzelnen Exemplare.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das weise ich mit aller Entschiedenheit zurück! Ich habe das sogar vorgelesen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte, Sie haben vorgelesen: im Falle.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Unterstellen Sie mir keine falschen Vorhalte! Das ist unglaublich. Ich habe genau vorgelesen, was im Dokument drinnen ist.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Entschuldigen Sie, Sie wissen, wie man sich zu benehmen hat ... (Abg. **Petzner:** *Ich akzeptiere diesen Vorhalt nicht! Das ist inakzeptabel, was Sie mir unterstellen!*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Sie sind jetzt nicht am Wort! (Abg. **Petzner:** Sie unterstellen mir falsche Dinge! Ich weise das zurück!)) – Ich bin als Vorsitzende verpflichtet, auch die Rechte der **Auskunftsperson** wahrzunehmen. Die Auskunftsperson hat darauf hingewiesen, das Formular, das Sie vorgelesen haben und das aus Frankreich stammt, hat die Formulierung **im Falle**, und das ist praktisch antizipatorisch formuliert. Die anderen Formulare sind ex post formuliert. Und insofern haben sie einen anderen Wortlaut und ein anderes Datum, und als Telekomsprecherin darf ich nur noch anmerken, auch in Kenntnis dieser Börsenvorgänge, dass das meines Erachtens völlig irrelevant ist. Es geht um die Wahrnehmung von Optionen: das eine ex ante, das andere ex post. (Abg. **Petzner:** Das ist falsch!)

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Generell glaube ich, tut sich jetzt etwas auf. Und es wird die Frage sein – jetzt auch zur Geschäftsordnung –, ob wir diese Person, die da diese ganzen Erklärungen gesammelt hat – wir haben jetzt gehört von den diversen Vorständen, es sind ja über 100 Personen gewesen, die von diesem Programm profitiert haben –, dann werden wir uns halt alle Formulare vorlegen lassen, wie das damals gehandhabt wurde. Es ist ja durchaus plausibel – um eben gerüstet zu sein für den Fall –, dass die Formulare so formuliert worden sind. Unter Umständen war es sogar eine Frage: Na ja, Vorstand Nemsic ist im Ausland, bitte schau, dass du rechtzeitig mit dem etwas zu tun hast, die anderen sind da und können zeitnah das machen – was auch immer. Das kann man jederzeit klären.

Das Einzige, was ich schon ein bisschen einfordere, auch bei der Frage des Vorhaltes aus Formularen, ist – die einen haben es **Objektivität** genannt –, ich würde es auch **intellektuelle Redlichkeit** nennen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Frau Vorsitzende Moser, Ihr Vorhalt gegenüber meiner Person ist falsch. Und ich beweise das hiermit. Sie behaupten, alle anderen Optionsausübungserklärungen seien ex post, also nicht im Vornhinein formuliert, sondern im Nachhinein. – Das ist falsch!

Ich zitiere aus der unterschriebenen Optionsausübungserklärung des Herrn Colombo vom 27. 2. 2004:

Ich erkläre unwiderruflich, im Falle einer entsprechenden Kursentwicklung der TA-Aktien ... – und so weiter, und so weiter.

Ganz das gleiche Dokument wie der Herr Nemsic. Nichts ex post, sondern auch: **im Falle einer Kursentwicklung**.

Zweites Dokument, Heinz Sundt, unterschrieben auch in diesem Zeitraum, nach Erreichung des Kurszieles, am 27. 2. 2004. Das heißt, **nachdem** das Kursziel erreicht wurde.

Auch hier: Ich erkläre unwiderruflich, im Falle einer entsprechenden Kursentwicklung ... – Auch nicht ex post.

Der Einzige von allen Vorständen, der dieses Dokument – es sind alle drei gleich, weil es Formulare der Telekom sind, wie Sie richtig gesagt haben – schon **vor** Erreichung des Kurszieles – und ich habe alle drei Dokumente hier, ich kann es Ihnen gerne vorlegen, wenn Sie wollen –, bereits zwei Tage, bevor das Kursziel erreicht wurde, diese Optionsausübungserklärung, im gleichen Wortlaut wie auch bei Sundt und Colombo vorgetragen, unterschrieben hat, ist der Herr Vorstand Nemsic, nämlich schon am 24.

Also halten Sie mir nicht vor, die anderen seien ex post formuliert. Das ist falsch. Ich kann es Ihnen gerne zeigen, Frau Vorsitzende. Ich bringe es Ihnen dann hinaus, Sie können das selber nachlesen. Und das ist für mich der aufklärungswürdige Punkt.

Alle anderen haben **nach** Erreichung des Kurszieles jenes Dokument zugeschickt bekommen, wo man sich entscheiden konnte, für welche Auszahlungsvariante man sich entscheidet. Ist auch logisch, weil man das nicht vorher wissen konnte, angeblich.

Der Einzige aber, der es bereits **vor** Erreichen der Kursmanipulation ausgefüllt zurückschickt, nämlich **zwei Tage vorher**, noch dazu aus dem Ausland, ist der Herr Nemsic. Und das ist aufklärungsbedürftig.

Dass eben jetzt die Kollegen Jarolim, Rosenkranz und auch Pilz im Untersuchungsausschuss Auskunftspersonen und Beschuldigte in einem Strafverfahren verteidigen, das müssen sie der Öffentlichkeit erklären.

Ich bleibe bei meinem Vorhalten, habe das jetzt vorgetragen und lege es jetzt auch der Frau Vorsitzenden vor, damit sie in Zukunft richtig informiert ist und mir keine falschen Vorhalte macht.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Danke für die Vorlage. Meine Äußerung beruht auf Informationen; der Herr Verfahrensanwalt hat mich kurz darauf hingewiesen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ich meine, die Kritik vom Kollegen Petzner ist insofern richtig, als es stimmt, dass die Formulierungen so sind, wie er es sagt. Ich kann allerdings darin keinen Vorteil für den Herrn Dr. Nemsic erkennen, wenn er sich schon **vor** dem Stichtag im Hinblick auf eine allfällige Kursentwicklung festgelegt hat, eben im Gegensatz zu allen anderen Vorständen, die sich **danach** festgelegt haben, wie sie damit umgehen. Also **das** verstehe ich nicht ganz!

Möglicherweise hängt es damit zusammen, dass Sie zu dem Zeitpunkt des Stichtages im Ausland waren.

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Vielleicht habe ich das beste Büro gehabt, das alles rechtzeitig gemacht hat, und ich war der einzige, der im Ausland war.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Zur Geschäftsordnung: Herr Abgeordneter Pilz.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) (zur Geschäftsbehandlung): Ich glaube, das Ganze lässt sich sehr leicht klären. Das Schriftstück von Herrn Nemsic stammt offensichtlich vom 24. Februar und nicht vom 25.; da steht ein falsches Datum drauf. Das Ziel sind die Optionsrechte, weil der Stichtag der 27. Februar ist. Und bei Heinz Sundt steht ebenfalls als Zieltag 27. Februar, und unterschrieben ist es wie bei Herrn Nemsic mit 24. Februar.

Ich verstehe die ganze Diskussion deswegen überhaupt nicht. Sundt und Nemsic haben de facto dasselbe Datum, und zwar **vor** dem Wirksamwerden der Option.

Kollege Petzner, ich bin – und wir sind eine Partei, wo relativ genau gerechnet wird – in der Lage, einstellige Zahlen korrekt wiederzugeben.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ich darf in jeglicher Form den Vorwurf des Kollegen Petzner, in irgendeiner Form Verteidiger einer Auskunftsperson hier zu sein, entschieden zurückweisen.

Nur: Wenn, so wie der Kollege Pilz es aufgezeigt hat, mit falschen Vorhalten gearbeitet wird – und das ist soeben gemacht worden – und alle Argumentationen, die hier von einer Auskunftsperson gebracht werden, auch den Denkgesetzen entsprechen und auch der Erfahrung, dann muss man einfach sagen: Da hat man auch als Mitglied des Ausschusses einzuschreiten, denn das Ganze ist nämlich kein Tribunal im Sinn von einem Regime, das eigentlich nichts in einem Parlament zu tun hätte!

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich bin noch aufgefordert worden, zu dieser Optionsausübung aufgrund der mir vorgelegten Exemplare mit den jeweiligen Unterschriften der einzelnen Vorstandsdirektoren Colombo, Sundt und Nemsic Folgendes zu Protokoll zu geben:

Das Datum bei Nemsic ist der 25. Feber, das Datum bei Sundt ist der 24. Feber, das Datum bei Colombo ist der 27. Feber. Und alle Exemplare haben im Text oben „im Falle“.

Damit ist hoffentlich dieser Diskurs zu Ende.

Ich komme nun zur Zusatzfragerunde. Wir beginnen wieder mit dem Abgeordneten Jarolim. Gibt es eine Zusatzfrage?

(Abg. Dr. **Rosenkranz:** ... erklären das Wesen der Optionen!)

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Soll ich das Wesen der Option erklären? (Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. **Rosenkranz.**) Ich schlage vor, dass ich das anschließend in der Pause mache. Oder wir machen das in der nächsten Fraktionsführerbesprechung. Wenn die Journalisten einverstanden sind, dann ... (Heiterkeit.) Ich meine, wir sind da sehr partizipativ unterwegs.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Versuchen wir einfach, normal wie ein Untersuchungsausschuss weiterzuarbeiten. Es hindert uns ja niemand daran. Das ist ja durchaus möglich.

Herr Nemsic, ich habe nur noch eine Frage an Sie: Es gibt die Zeugenvernehmung von Frau Natascha Rabl vom 9. August 2011.

Zu Ihrer Information: Frau Rabl war früher eine Mitarbeiterin der Firma mediaConnection, das ist eine Firma des Herrn Rumpold, von dem Sie sicherlich schon gehört haben.

Frau Rabl legt Rechnungen für die Telekom Austria seitens der mediaConnection. Das Jahr ist dazu nicht angegeben. Meiner Meinung nach ist es eine Geschichte so um 2004.

Ich zitiere aus der Zeugenvernehmung von Frau Rabl:

„Befragt zur Rechnungslegung an die TA glaube ich mich zu erinnern, dass die von mir geschriebenen Rechnungen sich auf Lobbying für die Genehmigung von Standorten für Funkmasten bezogen. Es war mit Sicherheit ein Bezug zur Politik und durch diese zu erteilenden Standortgenehmigungen.“

Herr Nemsic, Sie waren ja für Mobilkom zuständig, also auch für Sendemasten. Das hat ja etwas mit Sendemasten zu tun; sagen wir es einmal so.

Haben Sie irgendeine Wahrnehmung gemacht von Lobbying-Vorgängen im Bereich Sendemasten?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Nein. Das Thema „Sendemasten“ ist ein sehr schwieriges, wie wir wissen seit dem Vorstoß von Herrn Landeshauptmann Pröll, wo wir ja ordentlich ins Feuer geraten sind mit der Zusammenlegung der Masten. Masten aufzustellen, war immer schon schwierig, ist heute noch schwieriger. Und ich würde da nicht mit Lobbying antworten, sondern eher mit **Informationskampagnen**.

Wir haben eine ganze Abteilung gegründet, ich glaube, mit vier oder mehr Mitarbeitern, die ausschließlich die Aufgabe hatten, mit den betreffenden Gemeinden, mit den

Bürgern, mit den Bürgermeister*innen zu arbeiten, dass wir diese Genehmigungen bekommen.

Mir ist kein Auftrag in dieser Art bekannt. Ich finde es auch sehr schwer, zielführend in die Richtung zu gehen, denn allgemein kann man die Meinung nicht drehen, ob die Masten schön sind oder nicht. Nein, sie sind nicht schön, sie sind nur nützlich.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie oder Ihre Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen jemals geschäftlich Kontakt gehabt mit Herrn Gernot Rumpold, Frau Erika Rumpold, später Frau Erika Daniel, oder mit irgendeiner ihrer Firmen?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Habe ich nicht. Ich kenne sie nur aus den Medien. Ob im Unternehmen irgendjemand mit den Firmen von denen etwas zu tun hat, weiß ich nicht.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Herr Nemsic, in dieser Runde nur ein einziger Name. Ich frage Sie in Bezug auf den Vorstand, den Herrn Schieszler. Mich würde interessieren: Was führte zur Bestellung des Herrn Schieszler? Welche Argumente waren das? Wer hat ihn befürwortet? Und wie war damals Ihre Position in Bezug auf die Person des Herrn Schieszler?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Wie vorher gesagt, Herr Schieszler war Leiter des Controlling der Telekom Austria AG. Das ist sozusagen die zweitwichtigste Finanzfunktion nach dem Finanzvorstand.

2006, als wir die Telekom Austria Holding, die AG, gegründet haben ... Herr Colombo blieb eine Zeitlang CFO der Telekom Austria Holding, und dadurch, dass die Telekom Austria TA, sprich das Festnetz, als eigenständige AG gegründet wurde, hat man einen Finanzvorstand – normalerweise muss man bei einer so großen Gesellschaft den bestellen –, und der Schieszler war der natürliche Kandidat. Er war die „most senior person“. Ich glaube, natürlich ist ausschlaggebend die Meinung vom Vorstandsvorsitzenden, in diesem Fall von Herrn Fischer, aber ich hatte keine Einwände damals.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Das heißt, Sie waren zum damaligen Zeitpunkt zufrieden.

Und jetzt die Sache danach: Wie würden Sie das heute sehen? Wie würden Sie heute den Herrn Schieszler bewerten? Hat er Sie mit seinen Leistungen überzeugt? Es steht Ihnen auch frei, Kritik zu äußern.

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Das ist fast eine Suggestiv-Frage, es ist keine, das ist jetzt schwierig.

Herr Schieszler hat es inzwischen zu einer traurigen Berühmtheit geschafft, und ich möchte nicht irgendwelche Beurteilungen oder Benotungen nachher übernehmen. Ich will es einfach nicht. Es ist menschlich nicht in Ordnung, aber über jemanden jetzt zu urteilen, das geht nicht.

Es ist der Punkt, dass ich mit Herrn Schieszler auch Friktionen hatte. Die sind auch dokumentiert; die kann man auf YouTube auch sehen. Als Herr Schieszler² in seiner Eigenschaft als Zuständiger für Human Resources, fürs Personal eine äußerst unglückliche, um nicht zu sagen, blöde Äußerung gemacht hat bei unserem „Investor Day“, habe ich ihm die Agenden abgenommen, gestrichen und selbst übernommen, weil das, was er dort gesagt hat, jenseits von Gut und Böse war.

² Korrektur gemäß § 23 Abs. 4 VO-UA (siehe Anhang)

Ja, sonst, wie gesagt, ich war nicht im Vorstand mit Herrn Schieszler. Ich war sein Aufsichtsrat. Und aus heutiger Sicht ist es natürlich ganz anders, über seine Aktivitäten zu urteilen, als damals.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Das kann ich verstehen.

Herr Dr. Nemsic, hatten Sie irgendwelche Wahrnehmungen in Bezug auf Ungereimtheiten, unkorrekte Geschäfte, Vorgangsweisen in Bezug auf den Herrn Vorstand Schieszler?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Nein, hatte ich keine.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Da gibt es eine berühmte Liste des Herrn Schieszler. Ich würde sie einmal höflich als „böse Liste“ oder „seltsame Liste“ bezeichnen. (*Dr. Nemsic: Sagen Sie es auf Englisch!*) Sie finden sich dort auch wieder.

Zum einen habe ich den Eindruck, Sie sind ein Berufskollege – ich bin von Beruf Bauer –, denn Sie haben angeblich, wie es hier steht, „35 Hektar in Kroatien am Meer“.

Was sagen Sie dazu?

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Ich kann darauf nur scherzhaft antworten: Ich bin kein Bauer, nicht einmal Fischer – Fischer im Sinne eben von **Fischer!** –, und ich habe keine 35 Hektar, ich habe überhaupt keinen Hektar in Kroatien. Ich weiß nicht, was den Herrn Schieszler veranlasst haben kann, so etwas zu schreiben.

Ich habe diese „Shitlist“, die auch den Titel „life insurance“ trägt, im Akt gesehen. Wenn etwas „life insurance“ heißt, dann ist es angelegt: wer weiß, für welche Zwecke. Ich finde mich in jedem Fall mit dem, was drinnen steht, in keiner Art und Weise verbunden.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Ich sehe das ähnlich.

Einen einzigen Punkt noch. Hier steht: „Boris N.“ – Boris Nemsic nehme ich an – „Beteiligung an V(I)PNext“.

Dipl.-Ing. Dr. Boris Nemsic: Das ist **Vipnet**, das ist die kroatische Tochter, die ich erwähnt habe. Ich glaube, das ist verwechselt worden. Ich war Gründer dieser Gesellschaft und erster Generaldirektor und auch erster Angestellter. Und ich glaube, das hat jemand verwechselt mit Eigentum. Ich war **nie** Eigentümer der Vipnet. Sie ist zu 100 Prozent Eigentum der Telekom Austria.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Ich sehe das ähnlich. Ich habe nämlich auch meine Vorbehalte, wenn jemand festhält, welcher Sohn wo Lehrling ist und wo welcher Sohn arbeitet. – Danke. Keine weiteren Fragen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser dankt, da keine Fragen mehr vorliegen, der Auskunftsperson **Dr. Nemsic**, verabschiedet diese – und ersucht darum, die **nächste Auskunftsperson** in den Sitzungssaal zu bitten.

11.32

11.35

Auskunftsperson Dr. Erich Gnad

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur Anhörung von Herrn **Dr. Erich Gnad** als **Auskunftsperson**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales. Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Dr. Gnad, ich danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und an die **strafrechtlichen** Folgen einer falschen Aussage erinnern. Eine (vorsätzlich) falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gem. § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ebenso werden die Personaldaten festgehalten, die uns vorliegen.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Als **Vertrauensperson** ist Herr **Dr. Wolfgang Richter** anwesend. Auch da liegen die Personaldaten vor.

Ich frage jetzt die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Dr. Richter als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist **nicht** der Fall.

Ich setze mit der **Belehrung** der **Vertrauensperson** fort.

Ich habe auch Sie auf die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer (vorsätzlich) falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten. Strafrechtliche Folgen könnte daher zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der **Auskunftsperson**. Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder an Stelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden.

Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

Herr Gnad, ich weise Sie noch darauf hin, dass Sie über die Errichtung und den Inhalt von Rechtsgeschäften, bei welchen Sie als Urkundsperson beigezogen worden sind, die Aussage auch wegen eines zu besorgenden vermögensrechtlichen Nachteiles nicht verweigern dürfen.

Ich weise alle Kolleginnen und Kollegen darauf hin, dass wir für die Befragung von Herrn Dr. Gnad eine Stunde vorgesehen haben, nachdem er ja eigentlich Experte beim Beweisthema 1d ist.

Zur Geschäftsordnung: Herr Abgeordneter Petzner. – Bitte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ich melde mich zur Geschäftsordnung zu Wort mit folgender aktueller Entwicklung. Ich habe ja heute am Morgen einen Knalleffekt angekündigt. Das, was jetzt kommt, ist **nicht der** Knalleffekt, sondern vielleicht ein zweiter, der sich jetzt ergeben hat.

Wir haben hier im Ausschuss die Diskussion gehabt, dass es ein Ausschussmitglied gibt, das als Beschuldigter in einem Verfahren geführt wird. Uns liegt nunmehr ein Dokument des BAK vom 24.2.2012 vor, wonach ein zweites Ausschussmitglied dieses Untersuchungsausschusses ebenfalls als **Beschuldigter** in einer Causa geführt wird, die Gegenstand des Untersuchungsausschusses ist.

Ich führe dazu aus: Es handelt sich um die Causa **Novomatic**. Laut Bericht, aus dem ich im Folgenden zitiere, wurde am 24.2.2012, also vor wenigen Tagen, von Staatsanwalt Wandl eine Liste mit den derzeit von der StA geführten Beschuldigten übermittelt, und aus dieser Liste, Stichtag 24.2. – das heißt, wenige Tage alt –, geht als Beschuldigter Nummer 4 in der Causa Novomatic hervor – ich lese vor –:

Beschuldigter: Dr. Peter Pilz, geboren 22.1.1954, wegen § 297 StGB. – Zitatende.

Ich führe dazu weiters aus, dass ich nachgeprüft habe und folgender Sachverhalt vorliegt:

Kollege Pilz wird als Beschuldigter geführt. Es gibt keinen Auslieferungsantrag an das Parlament dazu. Es gibt keine Information des Parlaments. Das heißt, hier haben wir es einerseits mit einer Umgehung der Immunität zu tun und mit einem inakzeptablen Vorgehen der Staatsanwaltschaft Wien, denn wir haben die Causa nachgeprüft:

Ausgangspunkt dieses Beschuldigtenstatus des Kollegen Pilz ist eine Anzeige der Grünen vom 11. Mai 2010 in der Causa Novomatic, wo Pilz dann am 12. Juli 2010 als Zeuge zu dieser Causa einvernommen wurde, und irgendwann hat man diesen **Zeugenstatus** zu einem **Beschuldigtenstatus** umgewandelt, sodass wir mit 24.2.2012 auf Basis eines Dokumentes des BAK feststellen müssen, dass Herr Dr. Peter Pilz wegen § 297 StGB als **Beschuldigter** in der Causa Novomatic geführt wird.

Ich fasse wie folgt zusammen und beantrage dazu eine Fraktionsführersitzung noch heute:

Wir müssen diskutieren: Ist es noch tragbar beziehungsweise gibt es hier einen Interessenkonflikt, wenn Kollege Pilz als Beschuldigter in der Causa Novomatic, die Gegenstand dieses Untersuchungsausschusses ist, geführt wird?

Und wir müssen zum Zweiten diskutieren, wie es sein kann, dass die Staatsanwaltschaft Wien unter Umgehung der Immunität den **Zeugenstatus** des Herrn Pilz, ohne jemanden zu informieren, ohne die Auslieferung zu beantragen, mit Stichtag 24. Februar 2012 in einen **Beschuldigtenstatus** umwandelt.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Es gibt drei weitere Wortmeldungen zur Geschäftsordnung. Ich möchte nur vorher schon Folgendes festhalten: Sie können diesen Antrag nicht stellen, aber selbstverständlich werden wir eine Fraktionssitzung im Anschluss an die Sitzung des Untersuchungsausschusses abhalten.

Zur Geschäftsordnung gelangt nun Herr Abgeordneter Rosenkranz zu Wort. – Bitte. (*Abg. Dr. Jarolim: Der Kollege Pilz hat aber schon das Recht, ..., nach dieser Wortmeldung?*) – Entschuldigung, Kollege Pilz war es, der sich zuerst zu Wort gemeldet hat. – Bitte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) (*zur Geschäftsbehandlung*): Guten Tag! – Na ja, es ist sehr schwer, mit einem alten Hut einen Knalleffekt zu erzeugen. (*Abg. Petzner: Ich habe gesagt, das ist er nicht!*) Es handelt sich um eine **Privatanklage** wegen **behaupteter Verleumdung** des Herrn Mag. Karl-Heinz Grasser gegen mich.

Der Hintergrund ist der, dass ich seinerzeit Anzeige erstattet habe im Zusammenhang Glücksspielgesetz, Novomatic, Meischberger, möglicherweise auch Grasser, und deswegen ist ein Strafverfahren eingeleitet worden. Und die übliche Reaktion von Personen wie Karl-Heinz Grasser ist in solchen Fällen, eine Gegen-Sachverhaltsdarstellung zu erstatten.

Was Sie hier vorgetragen haben, Herr Kollege Petzner, ist schlicht und einfach, dass das bei der Staatsanwaltschaft Wien eingelangt ist und ich dort, so wie es in der Anzeige steht, als Beschuldigter geführt werde.

Eine Privatanklage des Herrn Mag. Grasser gegen mich ist für mich allerdings noch kein Grund, darüber nachzudenken, ob ich in diesem Ausschuss oder in diesem Hause weiterarbeiten kann. – Herzlichen Dank für diesen „Knalleffekt“!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (*zur Geschäftsbehandlung*): Ich habe bewusst gesagt, das ist **nicht** der Knalleffekt – hören Sie mir zu, Herr Pilz! –, sondern ich habe gesagt, das hat sich **aktuell ergeben**.

Dennoch müssen wir zu Ihrem Schutz darüber diskutieren – ich habe Sie ja insofern sogar **verteidigt**, indem ich gesagt habe, wir müssen diskutieren, dass Sie als **Beschuldigter** geführt werden und es dazu **keinen** Auslieferungsantrag ans Parlament gibt. Da werden Sie mir wohl recht geben, dass das **nicht** gesetzeskonform ist: Sie werden als Beschuldigter geführt unter Umgehung Ihrer Immunität! – Das müssen wir diskutieren!

Das andere ist, dass Sie als Beschuldigter in einer Causa, die Untersuchungsgegenstand ist, geführt werden. Sie haben dem Kollegen Amon den gleichen Vorhalt gemacht, also müssen Sie jetzt aushalten, dass man auch Ihnen die Frage stellt, ob das vereinbar ist. Wenn Sie sagen, es ist vereinbar, ist das Ihre Entscheidung. Trotzdem will ich geklärt haben (*Obfrau Dr. Moser: Gut! Ja, das werden wir auch machen!*), dass hier seitens des StA Wien offensichtlich die Immunität umgangen wurde. Und das ist keine Lappalie. Das ist auch kein Knalleffekt, sondern das ist ein sehr, sehr ernstes Thema. Zum **Knalleffekt** – das nur zum Schluss – kommen wir beim Herrn **Fischer**, dessen Befragung für 12 Uhr angekündigt war.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP) (*zur Geschäftsbehandlung*): Ich hätte nur eine Bitte, Frau Vorsitzende: Vielleicht können Sie in einem Schreiben an die Staatsanwaltschaft Wien die Anfrage stellen, ob es noch andere Abgeordnete aus dem Ausschuss gibt, die als Beschuldigte geführt werden und wo es keinen Auslieferungsantrag gibt. (*Abg. Dr. Pilz: Diesem Ansinnen schlieÙe ich mich an!*)

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Zur „Aktualität“: An sich ist seit dem 24.2. bekannt, dass Herr Pilz in diesem Verfahren als Beschuldigter geführt wird. – So weit die „Aktualität“ des BZÖ.

Symptomatisch oder sehr schön finde ich es im Rahmen der vorigen Diskussion, dass der 24.2. uns ja schon bei diesen Options entsprechend beschäftigt hat, wo ich auch erfahren habe, dass da das BZÖ handschriftlich manche Daten auch noch selber dazugeschrieben hat oder Ähnliches, mit rotem Filzstift oder sonst was, was da draufstehen soll (Abg. Dr. **Jarolim**: *Im vorgehaltenen Blatt!*), in dem vorgehaltenen Schriftstück – das werde ich ohnehin noch klären, welche Dokumente bei der Vorsitzenden vorgelegt worden sind –, auf jeden Fall seit dem Jahrestag dieser Stock Options.

Im Rahmen der Fraktionsführerbesprechung möchten wir jedenfalls die Dokumente sehen, die seitens des BZÖ der Vorsitzenden vorgelegt wurden, um tatsächlich darauf einzugehen, was da alles vermerkt war, denn davon gehen unter Umständen weitere Schritte aus.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ich wollte nur die Vermutung in den Raum stellen, dass die Staatsanwaltschaft davon ausgehen könnte – aber das kann man sicherlich erfragen –, dass **kein** politischer Zusammenhang besteht. Die Auslieferungen finden ja dann statt, wenn **politische Zusammenhänge** ganz offensichtlich ... (Abg. **Petzner**: *Den Zusammenhang stellt aber das Parlament fest!*) Ja, schon, aber wenn es offenkundig ist – und das ist bei einer Verleumdung der Fall –, dann wäre es ohne weiters möglich. Aber das kann man ja erfragen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Das werden wir alles klären. Danke auch für die Anregung.

Letzte Wortmeldung: Herr Abgeordneter Petzner. Bitte kurz, denn Herr Dr. Gnad wartet auf die Fragen!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ich wollte eh nichts mehr sagen, aber ich meine, Herr Kollege Rosenkranz, jetzt bitte ich schon um ein bisschen Sachlichkeit und auch ein bisschen Fairness. Wenn Sie uns, unserer Fraktion hier unterstellen, wir hätten nachträglich per Filzstift irgendwelche Datumsangaben hinzugefügt, dann werfen Sie uns damit **Fälschung** von Beweismitteln und Akten vor. Das ist ein sehr, sehr schwerwiegender Vorwurf, den ich ausdrücklich und auf das Vehementeste **zurückweise**, und ich verbitte es mir wirklich, dass wir auf so einem Niveau hier diskutieren müssen.

Ich zeige Ihnen dann gern persönlich die drei Dokumente, die ich der Frau Moser vorgelegt habe. Und ich bitte auch Frau Dr. Moser: Vielleicht kann sie dann dazu noch als Vorsitzende etwas sagen.

Das Einzige, was wir gemacht haben, ist, dass wir beim Dokument des Herrn Sundt, wo man das Datum nicht genau lesen konnte – ich zeige es Ihnen dann, Herr Kollege Rosenkranz –... (Abg. Dr. **Rosenkranz**: *Im Kreis der Fraktionsführer möchte ich das für alle haben!*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Machen wir das heute am Abend! – Das hat ja jetzt keinen Sinn.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (fortsetzend): Aber die Medienvertreter sind anwesend. Da kann ich diesen Vorwurf nicht im Raum stehen lassen. – Das Einzige, was wir ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Das haben Sie ja schon widerlegt, ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (fortsetzend): Nein, habe ich nicht! Jede rede ich aus! – Das Einzige, was wir gemacht haben, ist, dass wir auf einer weißen, leeren Fläche hingeschrieben haben, wie dieses Datum, das schwer leserlich ist, von Sundt unserer Interpretation nach lautet. Das hat überhaupt nichts mit einer Dokumentenfälschung oder nachträglichen Einfügung eines Datums zu tun.

Und betreffend Pilz habe ich einen Bericht vom 24.2. zitiert. – Hören Sie mir genau zu, Herr Kollege Rosenkranz! **Obfrau Dr. Gabriela Moser**: Das kann alles in der Fraktionssitzung geklärt werden!

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ganz kurz – ich glaube, es ist nicht notwendig –: Ich habe in keinster Weise vorgehalten, dass es sich um eine Dokumentenfälschung handelt. Ich nehme aber zur Kenntnis, dass das BZÖ Datumsinterpretationen vornimmt.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir gehen jetzt zur **Befragung der Auskunftsperson** über.

Herr Dr. Gnad, möchten Sie die Sicht der Dinge aus Ihrer Perspektive in Form einer zehnminütigen Erzählung darlegen? – Nein. Dann schreiten wir direkt zur Befragung.

An der Reihe wäre Herr Abgeordneter Pilz. – Dieser ist nicht anwesend.

Dann gelangt Herr Abgeordneter Hornek zu Wort.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Sehr geehrter Herr Gnad, ... (In Zwischenrufen wird auf den im Saal anwesenden, aber nicht auf seinem Platz sitzenden Abg. Dr. Pilz hingewiesen.)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte, Herr Abgeordneter Pilz, Sie verzichten auf eine Frage, oder? – Nur damit das klar ist. (Abg. Dr. **Pilz** eilt zu seinem Platz.)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nur damit es bei Protokoll ist: Gestern hatten wir einen ähnlichen Fall, heute ist das wieder ein Fall, dass bei dem einzigen gelungenen Versuch, eine Auskunftspersonenliste ausschließlich durch die Regierungsparteien vorzubereiten und auch hier beschließen zu lassen, eine Auskunftsperson geladen worden ist, zu der ich beim besten Willen nichts in den Akten gefunden habe. Deswegen befinde ich mich in einer ähnlichen Situation wie gestern, dass mir beim besten Willen keine Frage einfällt. – Aber trotzdem danke fürs Kommen, Herr Dr. Gnad!

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Sehr geehrter Herr Gnad, da Sie keine einleitende Stellungnahme abgeben wollten, würde ich Sie kurz bitten: Beschreiben Sie Ihre Aufgabenstellung, die Sie in der Mobilkom Austria und in der Telekom Austria seit dem Jahr 2000 hatten. Beziehungsweise: Wer waren Ihre Vorgesetzten, was waren Ihre Tätigkeitsfelder, womit haben Sie sich hauptsächlich im Unternehmen beschäftigt?

Dr. Erich Gnad: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich darf Sie begrüßen. Zu Ihrer Frage, Herr Abgeordneter: Ich habe den Bereich Mergers & Acquisitions, also Unternehmensakquisitionen, über Auftrag von Herrn Sundt im Jahr 1997 gegründet. Wir hatten damals keine Lizenzen, keine internationale Erfahrung, und dementsprechend war es ein äußerst steiniger Weg, die Telekom Austria zu internationalisieren.

Meine Vorgesetzten waren zuerst Herr Sundt, als Generaldirektor der Mobilkom, und in weiterer Folge Dr. Nemsic. Zu beiden Personen hatte ich im Rahmen meiner Tätigkeit ein sehr enges Verhältnis.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Herr Gnad, seit wann kennen Sie den Herrn Finanzvorstand Colombo?

Dr. Erich Gnad: Ja, ich kenne Dr. Colombo selbst. Wir haben einige Jahre zusammengearbeitet. Er war nicht mein direkter Vorgesetzter, er war Finanzchef des Konzerns, aber damit natürlich eine jener Personen, mit denen ich bei internationalen Geschäften zu tun hatte.

Zur Erklärung: Ich selbst bin ja nicht im Vorstand, ich mache die Akquisitionen quasi in **Projektform** und trete dann mit meinen Ideen an den Vorstand heran. Der Vorstand beschäftigt sich dann mit dem Akquisitionsprojekt im Detail, und dann haben wir die Entscheidung zu treffen: Bringen wir das Ganze in den Aufsichtsrat? Der Aufsichtsrat genehmigt solche Transaktionen. Und im Rahmen dieser Projektarbeit hatte ich natürlich mit allen Vorständen zu tun.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Wenn ich Sie richtig verstehe, sind Sie für die Firmenzukäufe, die für Ihr Unternehmen interessant sind, zuständig, analysieren das Unternehmen, den Ist-Zustand, mögliche Potentiale, und bereiten dann für eine Kaufentscheidung für den Vorstand beziehungsweise auch Aufsichtsrat vor. – Verstehe ich Sie so richtig?

Dr. Erich Gnad: Ja, genau so ist es. Das heißt, in unserem Bereich, in unserem Geschäftsbereich wird ein permanentes Screening von möglichen Akquisitionszielen gemacht, und je nach Situation schauen wir uns ein Unternehmen detaillierter an. Und wenn wir der Meinung sind, dass es für das Unternehmen günstig ist, eine Akquisition durchzuführen, dann geht das eben den Weg, den Sie jetzt kurz beschrieben haben.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Sie werden ja sicherlich die Arbeit dieses Ausschusses medial mitverfolgt haben und haben daher Kenntnis, dass es sich um beachtliche Turbulenzen im Bereich der Beraterverträge handelt und es interessante Entwicklungen in manchen Bereichen gibt.

Mich würde, da vorher auch der Finanzvorstand angesprochen worden ist, interessieren: Haben Sie in Bezug auf die Entwicklungen, in Bezug auf Beraterverträge besondere Wahrnehmungen hinsichtlich Herrn Finanzvorstand Colombo?

Dr. Erich Gnad: Besondere Wahrnehmungen nicht, nein.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Auch nicht in Bezug auf konkrete Beraterverträge?

Dr. Erich Gnad: Herr Abgeordneter, ich meine, ich habe in meinem Leben Dutzende Beratungsverträge abgeschlossen. Ich habe den Bereich gegründet, und, quasi, die wichtigen Beratungsverträge tragen fast alle meine Unterschrift.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Das ist ja gerade der Punkt: Ein Beratervertrag, der Leistung und Gegenleistung in sich birgt und bei dem sich beide Seiten über Leistung und Betrag einigen, ist ja grundsätzlich nichts Unanständiges.

Die Frage ist: Haben Sie Wahrnehmungen in Bezug auf **besondere** Ereignisse, das heißt, wo man den Eindruck haben musste, dass entweder die Leistung nicht in Relation zum vereinbarten Betrag gestanden ist oder die Leistung nicht erbracht wurde?

Dr. Erich Gnad: Danke für die Klarstellung. Es gibt meiner Wahrnehmung nach keinen einzigen Beratungsvertrag aus meiner Ära, wo **keine** Gegenleistung gegenübergestanden ist.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Ich darf Sie jetzt ganz konkret ansprechen auf den Themenkreis **Holdenhurst-Vertrag**. Es wurde ein E-Mail veröffentlicht, in dem Sie

namentlich in einer Causa vorkommen. Es geht um einen Beratervertrag zwischen Holdenhurst und der Mobilkom.

Konkret schreibt Ihnen Stefano Colombo, dass im Text Änderungen gemacht wurden, insbesondere – ich zitiere –:

„Lieber Erich,

habe einige Änderungen im Text gemacht:

- Holdenhurst als Auftragnehmer
- MK als Auftraggeberin
- Ziel spezifiziert
- keine Kündigung seitens Auftraggeberin
- anders formuliert die Beratungsleistungen (dh eliminiert die Tätigkeiten, die nur eine Bank machen könnte).“

Ist Ihnen diese E-Mail erinnerlich?

Dr. Erich Gnad: Ja, die ist mir in Erinnerung, ich habe den „NEWS“-Artikel gelesen.

Zur Sache selbst kann ich Folgendes sagen: Eines Tages hat mich Stefano angerufen und hat gesagt: Erich, konzipier einen Beratervertrag! Nimm den Beratervertrag, den wir mit den Lehman Brothers haben, als Vorbild, und schick mir so ein Korsett!

Ich habe ihm diesen Beratervertrag geschickt, habe aber die wesentlichen Eckdaten, weil ich nicht gewusst habe, was er eigentlich konkret möchte, offen gelassen. Das heißt, bei diesem ersten Entwurf gab es keinen Begünstigten, es gab keinen Betrag, es gab keine Kündigungsklausel, also wesentliche Bestandteile des Vertrages wurden nicht eingesetzt, weil ich nicht wusste, worum es ging. Das E-Mail, das Sie zitieren, war dann die Antwort von Stefano. Daraufhin habe ich die Beträge eingesetzt und die anderen erforderlichen Daten und habe dann aber auch noch eine Kündigungsklausel eingefügt in diesen Vertrag.

Im Zuge dieses Dialoges war mir dann auch bekannt, um wen es sich bei Holdenhurst handelt beziehungsweise was man mit dem Vertrag bezweckt.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Kollege Hornek, bitte denken Sie daran, dass wir heute **nicht** über das Beweisthema 1.d sprechen. Wir reden nur zu **a, b, c**.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Frau Vorsitzende, ich werde diesen Verlockungen widerstehen. (*Obfrau Dr. Moser: Ja, bitte!*) Ich hätte nämlich in diesem Zusammenhang vermutlich einige interessantere Fragen, als ich sie jetzt stellen kann. – Daher kommen wir sozusagen zu Altbewährtem.

Ich frage Sie zu Herrn Hochegger: Seit wann kennen Sie den Herrn Hochegger?

Dr. Erich Gnad: Ich glaube, ich habe ihn 1997 das erste Mal gesehen.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Haben Sie Wahrnehmungen, mit wem Herr Hochegger speziell zusammengearbeitet hat? Beziehungsweise: Ab wann haben Sie gewusst, dass Herr Hochegger für das Unternehmen tätig ist? Denn ich habe aufgrund der Aussagen verschiedener Auskunftspersonen erfahren, beziehungsweise wurde das hier so dargestellt, dass man sich nicht von Anfang an klar war, dass der Herr Hochegger überhaupt fürs Unternehmen arbeitet beziehungsweise welche Aufgabenstellung er im Hause hat.

Können Sie mir sagen, ab wann Sie gewusst haben, dass Herr Hochegger für das Unternehmen arbeitet beziehungsweise welche Aufgabenstellungen er aus Ihrer Sicht hatte?

Dr. Erich Gnad: Herr Hochegger hat insbesondere mit Herrn Sundt als Generaldirektor zusammengearbeitet, eben in der Mobilkom-Ära. Die Aufgaben von Herrn Hochegger, soweit sie mir bekannt waren, waren, Veranstaltungen vorzubereiten. Da gibt es beispielsweise seit Jahren den *future.talk*, wo man Prominente einlädt, um über Zukunftsthemen zu referieren. Sie erinnern sich, dass vor zwei Jahren einer der Gründer von Facebook bei uns war. Um solche hochkarätigen Veranstaltungen ging es.

Darüber hinaus hat Hochegger Reden von Herrn Sundt geschrieben. Ich bin zu Herrn Sundt gegangen und habe gesagt: Um die Beträge, die der Hochegger verlangt, schreibe ich Ihnen die Reden selbst. Also: Schlechte Reden kann ich selbst schreiben! Das war aber dann auch ziemlich plötzlich, da Hochegger keine Reden für Herrn Sundt mehr schrieb, weil wir das selbst machten, auch das Ende der Geschäftsbeziehung oder der Kommunikation mit Herrn Hochegger. Ich habe ihn dann noch einige Male bei Veranstaltungen gesehen, aber wir hatten von der Mobilkom-Seite – jetzt kann ich natürlich nur für Mergers & Acquisitions sprechen – nie geschäftlichen Kontakt mit Herrn Hochegger.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Danke für Ihre Antwort, Herr Gnad.

Ich habe einzelne konkrete Fragen und darf Sie bitten, ob Sie Wahrnehmungen in diesem Zusammenhang haben.

Waren Ihnen die 192 000 € in zwei Tranchen an das FPÖ-Blatt „NFZ“ bekannt?

Dr. Erich Gnad: Wir haben Parteifinanzierungen *nie* gemacht. Daher ist mir diese Zahlung und diese Causa auch nicht bekannt. (*Abg. Hornek: Keine Wahrnehmung?*) – Absolut nicht, nein.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): War Ihnen das Engagement des Herrn Reichhold für 72 000 € bekannt?

Dr. Erich Gnad: Auch nicht. Das muss sich alles in der Telekom-Sphäre abgespielt haben.

In dem Zusammenhang, damit Sie das verstehen: Wir sprechen über zwei komplett getrennte Unternehmen. Das eine war die *Mobilkom*, die in Österreich eben eine Aufgabe hatte, nämlich die Marktführerschaft zu verteidigen und gleichzeitig die internationale Expansion voranzutreiben, und dann war da das *Festnetz*. Wir sprechen über räumlich getrennte Unternehmen, und wir sprechen über zwei Unternehmen, die kaum Kontakt miteinander hatten. Und daher weiß ich über diese Dinge absolut nichts. Ich habe sie erst in weiterer Folge dann den Medien entnommen.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Ich darf noch einmal zu meiner Eingangsfrage zurückkommen: *Holdenhurst*. Hat es in der Folge mit dieser Firma – mit Ausnahme des Vertrages – weitere Geschäftsbeziehungen gegeben, Kontakte gegeben? Wie würden Sie dieses Unternehmen definieren? (*Obfrau Dr. Moser: Achtung 1 d!*)

Dr. Erich Gnad: Ich kann Ihnen diese Frage nicht direkt beantworten, weil ich nicht weiß, ob wir mit Holdenhurst noch irgendwann zu einem anderen Geschäftsfall Kontakt hatten. Aber ich darf vielleicht erläutern, worum es bei Holdenhurst geht.

Ich habe vorhin ausgeführt, dass mir nicht klar war, worauf Stefano Colombo hinaus wollte. Er hat mir dann gesagt: Pass auf, Erich, wir bereiten die nächste Acquisition vor! Und das ist ein Ziel, das außerhalb unseres angestammten Gebietes liegt, nämlich

nicht in Südosteuropa, und dementsprechend haben wir dort weder eine politische Verankerung, noch kennen wir das Unternehmen, noch kennen wir das Land. All diese Faktoren hat aber Holdenhurst als Beratungsunternehmen abgedeckt. Es war die Acquisition in Weißrussland, wo ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Sie brauchen hierzu eigentlich keine Auskunft geben, weil dazu sind Sie *nicht* geladen worden. Aber wenn Sie wollen – es ist dann nur das Problem mit der Zeit.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Frau Vorsitzende! Ich wollte an und für sich nur den Themenbereich des Beratervertrages erfragen. Diese feine Differenzierung, die Sie sinnhafterweise vornehmen, ist mir bekannt, aber ich kann keinen Einfluss auf die Auskunftsperson nehmen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Das ist mir auch klar.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Frau Vorsitzende, wenn Sie mir versprechen, meine Zeitgutschrift für dieses Thema dann, wenn es aktuell ist, nicht zu vergessen, stelle ich keine weiteren Fragen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ja, wird genau festgehalten.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Grundsätzlich finde ich die Frage des Kollegen Hornek nicht schlecht, denn es war ja die Überlegung: Wäre es sinnvoll, den Herrn Gnad zum Thema Holdenhurst zu laden? Da wir jetzt wissen, er hat Kenntnisse, er weiß etwas, ist es sicher, dass wir ihn laden sollten und auch befragen können, *weil* er etwas weiß. Wenn er gleich gesagt hätte, er kennt das alles nicht, keine Mails und sonst etwas, dann wäre es sinnlos gewesen, ihn zu laden.

Zu meinen eigentlichen Fragen. – Herr Gnad, grundsätzlich: Haben Sie sich selbst auch am Stock Option-Programm beteiligt? Wenn ja: Wie haben Sie sich dann im Nachgang entschieden, beziehungsweise wann haben Sie Ihre Entscheidung getroffen?

Dr. Erich Gnad: Das Stock Option-Programm wurde angeboten. Ich habe es akzeptiert, unterschrieben, angenommen und habe mich gefreut, dass die Kursschwelle zu einem bestimmten Zeitpunkt überschritten wurde. Das war´s.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Haben Sie auch diese rund um den 24., 25. oder 27. zu treffende Entscheidung bezüglich Auszahlung oder Weiterbehaltung und so weiter getroffen, wie wir es vorher beim Herrn Nemsic hatten?

Dr. Erich Gnad: Entschuldigung, das habe ich natürlich nicht mitverfolgt, aber Tatsache war, ich war Nutznießer des Stock Option-Programms und habe im Übrigen auch eine Rückzahlungsvereinbarung diesbezüglich getroffen.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Okay, danke. – Kennen Sie den Herrn Wanovits?

Dr. Erich Gnad: Nein. Nie getroffen.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Wissen Sie um die Untersuchungen der Finanzmarktaufsicht rund um das Stock Option-Programm?

Dr. Erich Gnad: Ja, das habe ich den Medien entnommen. Zur Erklärung der damaligen Situation: Wir haben natürlich den Aktienkurs, nachdem es sich um ein äußerst unglückliches Stock Option-Programm gehandelt hat – die Bindung an einen bestimmten Aktienkurs zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt ist nämlich nicht wirklich sehr glücklich gewählt –, die Kursentwicklung in der entscheidenden Woche mitverfolgt. Das war jetzt nicht so, dass wir täglich oder stündlich vorm Ticker

gestanden sind, sondern wir haben grundsätzlich die Kursentwicklung verfolgt und haben festgestellt, dass jeden Tag der Schlusskurs **unter** dem Tageshöchstkurs war. Wir haben uns gewundert, warum dem so war, haben uns dann gefreut, haben uns eigentlich schon damit abgefunden, dass die Stock Options nicht realisiert werden können. Zu unserer großen Verwunderung war der Schlusskurs vom Freitag dann doch **über** dem Limit, haben uns gefreut – und sind dann zur Tagesordnung übergegangen.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Das heißt aber, die Untersuchungen der FMA selbst sind Ihnen nicht bekannt?

Dr. Erich Gnad: Waren mir aus den Medien bekannt. Ich lese täglich Zeitungen, aber ansonsten wusste ich natürlich nichts darüber.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Laut der Zeitschrift „NEWS“ vom 8. März hat man in der Telekom auf einem Rechner einer früheren Mitarbeiterin des Herrn Gernot Schieszler eine Sicherungskopie mit zirka 20 000 Mails entdeckt. Wissen Sie, um welchen Mitarbeiterkreis es sich dabei handeln könnte?

Dr. Erich Gnad: Nein, tut mir leid. Wir waren, wie gesagt, getrennte Unternehmen.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Als grundsätzliche Frage: Wer oder wie viele Mitarbeiter, wie groß ist der Kreis, der bei der Telekom grundsätzlich auf Sicherungskopien und Ähnliches zugreifen kann?

Dr. Erich Gnad: Das weiß ich nicht. Da haben wir Helferleins, die diese Dinge für uns machen. Da bin ich überfragt. Tut mir leid.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Danke, keine weiteren Fragen .

Abgeordnete Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Ich kann dem Kollegen hier nur recht geben: Gerade das Beweisthema 1.d. ist dasjenige, zu dem ich Sie, Herr Gnad, eigentlich befragen möchte, insbesondere was die Rolle rund um Holdenhurst, gewisse Geldflüsse und andere Dinge betrifft, und daher kann ich nur sagen: Ich fordere auch die anderen Kollegen auf, dass wir Sie dann zum Beweisthema noch einmal laden, weil hier hat das jetzt keinen Zweck.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Danke schön. Damit sind wir in der zweiten Fragerunde.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es gibt einiges, was mich in diesem Zusammenhang jetzt interessiert. Es gibt und, ich releviere jetzt, in Bezug auf die Telekom Austria ein Problem, das uns als gesamten Ausschuss betrifft. Herr Gnad, dass es kein Missverständnis gibt: Ich bespreche das einfach jetzt mit Ihnen, Sie sind Telekom-Vertreter. Ich werde Sie dann aus formalen Gründen fragen, ob Sie dazu irgendwelche Wahrnehmungen haben.

Aktenvermerk von Staatsanwalt Wandl vom 17. Februar 2012 – ich zitiere –:

Anlässlich des beiliegenden Artikels der Zeitschrift „NEWS“, wonach dieser 200 000 E-Mails des Telekom-Managements zugespielt worden seien, und der darin veröffentlichten E-Mail-Auszüge kam es am gestrigen Vormittag zu einem Telefonat zwischen dem gefertigten Staatsanwalt und dem Privatbeteiligtenvertreter der Telekom, Rechtsanwalt Dr. Wess. Dr. Wess gab an, er habe mit der Kanzlei BDO, welche die interne Überprüfung der Telekomvorfälle durchführe, gesprochen. Diese habe ihm gegenüber angegeben, lediglich das E-Mail, in dem es um 100 000 € für die ÖVP-Bundespartei geht, zu kennen. Die weiteren E-Mails seien ihnen unbekannt und im Zuge ihrer forensischen Sichtung nicht aufgefallen. – Ende des Aktenvermerk-Zitates.

Jetzt meine Interpretation dazu: Die Kanzlei BDO führt die Sichtung dieser E-Mails durch, sagt: Wir haben nichts gefunden, nur dieses eine 100 000 €-E-Mail, zu dem wir ja dann die Auskunftsperson Fischer befragen werden.

Ich zitiere weiter:

Am heutigen Tag kommt es neuerlich zu einer Besprechung zwischen mir und den Rechtsanwälten Dr. Wess und Dr. Kispert. Darin korrigiert Dr. Wess seine gestrigen Angaben und führt aus, nach neuerlicher Rücksprache mit der BDO hätten diese sehr wohl auch die anderen in „NEWS“ veröffentlichten E-Mails gefunden. Ich halte Dr. Wess vor, dass ich es als untragbaren Zustand empfinde, dass derartige Mails, wie jenes über 100 000 € an die ÖVP über Hohegger, das offensichtlich für das Ermittlungsverfahren von Bedeutung ist, nicht sofort der Staatsanwaltschaft Wien zur Kenntnis gebracht werden. Im Übrigen sei der Standpunkt der Telekom, wonach von den ausgeschiedenen Vorständen keine E-Mails mehr vorhanden seien, weil diese 30 Tage nach deren Ausscheiden gelöscht würden, unglauwbüdig, weil dies sogar vor Ablauf jeglicher Regressfrist gegenüber den ehemaligen Vorständen wäre. Zudem halte ich es für technisch schwer durchführbar, auch die E-Mails von sämtlichen bestehenden Sicherungsbändern zu löschen. Ich fordere daher Dr. Wess auf, der Staatsanwaltschaft sämtliche E-Mail der im gegenständlichen Verfahren als Beschuldigte geführte ehemaligen Vorstände zu Verfügung zu stellen, sowie nach Bedarf jene weiterer ehemaliger und derzeitiger Angestellter der Telekom Austria. Dr. Wess nimmt dies zu Kenntnis und sagt zu, dies an die Telekom beziehungsweise die BDO zu transportieren. Es wird eine Besprechung in der nächsten oder übernächsten Woche unter Beisein der Polizeibeamten und der Sachverständigen in Aussicht genommen. – Zitatende.

Das ist der Aktenvermerk von Staatsanwalt Hannes Wandl am 17. Februar 2012. Das wirklich Schwerwiegende ist aber ein viel kürzerer Aktenvermerk von Staatsanwalt Wandl vom 24. Februar. Ich zitiere wörtlich:

Telefonat mit Privatbeteiligtenvertreter Dr. Wess. – Dieser gibt bekannt, dass die BDO entgegen der ursprünglichen Zusage doch nicht den durch sie geprüften E-Mailbestand herausgeben könne. E-Mails der Telekom können nämlich nur nach Freigabe durch den Vorstand weitergegeben werden, und dieser müsse sicherstellen, dass dadurch keine Geschäftsgeheimnisse verraten werden. Er bietet aber an, dass das Ermittlerteam der BDO Stichwörter zur Verfügung stellt, nach denen diese suchen werden. – Zitatende.

So, und jetzt sind wir an dem Punkt, dass **uns** der Generaldirektor der Telekom gesagt hat, wir kriegen die kompletten E-Mails deshalb nicht, weil er sie dem **Staatsanwalt** gibt. Und jetzt hat er dem Staatsanwalt mitgeteilt: Ätsch, du kriegst sie auch nicht, niemand kriegt sie! Und die Telekom bietet dem Staatsanwalt an: Schick uns ein paar Stichwörter, dann suchen wir für dich noch ein paar E-Mails, und der Vorstand überprüft, ob wir sie dir überhaupt geben, weil wir schauen uns zuerst an, ob da ein Geschäftsgeheimnis verraten werden könnte!

Das ist eine absolute Frotzelei des Rechtsstaates, der Staatsanwaltschaft und der parlamentarischen Untersuchung, und wir können uns das mit Sicherheit von der Telekom **nicht bieten lassen!** Das geht einfach nicht!

Deswegen werde ich dann im Anschluss einfach aus formellen Gründen noch eine Frage an Sie stellen, aber trotzdem gleich anregen, dass wir möglichst schnell eine Fraktionsführerbesprechung durchführen, um darüber zu beraten, wie wir möglichst in Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft Wien und dem Justizministerium gegenüber der Telekom vorgehen, und ich rege auch in diesem Zusammenhang an, eine

neuerliche Ladung von Generaldirektor Ametsreiter vorzubereiten, weil wir ihm das schlicht und einfach nicht durchgehen lassen können.

Man muss sich nur vorstellen, was wir vor uns haben: Das kann jetzt wochenlang dauern, wenn die Telekom dieses Spiel weiterspielt. Dann versuchen wir dieses Beweisthema abzuschließen, dann kriegt irgendwann die Justiz die 200 000 E-Mails, und dann stehen wir vor der Frage, wenn es an uns weiter übermittelt wird, ob wir dutzende Auskunftspersonen wieder laden, um sie zu befragen – oder einfach auf die Befragung aufgrund neuer Erkenntnisse, die mit Sicherheit kommen werden, verzichten.

Das ist für uns genauso wie für die Justiz ein absolut unerträglicher Zustand, und ich fühle mich wirklich vom Telekom-Vorstand gepflanzt.

Aus rein formalen Gründen frage ich Sie jetzt: Haben Sie von diesen Vorgängen in der Telekom Kenntnis?

Dr. Erich Gnad: Herr Abgeordneter, nein, ich habe keine Kenntnis davon.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Danke schön. Ich bin von dieser Antwort nicht überrascht. – Ich habe keine weiteren Fragen.

Dr. Erich Gnad: Entschuldigen Sie, ich gehöre aber auch nicht dem Vorstand an.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, das ist mir ebenfalls bewusst, deswegen hält sich meine Überraschung in sehr, sehr kleinen Grenzen. – Danke.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich führe schon eine Liste mit Tagesordnungspunkten für die Fraktionssitzung.

Als Nächster zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Hornek. Ich darf Ihnen mitteilen, ich habe Ihnen 2 Minuten gutgeschrieben.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Sie haben mich missverstanden: Ich habe das nicht für diese heutige Sitzung gemeint, sondern dann, wenn ich das fragen **darf**, was ich heute fragen wollte.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Dann wird es zu diesem Kontingent zukünftig dazugerechnet, Herr Abgeordneter Hornek. Möchten Sie trotzdem heute noch eine Frage stellen? – Das ist nicht der Fall.

Herr Abgeordneter Rosenkranz, bitte.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Einen bisschen schmissigen oder vielleicht lustigen Umgang am Rande des Ausschusses oder im Ausschuss finde ich ja durchaus in Ordnung, nur: Ernst kann es nicht gemeint sein, dass man das, was man jetzt nicht verbraucht hat, beim anderen Mal irgendwo zugeschrieben bekommt.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Da müsste eine neue Vereinbarung getroffen werden (*Abg. Dr. Rosenkranz: Eben!*), aber Sie wissen, ich habe da durchaus ein mittelfristiges Management, was Zeitkontingente anlangt.

Dann Herr Abgeordneter Deimek, bitte. – Keine Frage. Abgeordneter Petzner? – Auch keine Frage mehr. Und Frau Kollegin Abgeordnete Steßl-Mühlbacher ebenfalls nicht mehr.

Dann darf ich mich bei Herrn Dr. Gnad herzlich bedanken für die Zeit, die er aufgewendet hat, uns zu Verfügung zu stehen, und mich bei ihm verabschieden.

12.19*****

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich ersuche, die nächste **Auskunftsperson**, Herrn **Ing. Michael Fischer**, in den Sitzungssaal zu bitten.

12.20

Auskunftsperson Ing. Michael Fischer

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur Anhörung von Herrn **Michael Fischer** als **Auskunftsperson**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb Saales. Handys müssen abgeschaltet sein.

Sie können noch kurz knipsen, aber verlassen Sie dann bitte, wie meine Belehrung es ausgedrückt hat, **rasch** den Saal.

Herr Ing. Fischer, ich danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie auf Ihre **Pflicht zur Angabe der Wahrheit** und an die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihre Personaldaten liegen vor. Sie sind stehen nicht in einem Verhältnis zum öffentlichen Dienst.

Herr Ing. Fischer, auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Ich weise Sie noch darauf hin, dass Sie über die Errichtung und den Inhalt von Rechtsgeschäften, bei welchen Sie als Urkundsperson beigezogen worden sind, die Aussage auch wegen eines zu besorgenden vermögensrechtlichen Nachteils nicht verweigern dürfen.

Die Vertreter der Bildmedien bitte ich, nun wirklich endgültig den Sitzungssaal zu verlassen!

Nun zur **Vertrauensperson**. Auch die Personaldaten der Vertrauensperson **Mag. Martin Dohnal** liegen uns vor.

Ich frage die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Mag. Martin Dohnal als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Ich habe auch Sie über die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Beweisaussage als Vertrauensperson zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung und die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten. Strafrechtliche Folgen könnte daher zum Beispiel die Anstiftung zu einer falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung**, Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden.

Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Freiheitsrechte der Auskunftsperson kommen, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden, und dieser wird dann, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

Herr Ing. Michael Fischer, vor Eingang in die Befragung haben Sie auch noch die Möglichkeit, eine zusammenhängende Erzählung über den Gegenstand der Befragung und die entsprechenden Tatsachen im Umfang von 10 Minuten dem Ausschuss zu geben. Sie können aber auch darauf verzichten, und wir beginnen dann direkt mit Abgeordnetem Amon. Was wählen Sie? (*Ing. Fischer: Ich möchte ein kurzes Eingangsstatement verlesen!*) – Bitte.

Ing. Michael Fischer: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren der Medien! Ich möchte hier die von Ihnen gestellten Fragen, so weit es mir möglich ist, beantworten und habe mich auch von meiner beruflichen Verschwiegenheitspflicht entbinden lassen.

Ich habe mit der Ladung vom 9.2.2012 erfahren, dass ich beim Verfahren Dr. Peter Hohegger und andere als **Beschuldigter** geführt werde, worüber ich auch die Frau Vorsitzende Moser per Mail schriftlich informiert habe.

Bei meiner Einvernahme am 23.2.2012 habe ich die allgemeinen Fragen beantwortet. Zur Beantwortung von detaillierten Fragen ist es nicht gekommen, da meinem Verteidiger nicht die Möglichkeit gegeben wurde, in den Akt oder auch nur in die mich betreffenden **Aktenteile** Einsicht zu nehmen.

Die Untersuchungen der Staatsanwaltschaft umfassen ein weites Themengebiet an Vorwürfen, nämlich drei große Bereiche: erstens: Geschäftsfälle bei der Telekom Austria in Bezug auf Peter Hohegger; zweitens: Beteiligung an Untreuehandlungen des damaligen Vorstandes der Telekom Austria, insbesondere Mag. Rudolf Fischer und Mag. Gernot Schieszler; drittens: der Bereich Geldwäsche. Aus diesem Grund kann es sein, dass mir die Beantwortung Ihrer Fragen zu diesem Themenkreis im Einzelfall nicht möglich sein wird, solange ich die konkreten Vorwürfe nicht kenne.

Ich ersuche daher um Verständnis, wenn ich mich zu diesen Themengebieten der Aussage gemäß § 7 der Verfahrensordnung entschlagen werde, bis ich seitens der Staatsanwaltschaft Akteneinsicht erhalten habe und die konkreten Vorwürfe, welche gegen mich erhoben werden, ersichtlich sind.

Darüber hinaus stehe ich für Ihre Fragen selbstverständlich gerne zur Verfügung und werde sie nach bestem Wissen und Gewissen beantworten. – Danke.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Danke schön. Ich habe auch Ihre Mitteilung, die Sie mir elektronisch zukommen ließen, rechtzeitig den Fraktionen übermittelt.

Erster Fragesteller: Herr Abg. Amon. – Bitte.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Grüß Gott, Herr Fischer! Darf ich einleitend mit der Frage beginnen, seit wann Sie in der Telekom beschäftigt sind.

Ing. Michael Fischer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter, ich bin seit Juni 2007 bei der Telekom beschäftigt.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Können Sie uns schildern, was die Erwartungshaltung der Telekom an Sie war, Sie als Public Affairs Manager zu beschäftigen?

Ing. Michael Fischer: Ich nehme einmal an, dass es meine Managementqualitäten sind, die ich vielfach in meinen beruflichen Tätigkeiten im Vorfeld bewiesen habe. Ich nehme natürlich auch an, dass es auch mein berufliches Umfeld ist und war, dass ich mich entsprechend im politischen Umfeld bewegt habe und auch ein entsprechendes Netzwerk in diesem Bereich mit einbringen konnte.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Was können Sie uns zu Herrn **Alois Schrems** sagen?

Ing. Michael Fischer: Herr Alois Schrems war ein Mitarbeiter der Telekom Austria, ein Kollege, er war am Anfang, wo ich in der Telekom tätig war, in der Kommunikationsabteilung bei Herrn Bredl beschäftigt, hat durchaus auch Public-Agenden dort innegehabt und ist vor einiger Zeit aus dem Unternehmen ausgeschieden, weil er sich selbständig gemacht hat.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Können Sie ein wenig erzählen über die Art der Zusammenarbeit mit Herrn Gernot Schieszler?

Ing. Michael Fischer: Herr Gernot Schieszler, damaliger Finanzvorstand, war einer von mehreren Vorständen. Es gab immer wieder Aufträge, Sitzungen, Meetings, wie das in einem normalen Unternehmen wie der Telekom üblich ist.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Herr Fischer, gehörte es auch zu Ihren Aufgaben innerhalb der Telekom, **Veranstaltungen** zu organisieren?

Ing. Michael Fischer: Wir haben natürlich eine eigene Event-Abteilung, die in der Marketing-Abteilung angesiedelt war, aber natürlich habe ich im Public-Affairs-Bereich auch die diversesten Veranstaltungen, kleinere, mittlere, auch im Zusammenhang strategischer Veranstaltungen, wie zum Beispiel unsere Teilnahme am Europaforum Alpbach, wo wir in einem Team von Mitarbeitern diese Veranstaltungen aufbereitet haben, die Teilnahme unserer Vorstände inhaltlich und organisatorisch aufbereitet haben, oder auch diverse andere kleinere und mittlere Veranstaltungen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Haben Sie solche Veranstaltungen mit einem speziellen Vorstand abgesprochen oder war das themenabhängig?

Ing. Michael Fischer: Grundsätzlich gab es von den damaligen Vorständen immer wieder Wünsche, sich themenspezifisch an Veranstaltungen entweder zu beteiligen oder Veranstaltungen auszurichten.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Haben Einladungslisten für solche Veranstaltungen die Vorstände erstellt, haben Sie die erstellt oder ist das in Kooperation geschehen?

Ing. Michael Fischer: Grundsätzlich ist es so, dass Vorstände gesagt haben, ich würde gerne in dem und dem Bereich Veranstaltungen machen oder an diesen Kulturveranstaltungen, sozialen Geschichten oder Sportveranstaltungen teilnehmen oder solche ausrichten und ich möchte gerne ganz bestimmte Leute auch dort dabei haben, natürlich auch, um die Leute kennenzulernen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Danke. – Ich möchte zu einem anderen Themenkomplex kommen, und zwar zur Causa **Aktenvermerk Kloibmüller**.

Herr Fischer, erzählen Sie uns bitte von jenem Treffen zwischen dem Kabinettschef Michael Kloibmüller, Michael Jungwirth und Ihnen.

Ing. Michael Fischer: Ich habe den Aktenvermerk mit. Es gab im Sommer letzten Jahres einen Kontakt von Michael Jungwirth an mich. Ich kann mich noch erinnern, weil ich gerade beim Beach-Volleyball in Kärnten war, wo wir Kunden eingeladen haben und wo wir auch Sponsor sind. Michael Jungwirth hat mir erzählt, dass es diesbezüglich eine Verärgerung, Verunsicherung der ÖVP, des Innenministeriums geben solle. Ich habe das mehr oder weniger nicht besonders ernst genommen und habe gesagt, wir planen sowieso einen Termin in Sachen „Beamte zum Bund“, und in diesem Zusammenhang werden wir den Herrn Kloibmüller darauf ansprechen und werden fragen, was das auf sich hätte.

Wir haben dann diesen Termin im Innenministerium wahrgenommen – anwesend waren Herr Kabinettschef Kloibmüller, Herr Mag. Michael Jungwirth und ich – und haben dort über das Thema „Beamte zum Bund“ gesprochen, und im Anschluss dieses Gespráches habe auch ich die Frage gestellt, ob es zu einer Verunsicherung oder Verärgerung von wem auch immer gekommen wäre. Und auf Basis dessen hat uns Herr Kloibmüller mitgeteilt, dass die Kommunikation unsererseits entsprechende Verärgerung oder Verunsicherung mit sich gebracht hat, weil sich von diesem 400-Seiten-Bericht, der kurz zuvor den Behörden übergeben wurde, den die Telekom erstellt hat, laut Aussage von Herrn Kloibmüller und auch der medialen Wahrnehmung entsprechend, Teile in den Medien wiedergefunden. Das war ein Kritikpunkt oder ein thematisierter Punkt von Herrn Kloibmüller, wo er gesagt hat: Ihr könnt euch ja vorstellen, wenn die ermittelnden Behörden einen Bericht bekommen und dann lesen sie das in der Zeitung, was in diesem geheimen Bericht steht!

Der zweite Punkt war: Es gibt eine Kommunikation, wo genau ein Name vorkommt, nämlich eine mediale Kommunikation, wo genau ein Name vorkommt, der genau einen Trugschluss auf die ÖVP herstellt und somit dieser Telekom-Skandal, dieser Telekom-Bericht ein ÖVP-Skandalbericht wird.

Das war die Kommunikation mit dem Herrn Kloibmüller, und auf Basis dessen wurde auch dieser Aktenvermerk dann erstellt.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ja, zu dem Aktenvermerk möchte ich ohnehin noch kommen. Ich möchte nur zuerst gerne noch wissen, was dann direkt nach diesem Treffen, das, wie Sie gesagt haben, glaube ich, im Innenministerium stattgefunden hat (*Ing. Fischer: Ja!*), passiert ist.

Ing. Michael Fischer: Es gab ein Treffen zwischen Herrn Jungwirth, Frau Mattes, Herrn Ametsreiter und mir, wo wir über das Treffen berichtet haben, und ...

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Und dann ist, glaube ich, ein Aktenvermerk entstanden?

Ing. Michael Fischer: Das habe ich auch nur den Medien entnommen, denn einige Zeit später – ich weiß nicht mehr genau, wann später – habe ich in einer APA-Aussendung wahrgenommen ...

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Wer hat den Aktenvermerk geschrieben?

Ing. Michael Fischer: Da habe ich den Medien entnommen, dass das die Frau Mattes war.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): War die bei dem Gespräch dabei?

Ing. Michael Fischer: Sie war bei dem Gespräch mit dem Herrn Kloibmüller nicht dabei, aber sie war bei dem Gespräch mit dem Herrn Jungwirth, dem Herrn Ametsreiter und mir dabei.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Wie kommt sie dazu, einen Aktenvermerk über ein Gespräch zu verfassen, an dem sie nicht teilgenommen hat?

Ing. Michael Fischer: Das müssen Sie Frau Mattes fragen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ich darf noch zu einem weiteren Themenkomplex kommen, der betrifft die OmniMedia.

Herr Fischer, was können Sie uns zur Firma **OmniMedia** sagen?

Ing. Michael Fischer: Die OmniMedia ist die zweitgrößte Mediaagentur Österreichs. Mediaagentur heißt Mediaschaltagentur, Mediaplanungsagentur. Paul Schauer ist dort der Sprecher und operative Geschäftsführer, der gerade jetzt in Übergabe ist und in Pension gehen wird.

Die OmniMedia hat mehrere Eigentümer. Die Telekom Austria ist mit 27 Prozent an der OmniMedia beteiligt, und ich wurde, als ich 2007 zur Telekom kam, als Geschäftsführer – es gibt einen Syndikatsvertrag, und es haben zwei Eigentümer laut Syndikatsvertrag die Möglichkeit, dort einen nichtoperativen Geschäftsführer zu entsenden –, ich wurde damals als Geschäftsführer in die OmniMedia im Auftrag der Telekom entsandt.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Wer sind die weiteren Eigentümer der OmniMedia?

Ing. Michael Fischer: Die Post, die BAWAG P.S.K und Casino und Lotterien.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Und Sie waren dort Geschäftsführer. Sie haben gesagt, Sie waren da in einer Partnerschaft mit dem Herrn Schauer Geschäftsführer?

Ing. Michael Fischer: Ja. Herr Schauer und Herr Stickler waren die Geschäftsführer der OmniMedia.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Und was war Ihre Aufgabe dort genau?

Ing. Michael Fischer: New Business. Also ich habe mich ausschließlich um Neukunden gekümmert. Das konnte ich mit meinem Job auch gut verbinden, und wer mich kennt, weiß, dass ich einen sehr großen und breiten Kreis an Menschen kenne, die man ansprechen kann, ob sie dort auch entsprechendes Business machen können.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Und was waren die Aufgaben von Herrn Schauer, dem zweiten Geschäftsführer?

Ing. Michael Fischer: Herr Schauer ist der operative Geschäftsführer, der sich auch um das Tagesgeschäft gekümmert hat und auch Sprecher des Unternehmens nach außen und Repräsentant nach außen und auch die ganz normalen Geschäftstätigkeiten geführt hat.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Herr Fischer! Im Prüfbericht der KPMG über die Telekom aus dem Jahr 2008 war unter anderem der Schwerpunkt **Beraterverträge**. Da hätte mich interessiert, ob Ihnen die folgenden Kooperationen der Telekom mit entsprechenden Beraterunternehmen beziehungsweise deren Geschäftsführer bekannt sind.

Ich würde Sie bitten, wenn Sie Wahrnehmungen zu den einzelnen Unternehmen oder Geschäftsführern haben, dass Sie uns das sagen.

Alois Czipin Produktivitätsberatung, Geschäftsführer Alois Czipin? (*Ing. Fischer: Sagt mir nichts!*) – **ACP Beteiligungsmanagement GmbH**, Geschäftsführer Karl Zechmeister? (*Ing. Fischer: Sagt mir nichts!*) – **Robicom**, Geschäftsführer Robert Nowikovsky? (*Ing. Fischer: Sagt mir nichts!*) – **Create Connections**, Geschäftsführer David Ungar-Klein? (*Ing. Fischer: Sagt mir etwas!*) – Können Sie uns sagen, was Ihnen das sagt?

Ing. Michael Fischer: In der Zeit am Anfang hat Mag. Schieszler diverse Veranstaltungen mit dem David Ungar-Klein gemacht, da war ich auch punktuell eingebunden, weil wir zum Beispiel Gäste dazu eingeladen haben.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Die **COM Partners Unternehmensberatungs GesmbH**, Geschäftsführer Burger Kai-Peter oder Yntema Berend. (*Ing. Fischer: Sagt mir nichts!*) – **NCN Consulting**, Geschäftsführer Mag. Nikolaus Nonhoff?

Ing. Michael Fischer: Herr Nonhoff sagt mir etwas. Herr Nonhoff war meiner Wahrnehmung nach Berater im Business-Bereich, als ich in das Unternehmen gekommen bin, also im Vertriebsbereich für Großkunden, und war direkt dem Rudi Fischer berichtspflichtig.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Die SPOT AG oder SPOT GmbH, Geschäftsführer Dr. Thomas Scheiner, Eigentümer Dr. Stefan Prochaska? (*Ing. Fischer: Nein!*) – **Heinz Lederer Communications GmbH**, Geschäftsführer Heinz Lederer?

Ing. Michael Fischer: Den Heinz Lederer kenne ich aus meiner beruflichen Laufbahn, weiß auch, dass er für das Unternehmen gearbeitet hat, und hatte punktuell beruflich mit ihm zu tun, aber sehr reduziert.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): *Filmhof Veranstaltungs- und Betriebs GesmbH*, Geschäftsführung Monika Langthaler?

Ing. Michael Fischer: Frau Monika Langthaler kenne ich auch aus meiner früheren beruflichen Tätigkeit. Sie war auch immer wieder Gast bei uns bei diversen Veranstaltungen. Von einer Beratertätigkeit weiß ich nichts.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Welche Personen sind Ihnen aus dem Kreise der TA-Beratungsdienstleister bekannt, die, ohne in einem Anstellungsverhältnis zur Telekom Austria zu stehen, mit einer Zutrittskarte zur Telekom Austria in den Gebäuden ausgestattet waren oder die Zugriff auf Dienstwagen der Telekom Austria hatten?

Ing. Michael Fischer: Es ist mir überhaupt nicht bekannt, dass jemand eine Zutrittskarte hatte. Es ist auch nicht mein Job, zu wissen, wer beim Unternehmen eine Zutrittskarte hat oder nicht. Was ich am Rande mitbekommen habe, ist, glaube ich, dass Herr Nonhoff einen Dienstwagen hatte.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Was war der Grund dafür, dass Herr Nonhoff einen Dienstwagen hatte?

Ing. Michael Fischer: Ich habe eigentlich ursprünglich geglaubt, dass der Herr Nonhoff bei uns als Berater angestellt ist und ein Dienstauto hat. Aber Details habe ich nicht hinterfragt, weil ich eigentlich fast nichts mit ihm zu tun gehabt habe.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Wer wäre für eine solche Zuordnung zuständig gewesen? (*Ing. Fischer: Der Vorstand!*) – Welcher Vorstand?

Ing. Michael Fischer: Der zuständige Vorstand, in dem Fall Rudi Fischer.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ist Ihnen die Person Rechtsanwalt **Dr. Richard Regner** bekannt?

Ing. Michael Fischer: Ist mir namentlich bekannt aus Vernehmungsprotokollen, aber persönlich nicht wissentlich.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ist Ihnen die Person **Dr. Adolf Anderl** bekannt?
(**Ing. Fischer:** Nein!)

Kennen Sie Herrn **Rechtsanwalt Dr. Prochaska**?

Ing. Michael Fischer: Ich glaube, das ist der Anwalt von Herrn Mag. Schieszler, wenn ich richtig ...

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Und er ist Alleinaktionär der SPOT.

Ing. Michael Fischer: Ich kenne ihn. Ich habe ihn einmal privat getroffen, aber beruflich habe ich mit ihm nichts zu tun gehabt.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Sie wissen auch nicht, ob er jemals für ein Projekt der Telekom (**Ing. Fischer:** Nein, nein!) verantwortlich war und in welchem Umfang er es war?

Ing. Michael Fischer: Beruflich habe ich mit ihm nichts zu tun gehabt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Ing. Fischer! Anknüpfend an dieses Gespräch mit Kloibmüller in seiner Funktion als Kabinettschef der Innenministerin und dass sich ein Kabinettschef, also eine Person in einer Anstellung der Republik Österreich, Ihnen gegenüber Sorgen macht über die Verärgerung, dass das Ganze ein ÖVP-Skandal werden soll. Wie kann man so etwas erklären?

Ich würde mir eher erwarten, dass Sie da zu einem ÖVP-Generalsekretär gehen oder jemandem, der mit der Parteiarbeit zu tun hat, aber wieso kann eigentlich ein Kabinettschef, eine staatliche Person, sich Sorgen machen dem Unternehmen gegenüber und gerade Ihnen gegenüber?

Ing. Michael Fischer: Das ist eine gute Frage, aber das müssen Sie den Herrn Kloibmüller fragen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie haben sich nichts dabei gedacht, als er gesagt hat: Hören sie einmal, was wollen Sie von uns? Wenn die ÖVP etwas will, soll jemand anderer kommen!

Ing. Michael Fischer: Da, wie Sie wissen, politische Büros einer politischen Partei zugeordnet werden, habe ich mir nicht viel dabei gedacht. Noch dazu, da ich den Herrn Kloibmüller schon viele Jahre kenne, persönlich kenne, war das eher so ein bilaterales Randgespräch, das mich nicht besonders überrascht hat.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt kommen wir dazu, dass Sie ihn schon länger kennen.

Können sie mir ein bisschen Ihren beruflichen Werdegang schildern?

Ing. Michael Fischer: Ich stamme aus Niederösterreich, aus einem kleinen Landgasthaus, habe meine Pflichtschuljahre in Niederösterreich absolviert, habe dann vier Jahre Gymnasium und fünf Jahre HTL in Hollabrunn gemacht, habe daran anschließend meinen Dienst beim Bundesheer absolviert, bin dann auf der Burg Finkenstein im Event- und Gastronomiebereich tätig gewesen, bin dann 1984/85 Technischer Zeichner der Ladenbaufirma Hannecker in München gewesen – das ist, wie gesagt, eine Ladenbaufirma – und war ab 1991 Marketingassistent beim

Niederösterreichischen Donaufestival und danach Leiter des Bereichs Werbung und Organisation beim Niederösterreichischen Donaufestival.

Ich bin 1995/96 in das Marketing der Casinos Austria gekommen, wo mich dann Othmar Karas gefragt hat, ob ich das Marketing für die ÖVP-Bundespartei machen möchte. Das habe ich dann getan und von 1996 bis 1999 war ich für das Marketing und die Organisation in der ÖVP zuständig. Ich war danach kurze Zeit Wirtschaftsbunddirektor in Niederösterreich und bin dann 2000 von Maria Rauch-Kallat zurückgeholt worden als Bundes-Organisationsdirektor der ÖVP, war dann bis Mitte 2007 in der ÖVP und danach bei der Telekom Austria.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Also man kann durchaus mit Fug und Recht behaupten, dass Ihre berufliche Laufbahn bis zum Einstieg in die Telekom fast ausschließlich im Bereich der ÖVP stattgefunden hat beziehungsweise deren Teilorganisationen (*Ing. Fischer: Nein!*) beziehungsweise Wirtschaftsunternehmen, wenn ich an die Donaufestival Ges.m.b.H. oder Ähnliches denke, die im politischen Einfluss der ÖVP gestanden sind, denn es wird ja Ihrer Aufmerksamkeit nicht entgehen, dass in Niederösterreich die ÖVP, was diese Konstrukte, diese Gesellschaften betrifft, durchaus den bestimmenden politischen Einfluss hat. Oder ist das nicht so? – Ich meine, Ihre Wahrnehmung kann eine andere sein.

Ing. Michael Fischer: Der Veranstalter des Donaufestivals ist ein Verein, eine GmbH gewesen; den Einflussbereich der Politik habe ich dort nicht gespürt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wer hat denn die Anteile in der GmbH gehalten?

Ing. Michael Fischer: Da fragen Sie mich jetzt zu viel. Der Geschäftsführer war Mag. Stephan Nistler und der Alf Krauliz war der Intendant. Die Verhältnisse der Gesellschaft? – Da überfragen Sie mich jetzt. Das war 1991, vor 20 Jahren.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): War das Land Niederösterreich beteiligt?

Ing. Michael Fischer: Kann sein. Ich weiß es wirklich nicht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie kommen am 1. Juni 2007 als Head of Public Affairs in die Telekom. (*Ing. Fischer: Ja!*)

Nun kursieren da ja einige E-Mails, „NEWS“ hat sie veröffentlicht, wo über Ihren „Tisch“ – unter Anführungszeichen – beziehungsweise über Ihren Bildschirm diverse Wünsche kommen von ÖVP-Organisationen, -Teilorganisationen und Ähnliches, zum Beispiel die Frage, Rudi Fischer hätte 100 000 € für die Bundes-ÖVP zugesagt. – Sie schreiben dann an Schieszler: Bitte um Berücksichtigung, und Ähnliches.

Diese E-Mails gibt es?

Ing. Michael Fischer: Diese E-Mail gibt es.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Was war denn sonst noch Ihre Tätigkeit? Es entsteht so in der Öffentlichkeit der Eindruck, wie wenn Sie eigentlich nur dort der verlängerte Arm der ÖVP auf Kosten der Telekom gewesen wären.

Ing. Michael Fischer: Mein Arbeitsspektrum ist relativ breit gewesen. Ich kann Ihnen ein bisschen erklären, was ein Public Affairs-Verantwortlicher eines großen Unternehmens macht.

Natürlich war ich Schnittstelle nicht nur zur ÖVP, sondern auch zu allen anderen Parteien und natürlich zu den diversen Institutionen, Interessenvertretern und Kammern für die diversesten Anliegen, die ein Unternehmen hat, das reguliert ist, und

ein Unternehmen, das so wie die Telekom Austria entsprechend auch am Markt agiert. Weiters habe ich den Großkundenbereich unterstützt und den Vertriebsbereich unterstützt bei Winback-Projekten, bei B-to-B-Projekten, also Business-to-Business-Projekten, um dem Markt entsprechend gerecht zu werden.

Ich habe vorhin schon dem Abgeordneten Amon erzählt, dass wir auch für strategische Events verantwortlich oder mitverantwortlich waren oder die Projektkoordination hatten. Wir haben zum Beispiel im Vorjahr einen großen Breitbandkongress bei uns in der Telekom veranstaltet, wo die Frau Bundesministerin Bures, die fachverantwortliche Ministerin, entsprechend bei uns auch im Haus war und an diesem Kongress teilgenommen hat. Wir haben Veranstaltungen wie Alpbach koordiniert und organisiert, wir haben darüber hinaus – das werden Sie wahrscheinlich auch kennen – ein europäisches Förderprojekt, das **ELER-Förderprojekt**, das eine Kooperation zwischen der Europäischen Union, zwischen den Ländern und dem Bund ist, wo wir versucht haben, mit den Landesorganisationen dieses Förderprogramm im ländlichen Raum entsprechend umzusetzen.

Und ein wichtiges Thema, das ich auch mit meinem Team und mit Kolleginnen und Kollegen unterstützt habe, ist der Breitbandausbau. Wir haben ja einen massiven Breitbandausbau in den letzten Jahren vorangetrieben, wir werden diesen auch in den nächsten Jahren weiter vorantreiben, wo es natürlich entsprechende Abstimmungen und Kommunikationsnotwendigkeiten mit den Ländern gegeben hat.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das ist natürlich ein beeindruckender Bereich des Unternehmens, aber Sie haben ganz zu Beginn gesagt, dass Sie auch Schnittstelle zu Parteien waren oder sind.

Welche politischen Parteien sind mit finanziellen Wünschen an Sie herangetreten?

Ing. Michael Fischer: Wie ich, glaube ich, eingangs gesagt habe, ist das ein Thema, zu dem ich mich gerne entschlagen möchte.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ja, ich verstehe das. Versuchen wir es ein bisschen anders und auch mit Hilfe des Verfahrensanwaltes.

Frage: Sind seitens der SPÖ Wünsche an Sie herangetragen worden? – Nur sage ich jetzt gleich, dabei gibt es folgenden Hintergrund: Wenn Sie nämlich sagen, Sie entschlagen sich der Aussage, dann würde ich davon ausgehen, dass es tatsächlich so etwas gegeben hat. Wenn Sie nämlich Nein sagen, dann können Sie wegen so einer Sache ja nicht strafrechtlich belangt werden. – Also vielleicht könnten Sie das mit Ihrer rechtsfreundlichen Beratung beziehungsweise mit dem Verfahrensanwalt klären.

Ich werde jetzt jede politische Partei abfragen und Sie werden darauf antworten beziehungsweise müssen begründen, warum Sie sich speziell jetzt entschlagen, wenn ich die Parteien durchgehe. – Von der ÖVP wissen wir ja schon, das haben wir ja medial gehabt und da verstehe ich, dass Sie sich in diesem Bereich auch der Aussage entschlagen. Nachdem der Herr Kuch, aber nachdem auch die Telekom Austria uns die Mails nicht zur Verfügung stellen und sie auch der Staatsanwalt nicht zur Verfügung stellt, tappen wir da ja ein wenig im Dunkeln.

Daher meine Fragen, und ich würde Sie bitten, bei jeder Entschlagung dazuzusagen, warum.

Also ich frage daher noch einmal: Sind Sponsoringwünsche seitens der **SPÖ** an Sie herangetragen worden und haben Sie diese an Vorstand Schieszler und so weiter weitergeleitet?

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Wir haben gerade darüber gesprochen. Ich habe erklärt, nach der Verfahrensordnung hat die Auskunftsperson, wenn sie sich

entschlägt, einen Grund dafür darzulegen. Der fragende Abgeordnete oder jeder andere auch hätte dann das Recht, nach einer Art Bescheinigung zu fragen, damit nachträglich ein Beschluss gefasst werden kann, ob darauf bestanden wird, dass geantwortet wird oder nicht.

Ich habe daraufhin erklärt, die Erklärung allein: Ich entschlage mich!, reicht daher nach der Verfahrensordnung nicht aus, sondern ich muss einen Grund dafür angeben, warum ich mich entschlage, wobei ich Ihnen jetzt noch als Anwalt, der sich mit solchen Dingen befasst hat, Folgendes dazusage: Wenn Sie sich allerdings durch die Angabe des Grundes einer strafrechtlichen Verfolgung aussetzen würden, dann können Sie das auch wieder sagen, und wenn man Sie dennoch zwingt, etwas zu sagen, dann wäre nach meiner Auffassung eine wahrheitswidrige Aussage unter dem Tatbestand des Aussagetodes zu sehen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Daher meine erste Frage. Wurde seitens der **SPÖ** der Wunsch nach Sponsoring, Finanzierung oder Ähnlichem an Sie herangetragen und haben Sie das weitergeleitet?

Ing. Michael Fischer: Wie bereits in meinem Eingangsstatement gesagt, werde ich mich dieser Frage entschlagen und bitte auch um Verständnis, dass ich mich dieser Frage entschlagen werde, weil wir oder ich in keinster Weise Einblick habe in die Akten, was mir vorgeworfen wird.

Es könnte sein, dass diesbezüglich ein Vorwurf, von wem auch immer, da wäre. Ich weiß es nicht und deswegen möchte ich mich dieser Frage entschlagen.

Obfrau-Stellvertreter Dr. Johannes Jarolim: Darf ich den Verfahrensanwalt fragen, ob das ein ausreichender Grund ist.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Ich meine nach Überlegung, dass das ein ausreichender Grund sein kann und daher würde ich es als Grund gelten lassen – ich kann es auch nicht weiter überprüfen – aus folgender Überlegung: Die Auskunftsperson weiß nicht, was vorgeworfen wird. Es könnte sein, dass in dem Akt, zu dem er als Beschuldigter geführt wird, ein Sachverhalt behauptet wird, von wem immer, der in die Richtung geht, dass er mitgewirkt hat an der Verwirklichung eines Tatbestandes in die Richtung unerlaubte Parteienfinanzierung, möglicherweise unredliches Verhalten einer vertretungsberechtigten Person. Ich sage das jetzt, ohne das Delikt zu nennen, weil das ist vielleicht jetzt noch nicht am Platz. – Das ist meine Meinung dazu.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich würde das auch so sehen, nachdem der Akteninhalt ja auch uns leider Gottes nicht bekannt ist, weil wir die Informationen von der Staatsanwaltschaft nicht bekommen, weil diese sie noch nicht hat.

Also ich halte das absolut für einen Skandal der Extraklasse, was sich die Telekom da erlaubt, insbesondere nach der Anhörung des Herrn Ametsreiter, und ich halte daher auch meinen seinerzeitigen Vorschlag und mein Verlangen, dass die Staatsanwaltschaft möglichst rasch einmal eine Hausdurchsuchung durchführen sollte, für ein durchaus heilsames Mittel, in diese Richtung auch einmal ein wenig Zähne zu zeigen, was der Rechtsstaat und was sich die parlamentarische Demokratie nicht bieten lassen.

Dennoch meine nächste Frage: Haben Sie seitens Vertretern der **Freiheitlichen Partei** Wünsche gehabt, die Sie weitergeleitet haben beziehungsweise erfüllt haben?

Ing. Michael Fischer: Darf ich mich genauso mit der gleichen Argumentation entschlagen?

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Haben Sie seitens der **Grünen** irgendwelche Anliegen gehabt?

Ing. Michael Fischer: Darf ich wiederholen: Darf ich mich mit dem gleichen Argument wieder entschlagen?

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Haben Sie seitens des **BZÖ** Anliegen gehabt auf finanzielle Zuwendung?

Ing. Michael Fischer: Darf ich mich auch gemäß § 7 entschlagen?

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): So. – Dann kommen wir zu einem nächsten Punkt.

Sie sind da in die Telekom gekommen als **Head of Public Affairs**, nachdem Sie auch eine ÖVP-Karriere hinter sich gebracht haben. Gibt es in dem Unternehmen Personen, die vergleichbare Parteikarrieren bei anderen politischen Parteien gemacht haben, die auch in einem ähnlichen Bereich sitzen, vielleicht sogar in Ihrer Abteilung?

Ing. Michael Fischer: In meiner Abteilung niemand. Wissend weiß ich, dass ein Mitarbeiter der Telekom Austria auch SPÖ-Bundesrat ist, was ja auch nichts Unübliches ist, nämlich dass Mitarbeiter von Unternehmen auch politische Funktionen innehaben und auch vice versa. Eine Politikkarriere bei anderen Mitarbeitern kann ich nicht erkennen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Betreffend Herrn Mag. Jungwirth, was wissen Sie über dessen Laufbahn?

Ing. Michael Fischer: Herr Mag. Jungwirth war Vorstandsassistent bei Raiffeisen Oberösterreich und war dann im Kabinett von Herrn Staatssekretär Kukacka.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Und ist dann von dort direkt zur Telekom?

Ing. Michael Fischer: Ist von dort zur Telekom gekommen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es gibt von Mag. Jungwirth ja auch ein veröffentlichtes E-Mail, in dem er um eine Zuwendung für die Oberösterreichische Volkspartei, die Linzer Volkspartei, betreffend ein Wahlkampfbüro ersucht.

Was wissen Sie von diesem Vorgang?

Ing. Michael Fischer: Ich habe es aus den Medien erfahren. Weitere Details müssen Sie Mag. Jungwirth fragen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Auf jeden Fall möchte ich dann eines festhalten: Sie kennen niemanden, der aus einem so klaren parteipolitischen Organisationsbereich gekommen ist wie Sie in dem Bereich, wo Sie in der Telekom tätig sind.

Ing. Michael Fischer: In der Telekom? – Nicht wissentlich.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Fischer, Sie wurden seitens Ihres Arbeitgebers, der Telekom, suspendiert.

Können Sie uns den genauen Tag nennen, wann diese Suspendierung ausgesprochen wurde, und in welcher Form das passiert ist?

Ing. Michael Fischer: Herr Abgeordneter, ich wurde nicht suspendiert, sondern ich wurde **beurlaubt**. Ich nehme auch jetzt meinen offiziellen Urlaub in Anspruch, meinen Resturlaub von ungefähr vier Wochen.

Der genaue Tag war ... Da überfragen Sie mich jetzt, da müsste ich nachschauen. Es ist auch medial ... Es gab die Pressekonferenz, die Bilanzpressekonferenz am Donnerstag – das Datum, schlagen Sie mich nicht tot, ist, glaube ich, bekannt –, und man hat am Montag davor mit mir darüber gesprochen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, die Pressekonferenz, die Bilanzpressekonferenz, war am 23. Februar, und am Montag davor hat man mit Ihnen gesprochen. – Okay. Es fällt auf – dazu komme ich noch später, dazu gibt es auch zahlreiche Medienartikel –, Sie sagen selber, Sie haben eine sehr gute Netzwerkpflege, Sie sind sehr gut mit anderen ÖVP-Granden, Ulmer, Ita, Kloibmüller. Da gab es ja auch Treffen, da gibt es Aktenvermerke, wo wir darüber streiten, welcher richtig ist. Sie haben ein sehr gutes Netzwerk aufgebaut, Sie benützen teilweise auch die Kontakte im Innenministerium, zumindest laut medial kolportierten Vorwürfen, um Ihre Interessen zu verfolgen.

Zu diesem Netzwerk des Michael Fischer, dessen er sich bedient, komme ich jetzt im Zusammenhang mit der Causa Telekom und frage Sie:

Wo waren Sie am vorigen Mittwoch, dem 7. März 2012, in den Abendstunden?

Ing. Michael Fischer: Kann ich Ihnen nicht sagen. Ich könnte in meinem Kalender nachschauen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich kann es Ihnen sagen, Sie waren bei einem Stammtisch. Dieser Stammtisch ist sehr, sehr interessant, und er ist Teil Ihres Netzwerkes, Herr Fischer. (*Ing. Michael Fischer: Ja!*) – Sie bestätigen, dass Sie bei diesem Stammtisch waren. Ich weiß, dass Sie dort waren, weil wir dort einen ... Ich lese es Ihnen gleich vor, ja.

Sie gelten seit mehreren Monaten als Beschuldigter. Ich halte fest: Sie wurden beurlaubt von der Telekom. Ich halte fest: Es wurde die Prüfungskanzlei **BDO** beauftragt, die Malversationen innerhalb der Telekom zu prüfen. Ich halte fest: Sie sind Teil dieser Malversationen, Sie kommen hier vor. Das heißt, die BDO hat auch die Aufgabe, Ihre Prüftätigkeit zu untersuchen.

Und jetzt halte ich Ihnen vor und lege Ihnen vor ein neues Dokument, das ich Ihnen hiermit vorlege und auch dem Ausschuss zur Verfügung stelle, vom 29. Februar 2012. Da wurde es gesendet, erst wenige Tage alt.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Ich zitiere: Liebe Niederösterreich-Stammtischfreundin, lieber Niederösterreich-Stammtischfreund, wir möchten gerne zu unserem Stammtisch „Wir Niederösterreicher in Wien“ am Mittwoch, dem 7. März 2012 –

das war dieser vorige Mittwoch, da waren Sie dann auch, am Mittwoch, dem 7. März 2012 –,

um 19 Uhr ins Palais Niederösterreich einladen. –

Das war Ihr Abendtermin, nach dem ich gefragt habe mit diesem 7. März 2012. –

Als besonderen Gast an diesem Abend freuen wir uns, Herrn Spindelegger zu begrüßen. – Zitatende.

Der Spindi war auch dort. Sponsor des Abends ist die EVN, und Sie zeichnen dieses Schreiben mit: Michael Fischer, Generalsekretär offensichtlich dieses Stammtisches.

Der entscheidende Punkt ist: Während Ermittlungen gegen Sie laufen und gegen andere Beschuldigte, treffen sich alle diese Personen dort bei diesem Stammtisch. Es sind hier einige Namen angeführt in diesem Schreiben, die ich vorlese: Markus Beyrer,

der große Markus Beyrer, der den Auftrag hat, die Malversationen auch des Herrn Fischer zu prüfen, trifft sich am Stammtisch. Der Herr Domany, Flughafenvorstand, Skylink, wissen wir, der Herr Karner, Landesgeschäftsführer Niederösterreich, und so weiter. Das heißt, alle Personen, die zur Aufklärung relevant sind, die teilweise Beschuldigtenstatus haben, treffen sich dort beim Stammtisch und sprechen sich ab.

Ich habe mit einem Teilnehmer gesprochen, der dort war an diesem Abend. Der sagt, es waren 70 bis 80 Leute dort. Sie waren auch dort, es waren sämtliche Personen dort vertreten, gegen die Ermittlungen laufen. Es waren Personen vertreten, die die Aufgabe haben, seitens der Telekom die Vorwürfe zu prüfen; die haben sich dort alle getroffen.

Und dieser Teilnehmer berichtet, Gesprächsthema dieses Abends war: Was machen wir, was tun wir, damit uns allen nichts passiert?

Ich komme jetzt zur BDO: Zum Schluss, ganz unten wird dann angekündigt der nächste Stammtisch für 11. April 2012, Referentin und Ehrengast: Johanna Mikl-Leitner. Und wer ist Sponsor dieses Stammtischabends für 11. April 2012? Na wer? – Der Geschäftsführer der BDO! Sponsor des Abends: Geschäftsführer Prof. Dr. Karl Bruckner, BDO Austria GmbH!

Das heißt, ihr trefft euch dort, tut euch abstimmen, was ihr sagt, wie ihr vorgeht, und der Sponsor für den nächsten Abend – und der Sponsor, wobei ich Sie gleich fragen werde, wie diese Sponsorenleistungen ausschauen, ist der Geschäftsführer jener Prüfungskanzlei, die die Telekom beauftragt hat, intern die Vorwürfe zu prüfen, die am Tisch liegen, auch Vorwürfe gegen Sie. Und den laden Sie als Generalsekretär dieses Stammtisches ein, diesen Abend am 11. April 2012 zu sponsern.

Parallel haben wir folgende Entwicklung – und dann komme ich gleich zur Frage –, ich zitiere aus einem Bericht des BAK vom 29. Februar 2012, wo es einen Aktenvermerk des Staatsanwaltes Wandl gibt, der festhält, dass ihm gegenüber der Herr Dr. Wess, der die Telekom vertreten hat, bekanntgab – ich zitiere –:

Dr. Wess hatte der StA Wien bekanntgegeben, dass die BDO –

jene Prüfungskanzlei, die Ihren Stammtisch sponsert –,

entgegen der ursprünglichen Zusage, doch nicht den durch sie geprüften E-Mail-Bestand herausgeben könne.

Ich halte dazu fest, nur zur Erklärung: Es handelt sich hierbei um die „NEWS“-Mails. Die StA will diese „NEWS“-Mails haben, fragt bei der BDO an: Können wir diese Mails haben? BDO sagt zu und sagt: Wir haben diese E-Mails von „NEWS“, wir haben sogar mehr als diese E-Mails. Das geben die BDO und Wess bekannt, und dann melden sie auf einmal am 24.2.: Wir haben es zwar zugesagt, dass wir der Staatsanwaltschaft diese Mails übermitteln, wir ziehen diese Zusage zurück, wir verweisen darauf, dass wir keine Geschäftsgeheimnisse verraten können. Daher regt auch das BAK die Sicherstellungsanordnung bei Markus Beyrer in der Telekom an.

Ich frage Sie, Herr Fischer: Was können Sie zu diesem Stammtisch sagen? Ist es korrekt, dass für den nächsten Stammtisch am 11. April 2012 jene BDO Austria die Sponsorenschaft übernimmt, die die operative Tätigkeit im Rahmen der Prüfung durch die BDO hat? Ist es korrekt, dass sich dort Personen wie Beschuldigte im Telekom-Verfahren dort getroffen haben, im Rahmen dieses Stammtisches am 7. März? Und ist es korrekt, das Hauptthema dieses Stammtisches war: Was sagen wir gegenüber den Ermittlern, wie erklären wir die Vorwürfe, wie gehen wir um mit den Mails, wie gehen wir um mit der Prüfung, wie können wir verhindern, dass hier Malversationen ans Tageslicht kommen?

Obfrau Dr. Gabriele Moser: Erstens, Herr Abgeordneter Petzner, teile ich Ihnen mit, die Redezeit ist jetzt erschöpft im ersten Durchgang.

Zweitens, nehmen Sie bitte den Ausdruck, Herr Ing. Michael Fischer sei **Teil** der Malversationen, wieder zurück, das ist eine Beschuldigung, die hier nicht am Platz ist.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Nur ganz kurz, weil Kollege Petzner da eine Sache vermischt hat beim Vorhalt. Es geht aus dem Protokoll einer der letzten Sitzungen auch hervor, die E-Mails seien von der **BDO Deutschland** und nicht von der BDO Austria, die hier in Diskussion ist. Das möchte ich nur zur Korrektur sagen. Das haben Sie selber gesagt, in einer der letzten Sitzungen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Genau auf diesen Einwand seitens der Volkspartei habe ich gewartet. Auch dazu habe ich mich erkundigt. Richtig ist, die BDO Deutschland hat den Prüfungsauftrag, aber die **operative Tätigkeit** wird unter anderem von der BDO Austria abgewickelt. Die operative Tätigkeit, das heißt, das tatsächliche **Durchführen der Prüfung** ist entscheidend, und die wird unter anderem auch von der BDO Austria, gemeinsam mit der BDO Deutschland, ausgeführt.

Daher auch dieser Vorwurf, dass die BDO Austria, die operativ ja auch bei der Prüfung der Telekom-Malversationen tätig ist, der Sponsor sein soll für den Stammtisch des Herrn Fischer am 11. April 2012. Das ist absolut unzulässig, dieser Konnex ist inakzeptabel.

Obfrau Dr. Gabriele Moser: Gut, dann bitte die Antworten, soweit es möglich ist, Herr Ing. Fischer.

(Die Vertrauensperson Mag. Martin **Dohnal** spricht mit Verfahrensanwalt Dr. Klaus **Hoffmann**.)

Ing. Michael Fischer: Herr Abgeordneter Petzner, Sie haben **sehr viele** Fragen gestellt, die Beantwortung ist fast abendfüllend. Ich versuche, Ihre Fragen zu beantworten.

Ja, es gibt diesen Niederösterreich-Stammtisch „Wir Niederösterreicher in Wien“. Ich nehme auch an, es gibt einen Kärntner Stammtisch, einen Vorarlberger Stammtisch, einen Salzburger Stammtisch, oder was auch immer. Ich bin mir ganz sicher, dass es einen Kärntner Stammtisch gibt, vielleicht sind Sie nicht eingeladen, ich weiß es nicht. Auf alle Fälle sind dort, und Sie sehen ja den Vorstand, unter anderem der Präsident, Mag. Hameseder, verschiedene Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Gesellschaft und so weiter. Sie haben **viele Namen** genannt, die angeblich dort waren, ich kann Ihnen sagen, die Hälfte, die Sie namentlich vorher erwähnt haben, war nicht anwesend.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Welche Namen habe ich denn genannt? Zählen Sie auf!**Ing. Michael Fischer:** Sie haben unter anderen den Herrn Gerhard Karner genannt, der war nicht anwesend. Sie haben unter anderen den Herrn Mag. Domany genannt, der war nicht anwesend. Wie gesagt, es waren viele dieser Genannten aus dem Vorstand oder die Sie genannt haben, nicht anwesend.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich habe gesagt, es sind viele Beschuldigte. Ich habe nur das Mail hier zitiert und habe dann gesagt, es waren viele Beschuldigte im Rahmen des Telekom-Verfahrens dort anwesend und habe da überhaupt keine Namen genannt. Aber das frage ich Sie dann in der zweiten Runde, die konkreten Namen. Dazu kommen wir dann schon in der zweiten Runde.

Ing. Michael Fischer: Herr Abgeordneter, wenn Sie mir sagen können, wer im Telekom-Verfahren Beschuldigter ist, ich weiß es nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie meine Fragen weiter beantworten, die ich Ihnen gestellt habe?

Ing. Michael Fischer: Ja, es gab diesen Stammtisch, er findet einmal im Monat statt. Ja, es war der Herr Vizekanzler dort als Referent. Es ist bei jedem Stammtisch jedes Monat ein Referent aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft oder Kultur anwesend. Der Herr Vizekanzler ist sehr spät gekommen und sehr früh gegangen, weil er aus Rom kam – jetzt kann ich mich auch an den Tag wieder genau erinnern – und nachher noch eine Veranstaltung hatte. Ich bin auch nur sehr kurz dort geblieben, weil ich ein Abendessen im Anschluss hatte.

Die Gespräche, die Sie suggeriert haben, haben dort nicht stattgefunden, das kann ich Ihnen bestätigen. Und zum Thema BDO Austria hat der Abgeordnete Amon auch schon den Einwand gebracht, meiner Information und der öffentlichen Information nach sind die BDO Schweiz und die BDO Deutschland für die operative Aufarbeitung zuständig. Ich hatte auch schon das Vergnügen, mit der BDO Termine wahrzunehmen, und da hatte ich mit Kolleginnen und Kollegen aus Deutschland und aus der Schweiz zu tun.

Ich glaube, ich habe die Fragen umfassend beantwortet.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das ist natürlich nicht ganz so unproblematisch. Was kostet denn so eine Stammtischausrichtung ungefähr? Was ist da aufzuwenden?

Ing. Michael Fischer: Ein Sponsor eines Stammtisches ist für die Bewirtung des Abends verantwortlich, das sind in etwa 1 500 €.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wie viele Personen kommen da so im Schnitt?

Ing. Michael Fischer: Im Schnitt zwischen 70 und 100 Personen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Sind Sie mit der Prüfung durch die BDO näher betraut, dass Sie wissen, dass die Schweiz und Deutschland das machen? Oder ist das etwas, das Sie *vermuten*?

Ing. Michael Fischer: Nein, das ist mir medial bekannt; ich bin mit der Prüfung nicht näher betraut.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Es gibt einen *Jagdstammtisch*, da sind Sie der Generalsekretär. – Können Sie uns kurz erklären, was das ist?

Ing. Michael Fischer: Das kann ich Ihnen sehr gern erklären, Herr Abgeordneter. Es ist genau das Gleiche wie dieser Niederösterreich-Stammtisch, das gleiche Format. Das ist ein Treffen, ein Stammtisch von Jägern aus allen Berufs- und Gesellschaftsgruppen, die sich einmal im Monat treffen, die sich einmal im Monat über das Thema „Jagd“ unterhalten, wo in etwa, da sind es sogar mehr, zwischen 100 und 120 Personen zusammenkommen. Und auch dort spricht ein Fachreferent zum Thema „Jagd“, über das Jagdwesen, über entsprechende Ausrüstung für die Jagd. Oder eine Persönlichkeit aus Politik oder Kirche referiert; Dompfarrer Toni Faber war beim letzten Mal als Referent dort, der ja auch Jäger ist. Dieser Jagd-Stammtisch funktioniert ganz genauso wie der Niederösterreich-Stammtisch.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Die Einladungen zu Treibjagden, zu der Sie einmal eingeladen haben, jedenfalls nach der Aktenlage, wie geht das vor sich:

Wer sind die Entscheidungsfinder, ob so etwas stattfindet oder nicht? Sie haben es schon in Ihrer Einleitung angedeutet.

Wenn die Telekom das finanziert, wie schaut das aus?

Ing. Michael Fischer: Wie Sie wissen und wie ich auch schon ausgeführt habe, veranstaltet die Telekom Austria viele Veranstaltungen, ob im Sport- oder Kulturbereich. Wir haben Golfturniere organisiert, wir sind bei Beach Volleyball in Kitzbühel dabei, wir machen Diverses, wir sind bei Kulturveranstaltungen, auch wo wir nicht Sponsor sind, dabei, um eben Kunden einzuladen. Und die genannte Jagdeinladung war ein klarer Wunsch und Auftrag des damaligen Finanzvorstandes, dass wir eine Jagdveranstaltung ausrichten. (*Abg. Dr. Jarolim: Das war Mag. Schieszler?*) – Das war der Herr Mag. Schieszler. Und ich habe diese Jagdveranstaltung auch organisiert und die Einladungsliste mit ihm auch abgestimmt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wie entsteht so eine Einladungsliste? Kommt da der Vorstand, kommt da die PR-Abteilung, wie entsteht so etwas, nach welchen Kriterien?

Ing. Michael Fischer: Wenn Sie sich die Liste anschauen, sind da hauptsächlich große Kunden der Telekom Austria oder potenzielle Kunden der Telekom Austria dabei. Wir haben auch einige Mitarbeiter, die diese Kunden entsprechend serviciert und betreut haben, und natürlich reduziert sich genau in solchen Veranstaltungen der Einladungskreis grundsätzlich auf **Jäger**, der dann den Einladungskreis entsprechend reduziert. Und wie gesagt, in solchen Fällen, bei solchen Veranstaltungen, High Level-Veranstaltungen, bindet sich der Vorstand entsprechend ein. Das war auch ein klarer Wunsch von Mag. Gernot Schieszler.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Herr Markus Beyrer ist da dabei, oder ist der meistens nicht dabei? Und wenn ja: warum?

Ing. Michael Fischer: Herr Mag. Beyrer als damaliger Generalsekretär der IV war auch eingeladen, weil er natürlich ein sehr interessanter Netzwerkpartner war. Er hat die eine oder andere Einladung auch von uns erhalten.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Sie waren in der **Alpha-Medien-Service** Geschäftsführer und haben dieses Dienstverhältnis beendet. – Können Sie uns sagen warum?

Ing. Michael Fischer: Ich war seit 2000 dort Geschäftsführer, ich bin seit letztem Jahr dort nicht mehr Geschäftsführer. Ich habe das, wie ich in das Unternehmen gekommen bin, mit meinem Vorstand und mit meinem Arbeitgeber abgestimmt, ob das vereinbar oder nicht vereinbar wäre. Wir haben das auch extern prüfen lassen. Das ist auch in meinem Personalakt dokumentiert, dass ich das mit meinem Vorstand abgesprochen habe. Es gab im Vorjahr eine mediale Anfrage, wo das als unvereinbar dargestellt wurde, und auf Grund dessen, dass wir in der Ära Hannes Ametsreiter viel strengere Compliance-Regeln haben und viel strengere Regeln auch im Unternehmen haben, was Unvereinbarkeit und so weiter betrifft, haben wir uns darauf geeinigt, dass ich die Geschäftsführer-Funktion im vergangenen Jahr zurückgelegt habe.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): In der **MediaSelect** sind Sie Geschäftsführer. – Wie viele Geschäftsführer hat die Gesellschaft?

Ing. Michael Fischer: Das ist ein bisschen schwierig, zu erklären, weil wir gerade in einem Umgründungs- und Verschmelzungsprozess sind. Wenn ich Ihre Frage jetzt korrekt beantworte (*Abg. Dr. Jarolim: Gehen wir in die Vergangenheit!*), wie Sie sie mir gerade gestellt haben, hat sie zwei Geschäftsführer: Frau Petra Hauser und mich.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wie ist da der Kompetenzbereich?

Ing. Michael Fischer: Frau Hauser ist die Nachfolgerin von Paul Schauer. In der MediaSelect bin ich für New Business verantwortlich, und Frau Hauser ist die operative Geschäftsführerin für das Unternehmen, Sprecherin nach außen, führt auch das Unternehmen, das Personal und so weiter. In der Vergangenheit war es so, dass Frau Birgit Guth die Geschäftsführerin war und Paul Schauer und ich als nichtoperativer Geschäftsführer für das New Business verantwortlich war. Frau Guth ist 2008 verstorben, sehr tragisch: mit 40 Jahren an Krebs verstorben. Und wie gesagt, Paul Schauer ist jetzt im Umgründungsprozess, in der Verschmelzung gerade ausgeschieden. Nageln Sie mich bitte jetzt nicht fest, das ist ein sehr komplizierter, ein Jahr andauernder Verschmelzungsprozess.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Zu den drei Rechnungen, die hier gelegt worden sind von der MediaSelect an die Valora, können Sie uns dazu etwas sagen?

Ing. Michael Fischer: Darf ich die Rechnungen sehen?

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Es gibt drei Rechnungen, es sind allerdings nur zwei Rechnungen im Akt. Es ist ein Mysterium, wo die dritte ist.

Ing. Michael Fischer: Ich habe im Zusammenhang mit der medialen Berichterstattung von den Rechnungen erfahren. Wenn ich mir die Rechnungen anschau – ich habe sie mir vor kurzem ausheben lassen und angeschaut –: Sie sind aus **2006**; da war ich nicht bei der Telekom. Es gibt also auch keinen Zusammenhang zur Telekom. Wie gesagt, ich habe 2006 keine operative Tätigkeit im Unternehmen, ausgenommen für New Business, gehabt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Waren Sie 2006 Geschäftsführer?

Ing. Michael Fischer: Meiner Erinnerung nach ja.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wieso kommen Sie dann auf die Annahme, dass das keine operative Tätigkeit ist?

Ing. Michael Fischer: Ich habe keine operative Tätigkeit im Unternehmen, ausgenommen für das New Business. Ich habe mich einmal in 14 Tagen mit der damaligen Geschäftsführerin Birgit Guth gut getroffen, das operative Geschäft haben Frau Birgit Guth und Paul Schauer gemacht. *(Abg. Dr. Jarolim: In der MediaSelect?)* – In der MediaSelect. *(Abg. Dr. Jarolim: Aber es gibt ja so etwas wie eine Gesamtverantwortlichkeit der Geschäftsführung!)* – Ich sage nur, dass ich die Rechnungen nicht kenne und dazu nichts sagen kann.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Zum Themenbereich Kloibmüller: Sie haben gesagt, dass der Aktenvermerk, der über dieses Gespräch angefertigt worden ist, Ihres Wissens von Frau Mattes angefertigt worden ist. – Habe ich Sie richtig verstanden? *(Ing. Fischer nickt bejahend.)* – Frau Mattes ist wer in der Telekom?

Ing. Michael Fischer: Entschuldigung, können Sie die Frage wiederholen?

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Frau Mattes ist wer in der Telekom? *(Obfrau Dr. Moser: Wer ist die Frau Mattes?)*

Ing. Michael Fischer: Frau Mattes war unsere Kommunikationschefin und Frau Mattes hat vor einem Monat oder vor zwei Monaten das Unternehmen verlassen, weil sie sich selbständig gemacht hat.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ist sie mit dem Herrn Ametsreiter ... Gibt es da eine geschäftliche Unterordnung?

Frau Vorsitzende, haben Sie irgendetwas?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Nein, ich habe nur die Fragestellung intern noch einmal reflektiert. Da habe ich leicht gezuckt, aber bitte. Es stimmt schon: Wer war Frau Mattes? (*Abg. Dr. Jarolim: Ich kann das anders auch formulieren, wenn es Ihnen lieber ist!*) – Nein, es stimmt schon. Jetzt stimmt es. (*Abg. Dr. Jarolim: Ich nehme an, es ist die Frau Mattes, oder?*) – Es war so originell:

Also: Frau Mattes war wer in der Telekom?

Das war die ursprüngliche Formulierung Ihrerseits.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich gehe jetzt auf die ursprüngliche, wiederholte Formulierung zurück. Wenn Sie uns etwas dazu sagen könnten:

Wer war Frau Mattes in Bezug auf Herrn Ametsreiter? Waren sie eng beisammen? Haben sie miteinander gearbeitet? (*Ing. Fischer: Frau Mattes war die Pressesprecherin!*) – Wieso macht sie einen Aktenvermerk, wo Ametsreiter bei einer Besprechung ist, bei der sie **nicht** dabei ist? Warum kommt Frau Mattes zum Verfertigen eines Aktenvermerks?

Ing. Michael Fischer: Wie gesagt, Frau Mattes war die Pressesprecherin und Kommunikationschefin des Unternehmens.

Warum Frau Mattes einen Aktenvermerk angelegt hat, müssen Sie Frau Mattes fragen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ist das ein singuläres Ereignis, oder ist das ab und zu vorgekommen, dass Frau Mattes für Dinge, die der Vorstand als relevant erachtet hat, so in die Tasten klopft?

Ing. Michael Fischer: Auch das müssen Sie Frau Mattes fragen. Ich habe keinen anderen Aktenvermerk wahrgenommen. Deshalb kann ich dazu nichts sagen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Hat das Thema Mattes-Aktenvermerk bei einer Besprechung von Ametsreiter, wo Sie nicht dabei sind, aus Ihrer Erfahrung im Unternehmen Ärger erregt oder ist das Thema von Besprechungen gewesen?

Ing. Michael Fischer: Ich verstehe die Frage nicht.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ametsreiter war bei einer Besprechung mit Kloibmüller. Er kommt zurück, es gibt einen Aktenvermerk, den haben wir hier.

Ing. Michael Fischer: Entschuldigung, Herr Abgeordneter, ich korrigiere: Ametsreiter war **nicht** bei Kloibmüller, bei Kloibmüller waren Michael Fischer, Michael Jungwirth und Kloibmüller dabei. (*Abg. Dr. Jarolim: Sie kommen dann zurück, berichten darüber!*) – Wir kommen zurück und berichteten, da waren Frau Mattes und Herr Ametsreiter dabei, weil ja so Themen durchaus auch ... (*Abg. Dr. Jarolim: Das, was Sie dort berichten, darüber macht sie einen Aktenvermerk!*) – Was wir berichtet haben, wurde dann ohne unser Zutun – nämlich Zutun derer, die tatsächlich bei dieser Sitzung dabei waren – in einem Aktenvermerk verfasst. (*Abg. Dr. Jarolim: Auch aufgrund der Schilderungen, so wie sie Frau Mattes wahrgenommen hat?*) – Wie sie Frau Mattes wahrgenommen hat. Sie haben das richtig formuliert.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ist Frau Mattes noch im Unternehmen beschäftigt?

Ing. Michael Fischer: Nein, ich habe es eingangs gesagt, Frau Mattes hat vor – ich weiß nicht genau, ich glaube – zwei Monaten das Unternehmen verlassen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ob es da Zusammenhänge gibt, darüber können Sie nichts sagen?

Michael Fischer: Kann ich nicht sagen, weil ich es nicht weiß.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Danke. Ich habe vorerst keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich darf die Gelegenheit nutzen, um noch kurz zu meinem persönlichen „Knalleffekt“ Stellung zu nehmen. Ich zitiere:

Beschuldigter Dr. Peter Pilz, ausgeschieden zu 12 OStA 427/10m.

Das ist von Staatsanwalt Mag. Hannes Wandl geführt worden. Das war eine Verleumdungsklage, wie ich gesagt habe, von Karl-Heinz Grasser gegen mich. Der Staatsanwalt hat dazu den Nationalratsabgeordneten Stummvoll befragt und die Meischberger-Aussage studiert. Er kommt zu folgendem Schluss ich zitiere –:

Die genannten Beweisergebnisse waren Dr. Peter Pilz aus dem Einvernahmeprotokoll von Walter Meischberger beziehungsweise aus dem Gespräch mit Dkfm. Dr. Günther Stummvoll bereits vor seiner Anzeige am 10.5.2010 bekannt. –

Das war also meine Anzeige. –

Er bezieht sich bei seiner in der Klagebeantwortung geäußerten Verdächtigung ausdrücklich auf diese und zieht explizit aus den vorliegenden Indizien den angesichts des Naheverhältnisses zwischen Mag. Karl-Heinz Grasser und Walter Meischberger möglichen Schluss, dass Geldflüsse an Mag. Karl-Heinz Grasser erfolgt sind. Deshalb ist davon auszugehen, dass bei Dr. Peter Pilz eine für die Erfüllung des Tatbestandes der Verleumdung nach § 297 Abs. 1 StGB erforderliche Vorsatzform der Wissentlichkeit über eine allfällige falsche Verdächtigung, deren Richtigkeit Gegenstand laufender Ermittlung ist, jedenfalls ausgeschlossen werden kann. Aus diesem Grund ist beabsichtigt, das Verfahren gegen Dr. Peter Pilz wegen § 297 Abs. 1 zweiter Fall StGB gemäß § 190 Ziffer 2 StPO einzustellen. – Zitatende.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Das wäre eigentlich eine Geschäftsordnungsmeldung gewesen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, aber weil das in großer Öffentlichkeit vorgebracht worden ist, habe ich mir erlaubt, die Einstellung in eben dieser Öffentlichkeit vorzubringen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Nächster Fragesteller ist Abg. Amon.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich komme jetzt zum Beweisthema.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Machen wir zuerst die Frage. Oder wollen Sie gleich, Herr Amon?

Abgeordneter Werner Amon: Ich wollte Herrn Dr. Pilz noch einmal ersuchen, mir den Stichtag dieses Vermerks zu nennen und die Geschäftszahl, wenn Sie so nett sind. Könnten Sie das gleich machen?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das mache ich im Anschluss an meine Befragung.

Abgeordneter Werner Amon: Die, die Sie genannt haben, entspricht nämlich nicht der, die wir in den Akten haben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das können wir dann gerne erörtern. Ich habe Ihnen die Einstellungsabsicht des Staatsanwaltes vorgelesen. Mehr habe ich dazu in meiner Befragung nicht zu sagen. Den Rest können wir in einer Geschäftsordnungssitzung besprechen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ja, das werden wir auch machen. Gibt es noch etwas ganz Dringendes, Herr Abgeordneter Petzner?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Zu dem Punkt, weil die Information einfach falsch ist: Entscheidend ist, dass dem U-Ausschuss ein Dokument vorliegt, wo mit Stichtag 24. Februar – also erst wenige Tage alt –, Staatsanwalt Wandl eine Liste der Beschuldigten anfordert. Und in dieser Liste – noch einmal: Stichtag 24. Februar – scheint Peter Pilz als Beschuldigter auf. Punkt.

Das ist Faktum und das werden wir heute noch in einer Fraktionsführersitzung zu diskutieren haben.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Eben, wir werden das alles besprechen, und darum wird Herr Abgeordneter Pilz jetzt seine Frage an die Auskunftsperson richten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ganz genau so ist es.

Jetzt reden wir über eine Reihe von Sachverhalten und Verfahren, wo ich davon ausgehe, dass der Staatsanwalt nicht der Meinung ist, dass sie eingestellt werden sollen. Ich komme jetzt noch nicht zu dem Verfahren, das Sie betrifft, sondern bleibe einmal bei der Jagdgesellschaft. Da gibt es das „Projekt Flieder“, Bericht MPA, also über die Gesellschaft von Herrn Mensdorff-Pouilly, vom 29. Juli 2011, eine interne Untersuchung in der Telekom AG. Da geht es – ich lese Ihnen einfach den Titel vor:

Treibjagd auf Hochwild 2007. Im November 2007 wurde eine Treibjagd auf Hochwild abgehalten. Der Bestellschein wurde von Herrn Schieszler und Herrn Frauenholz unterzeichnet.

Jetzt lese ich aus dem Text zum Punkt a, Angebot vor:

Das Angebot wurde am 23. Jänner 2007 per E-Mail vom Direktor der Österreichischen Volkspartei, Herrn Michael Fischer, an Herrn Schieszler übermittelt. Am nächsten Tag erfolgte ebenfalls per E-Mail die Bestätigung des Programmes durch Herrn Schieszler. – Zitatende.

Herr Fischer, wie kommt der Direktor der Österreichischen Volkspartei dazu, einem Telekom-Manager ein Angebot für eine Treibjagd zu übermitteln? Von wem haben Sie dieses Angebot bekommen?

Ing. Michael Fischer: Herr Abgeordneter, darf ich das Dokument sehen, bitte?

(Der Auskunftsperson wird ein Dokument vorgelegt.)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie sehen es, glaube ich, gelb markiert.

Ing. Michael Fischer: Herr Abgeordneter, wenn ich mich richtig erinnere, ist meine Zusage seitens der Telekom, für die Telekom zu arbeiten, im Herbst 2006 erfolgt. Der damalige Parteiboss Willi Molterer hat mich aber gebeten, bis zum Parteitag im Mai noch in der ÖVP zu verbleiben, um meinen Nachfolgern ordentlich übergeben zu können und den Parteitag mit auszurichten.

Wenn ich mich richtig erinnere, hat mich Mag. Schieszler gebeten, eben diese Jagd zu organisieren, und ich habe dieses Angebot damals eingeholt und habe es ihm weitergeschickt. Ein Programm bei dieser Jagd ist eigentlich immer gleich.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie sitzen in der ÖVP, wenn ich das richtig verstehe, arbeiten noch ein halbes Jahr in der ÖVP und organisieren von der ÖVP-Zentrale aus das Angebot für die Telekom – zur Jagd selbst kommen wir dann noch.

Warum machen Sie das in der ÖVP-Zentrale? Sie haben ja damals nicht für die Telekom gearbeitet.

Ing. Michael Fischer: Aber ich wusste schon, dass ich ab Mitte des Jahres für die Telekom arbeiten werde.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist mir schon klar, deswegen haben Sie auch gewusst, dass Sie das Herr Schieszler schicken können, und das wird schon der Richtige kriegen und dann wird es auch umgesetzt. (*Ing. Fischer: Nein, der Herr Schieszler, ich habe es Ihnen ...!*) – Von wem haben Sie dann das Angebot eingeholt?

Ing. Michael Fischer: Von der Firma **AMP**.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wem gehört die Firma AMP? (*Ing. Fischer: Dem Herrn Mensdorff!*) – Das heißt: Sie sitzen in der ÖVP-Bundespartei, Herr Schieszler ersucht Sie, ein Angebot einzuholen – und von der ÖVP-Bundespartei aus holen Sie das Angebot zu dieser Treibjagd ein. – Ist das richtig?

Ing. Michael Fischer: Das habe ich so gesagt, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, wunderbar. – Dürfte ich das wieder zurück haben? Ich lasse schnell Kopien anfertigen, damit es Ihnen auch vorliegt.

(Das zuvor der Auskunftsperson vorgelegte Schriftstück wird Abg. Dr. Pilz zurückgebracht.)

Können Sie uns noch kurz eines sagen: Ist es Ihnen erinnerlich, wie das Angebot von Herrn Mensdorff-Pouilly gelautet hat? (*Ing. Fischer: Nein!*) – Wir müssen nicht so ins Detail gehen. Es geht jedenfalls ... (*Ing. Fischer: Herr Abgeordneter, das Angebot geht an Herrn Mag. Schieszler, auch auf dem Angebot selbst!*) – Okay.

Dann wird eine Teilnehmerliste erstellt. – Wer hat diese Teilnehmerliste erstellt?

Ing. Michael Fischer: Ich habe vorher schon dem Herrn Abgeordneten erklärt, dass diese Veranstaltung vom Herrn Vorstandsdirektor Schieszler beauftragt wurde, und dass diese Veranstaltung in Abstimmung mit beziehungsweise im Auftrag von Mag. Schieszler erstellt wurde.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Die Frage, die ich Ihnen stelle, ist: Wer hat die Teilnehmerliste zusammengestellt?

Ing. Michael Fischer: Diese Frage habe ich gerade beantwortet. Diese Teilnehmerliste wurde mit dem Vorstandsdirektor Mag. Schieszler erstellt. (*Abg. Dr. Pilz: Von wem?*) – Von Herrn Schieszler und mir.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das kann ich mir ein bisschen schwer vorstellen, weil es hier heißt:

Die Liste wurde am 12. November 2007 von Herrn Michael Fischer –

jetzt schon Head of Public Affairs der TATA, also der Telekom Austria –

an Herrn Schieszler, Herrn Frauenholzer und Herrn Donaubauer per Mail übermittelt. – Zitatende.

Wenn Sie es mit dem Herrn Schieszler gemeinsam erstellt haben, dann müssen Sie es ihm nicht übermitteln! Also: Wer hat die Liste erstellt?

Ing. Michael Fischer: Die fertige Liste der Zusagen wurde natürlich erst dann verschickt, als sie fertig war. Vorher, im Vorfeld, werden die Teilnehmer erstellt oder wird angefragt, und dann gibt es eine fertige Liste. Diese fertige Liste der Zusagen wurde dann übermittelt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Habe ich Sie richtig verstanden, dass die Auswahl der Personen, die auf diese Liste kommen, gemeinsam von Ihnen und Herrn Schieszler getroffen worden ist? Ist das richtig?

Ing. Michael Fischer: Wenn ich mir die vorliegende Liste hier anschau, sind der Großteil der Genannten, die da zugesagt haben und dabei waren, klare Aufträge von Herrn Mag. Schieszler gewesen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ist Herr Mag. Schieszler eigentlich ein Jäger?

Ing. Michael Fischer: Ja, er ist ein Jäger.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ist er auch Mitglied des Jagd-Stammtisches?

Ing. Michael Fischer: Herr Mag. Schieszler war, glaube ich, 2007 ein- oder zweimal beim Jagd-Stammtisch dabei und ist **kein** Mitglied des Jagd-Stammtisches.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Damit kommen wir gleich zum Jagd-Stammtisch: Wer ist der Vorstand dieses Jagd-Stammtisches?

Ing. Michael Fischer: Präsident des Jagd-Stammtisches ist Karl Stoss. Weiters im Vorstand sind Gerold Nutz, Paul Blaguss, Philipp Harmer, der Generalsekretär des Niederösterreichischen Landesjagdverbandes Dr. Peter Lebersorger, Markus Beyrer und ich.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Mir ist es ohnehin auf die beiden letzten Personen angekommen. Jetzt haben wir die Mitglieder des Jagd-Stammtisches, die sich regelmäßig im Keller des Raiffeisenhauses am Wiener Michaelerplatz treffen.

Hat an diesem Jagd-Stammtisch auch Herr Franz Geiger teilgenommen?

Ing. Michael Fischer: Franz Geiger ist auch ein Jäger und auch Franz Geiger hat hin und wieder an diesem Jagd-Stammtisch teilgenommen, wie viele andere Jäger auch. Wir sind, wie vorhin eingangs auch erwähnt, an die über 100 Teilnehmer, die an diesem Stammtisch teilnehmen, wobei 150 Mitglieder sind und in etwa 300 einmalige Gäste, die dort eingeladen werden. Das ist ein sehr großer Kreis an Jägern, fraktionell durchmischt, und es ist keine sogenannte schwarze Jagdgesellschaft, wie das teilweise in den Medien kolportiert wird.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Der Teil des Jagd-Stammtisches – und auf das kommen wir noch zurück –, um den es uns geht, ist sehr wohl eine **schwarze Jagdgesellschaft**, und zwar im politischen Sinne. Da gehören Sie dazu, da gehört Markus Beyrer dazu, da gehört auch eine ganze Reihe anderer Leute und natürlich auch Alfons Mensdorff-Pouilly dazu.

Wissen Sie zufällig, wen die ÖIAG eingesetzt hat, welche zwei Personen von Kapitalvertreterseite, um die Telekom-Affäre zu überprüfen?

Ing. Michael Fischer: Das weiß ich jetzt nicht auswendig, nein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Den Jägermeister Markus Beyrer und den Jägermeister Franz Geiger. Das Bemerkenswerte ist, dass sich da immer wieder dieselbe Jagdgesellschaft trifft. Zuerst werden gemeinsam über Mensdorff-Pouilly die

Telekom-Treibjagden organisiert, dann wird dort wahrscheinlich nicht nur geschossen und getrieben, sondern auch einiges andere getrieben – speziell im geschäftlichen Bereich, dazu werden wir dann noch weiterfragen, und zu den Geschäften, über die wir jetzt fragen.

Dann gehen zwei dieser Jäger her, die vieles mitverantworten und sagen: Weil jetzt unsere Jagdgesellschaft ins Gerede gekommen ist, nehmen wir gleich zwei Mitglieder der Jagdgesellschaft, um die schwarze Jagdgesellschaft zu kontrollieren, nämlich den Jäger Beyrer und den Jäger Geiger.

Dann – und da hat Abgeordneter Petzner vollkommen Recht – wird gesagt, die BDO soll jetzt alles überprüfen im Unternehmen, was es an internen Informationen gibt, sollte E-Mails sicherstellen und so weiter. Die finanziert dann mit und ist beim Jagd-Stammtisch dabei, wo sich alle wieder treffen und ausschließlich über das Jagen, über die Keiler, über die Trophäen, über die Wildsau, über die Frischlinge und alles Mögliche reden, aber selbstverständlich **nicht** über die Telekom. Dann schreibt ... (*Obfrau Dr. Moser: Bitte, die Frage!*) – Ich komme schon zu meiner Frage, manchmal muss man ein bisschen ausführlicher begründen, wenn man Zusammenhänge herstellt. (*Obfrau Dr. Moser: Die Zeit ist nämlich auch schon vorüber!*)

Dann legt Staatsanwalt Mag. Wandl schon vollkommen ratlos am 24. Februar einen Aktenvermerk an und sagt: Trotz aller Versprechungen geht die BDO her und sagt, dass die Staatsanwaltschaft keine E-Mails kriegt!

So sorgt die schwarze Jagdgesellschaft über ÖIAG, über Telekom-Vorstand, über Alfons Mensdorff-Pouilly, über die BDO – das läuft alles dort zusammen – dafür, dass zuerst die Affären beginnen, dass die Jagdgesellschaft ihre Geschäfte macht, dass die Telekom ausgeräumt wird und dass dann dieselbe Jagdgesellschaft die Kontrolle übernimmt und die Ermittlungen des Staatsanwaltes **behindert**.

Das ist es, worum es geht, und Sie sind einer der Köpfe und Organisatoren dieser schwarzen Jagdgesellschaft. – Näheres dazu frage ich Sie dann in der zweiten Runde. – Danke schön.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): In der Tat glaubt man manchmal, es gibt eine schwarze Jagdgesellschaft. Ich meine, die Staatsanwaltschaft hat ja die Möglichkeit, bei der BDO jederzeit der E-Mails habhaft zu werden, wenn sie meint, dass es notwendig ist. Das ist in anderen Bereichen ja nicht möglich, wo es diese E-Mails auch gibt. Aber bei der BDO hätte die Staatsanwaltschaft jederzeit die Möglichkeit, sich die E-Mails zu holen.

Herr Ing. Fischer, ich habe noch ein paar Fragen, und zwar im Hinblick auf Ihre Aufgabe in der Telekom als Public Affairs Manager, im Anschluss eigentlich an die Fragen des Herrn Dr. Rosenkranz, der ja gleichsam gefragt hat, ob es Wünsche von anderen Parteien gab, in irgendeiner Art und Weise ein Sponsoring vorzunehmen oder Ähnliches. Herr Dr. Rosenkranz hat – ich hoffe, ich habe ihn da richtig verstanden – mehr oder weniger damit auch zum Ausdruck gebracht, Sie wären so etwas wie der Verbindungsmann der Volkspartei in der Telekom gewesen. – Das ist jedenfalls meine Interpretation.

Jetzt frage ich Sie, Herr Fischer: Gab es eigentlich jemanden innerhalb der Telekom, der im Hinblick auf besonders gute Kontakte so etwas wie ein Verbindungsmann zur **SPÖ** war? Gab es jemanden, der ein Verbindungsmann, eine Verbindungsfrau zu den **Grünen** war? Gab es jemanden, der eine Verbindungsperson zu **FPÖ** oder **BZÖ** war? – Können Sie da Personen nennen?

Ing. Michael Fischer: Herr Abgeordneter, die Frau Vorsitzende hat mir ein bisschen eingesagt. – Nein, Spaß beiseite.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Sie wissen, das ist nicht zulässig.

Ing. Michael Fischer: Nein, ich weiß, es ist nicht zulässig. Ich weiß, meine Antworten muss ich auch selber verantworten.

Wir hatten jemanden im Unternehmen, der, glaube ich, eh dann auch nach mir kommt, Herrn Schrems, der von der Arbeiterkammer kommt und sich punktuell oder meiner Information nach, weil er hat ja nicht für mich gearbeitet, sondern für Herrn Bredl, für die Kommunikationsabteilung, firmenintern eher mit dem sozialdemokratischen Umfeld auseinandergesetzt hat und dort auch Ansprechpartner war. Ob zu anderen Fraktionen, könnte ich jetzt nicht sagen. Ich weiß, dass Herr Jungwirth immer wieder im Bereich zu den Grünen Kontakt hatte. Aber das war auch mein Job, mich mit verschiedensten Parteien auseinanderzusetzen und Kontakte zu pflegen. Ich habe sehr gute Kontakte in alle Fraktionen – auch wenn man es mir nicht glaubt.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Kann man diese Kontakte ein bisschen näher umreißen? Kann man das ein bisschen genauer spezifizieren? Kann man das beschreiben? Worum ging es da?

Ing. Michael Fischer: Da ging es um Public Affairs Agenden, wie wir auch ausgeführt haben, im ELA-Förderbereich. Wir haben in den diversesten Landesregierungen verhandelt, wo ich viele persönliche Kontakte über Jahre aufgebaut habe und diese selbstverständlich auch im ELA-Förderbereich eingesetzt habe und auch in allen anderen Belangen. Wir haben natürlich entsprechende Kontakte zur Stadt Wien, ob das jetzt Herr Bürgermeister Häupl oder die Frau Vizebürgermeister ist, die ja dem grünen Lager und nicht dem schwarzen Lager angehört, weil wir den Standort Arsenal als möglichen Firmenstandort ins Auge gefasst haben. Da gibt es ein Immobilien-Strategieteam, wo wir ja die Zusammenlegungen von verschiedenen Standorten evaluieren und dann natürlich intensive Gespräche auch mit der Stadt Wien führen und geführt haben. Also es gibt verschiedenste Anknüpfungspunkte in Richtung Politik in allen Fraktionen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Herr Fischer, können Sie uns über Ihre Wahrnehmungen im Zusammenhang mit den Aufträgen, die Peter Hochegger für die Telekom erfüllt hat, berichten?

Ing. Michael Fischer: Herr Abgeordneter, da habe ich eingangs, glaube ich, sehr ausführlich ausgeführt, dass ich mich in diesem Zusammenhang der Aussage entschlage, weil ich nicht weiß, was mir da genau vom Staatsanwalt vorgeworfen wird. Ich habe, wie gesagt, bis heute weder Akteneinsicht noch teilweise Einsicht in diese Vorwürfe.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Gilt das auch für Zusammenarbeit, die die Telekom mit Walter Meischberger oder Heinz Lederer hatte?

Ing. Michael Fischer: Dazu habe ich überhaupt keine Wahrnehmungen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Dann habe ich im Moment keine weiteren Fragen. – Danke.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Ing. Fischer, diese beiden Stammtische sind natürlich interessant. Mich wundert es nicht, dass ich beim Jagd-Stammtisch nicht eingeladen bin, weil ich kein Jäger bin. Daher wundert es mich nicht. Aber dann sehe ich eben „Wir Niederösterreicher in Wien“, und ich bin Niederösterreicher und werde dazu **nicht** eingeladen. Ich könnte vielleicht beleidigt sein, gekränkt sein – bin ich nicht, das macht mir auch keine Sorge, weil mir das so vorkommt, wie es an sich in Niederösterreich üblich ist, dass alles, was in Niederösterreich passiert, ausschließlich der ÖVP zugeordnet wird, was von der ÖVP

kommt. Das ist aber eine politische Wertung, und ich möchte Sie auch gar nicht dazu fragen.

Aber in diesem Mail, wo da eben diese Ihre Kontakte zu einigen, die auch entsprechend beschuldigt sind ... – Sie sagen darauf, Sie wissen ja gar nicht, wer aller beschuldigt ist, weil Sie ja keine entsprechende Akteneinsicht bekommen haben.

Hat Ihnen die Staatsanwaltschaft die Empfehlung gegeben, dass Sie sich von Personen, die in diesem Bereich, in diesem Kontext da gehalten werden, dass Sie sich von denen fernhalten sollen, keinen Kontakt aufnehmen sollen?

(Die Auskunftsperson spricht kurz mit der Vertrauensperson.)

Ing. Michael Fischer: Ist mir nicht erinnerlich. Mein Anwalt war dabei. Ich habe gerade Rücksprache gehalten. Ist mir nicht erinnerlich.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Da steht auch noch ein Satz, und zwar geht es um das **Palais Niederösterreich**, das ist eine Immobilie des Landes Niederösterreich, leider des Namens „Niederösterreichisches Landhaus“ beraubt worden, obwohl es an sich unter diesem Namen ja eine bedeutende Örtlichkeit für die Demokratie in Österreich ist. Revolution 1848, Ausrufung der Republik 1918. Ist halt jetzt ein „Palais Niederösterreich“ geworden und nicht mehr das „Niederösterreichische Landhaus“ geblieben, als historischer Ort eben.

Aber jedenfalls die Zurverfügungstellung der Räumlichkeiten macht in bewährter Weise Klubobmann Mag. Klaus Schneeberger. – Wie viel kostet denn da die Miete? Als Generalsekretär werden Sie das ja wahrscheinlich wissen, das Buffet haben Sie ungefähr gewusst. Ich frage das nämlich deswegen, denn auf der Homepage des Palais Niederösterreich findet man keine Preistabellen, sondern man sagt: Wenden Sie sich an uns, die Miete wird individuell ausverhandelt und gemacht!

Jetzt hätte mich interessiert: Wie viel bezahlt der Klub der Niederösterreich-Stammtisch-Freunde dort Miete für die Veranstaltung?

Ing. Michael Fischer: Herr Abgeordneter, da müssen Sie differenzieren zwischen dem Palais Niederösterreich und den Klubräumlichkeiten. Das Palais Niederösterreich ist eine Veranstaltungslocation, wo man Veranstaltungen ausrichten und diese auch anmieten kann. Da gibt es einen ganz normalen Tarif. Da kann man Preislisten anfordern. Ich weiß das deswegen, weil dort der Niederösterreichische Landesjagdverband, die Bezirksstelle Wien, immer seinen Bezirksjägertag ausrichtet, wo ich Funktionär bin. Und deswegen weiß ich, dass das ganz normale Veranstaltungsmieten sind.

Was die Räumlichkeiten, die Sie angesprochen haben, betrifft oder die Räume, die Herr Klubobmann Klaus Schneeberger in bewährter Weise zur Verfügung stellt, sind die Klubräumlichkeiten im Palais Niederösterreich, die für verschiedenste Veranstaltungen verwendet werden. Dafür zahlen wir keine Miete.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es sind, unter Anführungszeichen, „die Klubräumlichkeiten“. Wessen Klubräumlichkeiten?

Ing. Michael Fischer: Da der größte Saal von den Klubräumlichkeiten dem ÖVP-Klub Niederösterreich zur Verfügung steht, sind es die Räumlichkeiten des ÖVP-Klubs.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Also im Palais Niederösterreich hat der ÖVP-Klub – ich nehme an, das wird der Landtagsklub der ÖVP Niederösterreich sein – eigene Räumlichkeiten zugewiesen, und die stellt er kostenlos dem Niederösterreich-Stammtisch zur Verfügung.

Ing. Michael Fischer: Ja, dort haben alle Klubs des Niederösterreichischen Landtages Räumlichkeiten.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Und die Veranstaltungen des Jagd-Stammtisches, wo finden die statt?

Ing. Michael Fischer: Zum größten Teil bei Raiffeisen im Loos-Haus.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Im Loos-Haus ist bei den Umbaumaßnahmen dort extra ein Keller eingerichtet worden für diese Klubräumlichkeiten. Befindet sich das vor allem im Untergeschoß?

Ing. Michael Fischer: Ich weiß jetzt nicht, was Sie mit den Umbauarbeiten meinen, aber es gibt mehrere ...

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es hat eine Renovierung gegeben, eine sehr bedeutsame Renovierung.

Ing. Michael Fischer: Weiß ich nicht, kann ich nichts dazu sagen. Es gibt mehrere Veranstaltungsräumlichkeiten dort, und wir nutzen je nach Größe der Veranstaltung verschiedene Räumlichkeiten.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich möchte in der Befragung nicht in Sie dringen, weil an sich das Bild, das sich für mich bietet, ohnehin ein abgerundetes und sozusagen klassisches ist.

Mein Eindruck ist eben der: Sie sind der ÖVP-Emissär in der Telekom gewesen und haben dafür gesorgt. Die weiteren Dinge, Ihre weiteren Einlassungen werden sich sicher dann bei der Staatsanwaltschaft wiederfinden. Ist auch nicht unser Bereich; wir klären hier politische Verantwortungen und nicht strafrechtliche Verantwortungen. Ich muss nur eines sagen: Es ist bedauerlich, ich bin kein Jäger, aber ich achte die Jagd selbst als Kulturgut – und so, wie es aussieht, wird man im Rahmen der Parteienfinanzierung schon fast daran denken müssen, die Jagd zu **verbieten**; so sehr wird das momentan in Misskredit gebracht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich darf an den Kollegen Pilz anschließen. Faktum ist: Diese Mensdorff-Jagdgesellschaften, der Jäger-Stammtisch und auch der Niederösterreich-Stammtisch sind Veranstaltungen, wo sich immer die gleichen Personen treffen, die immer mit den gleichen Malversationen in Zusammenhang gebracht werden, und wo es Vorwürfe gibt.

Ich werde jetzt Folgendes machen, Herr Fischer, damit Sie das wissen. Ich werde diese Einladung und auch den Strohmännchen, den wir dort sitzen gehabt haben, gegenüber der Staatsanwaltschaft bekannt geben. Der wird dann dort alles erzählen, was Sie dort abgesprochen haben, und dann wird die Staatsanwaltschaft die strafrechtliche Relevanz zu beurteilen und auch die Verdunkelungsgefahr zu bewerten haben. Das überlassen wir dann der Staatsanwaltschaft. Ich vertraue darauf, dass die das ordnungsgemäß macht, und ich werde denen das dann auch entsprechend übermitteln.

Zu Ihrer Summe 1 500 € bei 80 Personen. Ich habe selber Veranstaltungen durchgeführt, das geht sich nie und nimmer aus. Da hätten sie alle nur Wasser trinken dürfen, was ich nicht glaube. Wir werden auch das herausfinden, wie viel die BDO wirklich gesponsert hat.

Aber kommen wir zu einem konkreten Beispiel, wie sich da immer die gleichen Personen treffen und absprechen. Ich lege Ihnen dazu einen Aktenvermerk vor. Dazu sind Sie heute schon befragt worden. Zu dieser Drohung, die gegenüber Ametsreiter

ausgesprochen wurde vom Herrn Kloibmüller, die Sie gemeinsam mit Jungwirth dem Herrn Ametsreiter ausgerichtet haben. Dazu gibt es auch zahlreiche Medienartikel.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Ich frage Sie. Von welchem Datum stammen dieses Gesprächsprotokoll und dieser Aktenvermerk? Wann wurde der angefertigt und von wem wurde der angefertigt?

Ing. Michael Fischer: Herr Abgeordneter, danke für die Vorlage des Aktenvermerkes. Es ist eigentlich kein Aktenvermerk, sondern, wie es oben steht, eine Sachverhaltsdarstellung und ein Gedächtnisprotokoll. Es ist, glaube ich, auch ganz gut, zu unterscheiden zwischen dem Aktenvermerk, der ja nur medial kommuniziert wurde von Frau Mattes, und der Sachverhaltsdarstellung, Gedächtnisprotokoll, das vom Herrn Mag. Jungwirth und mir erstellt wurde. Wie Sie hier unten am Datum sehen, wurde diese Sachverhaltsdarstellung am 28.8.2011 erstellt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie bleiben bei dieser Datumsangabe?

Ing. Michael Fischer: Ich weiß es ganz genau. Es wurde am Sonntag-Abend am 28.8.2011 erstellt. Da können Sie auch meine Zutrittskarte zur Telekom nachprüfen lassen. Es war ein Treffen, das Herr Mag. Jungwirth und ich für den Sonntag-Abend verabredet haben, da ich am Freitag nach der Besprechung direkt nach Kärnten, nach Velden zu einer Hochzeit gefahren bin, zu der ich dann zwei Stunden zu spät gekommen bin. Samstag und Sonntag war ich bei dieser Hochzeit in Velden, und wir haben gesagt, der nächstmögliche Termin war Sonntag-Abend, wo wir diese Sachverhaltsdarstellung erstellt haben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Blättern Sie bitte eine Seite nach vorne zu diesem Schreiben des Herrn Markus Fellner von der Rechtsanwaltskanzlei, der diese Sachverhaltsdarstellung in Ihrem Auftrag an die Staatsanwaltschaft Wien übermittelt hat. Da sehen Sie unter seiner Unterschrift: „eine Beilage“.

Können Sie mir bitte sagen, was dort steht?

Ing. Michael Fischer: Da steht 22.9.2011.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Bitte, das Ganze vorlesen.

Ing. Michael Fischer: Eine Beilage Gedächtnisprotokoll vom 22.9.2011.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das ist jetzt der Punkt. Sie sagen, dieses Datum 28. August 2011 stimmt, wie es auf dieser Sachverhaltsdarstellung selber draufsteht. Ihr Anwalt schreibt dann „Beilage Gedächtnisprotokoll vom 22. September 2011“.

Also was stimmt jetzt, wer hat jetzt recht: Ihr Anwalt oder haben Sie recht?

Ing. Michael Fischer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter, da ich die Sachverhaltsdarstellung selber entsprechend erstellt habe, weiß ich, wann ich sie erstellt habe. Und da ich die Erinnerung habe, dass es nämlich ein sehr markanter Termin war, weil ich zu einer Hochzeit nach Kärnten musste und von dieser Hochzeit am Sonntagabend zurückgekommen bin, weiß ich, dass es der 28.8. war.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, ich halte nur fest ...

Ing. Michael Fischer: Darf ich nur eine zusätzliche Information geben. Wenn Sie zwei Zeilen weiter oben lesen, Herr Abgeordneter, da steht:

Angeschlossen übermitteln wir das Gedächtnisprotokoll, welches ich am 22.9.2011 von der Telekom Austria Aktiengesellschaft erhalten habe.

Ich glaube, dass sich dieser Termin, dieses Datum unten wiederfindet, das Erhalten mit der Ausstellung dieses Gedächtnisprotokolls. Ich glaube, das klärt das relativ klar auf.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das kann sein, kann aber auch nicht sein. Das habe ich schon gesehen, dass oben „am“ und unten „vom“ steht. Aber Sie wissen, dass oft zwischen den kleinen Wörtchen ein großer Unterschied besteht. Zwischen „am“ und „vom“ ist ein großer Unterschied. Aber wir werden das vielleicht den Herrn Fellner fragen.

Schildern Sie einmal dieses Treffen, das da stattgefunden hat zwischen Ihnen, Kloibmüller und Jungwirth im Innenministerium. Was ja auch spannend ist, dass Telekom-Manager ins Innenministerium pilgern.

Was haben Sie denn dort genau besprochen, und welche Aufträge hat Ihnen Herr Kloibmüller denn genau noch einmal mitgegeben?

Ich möchte das noch einmal genau hören.

Ing. Michael Fischer: Herr Abgeordneter, ich habe das sehr ausführlich schon dargelegt, mache ich aber selbstverständlich gerne noch einmal. Es ist für einen Public Affairs-Manager – egal, ob von der Telekom oder anderen großen Unternehmen –, glaube ich, nichts Außergewöhnliches, sich im Innenministerium zurechtzufinden. Wie auch schon ausgeführt, waren wir mehrfach im Innenministerium, weil wir das Thema **Beamte zum Bund** mit dem Innenministerium, so wie wir das auch mit anderen Ministerien verhandelt haben, auch dort verhandelt haben. Da gab es ein ganz konkretes Projekt. Und im Anschluss dieses Gespráches gab es die Rückfrage meinerseits, weil es Anhaltspunkte gab, ob es Unstimmigkeiten gibt. Und diese wurden uns bestätigt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Fragen wir ganz konkret. Haben Sie im Auftrag des Herrn Kloibmüller gemeinsam mit dem Herrn Jungwirth gegenüber Vertretern der Telekom, Ametsreiter mit einer Sonderprüfung der Mobilkom gedroht, falls man weiterhin zu offensiv kommuniziert in Sachen BDO-Prüfung – die haben wir vorher schon gehabt –, und vor allem auf die Causa Mensdorff verwiesen, in der auch Sie zufälligerweise wieder involviert sind? (*Ing. Fischer: Nein!*) – Gut, dann halte ich Ihnen die Ausführungen des Herrn Ametsreiter vor, der genau das Gegenteil sagt:

Ametsreiter bestätigt, von Kloibmüllers Ansinnen erfahren zu haben, und sagt in einer Stellungnahme gegenüber dem „profil“ vom 29.8.2011 – Zitat – nur so viel:

„Ich hätte kein Problem mit einer Prüfung des Geschäftsbereichs Mobilkom, da gibt es nichts zu verbergen.“

Ametsreiter stellt damit in den Raum, und „profil“ schreibt dann auch weiter, dass er das sehr wohl als deutliche Drohung aufgefasst hat.

Ich zitiere aus einem weiteren „profil“-Artikel vom 10. Oktober 2011 wieder Ametsreiter, wo er zu Ihren Drohungen sagt, die Sie mit Ihren Stammtischfreunden Kloibmüller, Ulmer und der ganzen Partie aussprechen, und wo Sie das Netzwerk des Innenministeriums missbrauchen, um Ermittlungen zu verhindern:

Wir haben das als eine weitere Warnung aufgefasst, nämlich dass unter Journalisten das Gerücht gestreut wurde, die Telekom würde Ermittler abhören. Zitat, noch einmal Ametsreiter: Wir haben das als eine weitere Warnung aufgefasst.

Ich merke in diesem Zusammenhang an, dass wegen dieser Vorwürfe auch eine Hausdurchsuchung bei Herrn Ulmer stattgefunden hat, wo die Ergebnisse komischerweise nicht verwertet werden dürfen.

Ich frage Sie noch einmal, Herr Fischer: Haben Sie in Absprache mit – wenn ich Ihnen jetzt diese Ametsreiter-Zitate vorhalte, der deutlich von **Drohungen** und **Warnungen** gegenüber dem „profil“ spricht –, haben Sie in Absprache mit Kloibmüller aus dem Innenministerium, der auch Beschuldigter ist in einem Verfahren, solche Drohungen und Warnungen gegenüber Ametsreiter ausgesprochen: Wenn ja: welche?

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Ich bin angesprochen worden von der Auskunftsperson, die sich nach meiner Auffassung zu Recht dagegen verwahrt, Herr Abgeordneter Petzner, dass Sie einen Sachverhalt darstellen, der unter den Tatbestand subsumiert werden könnte, dass Ermittlungen behindert oder versucht werden, insgesamt zu verhindern. Das ist der Vorwurf eines Straftatbestandes.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Da haben Sie recht. Dann mache ich Folgendes: Ich behaupte das nicht, sondern ich verweise dazu auf einen entsprechenden „profil“-Artikel vom 29. August 2011, der genau diese Vorwürfe in den Raum stellt und das ausführlich darstellt. Sie kennen diesen „profil“-Artikel, wenn nicht, lege ich ihn Ihnen gerne vor.

Ich stelle noch einmal die Frage:

Haben Sie Drohungen und Warnungen gegenüber Ametsreiter im Auftrag Kloibmüllers ausgesprochen, wie das Ametsreiter mit zwei Zitaten, die ich Ihnen vorgehalten habe, gegenüber „profil“ so angibt?

Ing. Michael Fischer: Nein, das habe ich nicht, und ich kann auch noch gerne aus der Sachverhaltsdarstellung, die am 28.8. erstellt wurde, zitieren, was dieses Thema betrifft.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das brauchen Sie nicht. Die habe ich vorliegen; ersparen Sie sich die Arbeit. Ich stelle meine Schlussfrage:

Wenn das alles nicht stimmt, Herr Fischer, und der „profil“-Artikel falsch ist und die Ametsreiter-Zitate falsch sind, dann mache ich zum Schluss folgenden Vorhalt, wieder aus diesem „profil“-Artikel:

„profil“ schreibt am Schluss dieses Artikels: „profil bleibt bei seiner Darstellung – auch im Hinblick auf einen möglichen Rechtsstreit: Michael Kloibmüller ... hat versucht, über Fischer und Jungwirth Druck auf die Telekom und deren Generaldirektor auszuüben, um die Rolle der ÖVP im Allgemeinen und jene von Alfons Mensdorff-Pouilly im Besonderen unter der Decke zu halten.“

So fasst „profil“ noch einmal den Vorwurf zusammen, und auf den möglichen Rechtsstreit verweisen sie deswegen – und jetzt komme ich zum entscheidenden Punkt und zur Frage –, weil am Tag, wo „profil“-online über diesen Aktenvermerk der Mitarbeiterin von Ametsreiter berichtet hat, am selben Tag schickte Herr Michael Fischer ganz aufgeregt in Absprache mit Herrn Rauch, in Absprache mit dem Herrn Kloibmüller, wie das „profil“ berichtet, ich verweise auf das „profil“, schicken Sie folgendes Mail an den Herrn Kabinettchef Kloibmüller und parallel an das „profil“.

Zitat: Sehr geehrter Herr Kabinettchef! Lieber Michael! – Kloibmüller, Kabinettchef Innenministerium, Innenministerium, Polizei, Ermittlungen, Zugriff auf BAK, das unterliegt alles dem Herrn Kloibmüller, nur dass wir wissen, dass der zentrale Einflussmöglichkeiten auf laufende Ermittlungen auch gegen Sie hat, schreiben Sie: –

Sehr geehrter Herr Kabinettchef! Lieber Michael! Michael J.

die alte verhaberte Stammtischpartie –, also Michael Jungwirth –

und ich können bestätigen, was hier deine Entgegnung beziehungsweise Klarstellung betrifft. Uns ist es unerklärlich, wie derartige verrückte beziehungsweise scheinbar anders wahrgenommene Darstellungen den Medien zugespielt werden. –

Gemeint ist der Aktenvermerk Ametsreiter und Mitarbeiterin. –

Und weiters: Es tut mir leid, und ich kann dir garantieren, dass ich/wir –

also der Jungwirth und der Fischer –

auch rechtlich diesen Wahrheitsbeweis für dich, Michael, antreten werden, da es der Wahrheit entspricht. Das kannst du auch medial kommunizieren. – Zitatende.

Herr Fischer, dieser Artikel war am 29. August 2011. Sie haben dem Herrn Kloibmüller zugesichert, garantiert haben Sie ihm sogar – „ich kann dir garantieren“ –, Sie werden rechtlich diesen Wahrheitsbeweis antreten. Sie sagen, das ist alles falsch, was der Ametsreiter in diesem „profil“-Artikel behauptet, versichern Kloibmüller, Sie werden das klagen.

Haben Sie, Herr Fischer, diesen Artikel jemals geklagt und in diesem Zusammenhang Medienrechtsverfahren oder andere Verfahren eingeleitet?

Ing. Michael Fischer: Herr Abgeordneter, ich habe noch kein einziges Medium verklagt. Ich könnte sehr viele Medien verklagen in den letzten Tagen und Wochen. Wenn Sie nur das „profil“ hernehmen, Herr Abgeordneter, „NEWS“ hat wunderbar ein Mail gebracht, wo drinnen steht, dass Rudi Fischer 100 000 € an die ÖVP zugesagt hat. „profil“ hat zwei Tage später geschrieben: Michael Fischer fordert bei Rudi Fischer eine Zahlung an die ÖVP ein. – Ich könnte also sehr oft Medien klagen. Das ist nicht meine Art, das werde ich auch nicht tun. Ich bin Zeuge in diesem Verfahren, wo Herr Kloibmüller das „profil“ klagen wird.

Herr Abgeordneter, ich kann Ihnen sagen, ich und Herr Mag. Jungwirth waren bei dem Gespräch anwesend, es waren weder die Frau Mattes noch der Herr Ametsreiter bei diesem Termin anwesend. Und ich zitiere noch einmal einen Satz, weil Sie mich vorhin gefragt haben, ob es eine Drohung gegeben hat. Kloibmüller hat auch gemeint, dass ihm erzählt wird, dass Medien und Behörden sicher auch noch andere Geschäftsfelder der A1 TA aus der Vergangenheit beleuchten und gegebenenfalls prüfen werden. Wenn das als Drohung zu sehen ist, dann wundert es mich. Ich habe auch auf Nachfrage von Frau Mattes und auch von Herrn Ametsreiter und Herrn Jungwirth gesagt, es war weder eine Drohung noch eine Bedrohung.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die Fragezeit ist abgelaufen. Die Zusatzfrage wäre dann in der letzten Runde möglich. Ich habe sowieso sehr tolerant Überzeit gegeben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Er hat nicht geklagt, trotz Versprechen an Kloibmüller. Das war für mich entscheidend. – Danke, mehr wollte ich nicht wissen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Darf ich dort gleich fortsetzen. Es ist doch so, dass der Herr Ametsreiter nicht irgendjemand Wildgewordener ist, sondern immerhin der **CEO** eines großen Unternehmens, der sorgsam mit den Interessen dieses Unternehmens umgeht und der mit Frau Mattes, die mittlerweile das Unternehmen verlassen hat – wie auch immer – diesen Aktenvermerk ausgearbeitet hat.

Was, glauben Sie, ist die Intention – Sie kennen ja die Player alle miteinander –, dass nach Ihrem Gespräch dieses Gespräch so dargestellt wird. Haben Sie das mit dem Herrn Ametsreiter besprochen? Oder wie kommt es dazu? Das ist ja völlig untypisch und nicht nachvollziehbar. Der Chef der Telekom bespricht mit Ihnen ein Gespräch, das Sie hatten, und lässt dann einen Aktenvermerk anlegen, so wie jeder andere das

auch machen würde, und dieser Aktenvermerk stellt halt dar, dass es eine unangenehme Situation ist, die in Aussicht gestellt wird. – Wie sehen Sie das?

Ing. Michael Fischer: Herr Abgeordneter, ich kann mich nur wiederholen: Ich kann nur davon ausgehen, dass es eine Wahrnehmung von Frau Mattes war, die sie vielleicht in diesem Moment hatte. Ich kann nur sagen, dieses Gespräch hat so stattgefunden, das habe ich auch bei der Staatsanwaltschaft unter Wahrheitsbeweis so ausgesagt. – Alles andere müssen Sie Frau Mattes und Herrn Ametsreiter fragen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Es geht ja nicht nur um die Frau Mattes, es geht ja auch um den Herrn Ametsreiter. Hat der Wirklichkeitsstörungen? Oder ist da irgendetwas, glauben Sie?

Ing. Michael Fischer: Über Wahrnehmungen kann ich kein Urteil abgeben. Da müssen Sie den Herrn Ametsreiter fragen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Sagen Sie, diese Personen, die da genannt worden sind, der Herr Christoph Ulmer und der Wolfgang Gattringer, sind die in dem Gespräch, das Sie hatten, oder wie Sie das Gespräch dargelegt haben, überhaupt nicht vorgekommen, oder sind die dort vorgekommen? Wenn ja: in welchem Zusammenhang?

Ing. Michael Fischer: Meiner Erinnerung nach nicht.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das heißt, Sie glauben, es könnte dann nur so dazu gedichtet sein. Das wäre dann eigentlich die Konsequenz. Und das müsste auch Herr Ametsreiter mehr oder weniger dann freigegeben haben, weil er ja diesen Aktenvermerk vorher gelesen hat.

Ing. Michael Fischer: Also ich sage ganz offen, mir ist der Aktenvermerk aus den Medien einsichtig geworden. Ich war weder bei der Erstellung des Aktenvermerkes dabei, noch habe ich aktiv dazu beigetragen. Wie gesagt, ich habe es im „profil“ beziehungsweise „FORMAT“ gelesen. Es kann sein, dass wir im Vorfeld, was Mag. Jungwirth auch gesagt hat, dass er die Information vom Herrn Gattringer bekommen hat, aber an die Details kann ich mich nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Welche Information?

Ing. Michael Fischer: Dass es eine Verunsicherung, Verärgerung der ÖVP gibt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Sie sind ja nicht irgendwer. Dort in dem Unternehmen bekleiden Sie eine renommierte Stelle und stehen ja dem Vorstand nahe.

Daher: Haben Sie das mit dem Vorstand besprochen, irgendwann einmal? Haben Sie das mit dem Herrn Ametsreiter besprochen? Haben Sie versucht, zu klären, wieso es diesen Aktenvermerk gibt? Und wenn ja, was ist bei dem Gespräch herausgekommen?

Man hat so den Eindruck, Sie stehen da und der Herr Ametsreiter steht auf der anderen Seite drüben, und es wird jetzt irgendwie ein Aktenvermerk gebastelt, der mit dem, was Sie jetzt dargestellt haben, überhaupt nichts zu tun hat, und jetzt wird medial agiert.

In Wirklichkeit spielt sich das Ganze innerhalb des unmittelbaren Vorstandsbereiches ab, und da gehören Sie dazu. Ich gehe einmal davon aus, dass Sie ja in der Kommunikation, auch als Chef der Kommunikation, das mit dem Vorstand ja irgendwie anders klären müssten als das, was sich da jetzt offenbart.

Ing. Michael Fischer: Herr Abgeordneter, ich bin nicht für die Kommunikation verantwortlich und auch nicht Chef der Kommunikation. Das ist eben genau die Frau Mattes, und deswegen wurde das auch mit der Frau Mattes besprochen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ist die Frau Mattes deshalb möglicherweise nicht mehr Leiterin der Kommunikation?

Ing. Michael Fischer: Dazu kann ich nichts sagen, weil ich es nicht weiß.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Sagen Sie uns Ihren Kompetenzbereich, was steht bei Ihrer Job-Description drinnen, was ist nach der Geschäftsordnung vorgesehen und welche Wertgrenzen für welche Aufträge gelten für Sie?

Ing. Michael Fischer: Ich habe vorhin relativ ausführlich meinen Tätigkeitsbereich geschildert. Das kann ich gerne noch einmal machen.

Public Affairs ist natürlich eine Schnittstelle in Richtung Beamte, in Richtung Behörden, Richtung entsprechender Institutionen, auch Richtung Parteien, Richtung Kammern. Ich bin auch mitunterstützend in Aktivitäten in Richtung B-to-B-Projekte, also Businesskunden, Winback-Konzepte und so weiter, also vertriebsunterstützende ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Gibt es Wertgrenzen, wo Sie einzeln entscheidungsberechtigt sind oder wo Sie berichten müssen, bevor Sie etwas durchführen?

Ing. Michael Fischer: Also grundsätzlich werden ... – Was meinen Sie mit Wertgrenzen?

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Es kann sein, dass Sie bis zu 10 000 € oder 15 000 € oder 20 000 € im eigenen Geschäftsbereich ohne Zustimmung von einem Prokuristen oder Geschäftsführer Tätigkeiten aufgrund einer Vollmacht durchführen können.

Ing. Michael Fischer: Geschäftsfälle werden grundsätzlich bei uns durch Prokuristen oder durch Vorstände abgezeichnet oder über den Einkauf abgewickelt, wiederum Prokuristen. Ich bin weder Prokurist, noch Geschäftsführer, noch Vorstand.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das heißt, Sie haben keine Entscheidungsrelevanz bei einzelnen Geschäftsfällen in der Form, dass Sie den unmittelbar selbst freigeben können?

Ing. Michael Fischer: Nicht letztgültig.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nachdem wir Sie zum Kernbereich „wie kommt das Geld aus der Telekom in die ÖVP“ nicht übermäßig zielführend befragen können – ich verstehe das schon alles, da haben wir heute ohnehin noch mit Frau Ullmann eine Auskunftsperson, die uns da sicherlich weiterhelfen wird –, können wir nur ein paar Bereiche wie eben die Jagdgesellschaft und ein paar andere kleinere Punkte mit Ihnen durchgehen.

Zu dieser ganzen Jagdgeschichte – ich kann es Ihnen auch aus den Akten vorhalten, aber probieren wir es einmal so; Sie kennen ja diese bekannte Telekom-Schottlandreise auf das Schloss des Herrn Mensdorff-Pouilly –: Waren Sie bei dieser Reise dabei?

Ing. Michael Fischer: Ja, ich war mit dabei.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wer hat Sie da eingeladen?

Ing. Michael Fischer: Das war eine Einladung der Telekom, wo Mag. Schieszler diese Reise beauftragt und einen kleinen Kreis an Teilnehmern ausgewählt hat.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wer waren die anderen Teilnehmer?

Ing. Michael Fischer: Aus den Medien bekannt, es war auch Herr Mag. Beyrer dabei. Es war, glaube ich, Hanno Soravia dabei. Es waren, glaube ich, sechs Gäste insgesamt. Es war Herr Schieszler dabei, es war ich dabei, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Da hat es noch eine Bezahlung gegeben, auf die in einer Hochegger-Befragung auch noch Bezug genommen wird, wo Hochegger noch einmal, laut seiner Erinnerung, 22 000 € für eben diese Flugreise bezahlt; und er sagt, er sei vom, glaublich, Schieszler oder Michael Fischer dazu ersucht worden.

Waren Sie das, der da Herrn Hochegger ersucht hat, diese Rechnung zu begleichen?

Ing. Michael Fischer: Ich könnte mich jetzt logischerweise, weil es den Bereich Hochegger betrifft und ich das eingangs ja ausführlich gesagt habe, der Aussage entschlagen. Aber es ist mir erinnerlich, dass Herr Mag. Schieszler mich beauftragt hat, einen Learjet zu organisieren für diese Reise, weil es natürlich von den Zeiten her komfortabler ist und vom Preis her – das wissen Sie, glaube ich, auch – in etwa, wenn ein Learjet ausgelastet ist auf so eine Entfernung, der Preis gar nicht viel höher ist als Einzelbuchungen. Er hat mich beauftragt, diesen Flug über den Herrn Hochegger buchen zu lassen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich weiß das ganz genau. Wenn ich in der Mürz fischen gehe, also Learjet: vollkommen klar, weil da bringe ich mehrere Ruten rein. Das ist überhaupt kein Problem.

Nein, was ich da wissen wollte, ist – nur damit mir das klar ist –, was die Telekom finanziert. Da ist also ein Learjet finanziert worden. Da sind sechs Personen, an die Sie sich nicht alle erinnern können, dabei, der Herr Soravia, auch ein bedeutender Telekom-Manager, Sie, der Herr Schieszler, der Herr Beyrer, fehlen uns eh nur mehr zwei.

Können Sie sich an die restlichen Schottland-Jäger nicht erinnern? – So, dann sind Sie nach Schottland geflogen. Nehmen wir an, dort haben Sie gejagt.

Hat die Telekom auch die Jagd bezahlt?

Ing. Michael Fischer: Das war eine Jagd-Einladung der Telekom. Genauso wie die vorher genannten, war eine Einladung der Telekom, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Jetzt kann ich den Jagderfolg nirgends feststellen.

Können Sie sich noch an einen Jagderfolg erinnern?

Ing. Michael Fischer: Was verstehen Sie unter „Jagderfolg“?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Was haben Sie erschossen?

Ing. Michael Fischer: Gejagt. Wenn Sie als bekannter Fliegenfischer ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Da gehe ich nicht jagen.

Ing. Michael Fischer: Da fangen Sie Forellen. Das war eine Niederwildjagd, wo Fasanen und Rebhühner geschossen wurden. An die genaue Strecke kann ich mich nicht erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wie lang hat der Aufenthalt auf dem Anwesen des Herrn Mensdorff-Pouilly gedauert?

Ing. Michael Fischer: Wenn ich mich richtig erinnere, zwei Tage.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hat es irgendeinen geschäftlichen Zweck gegeben, warum Sie hingefahren sind? Also irgendein Treffen mit Telekom-Managern in Schottland oder wichtige Gespräche im Interesse der Firma.

Hat es da irgendetwas gegeben?

Ing. Michael Fischer: Laut meiner Erinnerung haben wir Kunden und Netzwerkpartner für diese Veranstaltung eingeladen. Das war der Auftrag von Mag. Schieszler.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Welche Kunden und Netzwerkpartner sind da gekommen?

Ing. Michael Fischer: Ein Netzwerkpartner ist Herr Mag. Beyrer (*Abg. Dr. Pilz: Ah so!*), der ja als Generalsekretär der Industriellenvereinigung einer unserer wichtigen Partner war.

Herr Soravia als großer Bauträger ist ein großes Vertriebsthema seitens der Telekom, wo wir seit vielen Jahren gerade im städtischen Bereich, gerade in Wien versuchen, mit unseren Telekomanschlüssen auch in die großen neuen Bauten zu kommen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Bleiben wir einmal bei Herrn Mag. Beyrer. Welche Funktion hatte der damals?

Ing. Michael Fischer: Generalsekretär der Industriellenvereinigung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und warum müssen Sie mit dem nach Schottland jagen fahren, damit Sie mit ihm reden? Hat er in Österreich nicht geredet mit Ihnen?

Ing. Michael Fischer: Das müssen Sie den Mag. Schieszler fragen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Also Sie hätten schon in Österreich auch mit ihm geredet. Da hat Sie der Mag. Schieszler in einen Learjet gezwungen, damit Sie nach Schottland jagen fahren, damit Sie dort ... – Okay, gut. Das ist die eine Geschichte.

Die zweite Geschichte sind weitere Mitglieder Ihrer Jagdgesellschaft.

War Herr Kloibmüller ein Mitglied dieser Jagdgesellschaft?

Ing. Michael Fischer: Herr Kloibmüller ist kein Jäger. (*Abg. Dr. Pilz: Herr Ulmer?*) – Herr Mag. Ulmer ist ein Jäger. (*Abg. Dr. Pilz: Und Mitglied des Jagd-Stammtisches?*) – Herr Mag. Ulmer war, glaube ich, das letzte Mal vor vier Jahren beim Jagd-Stammtisch und ist kein Mitglied des Jagd-Stammtisches mehr.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wenn man sich – ich suche es dann heraus – den Kalender vom damaligen Innenminister Strasser durchsieht, so ist es am 25. November 2002 bereits um den Behördenfunk gegangen. Dann gibt es da ein E-Mail vom Ulmer Christoph, gesendet 25. November 2002, 10.58 Uhr, an Strasser Ernst:

Zugesagt 18.30 Uhr Jagd-Stammtisch Loos-Bar im Loos-Haus, Untergeschoss der Raiffeisen Landesbank plus CU.

Das heißt Ernst Strasser plus Christoph Ulmer. Haben Sie eine Ahnung, was der Nichtjäger Ernst Strasser beim Jagd-Stammtisch getan hat?

Ing. Michael Fischer: Selbstverständlich, Herr Abgeordneter! Der Jagd-Stammtisch ist ja eine Zusammenkunft beziehungsweise die Idee des Jagd-Stammtisches ist die Pflege der Jagd, die Pflege der Tradition und die Interessen der Jagd zu vertreten. Ein ganz wichtiges Thema ist natürlich auch das Waffenrecht. Das Waffenrecht liegt im Innenministerium, und deswegen waren wir bei der Auswahl unserer Referenten sehr

froh, dass der Herr Innenminister kommt. Er ist, wie Sie wissen, Zivildienstler. Er ist kein Jäger und ist trotzdem als Fachverantwortlicher für das Waffenrecht gekommen. Es gab einen Vortrag über das Thema Waffenrecht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Jetzt etwas ganz anderes: Können Sie uns sagen, wie lange Sie bei der Firma **MediaSelect** tätig waren?

Ing. Michael Fischer: Herr Abgeordneter, das habe ich gerade vorhin ausgeführt, aber selbstverständlich mache ich das noch einmal. Meiner Erinnerung nach – aber ich kann auch nachschauen – seit dem Jahr 2006.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Waren Sie im Herbst 2006, kurz vor der Nationalratswahl, bei der Firma MediaSelect beschäftigt?

Ing. Michael Fischer: Ich habe es vorhin ausgeführt, Herr Abgeordneter! Ja, ich war für New Business verantwortlich. Ich war nicht operativer Geschäftsführer, ich habe auch kein Gehalt dafür bekommen (*Abg. Dr. Pilz: Ja, das weiß ich!*), sondern ich habe für Akquisitionen eine Geschäftsführertätigkeit innegehabt, um auf Augenhöhe mit Partnern aus der Wirtschaft entsprechende Geschäfte anbahnen zu können.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sind Ihnen diese beiden Inserate der damaligen Justizministerin Karin Gastinger erinnerlich?

Ing. Michael Fischer: Ich habe es den Medien entnommen. Sie sind mir nicht erinnerlich, da ich mich nicht um das operative Geschäft gekümmert habe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aber soweit wir wissen, sind diese Inserate erstaunlicherweise nicht vom BZÖ und auch nicht von der Agentur Orange, sondern von MediaSelect geschaltet worden.

Ing. Michael Fischer: Fast alle Inserate werden von Media-Agenturen geschaltet. Das ist ja das Geschäft von **MediaSelect** und **OmniMedia**. Wir haben, wie vorhin auch aufgezählt, die Eigentümer-Kunden, ob das jetzt A1 ist, als einer der größten ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist mir schon klar, mir geht es um etwas anderes.

Es gibt den erstaunlichen, an und für sich unüblichen Vorgang, dass die Kandidatin einer Partei einen Wahlkampf mit der Agentur ihrer Partei führt und plötzlich im Finale des Wahlkampfes zu einer völlig anderen, meiner Meinung nach der ÖVP nahestehenden Agentur geht und dass dort plötzlich zwei Inserate geschaltet werden. – Ich habe Sie nur gefragt, ob Sie dazu irgendwelche Wahrnehmungen haben.

Ing. Michael Fischer: Keine Wahrnehmungen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Rechnerisch hätte ich gerne eine Aufklärung. Kollege Pilz hat nämlich auf Ihre Auskunft hin gesagt, es waren ungefähr sechs Personen mit bei diesem Jagdausflug nach Schottland, nämlich Beyrer, Soravia, Schieszler und Sie. Somit haben zwei gefehlt. Jetzt war mir nicht klar: Betrachten Sie als Angestellter der Telekom und auch Schieszler als Vorstand sich selbst als **Gast** der Telekom?

Ing. Michael Fischer: Nein, als Betreuer.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Als Betreuer. Das heißt, Sie zählen nicht zu diesen sechs auf der Gästeliste?

Ing. Michael Fischer: Nein, Entschuldigung, es sind insgesamt nicht sechs **Gäste**, sondern sechs **Teilnehmer** von unserer Seite.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Insgesamt sechs Teilnehmer.

War Mensdorff-Pouilly in Schottland anwesend? (*Ing. Fischer: Ja!*) – Ich habe mich mittlerweile erkundigt beim Freiheitlichen Landtagsklub in St. Pölten, und ja, auch der Freiheitliche Landtagsklub hat eine Räumlichkeit im Palais Niederösterreich. Es handelt sich um ein Büro von ungefähr 15 bis 20 Quadratmetern für Besprechungstermine.

Wie groß sind ungefähr die Räumlichkeiten, die der ÖVP-Klub hat, wenn dort eine Veranstaltung für 70 bis 100 Personen stattfinden soll?

Ing. Michael Fischer: Die genaue Quadratmeteranzahl kann ich Ihnen nicht sagen, aber es ist durchaus üblich, dass die Räume, so wie hier im Parlament, nach der Größe der Fraktionen zugeteilt werden. Da die ÖVP in Niederösterreich, wie Sie ja wissen, die größte Fraktion ist, hat sie auch die größten Räumlichkeiten. Es ist, glaube ich, der ehemalige Klubsaal – aber fragen Sie mich nicht. Es sind zwei Räume, die durchaus für 70 bis 110 Leute – stehend, teilweise sitzend – Platz bieten. Das ist so ein stehendes Get-Together.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie haben gesagt, diese Klubs, sowohl Niederösterreich-Stammtisch als auch Jagd-Stammtisch, dienen – bei der Jagd spezifisch – auch noch der Jagd, aber generell auch gesellschaftlichen Dingen.

Daher: Wie viele prononcierte Personen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, vor allem des politischen Lebens, aus anderen Parteien als der ÖVP sind denn Mitglieder und Gäste bei diesen Klubs?

Ing. Michael Fischer: Da ich noch niemanden gefragt habe, ob er Parteimitglied ist und welcher Partei er angehört, kann ich Ihnen das nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Entschuldigen Sie, vielleicht habe ich mich jetzt schlecht ausgedrückt, anderenfalls müsste ich Sie für komplett naiv halten. Wenn zum Beispiel ein Ernst Strasser zu einem Vortrag kommt, wird man wissen, dass er der ÖVP zugehört. Daher möchte ich wissen, wer von jenen Personen mit einem ähnlichen klaren Auftreten in der Öffentlichkeit in diesen Organisationen, in diesen beiden Vereinen, *nicht* der ÖVP zuzurechnen ist; nicht von irgendeinem Mitglied, von einem Jäger aus dem obersten Bereich des Waldviertels etwa, der irgendwo Bezirksjägermeister ist und zufällig etwas wäre, sondern von **Persönlichkeiten** wie – wenn ich mir diese Liste durchlese – Ministern, Abgeordneten, und Ähnlichen.

Also, um es ganz treffend zu sagen: Welche politischen, parteipolitischen Kapazunder aus **anderen** Parteien als der ÖVP sind dort Mitglied beziehungsweise –wenn Sie das vielleicht auch sagen können – Gäste?

Ing. Michael Fischer: Wir haben quer durch Politik, Wirtschaft, Gesellschaft Mitglieder, und ich kann Ihnen nicht sagen, wer welchem Lager zuzuordnen ist. Das ist nicht meine Aufgabe, Zuordnungen zu finden. Wenn Sie das bitte bei Referenten oder beim Vorstand hinterfragen. Ich kann Ihnen nicht sagen, ob Frau Elisabeth Stadler einer Partei zuzuordnen ist, ich kann Ihnen sagen, wer Herr ... (*Abg. Dr. Rosenkranz: Entschuldigung! Elisabeth Stadler – sprechen wir von der Vorstandsdirektorin der UNIQA-Versicherung?*) – Nein, nicht UNIQA, sondern ERGO-Versicherung, Vorstandsvorsitzende der ERGO-Versicherung.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie sind Zeit Ihres Lebens mit in einer politischen Partei tätig, Sie haben politisches Gespür, Sie haben politisches Denken durch Jahrzehnte aufgebaut – und dann interessiert Sie das überhaupt nicht, wo jemand aus Ihrem Umfeld politisch tätig ist? Da sagen Sie: Das gehört nicht zu meinem Aufgabenbereich dazu!?

Ich meine, ja, es wird kaum darauf geachtet werden bei solch einem Verein, wer welcher Partei angehört – aber Sie mit Ihrem politischen Gespür und Wissen können das nicht zuordnen?

Ing. Michael Fischer: Es ist nicht die Aufgabe, politische Zugehörigkeit bei einem Jagd-Stammtisch oder bei „Wir Niederösterreicher in Wien“ zu haben. Das ist **nicht** die Aufgabe dieser beiden Vereine.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Darf ich fragen, was bei einem Verein wie dem Niederösterreich-Stammtisch die Aufgabe des Vereins ist?

Ing. Michael Fischer: Ein Netzwerk in Richtung Niederösterreich zu bilden, so wie das auch viele andere Bundesländer machen, ein Get-Together, niederösterreichische Freunde zu treffen – da gibt es überhaupt keinen bösen Hintergrund.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das muss nicht unbedingt böse sein, mich wundert halt nur, wenn ich das so durchlese, es schaut irgendwie **monochrom** aus, und diesen Eindruck können Sie mir nicht verwischen.

Ing. Michael Fischer: Herr Abgeordneter, ich werde Sie beim nächsten Mal einladen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich hätte noch so viele Fragen an Sie, Herr Fischer, aber ich bin mir relativ sicher, dass wir Sie schon bald wieder hier werden begrüßen können. Ich habe noch einen Themenbereich, den ich im Rahmen der Zusatzfrage kurz ansprechen möchte, nämlich den **SV Sierning**, dort gibt es ja diese Sponsorentätigkeit der Telekom Austria auf Intervention des Herrn Willi Molterer.

Ich halte zuvor noch einmal fest, dass wir heute hier Ihr Netzwerk aufdecken konnten, das Sie mit Vertretern des Innenministeriums haben, mit Ihrem Stammtisch, mit Vorstandskollegem Beyrer. Dazu möchte ich noch einmal festhalten, dass nach einem Bericht des BAK von Ende Februar eine Sicherstellungsanordnung bei Beyrer angeregt wird, nämlich um diese eine Million gescreenter E-Mails sicherzustellen, deren Herausgabe Sie beziehungsweise Herr Beyrer verweigern. Ich finde das gut, dass die Kriminalpolizei dort bald vor der Tür stehen und die Mails anfordern wird.

Zum **SV Sierning**: Es gibt zwei Rechnungen, Herr Fischer, eine Rechnung vom 16. Mai 2008 mit 22 500 € und eine zweite Rechnung vom 11. Oktober 2006 mit noch einmal 20 000 €. Das heißt, in Summe hat dieser Verein über 40 000 € – laut diesen beiden Rechnungen – bekommen. Dann gibt es noch eine dritte Rechnung, sehe ich gerade, aus der Valora-Buchhaltung mit noch einmal 22 500 €. Das heißt, wir haben in Summe für den Fußballverein des Herrn Molterer, für den SV Sierning ein Sponsoring über Telekom, Valora von **über 60 000 €**.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Ich lege Ihnen dazu eine Rechnung vor und frage Sie, ob Sie jemals bei der Valora Unternehmensberatung des Herrn Hochegger beschäftigt waren. Ich frage das deswegen, weil diese Rechnung des SV Sierning wie folgt lautet:

An Valora Unternehmensberatung und -beteiligung AG, zu Handen Herrn Fischer Michael.

Diese falsche Adressierung, von der ich ausgehe, zeigt wunderbar, wie dieses Netzwerk bei der ÖVP funktioniert. Der Fußballverein braucht Geld – die ÖVP bestellt es beim Fischer in der Telekom. Die Nina Blum braucht ein Sponsoring für ein Theaterprojekt – die ÖVP bestellt es beim Fischer in der Telekom. Man braucht etwas für den Bundesparteitag, 100 000 € – und man bestellt es bei Fischer. Der Sohn von Morak braucht einen Tour-Bus – und man bestellt ihn bei Michael Fischer. Das geht so

weit, dass Sie seitens des Fußball-Vereins überhaupt schon der Valora zugerechnet werden.

Was sagen Sie zu dieser Rechnung? Waren Sie jemals bei der Valora beschäftigt? Wie können Sie sich diesen Rechnungstext erklären? Hat es dazu eine Intervention gegeben? Sind die Medienberichte dazu richtig, dass sich Herr **Molterer** dafür eingesetzt hat, dass eine Sponsoring-Tätigkeit von über 60 000 € seitens der Telekom Austria beim SV Sierning stattfindet?

Ing. Michael Fischer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter, einige Ihrer vielen Fragen kann ich beantworten.

Erstens: Sie nennen im Zusammenhang mit meinen Stammtischen und Netzwerken immer einen Herrn, nämlich Herrn Kabinettschef Kloibmüller, der weder Jäger noch im Niederösterreich-Stammtisch ist. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Er ist ein Oberösterreicher!*) – Ja, aber er ist nicht im Niederösterreich-Stammtisch, das möchte ich richtigstellen.

Zweitens haben Sie vorhin gesagt: der Fußballverein des Willi Molterer. – Ich glaube nicht, dass der SV Sierning der Fußballverein Willi Molterers ist. (*Abg. Petzner: Der Heimatgemeinde des Willi Molterer!*) Er kommt aus dem gleichen Ort, das stimmt.

Wie Sie wissen und auch sehen: Die Telekom sponsert im Kulturbereich, im sozialen Bereich, im Sportbereich, etwa Golf, Fußball, Beach Volleyball, Handball, die diversesten Sportarten, große Fußballklubs wie Red Bull Salzburg bis hin zu kleineren. Es gibt ja eine durchaus sehr bekannte Manier, nämlich Tafeln herzuzeigen (*die Auskunftsperson hält ein Blatt in die Höhe*): Auch das Team des FC Nationalrates wurde von der Telekom Austria gesponsert! (*Abg. Petzner: Das ist aber kein Taferl, das ist ein Zetterl!*) – Ich bin nicht so geübt im Taferl-Bauen, aber, wie gesagt, das „Zetterl“ zeigt den FC Nationalrat; auch den haben wir in der Vergangenheit unterstützt.

Zum Thema Valora kann ich Ihnen sagen: Nein, ich war nie Mitarbeiter der Valora oder von Peter Hochegger und wie die Firmen alle heißen mögen. Ich war auch nie im Büro der Valora oder von Peter Hochegger.

In Bezug auf diese Rechnung, weil sie Valora betrifft, ersuche ich Sie, dass ich mich der Aussage entschlagen kann, weil ich, wie gesagt, nicht weiß, was mir die Staatsanwaltschaft vorwirft. Bevor ich nicht Akteneinsicht habe, möchte ich da auf mein Recht der Aussageverweigerung hinweisen.

Obfrau-Stellvertreter Dr. Walter Rosenkranz dankt – da es keine weiteren Zusatzfragen gibt – der Auskunftsperson **Ing. Michael Fischer**, verabschiedet diese und **unterbricht** bis zur Anhörung der nächsten Auskunftsperson, die für 15 Uhr geladen ist, die Sitzung.

14.35

(Die medienöffentliche Sitzung wird um 14.35 Uhr **unterbrochen** und um 15.04 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)

15.04

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich **nehme** die unterbrochene Sitzung **wieder auf**.

15.05

Auskunftsperson Mag. Alois Schrems

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur **Anhörung** von **Mag. Alois Schrems** als **Auskunftsperson**.

Ich mache wie immer die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saals. Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Mag. Schrems, ich danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern. Eine (vorsätzlich) falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihre Personaldaten sind der Parlamentsdirektion bekannt.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Ich komme nun zur Belehrung Ihrer **Vertrauensperson**. Ihr vollständiger Name ist **Dr. Susi Pariasek**. Auch Ihre Personaldaten sind der Parlamentsdirektion bekannt.

Ich frage die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Frau Dr. Pariasek als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil sie entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Ich habe auch Sie an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Beweisaussage als Beteiligte zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer (vorsätzlich) falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten. Strafrechtliche Folgen könnte daher zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der **Auskunftsperson**. Sie haben aber **nicht** das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden.

Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

Herr Mag. Schrems, vor Eingang in die Befragung haben Sie nun die Möglichkeit zu einer zusammenfassenden Erzählung der den Gegenstand des Zeugnisses bildenden Tatsachen. Möchten Sie davon Gebrauch machen? (*Die Auskunftsperson **verneint** dies. – Obfrau Dr. Moser erteilt als erstem Fragesteller Abg. Dipl.-Ing. Deimek das Wort.*)

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Danke, Frau Vorsitzende! Herr Schrems, danke für Ihr Kommen. Ich möchte einmal grundsätzlich bei Ihrer Arbeit, bei Ihrem Arbeitsumfeld mit meinen Fragen anfangen.

Sie wurden immer gemeinsam mit Herrn Martin Fröhlich in diversen Dokumenten genannt. Oftmals ist auch an beide, also Sie und Herrn Fröhlich, verwiesen worden. Inwieweit haben Sie dieselbe oder ähnliche Arbeit verrichtet? Hat man das streng trennen können? Beziehungsweise mit wem haben Sie zusammengearbeitet? Was war da der Unterschied?

Mag. Alois Schrems: Danke für die Frage. Vielleicht kann ich da kurz ein bisschen ausholen, was meine Tätigkeit in der Telekom in diesem relevanten Zeitraum war. Ich war Mitarbeiter der Abteilung **Unternehmenskommunikation** und da für gesellschaftspolitische und wirtschaftspolitische Themen zuständig. Ich bin Ökonom. Ich habe dort Themen wie soziale Verantwortung, Corporate Social Responsibility gemacht, Nachhaltigkeitsberichte erstellt, dieses Thema betreut – auf der anderen Seite wirtschaftspolitische Themen.

Meine Aufgabe war es, Studien zu erstellen, die mit dem Thema IKT, Standort, Breitband, Investitionen zu tun hatten. Und ganz wesentlich in der Unternehmenskommunikation ist natürlich, das in Argumente und in Texte zu fassen.

Meine Aufgabe war jetzt im Vergleich zu Herrn Fröhlich, der Regulierungsexperte war, diese Argumentarien zusammenzufassen und sie in Richtung Pressearbeit für Briefings, für Vorstände, für Stellungnahmen, für Industriellenvereinigung, Wirtschaftskammer aufzubereiten.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Waren Sie auch für Werbung im weitesten Sinne, das heißt Sponsoring, Akquisition, für solche Sachen zuständig? (*Mag. Schrems: Nein!*) – Das heißt auch: keine Zusammenarbeit mit Vereinen sozialer oder wirtschaftlicher Art?

Mag. Alois Schrems: Im Sinne, dass ich nicht budgetverantwortlich war, war ich nicht verantwortlich. Was der Fall ist: dass ich durchaus Fälle **bearbeitete**.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Das heißt inhaltlich, aber nicht, wie Sie gesagt haben, budgetverantwortlich, nicht Vergabe von Arbeiten, Leistungen und Bezahlung? (*Die Auskunftsperson **nickt zustimmend**.*)

Waren Sie in irgendeiner Form, weil Sie „wirtschaftspolitisch“ auch gesagt haben, für die Gesetzwerdung rund um die Telekom verantwortlich, haben Sie das in Ihrem Aufgabengebiet gehabt?

Mag. Alois Schrems: Meine Aufgabe war es, im Vorfeld Informationsunterlagen dazu zu erstellen. Das, was sozusagen Rechtsabteilung und Regulierungsabteilung an Positionen formulierten, habe ich dann versucht, in eine Stellungnahme zu bringen, sie mit ökonomischen Argumenten zu füttern und eben für bestimmte Zwecke wie Informationsgespräche zur Verfügung zu stellen.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Das heißt, Sie haben auch regelmäßig Kontakt mit dem zuständigen Ministerium, BMVIT, beziehungsweise der Regulierungsbehörde gehabt?

Mag. Alois Schrems: Wenn meine Expertise gefragt war, schon. Im Vergleich zur Rechts- und Regulierungsabteilung natürlich nicht in dieser Häufigkeit.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Waren Sie in die Änderung der UDVO eingebunden?

Mag. Alois Schrems: War ich nur sehr peripher eingebunden. Das Verhandlungsteam, soweit ich mich erinnern kann, war Rechts- und Regulierungsabteilung und Strategische Vorstandsagenden.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Hatten Sie in diesem Zusammenhang auch mit dem Kabinett beziehungsweise mit Kabinettsmitgliedern des BMVIT zu tun?

Mag. Alois Schrems: Soweit mir das erinnerlich ist, nein.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Gibt es auch laufend noch immer Kontakte von Ihnen mit Ministerium und Regulierungsbehörde, ohne höheren Arbeitsanfall als sozusagen über den geschichtlichen Ablauf, über den zeitlichen Ablauf der letzten Jahre betrachtet?

Mag. Alois Schrems: Bis auf das, dass ich ja in der Behörde tätig war vor meiner Tätigkeit in der Telekom. Typischer Anlass, wo ich in der Behörde war: Wenn wir eine Studie gemacht haben, zum Beispiel mit dem Wirtschaftsforschungsinstitut, wo wir das Breitband-Thema und Möglichkeiten der Investitionen ausgeführt und wissenschaftlich untersucht haben, war es so, dass ich dann mitgegangen bin und diese Studie mit präsentiert, mit vorgestellt habe.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Wurde in Ihrem Beisein jemals von irgendwelchen Geldflüssen an Politiker, Parteien oder Ähnliches gesprochen? (*Mag. Schrems: Nein!*) – Kennen Sie Herrn Hohegger, oder haben Sie mit ihm beruflich zu tun gehabt?

Mag. Alois Schrems: Ja, habe ich zu tun gehabt. Wenn der Vorstand ein Thema an Hohegger sozusagen weitergegeben oder in Auftrag gegeben hat und ich über meinen Vorgesetzten darüber informiert wurde, war es meine Aufgabe, einen Termin mit der Agentur Hohegger zu koordinieren. In diesem Zusammenhang hatte ich auch mit Herrn Hohegger zu tun.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Wurde da auch über Finanzen gesprochen?

Mag. Alois Schrems: Nein, ist mir nicht erinnerlich.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Okay, danke für die erste Runde vorerst.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Schrems, ich beginne bei einem Dokument aus der Telekom-Prüfungsgruppe, wo Ing. Martin Bredl befragt wird und dort angibt – Zitat –:

Public Affairs wurde in meinem Team immer schon durch Alois Schrems abgedeckt. Später kamen Herr Michael Jungwirth sowie Herr Michael Fischer ins Unternehmen. Herr Jungwirth und Herr Schrems waren eher für die Inhalte verantwortlich. Herr Michael Fischer war exzellent vernetzt und hatte notwendige Kontakte zur Politik. – Zitatende.

Es geht eben auch aus den Unterlagen hervor, dass Sie im Rahmen Ihrer Funktion auch sehr viel mit den Personen Jungwirth und Fischer zu tun hatten. Wir haben den Herrn Fischer heute schon zu Gast gehabt im Ausschuss.

Ich frage Sie: Können Sie konkrete Angaben machen zur Tätigkeit des Herrn Fischer? **Welche Vernetzung** spricht da der Herr Bredl an, und welche notwendigen Kontakte zur Politik hat denn der Herr Fischer konkret hergestellt und in wessen Auftrag?

Wenn Sie wollen, können wir Ihnen das entsprechende Dokument auch vorlegen. – Sollen wir Ihnen vorlegen, was Herr Bredl da gesagt hat? (Mag. **Schrems**: Ja, bitte!)

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Mein beruflicher Kontakt zu Herrn Fischer war der, dass ich eben in der Vorbereitung der Argumentarien tätig war in dem Sinn, dass ich die Unterlagen aufbereitete, die er dann für seine Tätigkeiten verwendet hat. Welche Kontakte er genau hatte und wen er wirklich gut kannte, weiß ich nicht, weil ich ja nicht unmittelbar in seiner Abteilung tätig war.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben keine Wahrnehmungen zu konkreten Lobbying-Maßnahmen des Herrn Fischer in Richtung Politik, sondern Sie beschränken sich darauf, dass Sie da irgendwie die inhaltlichen Vorbereitungen gemacht haben? (Mag. **Schrems**: Ja!)

Andere Frage, anderer Themenkomplex. Herr Hochegger sagt in einer Beschuldigtenvernehmung vom 31. Oktober 2011, dass es seitens der Telekom beste Kontakte zur Frau Gabriela Moser gegeben habe.

Ich zitiere Hochegger:

Ein Mitarbeiter der Public Affairs-Abteilung, Alois Schrems, hatte gute Kontakte zu Gabriela Moser und pflegte diese. – Zitatende.

Sind diese Angaben des Herrn Hochegger korrekt, und können Sie diese Kontaktpflege hier schildern? Wie hat diese Kontaktpflege konkret ausgesehen?

Mag. Alois Schrems: Ich halte diese Aussage für übertrieben. Ich habe natürlich Frau Moser auch bei Veranstaltungen getroffen und bei bestimmten Terminen, Informationsgesprächen, aber das beruht auf drei bis vier Treffen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und was haben Sie bei diesen drei bis vier Treffen mit Frau Moser genau besprochen? Wo haben diese Treffen stattgefunden, und was war Thema bei diesen Treffen?

Mag. Alois Schrems: Bitte haben Sie Verständnis, das ist schon Jahre her; ich kann mich nicht mehr erinnern, was die Themen waren.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber das waren normale ...

Mag. Alois Schrems: Ganz normale Informationsgespräche.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Was verstehen Sie konkret unter **Kontaktpflege**? Können Sie das kurz erläutern in Bezug auf Frau Moser? Wobei ich festhalte, ich möchte da Frau Moser nichts unterstellen, aber ich frage es trotzdem, weil es in den Akten vorkommt.

Mag. Alois Schrems: Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass „Kontaktpflege“ eine subjektive Wahrnehmung des Herrn **Hochegger** ist.

Ich bleibe dabei, ich habe Frau Moser drei bis vier Mal getroffen und Gespräche geführt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Die Antwort reicht mir schon, wunderbar.

Ich komme zu einem Besprechungsprotokoll der Prüfungskanzlei Deloitte vom 6. Juni 2011.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Das war ein Interview, das mit Ihnen geführt wurde. Da wird auf Seite 2 unter dem Titel **Absicherung RTR** Folgendes angesprochen – Zitat –:

Ziel dieses Projektes war es, die Geschäftsführung der RTR – also der Regulierungsbehörde –,

die Telekom-Control-Kommission sowie das Ministerium und Kabinett gezielt mit Informationen zu versorgen, um das Meinungsbild zugunsten der Telekom Austria zu ändern. – Zitatende.

Ich frage Sie dazu, Herr Schrems: Was war die Basis dieses Auftrages? Was war das Ziel dieses Auftrages? Welches Finanzvolumen hatte dieser Auftrag? Welche Kontakte haben Sie hier konkret in das Ministerium – ich gehe davon aus, es ist das Infrastrukturministerium gemeint – und in das Kabinett getroffen? Welche Gespräche, welche Lobbying-Maßnahmen haben da stattgefunden?

Ich frage das deswegen auch, denn dieser Punkt endet mit – ich zitiere –:

In elektronischer Form wurde die Dokumentation dazu nicht verteilt, da unter anderem Abgeordnete im Bericht genannt wurden. – Zitatende.

Genau deswegen frage ich Sie dazu auch.

Mag. Alois Schrems: Herr Abgeordneter, ich bitte um Verständnis, dass ich dazu jetzt keine genauen Angaben mehr machen kann. Ich bin seit einem Jahr nicht mehr bei der Telekom. Also dieses Projekt ist mir, soweit es hier steht, nicht weiter in Erinnerung. Jetzt kann ich nur auf das verweisen, was hier steht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dann legen wir Ihnen dazu eine weitere Unterlage aus dem „Flieder“-Prüfbericht vor, wo genau angeführt ist, wann genau dieses Angebot war, was das Leistungsspektrum war und was dort genau gemacht wurde.

(Der Auskunftsperson werden neuerlich Schriftstücke vorgelegt.)

Schauen Sie sich das in Ruhe an! Vielleicht können Sie sich dann erinnern und meine Fragen beantworten.

Ich führe dazu vorher für die Anwesenden aus, was in diesem „Flieder“-Bericht steht, nämlich dass es um 140 000 € geht unter dem Titel **Absicherung RTR**, dass ein Angebot am 29. Mai 2007 gelegt wurde, dass der Adressat dieses Angebots Herr Schrems war, Leistungszeitraum Juni bis November 2007. Entscheidend ist: Es liegt keine Dokumentation für die Vergabe des Projektes vor. Rechnungen und Leistungen wurden von Frau Bart (*phonetisch!*) als sachlich richtig bestätigt.

Auf Seite 2 sehen Sie genau, was dort alles gemacht wurde, direkte Lobbyinggespräche, et cetera.

Ich frage Sie dazu jetzt noch einmal zu Ihren Wahrnehmungen, weil aus diesen Unterlagen hervorgeht, dass Kontakte und Lobbying-Maßnahmen in Richtung Infrastrukturministerium und Kabinett getroffen wurden, um das Meinungsbild – Zitat – zugunsten der Telekom Austria zu ändern und dass auch in dieser elektronischen Dokumentation Abgeordnete vorkommen.

Welche Abgeordneten? Welche Kontakte wurden da ins Ministerium gepflegt? Mit wem? Durch wen, um das – Zitat – Meinungsbild zugunsten der Telekom Austria zu ändern? Und mit welchem Ziel hat man diese Lobbyingmaßnahmen durchgeführt?

Mag. Alois Schrems: Ich kann zu diesem Projekt sagen, soweit es mir in Erinnerung ist, dass das ein laufendes Projekt war, wo zu den Themen, die hier genannt wurden, Regulierungsthemen, regelmäßig Argumentationslinien erarbeitet wurden – ich weiß nicht genau, ob auch eine Studie dazu gemacht wurde, ich vermute fast – und der Herr Hohegger und sein Team diese Lobbyingaktivitäten wahrgenommen haben, soweit mir das jetzt in Erinnerung ist.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich frage Sie noch einmal: Haben Sie Wahrnehmungen zu den konkreten Lobbying-Maßnahmen in Richtung Ministerium und Kabinett?

Mag. Alois Schrems: Nein. Ich war bei diesen Terminen nicht dabei.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und Sie wissen als Public Affairs-Verantwortlicher auch nichts über diesen Bereich? Waren Sie damit nie befasst?

Mag. Alois Schrems: Konkret war ich für die inhaltliche ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich frage das deshalb, denn mich verwundert das, dass Sie sich an überhaupt nichts mehr erinnern können und überhaupt keine Wahrnehmungen dazu haben.

Noch einmal: Dieses Angebot für diesen Lobbyingbereich und – Zitat – **Absicherung RTR** im Ausmaß von 140 000 € ist am 29. Mai 2007 an Sie ergangen, an Sie als Person. Ich verstehe nicht, dass jemand mit dem Tätigkeitsbereich Public Affairs ein Angebot von 140 000 € bekommt und sich dann an überhaupt nichts erinnern kann.

Können Sie etwas zur Auftragslegung sagen? Von wem wurde der Auftrag freigegeben? Was war in diesem Angebot alles drinnen? Und was wurde dann auf Basis dieses Angebotes gemacht?

Mag. Alois Schrems: Ich kann Ihnen wirklich aus der Erinnerung nicht mehr sagen, was da genau diskutiert wurde. Ich kann Ihnen nur schildern, wie diese Public Affairs-Arbeiten normalerweise, auch in diesen Aufträgen, ablaufen. Die Agentur Hohegger hat da anfänglich ein Konzept erstellt, auf Basis dieses Konzepts werden Recherchen gemacht, Studien gemacht. Und auf Basis dessen werden Argumentationslinien erstellt für Informationsgespräche für die Vorstände, für die Pressearbeit und auch Termine bei politischen Entscheidungsträgern wahrgenommen.

Sie müssen sich vorstellen, die Situation am Telekom-Markt ist von großer Dynamik und von hoher Regulierung geprägt. Das heißt, da sind die Mitbewerber ja nicht so, dass sie still sitzen und eben nicht auch in Richtung RTR, in Richtung Politik tätig sind. Da ging es einfach darum, dem, was der Mitbewerber so an Meinung vertritt, etwas entgegensetzen und das Ganze wieder ins rechte Licht zu rücken.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dann können Sie sich vielleicht wenigstens daran erinnern, wer in diesem Jahr 2007 Infrastrukturminister war, und wer in diesem Jahr 2007 – es geht in diesem Auftrag um das Ministerium – Kabinettschef im Infrastrukturministerium war.

Sie wissen es nicht? Der Public Affairs-Verantwortliche der Telekom weiß nicht, wer 2007 Infrastrukturminister war?!

Mag. Alois Schrems: Das ist fünf Jahre her.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, Entschuldigung, ein halbwegs politisch Gebildeter weiß auch, wer vor fünf Jahren Infrastrukturminister war. Sie wissen es nicht, ich sage es Ihnen: Es war der heutige Bundeskanzler Werner Faymann und sein Kabinettschef war Josef Ostermayer. Dieses Projekt bezieht sich auf Lobbying-Maßnahmen in Richtung Faymann und in Richtung des Kabinetts und damit Ostermayer; daher habe ich Sie dazu befragt.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte die letzte Frage – wegen der 7 Minuten Fragezeit, die abgelaufen sind.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich stelle die letzte Frage und halte Ihnen vor – vielleicht können Sie sich da erinnern – eine Aussage des Herrn Hochegger vor dem Untersuchungsausschuss, wo es darum gegangen ist, wer sich um die Aufgaben gekümmert hat und wer sich um welche Zielpersonen und um welche Zielparteien gekümmert hat.

Dazu sagt Hochegger – Zitat –: „Eine Person, die Sie da befragen können, ist Alois Schrems von der Public Affairs-Abteilung in der Telekom Austria. Mit ihm wurden meistens solche Dinge abgesprochen.“ Jetzt können wir Sie heute befragen: Was meint denn der Herr Hochegger damit? Was ist denn da mit Ihnen abgesprochen worden in Sachen Zielpersonen für Lobbying im Sinne der Telekom, Zielparteien für Lobbying im Sinne der Telekom, wie das ja Hochegger in seiner Aussage vor dem Untersuchungsausschuss angegeben und auf Sie verwiesen hat?

Haben Sie dazu irgendwelche Wahrnehmungen oder Erinnerungen? (*Mag. Schrems: Teil der ...!*) – Entschuldigung, damit ich Ihnen ein bisschen helfe, Thema bei dieser Hochegger-Antwort war die Telekommunikationsgesetz-Novelle des Jahres 2009, dass in diesem Zusammenhang mit Ihnen die Zielpersonen und Zielparteien besprochen wurden, um die Interessen der Telekom bei der TKG-Novelle 2009 sicherzustellen. Ich kann Ihnen auch gerne das Protokoll vorlegen.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Mag. Alois Schrems: Ich habe keine Wahrnehmung, dass ich 2009 mit dem Herrn Hochegger über dieses Thema geredet habe. Ich bin zu dem Zeitpunkt gerade am Wechsel zu einer anderen Abteilung gewesen, Richtung „Strategische Vorstandsagenden“. Und ich war auch nicht operativ damals, also meine Erinnerung ist, dass dieses Thema operativ in der Telekom abgehandelt wurde mit der Rechtsabteilung, Regulierungsabteilung. Ich habe aber keine Erinnerung, dass es da ein Projekt mit der Agentur Hochegger gegeben hat.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich glaube, meine Zeit ist aus, oder? (*Obfrau Dr. Moser: Ja!*) – Okay, ich gebe es auf für die erste Runde; er erinnert sich ja an nichts.

Abgeordneter Anton Heinzl (SPÖ): Herr Mag. Schrems! Wann sind Sie zur Telekom gekommen – und wann haben Sie das Unternehmen verlassen?

Vielleicht noch einmal genau, Herr Magister, was war genau Ihre Tätigkeit? Und in diesem Zusammenhang, welche Aufgabenbereiche hatten Sie im Laufe Ihres Arbeitsverhältnisses bei der Telekom zu betreuen?

Mag. Alois Schrems: Ich bin im Jahr 2000 zur Telekom Austria gekommen, war kurz im Generalsekretariat für vier Monate und bin dann Mitarbeiter der Unternehmenskommunikation geworden. Meine Aufgaben waren dort – ich habe es kurz angeschnitten –, einmal die gesellschaftspolitischen Themen zu behandeln. Mit dem Börsengang war die Telekom verpflichtet, auch regelmäßig zu diesen Themen wie

soziale Verantwortung, also Corporate Social Responsibility zu berichten. Wir haben da Nachhaltigkeitsberichte verfasst und ein Reporting dazu aufgebaut.

Das zweite Thema war, mich als Volkswirt mit Studien zu beschäftigen, diese Studien zu konzipieren und zu initiieren. Die großen Themengebiete – ich glaube, ich habe es vorher schon kurz erwähnt – waren das Thema IKT, Informations- und Kommunikationstechnologie, im Zusammenhang mit dem Standort Österreich. Ein weiteres Thema waren Breitband und die positiven Auswirkungen auf das Wachstum. Das dritte Thema waren Investitionen, also wie kann man Investitionen in Infrastruktur vorantreiben.

Ich war dort in der Kommunikation für neun Jahre und bin dann in die Abteilung „Strategische Vorstandsagenden“ gewechselt und habe dort auch diese Aufgaben mitgenommen. Was ich dann nicht mehr gemacht habe, war das Thema **soziale Verantwortung**. Das hat sich mehr spezialisiert auf eben Vorstandsagenden, die Vorbereitung von Vorstandsunterlagen, das Betreuen von Studien und das Vorbereiten von Argumentarien für den Vorstand.

Abgeordneter Anton Heinzl (SPÖ): Danke schön, Herr Magister. Also wie man sieht, lagen Ihre Arbeitsschwerpunkte eher im inhaltlichen Bereich oder fast ausschließlich im inhaltlichen Bereich.

Jetzt würde mich aber trotzdem interessieren: Wie viel Zeit, Herr Magister, haben Sie Ihrer Einschätzung nach für die Arbeit mit Hohegger oder für Lobbying-Themen verwendet?

Mag. Alois Schrems: Ich würde einmal sagen: 30 Prozent von der Arbeitszeit.

Abgeordneter Anton Heinzl (SPÖ): Nächste Frage: Wer waren Ihre Vorgesetzten?

Mag. Alois Schrems: In der Unternehmenskommunikation war es Herr Bredl und dann in „Strategische Vorstandsagenden“ Mag. Jungwirth.

Abgeordneter Anton Heinzl (SPÖ): Herr Mag. Schrems, wie war denn Ihr Verhältnis zu Herrn Martin Bredl und Herrn Michael Jungwirth?

Mag. Alois Schrems: Professionell gute Verhältnisse. (*Abg. Heinzl: Und zu Michael Fischer?*) – Ebenso.

Abgeordneter Anton Heinzl (SPÖ): Herr Mag. Schrems, waren Sie jemals bei Vorstandssitzungen der Telekom Austria anwesend?

Mag. Alois Schrems: Da ich ja keinen Direktreport hatte, war das eher nicht der Fall. Ich war in den elf Jahren einmal in einer Vorstandssitzung.

Abgeordneter Anton Heinzl (SPÖ): Wurden Ihnen persönlich diese Stock Options-Programme für Manager angeboten?

Mag. Alois Schrems: Nein, wurde mir nicht angeboten, weil das war ja für das Management vorgesehen, nicht für Mitarbeiter.

Abgeordneter Anton Heinzl (SPÖ): Das heißt, Sie haben im Bereich der Telekom selbst nie eine Abteilung geleitet?

Mag. Alois Schrems: Es gab diese Unit „Public Affairs“, aber das war eine Abteilung ohne Budgetverantwortung, das war Teil der Unternehmenskommunikation.

Abgeordneter Anton Heinzl (SPÖ): Danke schön, keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe ein paar eher kurze Fragen. In der Beschuldigtenvernehmung des Herrn Hohegger vom 6. Juni 2011 beschreibt er einmal, wie Michael Fischer beim Medienverlag war.

Dann sagt Hochegger: Davor war Alois Schrems für diesen Bereich zuständig und nach dem Engagement von Michael Fischer wurden die Agenden der Public Affairs-Abteilung auf die beiden Personen Fischer, Schrems aufgeteilt. Durch den Eintritt der SPÖ in die Bundesregierung wurde das vorhandene Kontaktpotential zur SPÖ durch Alois Schrems wieder bedeutungsvoller, insbesondere dadurch, dass das BMVIT zu einem SPÖ-Ministerium wurde. – Zitatende.

Was sagen Sie dazu? Dr. Hochegger stellt Sie so als eine Art „SPÖ-Verbindungsmann in der Telekom“ dar.

Mag. Alois Schrems: Ich halte diese Aussage für überspitzt. Ich habe vorher auch Kontakte auf Expertenebene zum Ministerium gehabt und Herr Hochegger hat ja bekannterweise andere Personen Richtung SPÖ.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie eine besondere Nähe zur SPÖ? (*Mag. Schrems: Nein!*) – Gehören Sie der SPÖ an?

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Die Frage nach der politischen Gesinnung und Zugehörigkeit zu einer Partei ist nicht zulässig.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Er muss sie nicht beantworten.

Mag. Alois Schrems: Ich kann es Ihnen sagen, ich bin kein Mitglied.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, wunderbar.

Ich zitiere aus einer anderen Beschuldigtenvernehmung des Herrn Hochegger vom 6. 6. 2011. Da geht es um die TKK-Besetzung, um die Führung der TKK:

„Aus der Sicht der TA war hier die Besetzung der TKK ganz wichtig, zumal unser Vertrauensmann“ –

sagt Hochegger –

„(Martin HAGLEITNER) ausgeschieden ist. Ich wurde ersucht hier mitzuarbeiten, dass zum einen keine ausgewiesenen TA-Kritiker in die Kommission gewählt werden, bzw. einen kooperationsfreudigen Kandidaten zu finden und ins ‚Rennen‘ zu schicken.

Von der TA selbst wurde in Abstimmung auch mit der Mobilkom eine Liste von möglichen Personen erstellt, die für so eine Funktion in der TKK aufgrund ihrer Qualifikation in Frage kamen. Ich habe nach dieser Durchsicht der Liste angeregt, auch nach einem Kandidaten Ausschau zu halten, der neben seiner fachlichen Qualifikation auch eine gewisse Nähe zur SPÖ hatte, da die Entscheidung zur Bestellung beim BMVIT, also einem SPÖ Ministerium gefällt wurde.“

Ich zitiere weiter: „Ich habe mich dann auf die Suche gemacht, um entsprechende Kandidaten, nämlich fachliche Qualifikation und erkennbare Nähe zur SPÖ zu finden. Meiner Erinnerung nach hatte ich zwei oder drei Kandidaten im Auge, die dafür in Frage kamen. Nach einer Diskussion mit Rudi FISCHER und auch Alois SCHREMS haben wir uns darauf geeinigt, Professor Günter HARING von der Universität Wien für diese Position als TKK Kommissionsmitglied ins Gespräch zu bringen.“

Haben Sie dazu irgendetwas zu sagen?

Da ging es darum – laut Hochegger –, eine SPÖ-nahe Person zu finden. Er habe das dann auch mit Rudi Fischer und Ihnen besprochen, und dann habe es eine Einigung auf Herrn Professor Haring gegeben.

Entspricht das Ihren Wahrnehmungen?

Mag. Alois Schrems: Ich kann mich nicht mehr genau erinnern.

Woran ich mich erinnern kann, ist, dass die Agentur Namen erstellt hat von Personen, die für diese Ämter in Frage kommen könnten. Das ist alles, woran ich mich noch erinnern kann.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ist Ihnen erinnerlich, dass es auch da wieder darum gegangen ist, Personen mit einer gewissen SPÖ-Nähe zu finden?

Mag. Alois Schrems: Daran kann ich mich nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Können Sie ausschließen, dass die Nähe zu einer Partei bei solchen Gesprächen eine Rolle gespielt hat?

Mag. Alois Schrems: Na ja, aus Sicht des Unternehmens ist es natürlich wichtig, jene Kandidaten sich zu überlegen oder im Auge zu behalten, die eine **Chance** auf Wahl haben. Ich glaube, in diesem Sinn ist das zu verstehen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aus den Unterlagen geht **nichts** über Wahlchancen hervor, sondern über **Parteinähe**.

Ich habe Sie gefragt: Können Sie ausschließen, dass **Parteinähe**, die Nähe zu einer Partei, bei solchen Gesprächen eine Rolle gespielt hat?

Mag. Alois Schrems: Da müssen Sie das Ministerium fragen, wie die Entscheidung gefallen ist. Aus meiner Sicht ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie meine Frage verstanden? Ich wiederhole sie gerne noch einmal.

(Die Vertrauensperson spricht mit der Auskunftsperson.)

Mag. Alois Schrems: Es kann sein, dass hier die Parteinähe eine Rolle gespielt hat, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Können Sie das näher ausführen?

(Die Vertrauensperson spricht mit der Auskunftsperson.)

Ich möchte Sie nur auf eines hinweisen: Die Rolle der Vertrauensperson ist nicht die **Rolle der Souffleuse**, sondern einer Person, an die **Sie** sich wenden, wenn Sie sich beraten wollen. Im Moment sind wir ein bisschen im Souffleur-Stadium oder Souffleuse-Stadium. Das entspricht **nicht** der Verfahrensordnung. Wenn Sie sich bitte daran halten!

Ich wiederhole meine Frage. (*Mag. Schrems: Bitte!*) Können Sie, und zwar ohne, dass Ihnen souffliert wird, das näher ausführen, dass Parteinähe eine Rolle gespielt hat, haben könnte, wie immer Sie das formulieren wollen?

Mag. Alois Schrems: Ich nehme an, dass es eine Rolle gespielt hat.

Woran ich mich erinnern kann, ist, dass es eine Liste gab von Personen, die aus Sicht des Unternehmens in Frage kommen. An mehr kann ich mich nicht erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, aber was hat das mit Parteinähe zu tun? Sie selbst haben gesagt, Parteinähe habe eine Rolle gespielt. In welcher Hinsicht?

Mag. Alois Schrems: In der Hinsicht der Erstellung einer Liste.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, und wie darf ich mir das vorstellen? Wie hat bei der Erstellung der Liste **Parteinähe** eine Rolle gespielt?

Mag. Alois Schrems: Indem man auf der Liste eben Personen auflistet, die halt auch Parteinähe haben. (*Abg. Dr. Pilz: Die ... Entschuldigung!*) Die auch Parteinähe haben. (*Abg. Dr. Pilz: Ja!*) Das ist ja jemand von der Industriellenvereinigung ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Gehen wir die Liste durch, so beispielhaft.

Konkretes Beispiel: TKK, Telekom-Kontroll-Kommission.

Um die Nähe zu welcher Partei ist es da gegangen?

Mag. Alois Schrems: Das kann ich Ihnen nicht mehr sagen, das weiß ich nicht mehr. Das ist schon fünf oder sieben Jahre her.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ist es da um die Nähe zu mehreren Parteien gegangen oder nur zu einer Partei?

Mag. Alois Schrems: Ich kann mich nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich helfe Ihnen bei diesem Punkt gerne.

Wir haben die Erfahrung gemacht, dass es im Regelfall um die Partei des Ministers beziehungsweise der Ministerin gegangen ist. – Entspricht das Ihren Erfahrungen?

Mag. Alois Schrems: Worauf wollen Sie hinaus? Ich verstehe Ihre Frage nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich wiederhole sie gerne. Ich halte sie nicht für übermäßig kompliziert, bei „Quiz 21“ hätten Sie damit maximal zwei Punkte gemacht.

Unserer Erfahrung entspricht es, dass es bei solchen Fragen im Regelfall um die Partei des zuständigen Ressortministers oder der Ressortministerin geht. Und das war das BMVIT klarerweise.

Entspricht das auch Ihren Erfahrungen?

Mag. Alois Schrems: Soweit ich mich erinnern kann, war das Ziel, jene Personen auszuwählen, die sozusagen für diese Funktion aus fachlicher Sicht geeignet sind.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir reden über *Parteinähe*. – Schauen Sie, ich gehe davon aus, dass Sie nicht dort gesessen sind und gesagt haben: Ma, wenn wir da jemanden finden würden auf unserer Liste, der der KPÖ angehört, dann wäre das ein Volltreffer und dann würden wir diese Person aufgrund ihrer Mitgliedschaft bei der Kommunistischen Partei vorschlagen! – So wird es wohl nicht gewesen sein?!

Eine etwas *realitätsnähere* Annahme ist, zu sagen: Die Ressortministerin gehört der SPÖ an, und wenn wir da jemanden von der SPÖ finden, dann haben alle Beteiligten bis zur Ressortführung eine Batzen-Freude! – Das scheint mir doch etwas realistischer zu sein.

Könnte das so gewesen sein, dass sie geschaut haben, ob wer von der SPÖ ist?

Mag. Alois Schrems: Ja, das könnte sein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja schau, jetzt sind wir der Sache schon näher. Ich sage Ihnen auch: *So war es!*, und deswegen halte ich Ihnen jetzt E-Mails vor.

Ein E-Mail von Alois Schrems, 12. Februar 2009, an Peter Hochegger. Ich möchte, dass Sie mir sagen, worum es da geht – ich zitiere –:

„Lieber Peter, anbei die Unterlagen für K.

Zusammenfassung:

1. RTR soll das Rechenmodell für die Entbündelungstarife auf die richtigen Beine stellen. Eine weitere Senkung der Entbündelungstarife gefährdet den Infrastrukturausbau (siehe Pressemeldung aus Deutschland)

„2. –

und das möchte ich von Ihnen genauer wissen –

„Zusammenschaltungstarife sollen entsprechend dem RTR Gutachten angehoben werden (derzeit traut sich die Behörde nicht...)“

Das mailten Sie dem Peter Hochegger am 12. Februar 2009.

Sagen Sie, bei dem Beginn „Lieber Peter, anbei die Unterlagen für K.“: Wer ist „K“?

Mag. Alois Schrems: Kann ich mich nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Schauen wir doch gemeinsam drauf! Dann gibt es ein Folge-Mail, am 13. Februar – da hat der Peter Hochegger einen Tag zuvor Ihres gekriegt –, das ist vom Peter Hochegger an Kurt Gartlehner. Ich zitiere:

Lieber Kurt, anbei nochmals die Unterlagen. Ich war mir nicht sicher, ob der Anhang mitgeschickt wurde. Bis später, Peter. – Zitatende.

Ist es möglich, dass „K“ der Kurt Gartlehner ist? (*Mag. Schrems: Ist möglich!*) – Ist es es?

Mag. Alois Schrems: Ich kann es nicht mehr sagen, ich weiß es nicht mehr.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist eine Mail-Abfolge. „K“ ist Kurt Gartlehner.

Warum brauchen Sie den Peter Hochegger ... – Nein, gehen wir einen Schritt zurück: Was soll das heißen im ersten Mail bei „Zusammenschaltungstarife sollen entsprechend dem RTR-Gutachten angehoben werden“?

Das ist im Interesse der Telekom. (*Obfrau Dr. Moser: Bitte die letzte Frage! Es sind schon 7 Minuten!*)

Warum schreiben Sie da: „Derzeit traut sich die Behörde nicht“?

Warum traut sie sich nicht?

Mag. Alois Schrems: Da kann ich mich jetzt beim besten Willen nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und warum brauchen Sie den Peter Hochegger, damit sich der Kurt Gartlehner traut? Warum?

Mag. Alois Schrems: Ich war für die Inhalte zuständig. Ich glaube, ich habe das ausgeführt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, aber warum wenden Sie sich nicht direkt an den Kurt Gartlehner und sagen: Die Behörde fürchtet sich entsetzlich, da die Telekom-Interessen zu vertreten, weil sie etwas überschießend und nicht ganz verständlich sind!? – Wir haben ja vorhin schon über Parteinähe geredet.

Warum sagen Sie nicht: Geh, Kurt, mach das für uns!? Wozu brauchen Sie den Peter Hochegger dazu! Welche besonderen Möglichkeiten hatte Peter Hochegger, Kurt Gartlehner in einer Art und Weise als Abgeordneten zu überzeugen, wie das Ihnen nicht gelingen konnte?

Mag. Alois Schrems: Ich habe vorher schon geschildert: Meine Aufgaben waren ganz konkret, die **Inhalte** vorzubereiten.

Die Lobbying-Aktivitäten in diesem Fall habe ich nicht wahrgenommen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Also wenn ich Sie richtig verstehe – und damit, glaube ich, kommen wir schon zum Punkt –: Ist es richtig, dass es eine Arbeitsteilung gegeben hat: Sie haben das **inhaltlich** vorbereitet, was Sie vom Abgeordneten Gartlehner wollten, und der Peter Hochegger hat das dann **lobbying-mäßig** umgesetzt? War das so?

Mag. Alois Schrems: Das ist jetzt eine Unterstellung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein. Das ist gar keine Unterstellung, das ist ja die Aufgabe eines Lobbyisten. Und Sie haben selbst gesagt, **Sie** waren **nicht** für Lobbying zuständig.

War das so? Die Abfolge dieser E-Mails legt ja diesen Schluss nahe!

War das so – oder wie war es?

Mag. Alois Schrems: Generell war es so, dass Hohegger die Gespräche mit politischen Entscheidungsträgern führte und ich die inhaltliche Vorbereitung oder seine Mitarbeiter die inhaltliche Vorbereitung gemacht haben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und was war die Aufgabe von Hohegger? War es, die Inhalte durchzusetzen und die politischen Entscheidungsträger davon zu überzeugen, dass das, was Sie inhaltlich vorbereitet haben, auch umgesetzt wird? War es das? (*Mag. Schrems: Ja!*) – Von wem hatten Sie das Pouvoir, sich in solchen Fällen direkt an Hohegger zu wenden?

(Die Auskunftsperson antwortet nicht sofort.)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Vielleicht geben wir jetzt eine Nachdenkpause. Es gibt eh noch die Runde der Zusatzfragen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Eine Nachdenkpause ist eine prachtvolle Idee. (*Obfrau Dr. Moser: Ja eben!*) Völlig richtig!

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Es sind ja die 7 Minuten schon lange überschritten.

Herr Abgeordneter Amon, bitte.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Herr Schrems, ich beginne vielleicht damit: Es kam ja da offenbar auch in der Wortwahl zu einem „**RTR Powerplay**“.

Haben Sie eine Erinnerung daran, was damit gemeint sein könnte?

Mag. Alois Schrems: Ich kann das jetzt keinen konkreten Themen unterordnen.

Im Wesentlichen war es, wie ich bereits geschildert habe, so, dass das Umfeld auf dem Telekom-Markt sehr kompetitiv war und auch, was die Themen in Richtung Politik und in Richtung Regulierungsbehörde der Mitbewerber betrifft, der Druck sehr stark war und sehr viel Kommunikation in die Richtung war.

Ich vermute, dass das Projekt dahinter genau diese Aufgabe hatte, dem etwas entgegenzusetzen, um ein ausgleichendes Bild zeichnen zu können, was für die Telekom sehr wichtig war.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ich halte Ihnen Folgendes vor: Am 12. Februar 2009 schrieb Peter Hohegger eine E-Mail an Hannes Ametsreiter mit folgenden Inhalt – es wird Ihnen vorgelegt –:

„Lieber Hannes

1. RTR Powerplay

Ich habe mich ... mit Kurt Gartlehner getroffen. Er wird uns im abgestimmten Power Play gerne unterstützen und dir bei Kontakten und Meinungsbildung innerhalb der SPÖ behilflich sein. Die Planung der Aktivitäten erfolgt zuerst in der Arbeitsgruppe mit Martin Fröhlich und Alois Schrems, die diese mit dir abstimmen.

Kurt Gartlehner bittet, die ÖVP-Kreise in der Telekom über seine Tätigkeiten nicht zu informieren.“ (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Ist Ihnen das bekannt, nachdem Sie selbst erwähnt sind für diese Arbeitsgruppe, die offenbar da Vorbereitungen getroffen hat, von denen ÖVP-Kreise nur ja nicht informiert werden sollten?

Mag. Alois Schrems: Dieses Mail ist mir nicht bekannt gewesen. Ich habe es in den letzten Tagen in den Medien gelesen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Aber Sie waren in dieser Arbeitsgruppe – oder nicht?

Mag. Alois Schrems: Wie bereits gesagt, das war sozusagen die klassische Vorbereitung zu den Themen, die regulierungsrelevant oder gesetzesänderungsrelevant waren, Themen aufzubereiten und für Lobbying-Aktivitäten zu verwenden. Und mein Teil davon war immer, in diesen den volkswirtschaftlichen Input zu liefern, wo es darum ging, wirklich überzeugende Argumente zu finden, die auch für Nicht-Experten auf dem Gebiet der Regulierung verständlich waren.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Wir sind als Volkspartei an sich für volkswirtschaftliche Aktivitäten durchaus aufgeschlossen.

Also: Was waren da so geheimnisvolle volkswirtschaftliche Aktivitäten, die die ÖVP möglichst nicht erfahren sollte?

Mag. Alois Schrems: Das glaube ich nicht, dass das der Fall war, aber da müssen Sie Herrn Hochegger oder Herrn Gartlehner selbst fragen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Sie können das nicht zuordnen?

(Die Auskunftsperson schüttelt verneinend den Kopf.)

In derselben E-Mail schreibt Hochegger dann weiter:

„Treffen mit Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter

Günther Kräuter freut sich, dich kennen zu lernen, um mit dir einen Gedankenaustausch zu pflegen. Ich schlage vor, dass ich beim ersten Meeting dabei bin und diesen Termin koordiniere, wenn es dir recht ist.“

Frage: Kam es zu diesem Termin?

Mag. Alois Schrems: Das weiß ich nicht. *(Abg. Amon: Sie wissen es nicht?)* – Nein, das weiß ich nicht.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Sie sollten aber dabei sein! *(Mag. Schrems: Nein!)* – Haben Sie Personen aus dem Vorstand zu sonstigen Terminen mit Spitzenpolitikern begleitet?

Mag. Alois Schrems: Ich kann mich nur an zwei Termine erinnern mit dem ehemaligen Chef der Grünen Alexander Van der Bellen mit dem Vorstand. Das kam zustande, weil Van der Bellen mein Diplomarbeit-Betreuer war. Es war jeweils ein Informationsgespräch. Da ging es nicht um Regulierung, sondern um die Frage, wie der Status des Unternehmens ist.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Das habe ich akustisch nicht verstanden: Dr. Van der Bellen war Ihr....? *(Mag. Schrems: Diplomarbeit-Betreuer!)* – Sie haben an sich sonst niemanden aus dem Vorstand bei Gesprächen mit Spitzenpolitikern begleitet oder unterstützt?

Mag. Alois Schrems: Nicht in der Regel. Es kann sein, dass mir jetzt über die elf Jahre ein Treffen nicht mehr in Erinnerung ist, aber das war nicht meine Aufgabe.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ich halte Ihnen vor eine E-Mail des Journalisten Kurt Kuch – das ist ganz interessant! –, und zwar schreiben das Sie. Es geht an unterschiedliche Personen. Da heißt es:

„Gespräche gab es mit Abg. Gartlehner (Gernot), Gassner (ich), Faymann Kabinett (Kostlowski) von Elisabeth und mir. Weiters mehrere Gespräche mit SPÖ Klubsekretären. Bei den Grünen gab es Termine mit Schennach und Moser von Alois.“

Jetzt hätte ich gerne gewusst: Welcher **Gernot** ist da gemeint? Ist es Gernot Schieszler? (*Mag. Schrems: Ja, ich vermute!*) – Schieszler führte also Gespräche mit Gartlehner.

Wissen Sie etwas über diese Gespräche und deren Inhalt?

Mag. Alois Schrems: Das ist mir nicht mehr erinnerlich.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Dann geht es weiter: „Gassner (ich)“.

Heißt das, dass Sie mit Gaßner gesprochen haben? (*Mag. Schrems: Ja, ich vermute!*) – Welcher Gaßner könnte das gewesen sein? Kurt Gaßner? (*Mag. Schrems: Ja!*) – Was war der Inhalt des Gespräches?

Mag. Alois Schrems: Ich kann mich nicht mehr erinnern. Ich weiß es wirklich nicht. Dieses Mail ...

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Das wissen Sie noch, dass Sie sich mit ihm getroffen haben, aber Sie können sich überhaupt nicht erinnern, was Sie mit ihm gesprochen haben?

Mag. Alois Schrems: Ich weiß das Thema nicht mehr.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Das ist sehr schade.

Es geht dann weiter: „Faymann Kabinett (Kostlowski) von Elisabeth und mir.“

Wer ist da gemeint mit „Kostlowski“? Marcin **Kotlowski**? Könnte das sein?

Mag. Alois Schrems: Ja. (*Abg. Amon: Das war der ehemalige Pressesprecher von Faymann!*) Das ist richtig.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Wer ist in diesem Zusammenhang Elisabeth? Könnte das Frau **Elisabeth Mattes** sein? (*Mag. Schrems: Ja!*) – Ist das jene Frau Mattes, die dann Pressesprecherin der Telekom war? Oder war sie das zu diesem Zeitpunkt auch schon?

Mag. Alois Schrems: Ja, war sie schon.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Das ist die Dame, die diesen berühmten Aktenvermerk über die Gespräche bei Kabinettschef Kloibmüller verfasst hat – über Gespräche, bei denen sie nicht dabei war.

Haben Sie da eine Wahrnehmung über die Gespräche, die sie da geführt hat?

Mag. Alois Schrems: Ich weiß wirklich aus dem Mail heraus nicht, was das damals für ein Thema war.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Können Sie sagen, welche Kontakte Sie sonst noch in das Kabinett des Bundesministers Faymann hatten?

Mag. Alois Schrems: Ich hatte nur Kontakte zum Herrn **Kotlowski**, den ich vor seiner Zeit dort schon gekannt habe.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Hatten Sie Kontakte ins Kabinett der Frau Bundesministerin Bures?

Mag. Alois Schrems: Ich war bei ein, zwei Terminen dort, wo es um Themen ging, wo ich meine volkswirtschaftliche Expertise einbrachte.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Wissen Sie über direkte Kontakte, die die Bundesminister Faymann oder Bures mit der Telekom hatten?

Mag. Alois Schrems: Nein, ist mir nicht erinnerlich.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Keine Wahrnehmungen. – Aus den E-Mails geht weiters hervor:

„Weiters ... mehrere Gespräche mit SPÖ-Klubsekretären.“

Welche Klubsekretäre könnten das gewesen sein?

Mag. Alois Schrems: Das ist mir nicht mehr erinnerlich. (*Abg. Amon: Na geh!*) Nein, wirklich nicht!

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ich helfe Ihnen: Könnte es der Herr **Reschreiter** gewesen sein?

Mag. Alois Schrems: Ich glaube, der Herr Reschreiter war zu dieser Zeit im Kabinett. Nein, mit dem Herrn Reschreiter hat es da keinen Termin gegeben.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Da dieses E-Mail von einem Zeitpunkt stammt, der vor der damaligen Regierungsbildung war, war der Herr Reschreiter noch im Klub und nicht im Kabinett.

Mag. Alois Schrems: Aha. – Nein, mit ...

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Fällt Ihnen irgendein anderer Klubsekretär ein, mit dem es da einen Kontakt gegeben haben könnte?

Mag. Alois Schrems: Ich weiß es nicht mehr.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Kennen Sie den Herrn Reschreiter? August, glaube ich, heißt er mit Vornamen.

Mag. Alois Schrems: Ich habe ihn in seiner Funktion als Kabinettsverantwortlicher kennengelernt, ja.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Nicht schon als Klubsekretär? (*Mag. Schrems: Nein!*) – Das können Sie ausschließen. (*Mag. Schrems: Eigentlich ja!*) – „Eigentlich ja“ oder „ja“?

Mag. Alois Schrems: Ja, ich kann es ausschließen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ich erinnere: Sie sagen hier natürlich unter Wahrheitszwang aus.

Mag. Alois Schrems: Also mir ist es erinnerlich, dass ich Herrn Reschreiter das erste Mal in Alpbach angetroffen habe, als er bereits Kabinettschef war.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Laut dem Mail-Text gab es auch Gespräche mit Schennach und Frau Dr. Moser von den Grünen.

Haben Sie da Erinnerungen, worum es in diesen Gesprächen ging?

Mag. Alois Schrems: Ich weiß jetzt wirklich den Zusammenhang nicht mehr, worum es bei diesem Mail ging. (*Abg. Amon: Keinerlei Erinnerung?*) – Nein, ich weiß es nicht mehr.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Okay. Ich habe im Moment keine weiteren Fragen. Danke.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen zur zweiten Fragerunde.

Herr Abgeordneter Deimek. – Keine Fragen.

Herr Abgeordneter Petzner? – Bitte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Schrems, damit Ihnen vielleicht ein bisschen etwas einfällt, lade ich Sie mit mir gemeinsam im Geiste auf eine Jogging-Runde ein. Diese Jogging-Runde deswegen, weil es auch eine Jogging-Runde gibt, die sehr spannend ist, zwischen dem ehemaligen Sicherheitsprecher der SPÖ, Parnigoni, und dem Herrn ehemaligen Bundeskanzler Gusenbauer.

Ich lege Ihnen dazu einen entsprechenden Artikel des Herrn Kurt Kuch im Nachrichtenmagazin „NEWS“ vor, und da ist ein Screen eines E-Mails von „Alois S.“ – ich gehe davon aus, dass Sie das sind; es gibt im gesamten Telekom-Bereich nur einen Alois S., also muss das der Alois Schrems sein –, wo Sie am 8. November 2007 an den Schieszler Gernot unter dem Betreff „Parnigoni“ Folgendes schreiben:

„Lieber Gernot betreffend der Vereinbarungen die wir mit Rudi Parnigoni gemacht haben, möchte ich Dir folgenden Vorschlag machen:“

Dann kommen vier Punkte, und entscheidend ist der Punkt drei. Sie schreiben an Schieszler – Zitat –:

„Rudi Parnigoni kann uns in unseren Anliegen Richtung Bundeskanzler gut unterstützen. Sobald wir das Signal geben, wird Rudi den nächsten Joggingtermin mit Alfred Gusenbauer vereinbaren.“

Nun, mit einem Bundeskanzler hat man nicht alle Tage zu tun. Gusenbauer war 2007 Kanzler. Jogging-Runden mit dem Gusenbauer sind auch nicht selbstverständlich. Von den 8 Millionen Einwohnern Österreichs gibt es nur eine Handvoll, die die Möglichkeit haben, mit einem Bundeskanzler joggen zu gehen. Daher gehe ich davon aus, dass Sie sich daran auch erinnern können.

Was haben Sie mit „unser Anliegen in Richtung Bundeskanzler“ gemeint? Was war denn das Anliegen?

Und in „sobald wir das Signal geben“, was ist da gemeint mit „wir das Signal geben“?

Und warum haben Sie den Herrn Parnigoni dazu eingesetzt, um in Jogging-Runden mit dem Herrn Gusenbauer diverse Anliegen der Telekom zu deponieren?

Können Sie zu diesen Jogging-Runden etwas sagen? – Jetzt machen Sie einmal mit und begeben Sie sich mit mir auf diese geistige Jogging-Runde! Bitte schön!

Mag. Alois Schrems: Naja, der Ausgang dieses Mails war ein Sponsoring-Ansuchen des **FC Gmünd**. Und meine Aufgabe dabei war es, dieses Ansuchen in einen Sponsoring-Vertrag zu gießen. (*Unruhe im Saal.*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser (*das Glockenzeichen gebend*): Bitte die Gespräche einzustellen, damit die Auskunftsperson gut gehört werden kann!

Mag. Alois Schrems (*fortsetzend*): Ich wiederhole: Die Ausgangslage für dieses Mail war ein Sponsoring-Ansuchen des **FC Gmünd**, das mir vorlag, das der Vorstand mir zugeteilt hat und wo es darum ging, aus diesem Ansuchen einen Sponsoring-Vertrag zu machen – mit den Rechten und Pflichten eines Sponsors.

Ich glaube, das Missverständnis, das bei diesem Mail besteht, ist, dass es sich da um drei einzelne Themen handelt. Wie Sie sehen können, in dem Original-Mail gibt es drei getrennte Themen. Ich habe da Aufzählungszeichen gemacht und ich gebe zu, aus

heutiger Sicht war dieses E-Mail und diese Darstellung der drei Themen etwas unglücklich.

Thema 1 habe ich bereits erwähnt: eben dieses Sponsoring-Ansuchen. Thema 2 war diese Personalfrage, wo ich nicht mehr weiß, worum es da ging. Thema 3, der Jogging-Termin: Da ging es eben um das Signal, wann dieser Termin stattfinden soll.

Diese drei Themen sind aber ... – Das wurde leider in der Presse missverständlich dargestellt. Diese Interpretation, wie es in den Medien eben wiedergegeben wurde, ist unrichtig, weil zwischen diesen Punkten **kein** Zusammenhang besteht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es hat meiner Auffassung nach auch kein Medium da einen Zusammenhang hergestellt, aber gut.

Bleiben wir bei diesem Punkt, bei Punkt 3. – Nebenbemerkung: Dieser **FC Gmünd**, wo Sie laut diesem E-Mail das Sponsoring mit 8 000 € eingefädelt haben, ist übrigens die Heimatgemeinde des Herrn **Parnigoni**. Da hat er insofern etwas mit dem Herrn Molterer und seinem Fußballverein aus seiner Heimatgemeinde etwas gemeinsam.

Aber zu dieser Jogging-Runde: Sie schreiben da:

„... kann uns in unseren Anliegen Richtung Bundeskanzler“ Gusenbauer „gut unterstützen“, und dann verweisen Sie auf die Jogging-Runde.

Was waren denn diese Anliegen in Richtung Bundeskanzler, die im Rahmen dieser Jogging-Runde deponiert werden sollten?

Mag. Alois Schrems: Es gab hier kein konkretes Projekt. Normalerweise, wenn Vorstände mit politischen Entscheidungsträgern zusammentreffen, wird die Lage des Unternehmens diskutiert und werden natürlich die großen Themen angesprochen. Was dann genau besprochen wurde, ist mir so nicht in Erinnerung.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber diese Jogging-Runde zwischen Gusenbauer und Parnigoni, basierend auf diesem E-Mail, hat dann in weiterer Folge stattgefunden – oder nicht?

Mag. Alois Schrems: Das nehme ich an. Ich war nicht dabei, also ich nehme an.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Den Schluss habe ich nicht verstanden.

Mag. Alois Schrems: Ich war nicht dabei, aber ich nehme an, dass sie stattgefunden hat.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie schreiben da am Schluss:

„Bitte gib mir Bescheid ich werde alles in die Wege leiten.

LG Alois“

Hat Ihnen der Herr Schieszler dann jemals Bescheid gegeben? Und was haben Sie dann konkret in die Wege geleitet oder auch nicht?

Ich beziehe mich hier auf das gleiche E-Mail, das Ihnen jetzt vorliegt, mit diesen drei Punkten: Punkt eins, Sponsoring für den FC Gmünd – das ist der Verein der Heimatgemeinde Parnigonis.

Punkt zwei: „ ... Personalfrage haben wir Rudi Parnigoni versprochen uns zu rühren.“ – Um welche Personalfrage geht es da?

Punkt drei ist eben die Joggingrunde.

Und dann schreiben Sie am Schluss an Schieszler: „Bitte gib mir Bescheid ich werde alles in die Wege leiten.“

Also was hat Ihnen der Herr Schieszler dann Bescheid gegeben? Und was haben Sie denn dann in die Wege geleitet oder auch nicht?

Sie müssen irgendetwas in die Wege geleitet haben, denn zu Punkt drei, der Jogging-Runde, sagen Sie ja, dass Sie davon ausgehen, dass die dann auch stattgefunden hat. Und Punkt eins, das Sponsoring, gab es dann, neben anderen Sponsorings, zum Beispiel auch für Parnigonis Verein „Pro Niederösterreich“, meines Wissens tatsächlich. Da ist ja dann auch konkret etwas passiert.

Was können Sie dazu sagen?

Mag. Alois Schrems: Soweit ich mich erinnern kann, habe ich dieses Dokument, diesen Vertrag ausgefertigt und an den Vorstand geschickt. Und ich vermute, dass dieses Sponsoring dann auch durchgeführt wurde.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, das ist richtig, das Sponsoring wurde dann auch durchgeführt, wie Sie sagen.

Noch einmal zur Jogging-Runde mit dem Bundeskanzler: Haben Sie da dann irgendein Feedback von Parnigoni bekommen? Haben Sie ihn gefragt: Wie war das Joggen mit Gusenbauer? – Oder haben Sie da irgendwelche Wahrnehmungen dazu?

Mag. Alois Schrems: Kann ich mich nicht erinnern.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt, Sie checken, dass der Parnigoni mit dem Gusenbauer – damals immerhin Bundeskanzler – joggen geht, und können sich dann an kein Feedback von der Jogging-Runde erinnern?

Mag. Alois Schrems: Nein, kann ich mich nicht erinnern.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie sind kein Jogger, das haben Sie schon gesagt. Das ist ja zumindest (*Mag. Schrems: Das ist eine ...*) vielleicht eine mögliche Erklärung – oder auch nicht.

Entschuldigen Sie, Frau Vorsitzende, wie viel Zeit habe ich noch? (*Obfrau Dr. Moser: 40 Sekunden!*) – Dann eine kurze 40-Sekunden-Frage: Es geht in Sachen Regierungslobbying aus einem Protokoll von Deloitte Folgendes hervor:

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

„Regierungslobbying: das Thema wurde mit Hochegger diskutiert; ein eigener Auftrag ist allerdings nicht bekannt; Telekom hat auch selbst mit den Parteien Kontakt aufgenommen“

Das geben Sie im Rahmen dieser Besprechung an.

Welche Kontakte hat denn die Telekom selbst – zu welchen Parteien, in welchem Zusammenhang – aufgenommen? Ich verweise hier noch einmal auf das Stichwort, das in dieser Besprechung angeführt ist: **Regierungslobbying**.

Wie hat denn konkret das Regierungslobbying – von dem Sie selbst sprechen – der Telekom bei den einzelnen Parteien ausgeschaut? Mit wem hat man da geredet? Was hat da stattgefunden? In welchem Zeitraum? Welche Wahrnehmungen haben Sie dazu?

Das haben Sie ja selber in diesem Protokoll gesagt, also gehe ich davon aus, dass dahinter irgendwelche Erinnerungen da sein müssen.

Mag. Alois Schrems: Ganz konkret kann ich es Ihnen nicht sagen. Aber was im Wesentlichen passiert ist, ist, dass man sich die Programme der Parteien angeschaut hat, analysiert hat, auf die Fragen Breitband, IKT, Telekommunikation, um da einmal festzustellen, was denn die einzelnen Parteien für Ideen haben. Auf Basis dessen hat

man im nächsten Schritt versucht, bei den zukünftigen Gesprächen konkret eben auf diese Themen einzugehen, um halt einfach **Information** und **Awareness** zu schaffen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Mit welchen Personen in welchen Parteien oder mit welchen Regierungsmitgliedern wurde da konkret gesprochen? Können Sie uns da ein paar Namen nennen?

Mag. Alois Schrems: Kann ich mich nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das überrascht mich jetzt **nicht**, dass Sie sich nicht erinnern können.

Mag. Alois Schrems: Wirklich nicht. Das ist so lange her.

Abgeordneter Anton Heinzl (SPÖ): Herr Mag. Schrems, Ihre Wahrnehmung im Rückblick zur Tätigkeit von Herrn Michael Fischer und Herrn Michael Jungwirth: Können Sie sich erinnern, was die beiden Herren eigentlich im Unternehmen für die Projekte im Lobbying-Bereich betreut haben?

Mag. Alois Schrems: Naja, im Wesentlichen war es so, dass Herr Jungwirth – und ich war ja auch in dieser Abteilung – und ich die Themen aufbereitet haben, also einmal die Argumentarien zusammengestellt haben.

Mein Part – wie ich bereits erwähnt habe – war eher die **volkswirtschaftliche** Seite, um das argumentativ aufzuladen. Und diese Inhalte sozusagen und diese Argumentarien sind dann in Richtung Herrn Fischer gegangen, der dann konkret eben Lobbying-Aktivitäten und die Gespräche geführt hat.

Abgeordneter Anton Heinzl (SPÖ): Herr Mag. Schrems, wissen Sie oder können Sie sich erinnern, mit wem Herr Ing. Michael Fischer diese Lobbying-Aktivitäten geführt hat und zu welchen Projekten?

Mag. Alois Schrems: Kann ich mich nicht konkret erinnern, weil ich ja bei diesen Terminen nicht dabei war.

Abgeordneter Anton Heinzl (SPÖ): Vielleicht geht es ein bisschen unkonkreter?

Mag. Alois Schrems: Naja, es war ... – Typischerweise sind das, bezogen auf konkrete Themen: wenn es das Finanzministerium betrifft, eben das Finanzministerium; oder eine Tätigkeit war sicher, das Thema Breitband in den Bundesländern zu besprechen, weil ja der Ausbau, Breitbandausbau ein großes Thema war. Also das ist ein Beispiel, das er ...

Abgeordneter Anton Heinzl (SPÖ): Herr Mag. Schrems, wissen Sie vielleicht – mich interessiert das wirklich –:

Wie ist dieses Lobbying abgelaufen? Hat es da Sitzungen bei Ihnen im Unternehmen, im Haus gegeben, oder ist das eher im gesellschaftlichen Bereich passiert? Wie hat Herr Ing. Michael Fischer diese Lobbying-Arbeit durchgeführt?

Mag. Alois Schrems: Also ich glaube, er hat heute Vormittag eh geschildert, im Wesentlichen sind das Gespräche gewesen.

Abgeordneter Anton Heinzl (SPÖ): Und wo: Hier im Parlament zum Beispiel oder im Finanzministerium? Oder bei Jagdgesellschaften? Wo ist das Ihrer Wahrnehmung nach passiert?

Mag. Alois Schrems: Das kann ich nicht genau sagen, weil ich kein Jäger bin.

Abgeordneter Anton Heinzl (SPÖ): Also ich darf feststellen: Sie sind nicht Generalsekretär einer Jagdgesellschaft oder irgendeiner Stammtischrunde? (*Mag. Schrems: So ist es!*) – Herr Mag. Schrems, noch eine Frage: Haben Sie jemals

im Unternehmen die Möglichkeit gehabt, Direktsponsorings, Inserate zu vergeben oder Druckkostenbeiträge an Zeitungen?

Mag. Alois Schrems: Nein, nicht in meiner Funktion als Experte. Ich war vertraglich, dienstvertraglich, ein Experte. Ich war ja kein Manager mit Mitarbeiterspanne ...

Abgeordneter Anton Heinzl (SPÖ): Danke, keine weiteren Fragen vorerst.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Zuerst noch eine letzte kurze Bemerkung in eigener Sache.

Wir haben das jetzt bei der Staatsanwaltschaft Wien ausheben lassen. Es hat die Anzeige von Mag. Grasser gegen mich wegen des Delikts der Verleumdung gegeben. Die Staatsanwaltschaft Wien hat, weil sie das als völlig aussichtslos beurteilt hat, keine einzige Ermittlungshandlung gesetzt und deshalb kein Auslieferungsbegehren an den Nationalrat gestellt. Das Verfahren ist am 9. Februar 2011 offiziell eingestellt worden. Es gibt kein offenes Verfahren gegen mich. Sollte jemand, insbesondere von BZÖ oder ÖVP, diese Behauptungen wiederholen, gibt es die üblichen dafür vorgesehenen Folgen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Rosenkranz.*) Ja, selbstverständlich, das sind die üblichen Folgen – wie der Kollege Rosenkranz offensichtlich aus eigener Erfahrung weiß.

Jetzt wieder Fragen zum Herrn Schrems: Ich halte Ihnen nur noch zwei weitere Zitate aus Beschuldigtenvernehmungen von Hohegger – das ist immer Hohegger, der hat sehr viel ausgesagt – vor, wieder vom 6.6.2011, denn das passt mit den E-Mails nicht zusammen. Wenn immer Alois Schrems ein Anliegen beziehungsweise eine Frage hatte, konnte er sich direkt an Kurt Gartlehner wenden und sich mit ihm austauschen. – Zitatende.

Glaube ich ja sofort, aber dann ist mir ja noch weniger klar, wozu Sie **Dr. Hohegger** brauchen. Können Sie das beantworten?

Mag. Alois Schrems: Na ja, Dr. Hohegger hat seine Aufträge vom Vorstand entgegengenommen und ist sozusagen für diese Aktivität nominiert worden. Ich habe ja aufgezählt, dass meine Tätigkeiten eigentlich größtenteils in einem anderen Bereich lagen und **30 Prozent** meiner Ressourcen für diese Tätigkeit aufgingen. So, wie der Eindruck jetzt entstanden ist, scheint es ja so gewesen zu sein, als ob ich 100 Prozent Ressource für dieses Thema verwendet habe. Und das ich will hier schon einmal richtigstellen, dass das so war, wie ich es gesagt habe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): In der letzten Runde habe ich Ihnen eine Frage gestellt. Die werde ich jetzt wiederholen, weil die Frau Vorsitzende nicht wollte, dass Sie in der letzten Runde darauf eine Antwort geben. Jetzt wird es sicherlich gehen, deswegen wiederhole ich meine Frage:

Wer hat Ihnen gesagt, dass Sie sich in solchen Fällen an den Dr. Hohegger wenden können?

Mag. Alois Schrems: Ich glaube, ich habe es bereits angesprochen. Es war so, dass Hohegger sich ja nicht bei mir die Aufträge holte, ich war ja Mitarbeiter der Kommunikationsabteilung. Es gab meistens informelle Gespräche mit dem Vorstand, wo sozusagen die Aufträge definiert wurden. Mein Vorgesetzter hat mir das dann mitgeteilt, und in der Folge wurden dann die Aufträge abgearbeitet.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und in diesem Fall, den wir jetzt mit diesen beiden E-Mails miteinander durchgegangen sind: Wer war Ihr Vorgesetzter, der Ihnen gesagt hat, in diesem Fall gehen Sie zum Hohegger und nicht direkt zu Gartlehner? Wer war der Vorgesetzte?

Mag. Alois Schrems: Ja, das ist ein Einzelfall. Das kann man ja nicht in dem Zusammenhang sehen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Na ja, es gibt im Einzelfall immer einen Einzelvorgesetzten, der einen Einzelauftrag gibt. Und wer war das im Einzelfall?

Mag. Alois Schrems: Kann ich mich nicht erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Können Sie sich nicht erinnern.

Und wer war es im Normalfall, der gesagt hat: Gehen Sie zu Hohegger und schauen Sie, dass der das tut!? (*Mag. Schrems: Herr Bredl!*) – Okay, danke.

Dann habe ich nur noch ein letztes Zitat. Es stammt aus der Beschuldigtenvernehmung des Herrn Hohegger vom 26.9.2011, und da wird er gefragt, welche Rolle die verschiedenen Politiker für ihn gespielt haben. Da gibt es ein sehr bemerkenswertes Zitat:

Bezüglich Gartlehner bleibe ich bei meinen bereits gemachten Aussagen. Er war eine meiner Erfindungen. – Zitatende.

Das heißt, Herr Dr. Hohegger bezeichnet den Abgeordneten Gartlehner als eine seiner „Erfindungen“. Ich werde hoffentlich noch Gelegenheit haben, Herrn Dr. Hohegger zu fragen, wie er in der Lage ist, einen Nationalratsabgeordneten zu **erfinden**. Aber wenn wir das in der Art und Weise verstehen, dass er sagt, das ist meine Schöpfung, also das ist eine Person, die ich vollkommen in der Hand habe und mit der ich machen kann, was ich will: Deckt sich das mit Ihren Erfahrungen mit Hohegger und Gartlehner, dass Hohegger praktisch ein bestimmendes Verhältnis gegenüber Gartlehner hatte?

Mag. Alois Schrems: Den Eindruck hatte ich nicht. Nein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hatten Sie nicht. – Ich habe sonst keine Fragen. Danke.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ich halte Ihnen vor ein E-Mail vom 18. Juli.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Da schreiben Sie an Robert Moser, der offensichtlich – das geht aus dem Text hervor – Ihr Wunschkandidat für die Rolle des Geschäftsführers der ISPA war, ein E-Mail, das in „Cc“ auch an Hohegger und Gartlehner erging, und Sie informieren über die verschiedenen Vorstände der ISPA und die Möglichkeit der Einflussnahme auf diese. Unter anderem schreiben Sie da:

Lieber Robert! Für deine Wahl brauchen wir eine einfache Mehrheit des Vorstandes. Michael Eisenriegler von MediaClan hat sich nach Aussenden der Bewerber-CVs bereits ein negatives Urteil über alle Bewerber gefasst und das allen Vorständen mitgeteilt. Er ist SPÖ-nahe und kann über diese Ebene erreicht werden. Vielleicht kann dir da Kurt behilflich sein. – Zitatende.

Vielleicht haben Sie an **dieses** E-Mail eine Erinnerung?

Mag. Alois Schrems: Was ist Ihre konkrete Frage?

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ob Sie an dieses E-Mail eine Erinnerung haben. Es ist ganz einfach. (*Mag. Schrems: Ja!*) – Können Sie das ein bisschen erklären, worum es bei der Geschichte gegangen ist und warum Sie da einen derart starken SPÖ-Bezug herstellen?

Mag. Alois Schrems: Darf ich das E-Mail noch durchlesen?

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Bitte, natürlich! Nehmen Sie sich die Zeit!

Mag. Alois Schrems (nach längerer Einsicht in die betreffende Unterlage): Ja, es geht um die Wahl des ISPA-Geschäftsführers und eine Sondierung einer Person.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Um eine Sondierung geht es da? (Mag. **Schrems**: Ja!) – War es eigentlich üblich, dass Gartlehner für Sie im SPÖ-Umfeld lobbyiert hat?

Mag. Alois Schrems: Gartlehner war im IKT-Bereich natürlich ein Mensch, der Kontakte hatte, aber ...

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Da geht es ja um die Bestellung eines Geschäftsführers, und die Frage ist: Hat das über Kurt Gartlehner funktioniert, wenn es um Bestellungen für Geschäftsführer und ähnliche Angelegenheiten gegangen ist?

Mag. Alois Schrems: Also, in dem Fall hat ...

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Hatte Peter Hochegger einen Lobbying-Vertrag im Hinblick auf die Beeinflussung von Geschäftsführerbestellungen? (Mag. **Schrems**: Nein, hatte er nicht!) – Nein? Oder wissen Sie es nur nicht?

Mag. Alois Schrems: Nein, hatte er nicht. (Abg. **Amon**: Sind Sie sicher?) – Bin ich mir sicher.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Das ist interessant, weil sonst haben Sie keine Wahrnehmungen über Lobbying-Aktivitäten, aber da sind Sie sich **ganz sicher**, dass er keinen Vertrag hat. Warum sind Sie sich da ganz sicher? (Mag. **Schrems**: Beim ISPA-Thema?) – Ja, warum sind Sie sich da ganz sicher? Weil das der Kurt Gartlehner alleine erledigen konnte, ohne direkten Auftrag des Peter Hochegger? Oder warum sind Sie sich da so sicher?

Sie erzählen die ganze Zeit, Sie haben keine Wahrnehmung, keine Erinnerung, es gibt kein Lobbying, es gibt gar nichts. Und da wissen Sie ganz exakt, ganz genau, dass Peter Hochegger für diese ganz konkrete Aufgabe keinen Auftrag hatte.

Warum erinnern Sie sich an das **so genau**?

Mag. Alois Schrems: Weil dieses Thema ja stark abweicht von den klassischen Regulierungsfragen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ich habe noch einen letzten Komplex, den ich Sie gerne fragen möchte, und zwar geht es dabei um den Prüfbericht der KPMG aus dem Jahr 2008 und in dem Zusammenhang um Beraterverträge.

Ich möchte Sie – ich habe diese Frage auch schon an Herrn Fischer gerichtet – fragen, ob Sie eine Wahrnehmung haben im Hinblick auf Beratungsunternehmen oder deren Geschäftsführer in Ihrer Amtszeit.

Alois Czipin Produktivitätsberatung, Geschäftsführer: **Alois Czipin**. – Kennen Sie? Keine Wahrnehmung? (Mag. **Schrems**: Aus den Medien!) – Sonst nicht? Gab es nach Ihrem Wissen irgendeinen Beratervertrag? (Mag. **Schrems**: Nein!) – **ACP** Beteiligungsmanagement GmbH, Geschäftsführer: Karl Zechmeister. (Mag. **Schrems**: Nein!) – **Robicom**, Geschäftsführer: Robert Nowikovsky. (Mag. **Schrems**: Nein!) – **Create Connections**, Geschäftsführer: David Ungar-Klein.

Mag. Alois Schrems: Hier kann ich mich erinnern, dass es eine Kooperation gab.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Worum ging es bei dieser Kooperation?

Mag. Alois Schrems: Es ging um die Erstellung eines Infrastrukturberichts.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Wer hat diesen Auftrag erteilt?

Mag. Alois Schrems: Das weiß ich nicht. Ich war inhaltlich eingebunden in der Frage, was denn zum Thema Telekommunikation die wichtigen Themen sind, die in diesen Bericht rein sollen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): **COM Partners** Unternehmensberatungs GesmbH, Geschäftsführer: Burger Kai-Peter und Yntema Berend. (*Mag. Schrems: Nein!*) – **NCN Consulting**, Geschäftsführer: Mag. Nikolaus Nonhoff, Geschäftsführer Dr. Ernst Nonhoff. – Keine Wahrnehmung, kein Vertrag? (*Mag. Schrems: Nein!*) – **SPOT AG** und **SPOT GmbH**, Geschäftsführer: Dr. Thomas Scheiner? (*Mag. Schrems: Nein!*) – Sind Sie sich ganz sicher, dass Sie dazu keine Wahrnehmung und keine Erinnerung haben? (*Mag. Schrems: Ja!*) – **Heinz Lederer Communications**, Geschäftsführer: Heinz Lederer? Kann es sein, dass es da einen Beratervertrag über den Peter Hohegger gab?

Mag. Alois Schrems: Als Person bekannt und Kooperation Lederer-Hohegger auch bekannt, aber die vertraglichen ... (*Abg. Amon: Für welche Bereiche?*) – Das weiß ich nicht; kann ich nicht sagen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Sie wissen, es gibt eine Kooperation mit Hohegger und Lederer vonseiten der Telekom, aber worum es da geht, da haben Sie keine Wahrnehmung?

Mag. Alois Schrems: Ich habe mit Herrn Lederer nie Kontakt gehabt in inhaltlichen Dingen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Welche Personen sind Ihnen aus dem Kreise der Telekom Austria-Beratungsdienstleister bekannt, die, ohne in einem Anstellungsverhältnis zur Telekom Austria zu stehen, eine Zutrittsberechtigung in das Haus der Telekom Austria haben? Oder sind Ihnen Personen bekannt, die einen Anspruch haben, ein Dienstfahrzeug der Telekom Austria zu benutzen? (*Mag. Schrems: Ist mir nicht bekannt!*) – Weder für das eine noch für das andere? (*Mag. Schrems: Nein!*) – Ist Ihnen die Person des Herrn Rechtsanwaltes **Dr. Regner** bekannt? (*Mag. Schrems: Nein!*) – **Dr. Adolf Anderl?** (*Mag. Schrems: Nein!*) – Rechtsanwalt **Dr. Stefan Prochaska**, Alleinaktionär der SPOT?

Mag. Alois Schrems: Nein. – Also Name bekannt, aber keinen Kontakt. (*Abg. Amon: Keine Wahrnehmung?*) – Nein. – (*Abg. Amon: Keine Verbindung zur Telekom?*) – Nein.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Gut. Ich bedanke mich.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen damit zur Runde der Zusatzfragen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ganz kurz. Sie waren so freimütig, trotz der Einschränkung durch den Herrn Verfahrensanwalt hinsichtlich Ihrer Nicht-Mitgliedschaft zur SPÖ etwas zu sagen. Wenn ich es ganz allgemein formulieren darf – mich interessiert das –, ob Sie jemals Mitglied irgendeiner Partei oder einer Vorfeldorganisation waren – nicht welcher, sondern grundsätzlich? (*Mag. Schrems: Nein!*)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ich habe keine Zusatzfrage, aber ich möchte die Möglichkeit noch einmal nutzen, im Rahmen einer Geschäftsordnungsmeldung an die Frau Vorsitzende Moser die Bitte zu richten, auf Basis dieser Diskussion jetzt mit dem Herrn Pilz, der das immer wieder da bringt ... – Wenn das stimmt, was der Kollege Pilz sagt, dann haben wir es hier mit einem

Dokument der Staatsanwaltschaft Wien zu tun, das falsch ist, denn ich darf noch einmal zitieren, und ich habe Herrn Pilz nichts unterstellt, sondern mich auf ein offizielles Dokument des BAK beziehungsweise der StA bezogen, wo wörtlich steht:

Am 24. Februar 2012 wurde von Staatsanwalt Wandl eine Liste mit den derzeit auf der StA geführten Beschuldigten übermittelt. (Stichtag 24.02.2012)

Also eine Liste der derzeit Beschuldigten, Stichtag 24. Februar 2012. – Wenn ich da jetzt irgendwas falsch zitiere aus diesem Dokument, liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte es jetzt zu sagen. Ich glaube, ich zitiere richtig; jeder hat das Dokument vorliegen.

Da ist auf Seite 4 Kollege Pilz als Beschuldigter angeführt. Ich kann nur zitieren aus den Akten, die uns übermittelt werden. Wenn das nicht stimmen sollte, Frau Moser, muss ich Sie wirklich ersuchen, da den Kontakt mit der Staatsanwaltschaft aufzunehmen, denn der Ausschuss kann es **nicht** akzeptieren, dass Akten übermittelt werden, die offensichtlich falsch sind.

Ob man jetzt Beschuldigter ist oder nicht, ist meines Wissens schon sehr relevant, und ein Versehen oder eine Falschinformation in diesem Zusammenhang ist **nicht** zu akzeptieren, weil das natürlich, wie Sie sagen, eine schwere Bürde ist, als Beschuldigter zu gelten.

Noch einmal: Uns haben die Behörden aus der Staatsanwaltschaft und aus dem BAK mit Stichtag 24. Februar schriftlich den Akt übermittelt, dass Pilz mit Stichtag 24. Februar als **Beschuldigter** geführt wird. Daher verstehe ich auch die Kritik von Pilz an Petzner und Amon nicht. Wir beziehen uns auf offiziell vorliegende behördliche Dokumente.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ja, das ist jetzt schon die vierte Runde (*Abg. Petzner: Der Herr Pilz erwähnt es auch immer wieder!*), und ich habe seit 9.30 Uhr auf meinem sozusagen Inhaltsverzeichnis für die Fraktionssitzung – übrigens habe ich das jetzt auch noch kommunizieren lassen – diesen Punkt vorrangig als Punkt 1 stehen. Wir machen das, keine Sorge. Erübrigt sich das dann? – Danke.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es gibt nur noch eine Kleinigkeit. Wieder eine Beschuldigtenvernehmung von Peter Hochegger, diesmal vom 26.09.2011. Da geht es um die Universaldienstverordnung, und Hochegger sagt – ich zitiere –:

Mir ist die Universaldienstverordnung natürlich ein Begriff, da diese ein ständiges Thema in der Telekom Austria war. Ich kann mich auch erinnern, dass mir damals Alois Schrems mitteilte, dass es Gott sei Dank eine Regelung im Sinne der TA gegeben hat. – Zitatende.

Können Sie sich daran erinnern, dass Sie dem Herrn Hochegger oder irgendwem sonst gesagt haben, dass es „Gott sei Dank“ zugunsten der Telekom Austria eine Regelung bei der Universaldienstverordnung gibt? – Könnte auch ohne „Gott sei Dank“ gewesen sein; auf das „Gott sei Dank“ lege ich nicht so einen Wert.

Mag. Alois Schrems: Ja, das bezieht sich auf die Frage der Dauer, wie lange dieses Problem schon besteht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, Hochegger sagt aber etwas anderes, nämlich: eine Regelung im Sinne der TA, also offensichtlich zugunsten der TA.

Haben Sie sich gefreut damals, dass es eine Regelung gegeben hat, von der die Telekom Austria profitiert hat? War das so? – Freuen ist ja nichts Verbotenes. Haben

Sie sich darüber gefreut, dass es eine Regelung gegeben hat, von der die TA profitiert hat?

Mag. Alois Schrems: Meine Verbindung zu diesen technischen Themen war nicht so stark auf emotionaler Basis.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Diese Antwort war von so großartiger Seltsamkeit, dass ich damit keine weiteren Fragen mehr habe.

Obfrau Dr. Gabriela Moser dankt – da es keine weiteren Zusatzfragen gibt – der **Auskunftsperson Mag. Schrems**, verabschiedet diese und **unterbricht** die Sitzung zum Zwecke einer Fraktionsführerbesprechung.

16.39

*(Die medienöffentliche Sitzung wird um 16.39 Uhr **unterbrochen** und um 17.05 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)*

17.05

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich **nehme** die unterbrochene Sitzung **wieder auf**.

Ich darf mitteilen, dass die Beratungen der Fraktionssitzung ergeben haben, dass die Staatsanwaltschaft in der Causa Pilz – ich nenne es jetzt so – einen gravierenden Fehler begangen hat, es wurde das Verfahren gar nicht aufgenommen, es ist praktisch bereits im Jahr 2011 ad acta gelegt worden. Allerdings ist das Aktenstück, das Abgeordneter Petzner zitiert hat, dem Ausschuss zugegangen mit der **Falschinformation**, dass noch ein Verfahren laufe.

Wir werden uns in dieser Frage an die Staatsanwaltschaft wenden und sie um die Richtigstellung des Status ersuchen.

17.07

Auskunftsperson Mag. Gabriela Stimpfl-Abele

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur **Anhörung** von Frau **Mag. Stimpfl-Abele** als **Auskunftsperson**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saals. Handys müssen abgeschaltet sein.

Frau Stimpfl-Abele, ich danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie auf Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihre Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion vor.

Sie sind während des Zeitraumes der Untersuchung nicht in einem öffentlichen Dienstverhältnis.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Ich weise Sie noch darauf hin, dass Sie über die Errichtung und den Inhalt von Rechtsgeschäften, bei welchen Sie als Urkundsperson beigezogen worden sind, die Aussage auch wegen eines zu besorgenden vermögensrechtlichen Nachteils nicht verweigern dürfen.

Nun zu Ihrer **Vertrauensperson**. Ihr vollständiger Name lautet: Rechtsanwalt **Mag. Hans-Rainer Rienmüller**; auch Ihre Personaldaten sind uns bekannt.

Ich frage die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Mag. Rienmüller als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Ich habe auch Sie an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Beweisaussage als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten. Strafrechtliche Folgen könnte daher zum Beispiel die Anstiftung zu einer falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der **Auskunftsperson**. Sie haben aber **nicht** das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden.

Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

Frau Mag. Stimpfl-Abele, Sie können in einer zehnmütigen Erzählung kurz den Gegenstand aus Ihrer Sicht umreißen. (*Die Auskunftsperson verzichtet. – Obfrau Dr. Moser erteilt als erstem Fragesteller Abg. Petzner das Wort.*)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Frau Mag. Ullmann, Sie sind geladen, weil es hauptsächlich um mehrere Zahlungsströme oder konkret um 96 000 € geht und die Involvierung der Agentur „**White House**“ in die Causa Telekom.

Ich frage Sie dazu eingangs zu dieser Agentur „White House“. Können Sie kurz schildern, welche Aufträge diese Agentur abwickelt, vor allem für politische Parteien oder auch Ministerien, beziehungsweise welche Aufträge sie im Zusammenhang mit der Telekom abgewickelt hat?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Nur zum protokollarisch Korrekten: Die Auskunftsperson hat inzwischen geheiratet, und ich habe ihren neuen Namen vorgelesen. Nur damit wir es korrekt im Protokoll haben. (*Abg. Petzner: Der lautet wie?*) – **Stimpfl-Abele.** Auch für alle anderen, weil wir haben auf unserer Einladung noch den Namen Ullmann stehen.

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Die Agentur „White House“ gibt es in etwa seit 23 Jahren, und wir haben unterschiedlichste Kunden aus den verschiedensten Bereichen, ob das jetzt Konsumgüter-Industrie ist oder Investitionsgüter-Industrie, aber auch Interessenvertretungen und unter anderem die ÖVP seit vielen, vielen Jahren. Es sind unterschiedliche Projekte, unterschiedliche Themen. Selbst ist die Agentur als klassische Werbeagentur und als Event-Agentur bekannt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gibt es andere Parteien außer der Österreichischen Volkspartei, für die Sie Aufträge abgewickelt haben? (*Mag. Stimpfl-Abele: Nein!*) – Welche Aufträge haben Sie von Ministerien, gibt es da welche? Wenn ja, können Sie da welche nennen?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Ich bin seit 2005 in der Agentur, und in dieser Zeit gab es keinen einzigen Auftrag von Ministerien. Vorher kann ich nichts dazu sagen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir haben in einem Rechnungshofbericht einen Auftrag gefunden in der Höhe von 163 716 € an die Firma „White House“; PR-Kampagne zur verbesserten Darstellung der Leistung des Bundesministeriums für Finanzen in der Öffentlichkeit (Konjunkturpaket, steuerliche Maßnahmen). – Es gibt da sehr wohl einen Auftrag laut dieser Aufstellung.

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Ich habe die Frage so beantwortet: Ich bin seit 2005 in der Agentur und seit dieser Zeit kann ich Auskunft geben. Was vorher war ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Von dem wissen Sie nichts? (*Mag. Stimpfl-Abele: Nein! Wissen Sie die Jahreszahl?*) – Das ist eben das Problem, dass das aus diesem Dokument nicht hervorgeht. (*Mag. Stimpfl-Abele: Nein, also seitdem ich in der Agentur bin, haben wir kein Ministerium betreut!*) – Gut.

Dann kommen wir konkret zu diesen 96 000 €. Ich halte Ihnen dazu vor die Rechnung der Firma „White House“ an die Valora Unternehmensberatung zu Händen Dr. Hochegger vom 30. September 2008.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Da wird eine Summe verrechnet von 96 000 €, der Abrechnungszeitraum lautet: 1. Jänner 2008 bis 30. September 2008, und die angegebenen Leistungen lauten: Buy-Out für Kreativkonzepte, diverse Abstimmungstermine, begleitendes strategisches Consulting.

Zu diesen drei Punkten, die hier angeführt sind: Welche konkreten Leistungen haben Sie in diesem Zusammenhang für die Valora des Peter Hochegger erbracht?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Wir erbrachten Leistungen, die darin beschrieben sind. Leistungen, die im Rahmen des Nationalratswahlkampfes 2008 für die Bundespartei erbracht worden sind. Keine Leistungen an die Valora.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt, das sind Leistungen, die Sie für die Bundespartei der ÖVP erbracht haben?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Das sind Leistungen, die die Valora für die ÖVP in diesem Zeitraum übernommen hat, die Zahlungen für Leistungen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Verrechnet worden ist es über die Valora.

Was hat konkret die Firma „White House“ für die Österreichische Volkspartei gemacht?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: 2008 war das erste Mal ein Jugendwahlkampf geplant, da 16-jährige Jugendliche zur Wahl zugelassen waren. Auf Einladung der ÖVP haben wir präsentiert und haben den Zuschlag für die Ausrichtung dieser Jugendkampagne erhalten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Von wem wurden Sie konkret seitens der ÖVP zu einer Präsentation eingeladen, und von wem konkret in der ÖVP haben Sie dann den Auftrag zugesagt bekommen?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Wir sind eingeladen worden vom Generalsekretariat, und es gibt einen Vertrag, der von der Bundespartei unterfertigt worden ist.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Von wem ist dieser Vertrag, den Sie hier angesprochen haben, seitens der ÖVP-Bundespartei unterfertigt worden? *(Mag. Stimpfl-Abele: Von der Organisationsreferentin!)* – Können Sie den Namen nennen? *(Mag. Stimpfl-Abele: Das war die Frau Mag. Chladek!)* – Generalsekretär war damals wer? *(Mag. Stimpfl-Abele: Michaela Mojzis!)* – Sie haben mit Frau Mojzis gesprochen, aber ich glaube, da gab es auch den Hannes Missethon. Kommt der auch vor? *(Mag. Stimpfl-Abele: Mit dem hatte ich nichts zu tun!)* – Das ist über Frau Mojzis gelaufen, die seinerzeit, glaube ich, ÖVP-Bundesgeschäftsführerin war.

Jetzt frage ich Sie: Wenn Sie Leistungen erbringen für die ÖVP, wenn Sie eingeladen werden von der ÖVP-Bundesgeschäftsführerin Mojzis zu einer Präsentation für einen ÖVP-Jugendwahlkampf, warum stellen Sie dann die Rechnung nicht an die ÖVP, sondern an die Valora?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Da müssen Sie die Vorgeschichte noch erörtern, weil die Rechnungen sind ja alle an die ÖVP gelegt worden, zu Beginn. Und dann sind wir ersucht worden, diese Rechnungen beziehungsweise diese Leistungen, dass sie von der Valora übernommen werden, auf Grund dieses Umstandes, diese Rechnung, eine **Gesamtrechnung** an die Valora zu legen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich weiß das eh alles, ich möchte es trotzdem von Ihnen persönlich hören. De facto wurden Sie seitens der ÖVP beauftragt, eine **Scheinrechnung** an die Valora zu legen. Denn das ist eine Scheinrechnung, die hier vorliegt, weil diese Leistungen, die Sie da für die **Valora** angeben, überhaupt nichts mit der Valora zu tun haben, sondern es handelt sich hierbei um Wahlkampfmaßnahmen für die ÖVP im Jahr 2008. – Das ist also nichts anderes als eine Scheinrechnung.

Ich frage Sie konkret: Wer innerhalb der ÖVP hat Ihnen den Auftrag erteilt, Ihre alte Rechnung an die ÖVP zu stornieren und eine neue Rechnung mit der Summe von 96 000 € an die Valora auszustellen? Wer konkret hat Ihnen diesen Auftrag erteilt und Ihnen mitgeteilt: Rechnung stornieren, neue Rechnung ausstellen, nämlich diese an die Valora?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Es ist das **keine** Scheinrechnung, weil dieser Rechnung liegen tatsächlich erbrachte Leistungen zugrunde, weil den Wahlkampf hat es ja gegeben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, aber den Wahlkampf hat die **ÖVP** geführt und nicht die Valora. Insofern halte ich an diesem Ausdruck fest, aber ich akzeptiere Ihre Klarstellung.

Bitte setzen Sie fort, wer Ihnen den Auftrag gegeben hat.

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Dieser Auftrag kam zu Ende, als die Wahl geschlagen war, und es war eine Zeit, wo sich die Ansprechpersonen auch innerhalb der ÖVP ganz kurzfristig geändert haben. Das Wahlkampf-Team hat sich innerhalb kürzester Zeit aufgelöst, und ich kann Ihnen heute mit Sicherheit nicht mehr sagen, wer den Auftrag gegeben hat, dass diese Rechnung an die Valora zu legen ist. Man hat im Wahlkampf mit verschiedensten Leuten zu tun, gerade in der heißen Phase und gerade, wenn das Team nach dem Wahlkampf praktisch neu aufgestellt wird oder praktisch zerfällt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, gehen wir es chronologisch durch, vielleicht können Sie sich dann erinnern. Herr Kratky hat in einem Brief an den U-Ausschuss geschrieben, dass er mit Ihnen gesprochen hat, und er hat uns folgende Informationen mitgeteilt – Zitat –:

Nach Beendigung des Auftrages hätte der Kunde der Agentur eröffnet, dass sie kein Budget zur Zahlung der erbrachten Leistung hätten. – Zitatende.

Wer ist denn dieser Kunde der Agentur? Wer ist das, und wer hat Ihnen das konkret mitgeteilt, dass kein Budget zur Zahlung der erbrachten Leistung vorliegt?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Eingangs: Herr Kratky war nie ein Mitglied der Agentur „White House“ und hat daher nur Informationen aus dritter Hand.

Zweitens: Mein Kunde oder mein Auftraggeber war die Bundespartei.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wer hat Ihnen konkret gesagt: Sie stellen diese Rechnung an die Valora? Ich frage Sie das noch einmal.

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Das habe ich Ihnen schon beantwortet. Ich kann Ihnen diesen Namen nicht nennen, weil ich es nicht mehr weiß. Das ist vier Jahre her.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wenn ich einen Auftrag bekomme, so eine Rechnung in dem Wissen, dass das an die Valora geht, zu stellen, und es da um Wahlkampfmaßnahmen geht, dann würde ich mich als Unternehmer sehr gut daran erinnern können. Die 96 000 € sind ja keine Lappalie.

Also: Bleiben Sie dabei, dass Sie sich einfach nicht erinnern können?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Ganz genau. Rufen Sie sich die Situation in Gedanken! Die Valora und Peter Hohegger waren zu der Zeit einfach integre Persönlichkeiten und angesehen Agenturen. Wie dieses Rechtsverhältnis zwischen der Valora und der Bundespartei aussieht, muss mich nicht interessieren. Ich gehe davon aus, dass es ein Rechtsverhältnis gibt, und dass man mir aus diesem Grund sagt, dort ist die Rechnung hinzustellen und von dort wird die Leistung bezahlt.

Am Ende des Tages muss ich als Unternehmer schauen, dass meine Leistungen **bezahlt** werden.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich bin nicht der Meinung, dass Sie das nichts angeht.

Aber andere Frage: Herr Hannes Rauch hat im Zusammenhang mit diesen Rechnungen in einer „ZiB“-Sendung von irgendeinem Aktenvermerk gesprochen, der da vorliegen soll.

Können Sie zu diesem Aktenvermerk etwas sagen?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Kann ich auch. Ich habe am Ende, nachdem das Projekt abgeschlossen war und eben aufgrund des Umstandes, dass sich die Leute bei der ÖVP geändert haben, einen Aktenvermerk verfasst, wo ich festgehalten habe, dass es keine wechselseitigen Ansprüche oder Forderungen aus diesem Rahmenvertrag heraus noch gab – nicht, dass dann Monate später irgendjemand anderer kommt und sagt, da gab es einen Vertrag, da sind Dinge noch nicht erbracht worden. Um das festzuhalten und auszuschließen, habe ich formlos diesen Aktenvermerk geschrieben und an die Bundespartei gerichtet.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das ist der vollständige Inhalt dieses Aktenvermerkes?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Das ist ein Zweizeiler.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie diesen Aktenvermerk eventuell dem Untersuchungsausschuss zur Verfügung stellen?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Habe ich bereits der Staatsanwaltschaft zur Verfügung gestellt. (*Obfrau Dr. Moser: Haben wir schon weitergeleitet!*)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut. Ich halte Ihnen dazu jetzt die Aussagen des Herrn Hohegger aus einer Beschuldigtenvernehmung vom 7. Juni 2011 vor, wo er davon spricht, dass es sich bei dieser Summe – Zitat –

um ein Abstandshonorar von 80 000 € plus Umsatzsteuer –

so erklärt er diese 96 000 € –

von der Valora AG handelt, weil ein Projekt nicht umgesetzt wurde.

Dann sagt Hohegger dazu weiter:

Diese Überweisung wurde natürlich mit der Telekom Austria abgestimmt und nur nach deren Zustimmung in der Person von Michael Fischer getätigt. – Zitatende.

Jetzt frage ich Sie: Ist es korrekt, dass diese Summe, wie Hohegger sagte, ein Abstandshonorar für ein gescheitertes Projekt war? Und: Was könnte diese gescheiterte Projekt gewesen sein?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Nein, das ist nicht korrekt. Ich habe sogar Herrn Dr. Hohegger letztes Jahr getroffen, weil er nicht mehr wusste, wie diese Rechnung zuzuordnen ist, und ich habe ihm erklärt, dass es die Rechnung ist, die diese

erbrachten Leistungen für den Jugendwahlkampf aus dem Nationalratswahlkampf betreffen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ist es korrekt, dass Sie – und Hohegger gibt das als Abstandshonorar für dieses Projekt an – gemeinsam mit Hohegger, also Hoheggers Unternehmungen mit „White House“, ein Konzept für die Bewerbung der Breitbandinitiative des Bundeslandes Kärnten entwickelt und das im Rahmen einer Projektpräsentation im Bundesland Kärnten Entscheidungsträgern des Bundeslandes Kärnten präsentiert haben?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Es gab 2006 eine Ausschreibung für die Breitbandinitiative Kärnten, und die hat „White House“ gemeinsam mit der Hohegger.Com in einem Konsortium angeboten. Wir hatten auch den Zuschlag, aber auf Intervention des damaligen Landeshauptmannes wurde uns der Auftrag entzogen und an eine andere Agentur vergeben. Aus diesem Projekt heraus gab es leider keinen einzigen Euro Abstand: weder vom Land, noch von der Telekom oder irgendeiner dritten Hand. Wir hätten ihn gerne gehabt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich war damals im Land Kärnten Pressesprecher, ich habe auch den Herrn Hohegger dazu befragt. Ich halte dazu fest, dass es richtig ist, dass der Landeshauptmann damals gesagt hat: Von mir bekommt der Hohegger keinen Auftrag. Daher hat er dafür gesorgt, dass diese Entscheidung zurückgezogen wurde. Das möchte ich nur festhalten.

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Trotzdem war da ein halbes, dreiviertel Jahr Arbeit drinnen (*Abg. Petzner: Ja, das mag schon sein!*), und es war dann sehr wohl die Frage, warum es dann keinen Abstand gibt, und es gab keinen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich weise darauf hin, dass die Zeit überschritten wird. Bitte die letzte Frage!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Die Schlussfrage: Ich zitiere dazu noch einmal eine Aussage des Peter Hohegger hier vor dem Untersuchungsausschuss laut Protokoll. Peter Hohegger hat hier im Ausschuss unter Wahrheitspflicht zu diesen 96 000 € gesagt – Zitat:

„Die Agentur White House hat dieses Honorar als Abschlagszahlung für eine nicht gewonnene Präsentation bekommen, in der es um Vorzeigeland Kärnten Breitband gegangen ist, und ein schon gewonnener Auftrag wurde dann wieder zurückgezogen. Und die Telekom Austria hat verlangt, dieser Agentur, die ja auch in ihrem Konzept diese 80 000 € als Konzept Honorar angeführt hat, im Rahmen des Projekts“ –

digitales TV Landeshauptstädte –

„diese Abschlagszahlung“ –

nämlich diese 96 000 € –

„zukommen zu lassen. Das habe ich auch gemacht.“

Sind diese Aussagen des Herrn Hohegger unter Wahrheitspflicht hier im Ausschuss korrekt oder nicht korrekt?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Diese Aussage ist *nicht* korrekt. (*Abg. Petzner: Ist nicht korrekt?*) – Nein. Wir haben für dieses Projekt ... (*Abg. Petzner: Sie meinen, dass das eine Falschaussage des Herrn Hohegger hier vor dem Ausschuss ist?*) – Vielleicht hat er irgendetwas verwechselt, aber das obliegt nicht mir, hier zu spekulieren.

Ich kann Ihnen nur sagen, wir haben für dieses Projekt keinen einzigen Euro an Abstand bekommen. Im Gegenteil: Die Telekom und das Land Kärnten haben uns empfohlen, sie gerne klagen zu können.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Was hat Ihnen das Land Kärnten empfohlen?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Sie gerne klagen zu können, um zu einer Abstandszahlung zu kommen. Also wir haben für dieses Projekt tatsächlich nie einen Euro gesehen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und das Land Kärnten hat gesagt, Sie können das ja einklagen?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Wir können es ja gerne auf Klagsweg probieren, zu Geld zu kommen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich halte zum Schluss nur fest, dass das Land Kärnten das einzige ist, das sich von Hohegger **nicht** einkochen hat lassen. (*Mag. Stimpfl-Abele: Es war aber auch nicht Hohegger der Auftraggeber, sondern ...!*) – Sie waren in einem gemeinsamen Konsortium mit Hohegger, das haben Sie ja ausgesagt. Sie haben dieses gemeinsam mit Hohegger angeboten, also war Hohegger schon mit dabei. (*Mag. Stimpfl-Abele: Natürlich, aber man kann auch Leistungen auseinanderziehen!*) – Passt schon, danke.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Sie haben uns heute vorab schon eine zusammenfassende Darstellung übermittelt. Nur eine kurze Frage: Haben Sie die allein geschrieben, wurde sie innerhalb Ihres Unternehmens abgestimmt, beziehungsweise hat es Abstimmung mit Dritten außerhalb des Unternehmens gegeben?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Sie sehen hier meine Vertrauensperson an meiner Seite und da wurde das abgestimmt.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Sie haben es also gemeinsam mit der Vertrauensperson erarbeitet und an uns übermittelt. Da drinnen steht, dass Sie schon seit 20 Jahren als „White House“ für die ÖVP und insbesondere für die JVP tätig sind.

Was haben Sie außerhalb dieses Nationalratswahlkampfes noch für die JVP gemacht?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Es waren, glaube ich, während meiner Zeit zwei Bundestage, die wir ausgerichtet haben. Es gab immer wieder kleinere Projekte, wie für die Europawahl ein Folder oder da oder dort eine Veranstaltung; meistens waren irgendwelche Drucksorten, Freecards – also unterschiedlichste Arten.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Sie schreiben ja da, dass Ihnen dieser Vorgang völlig unverdächtig und unbedenklich erschienen ist.

Deshalb frage ich: War das in irgendeiner Form üblich oder ist es in Ihrer Erfahrung jemals vorgekommen, dass jemand **Dritter** die Rechnung für Leistungen bezahlt hat, die die ÖVP oder die JVP in Anspruch genommen haben?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Also wenn Sie mich so fragen, ist das die einzige Rechnung dieser Art, die Sie bei uns in der Buchhaltung finden werden, was jetzt politische Parteien oder Leistungen dazu angeht. Trotzdem ist es in der Privatwirtschaft oftmals so, wenn es Verflechtungen, Unternehmensverflechtungen gibt, dass es Budget bei Tochterfirmen et cetera noch gibt, die vielleicht da sind, und wo man gebeten wird, die Rechnung dorthin zu schicken und dort das Budget abzuschöpfen. Also das ist jetzt nichts Ungewöhnliches.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Dann darf ich Sie nur am Rande auch auf einen steuerlichen Aspekt hinweisen: Es macht schon einen **Unterschied**, an **wen** man die Rechnung ausstellt. In diesem Fall hätte es, wenn die ÖVP bezahlt hätte, keine steuerlichen Auswirkungen gehabt. So, wie Sie es an den Herrn Hohegger ausgestellt haben, ist das eine **Betriebsausgabe**, vermindert den steuerlichen Gewinn dadurch, und damit hat der Steuerzahler seinen Beitrag am JVP-Wahlkampf – vorausgesetzt es hat einen Gewinn bei Hohegger gegeben – zu leisten gehabt.

Ähnlich ist es, wenn man solche Rechnungen ausstellt, das ist aber jetzt nicht Thema des Untersuchungsausschusses. (Mag. **Stimpfl-Abele: Ich wollte gerade sagen, ich habe auch nicht gesagt, dass ich ...!**) – Aber ich glaube schon, dass es wichtig ist, Rechnungen **korrekt** auszustellen. (Mag. **Stimpfl-Abele: Absolut!**)

Oder ist es in Ihrem Unternehmen üblich, Rechnungen für Unternehmen oder für Parteien auszustellen, obwohl Sie die Leistungen für jemanden anderen erbracht haben?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Das habe ich gerade vorher beantwortet.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Für die ÖVP war es das **einzig** Mal, dass so etwas vorgekommen ist? (Mag. **Stimpfl-Abele: Ganz korrekt!**) – Es hat auch nie ein anderes Unternehmen außer der Valora für die ÖVP eine Rechnung bezahlt? (Mag. **Stimpfl-Abele: Nein!**) – Sie geben darin an, dass Sie strategische Beratung und die Teilnahme an Meetings sowie die Produktion von Werbemitteln für die ÖVP erbracht haben. In der Rechnung schreiben Sie, dass es ein Buyout für Kreativkonzepte war, diverse Abstimmungstermine, begleitendes strategisches Controlling.

Das heißt, Sie haben jedenfalls eine andere Leistung bezeichnet, als Sie erbracht haben. – Stimmt das?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Nein. Die Agenturleistungen habe ich zusammengefasst unter diesen Kreativkonzepten mit dem Buyout, und die strategische Beratung beziehungsweise Consulting-Leistungen sind diese Abstimmungen, die man während eines Wahlkampfes ja wochenlang hat. Die Kreativkonzepte sind praktisch der Überbegriff für alle Maßnahmen, die sich unter oder in so einem Konzept dann finden – egal, welche Veranstaltung Sie konzipieren, egal, welches Werbemittel Sie konzipieren, egal, welchen Folder Sie konzipieren. Das alles habe ich subsummiert unter diesem Kreativkonzept.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Was ich wirklich sehr schwer nachvollziehen kann, ist, wenn so ein außerordentlicher Prozess stattfindet, dass jemand **Dritter** für eine Partei oder für die JVP bezahlt, dann wäre das für mich relativ groß Thema in einer Jugendorganisation. Sie sind ja selbst innerhalb der ÖVP aktiv gewesen, waren im Gemeinderatswahlkampf tätig.

Daher: Haben Sie irgendjemandem von diesem Vorgang erzählt, dass die Valora für die ÖVP 96 000 € bezahlt hat? Das ist ja durchaus etwas, das auffällt. Haben also weitere Personen außerhalb des Unternehmens davon Kenntnis gehabt?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Für wen hätte das relevant sein sollen?

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Ich frage nicht, ob es relevant ist, sondern ob weitere Personen davon Kenntnis erhalten haben. Also 96 000 € empfinde ich als sehr viel für einen Jugendwahlkampf auf Landesebene. Da würde ich sagen, dass sie mit der Mutterpartei gut verhandelt haben. Wenn es ein Dritter zahlt, ist es wieder einfacher, das den Jungen zugutekommen zu lassen. Trotzdem ist das ein Vorgang, den man wahrscheinlich in einer Jugendorganisation bespricht und sagt: Bist

d´ narrisch! Da haben wir den Jugendwahlkampf gemacht, da hätte eigentlich die ÖVP zahlen sollen, aber in Wirklichkeit hat es die Valora gezahlt!

Also das erzählt man ja unter Umständen weiter.

Kurze Frage: Haben Sie es außerhalb des Unternehmens jemandem erzählt: ja oder nein? (*Mag. Stimpfl-Abele: Nein!*) – Es hat Ihrerseits für so einen wichtigen Vorgang des Umschreibens einer Rechnung auch innerhalb der Buchhaltung nirgends eine Notiz gegeben, wer Ihnen den Auftrag gegeben hat?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Ich kann es noch einmal sagen: Ich weiß, Sie hätten jetzt gern einen Namen gewusst. Ich kann Ihnen aber keinen Namen nennen.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Innerhalb der Buchhaltung bei den Unterlagen dabei? (*Mag. Stimpfl-Abele: Nein!*) – Warum haben Sie so etwas nicht notiert? Ist das nicht üblich? Beziehungsweise: Sie haben erzählt, dass das bei anderen Unternehmen durchaus üblich ist oder vorkommt, dass Sie für eine Tochter eine Leistung erbringen und das dann der anderen in Rechnung stellen. – Notieren Sie das in diesen Fällen?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Ich habe nicht gesagt, dass ich das getan habe.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Die Frage, die wir jetzt gestellt haben, ist, ob es bei Ihnen üblich ist, dass Sie Rechnungen ändern oder sonst irgendetwas, was wesentlich ist, ohne dass Sie irgendeinen Aktenvermerk oder sonst irgendetwas für die Buchhaltung Nachvollziehbares machen. Das war die Frage, und da erwarten wir eine Antwort.

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Und ich habe die Frage beantwortet. Ich habe keine weitere Rechnung geändert – und das habe ich gesagt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Und die gegenständliche Rechnung? Wieso haben Sie die geändert und nichts hineingeschrieben?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Ich habe diese Rechnung auf Wunsch der ÖVP geändert.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Was sagen Sie zum Beispiel bei einer Finanzprüfung, warum Sie bei Änderungen von Rechnungen keine Vermerke machen?

(Die Auskunftsperson spricht sowohl mit ihrer Vertrauensperson als auch mit dem Verfahrensanwalt.)

Würden Sie mir begründen, warum Sie keine Antwort geben?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Ich werde die Frage nicht beantworten. (*Abg. Dr. Jarolim: Warum?*)

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Es wird mir gesagt, dass sich die Frage auf eine möglicherweise finanzstrafrechtliche Konsequenz bezieht, die hier nicht das Thema ist, in Bezug auf das Unternehmen der Auskunftsperson einerseits, aber auch andererseits eben für das Unternehmen der Auskunftsperson eine strafrechtliche Dimension haben kann, nämlich eine finanzstrafrechtliche.

Das ist die Begründung, die mir gesagt wurde, für die Inanspruchnahme des Zeugnisverweigerungsrechtes.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Würden Sie das als entsprechenden Grund bewerten, Herr Verfahrensanwalt?

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Ich bin schon der Meinung, Herr Abgeordneter Jarolim, dass das eine Dimension hat, die eine finanzstrafrechtliche

Verfolgung vor dem Gericht nach sich ziehen würde von der Größenordnung her, und dass das eine Dimension hat, die es rechtfertigt, das Zeugnisverweigerungsrecht in Anspruch zu nehmen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wir nehmen das zur Kenntnis.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Haben Sie Herrn Hochegger gekannt?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Ich habe Herrn Hochegger gekannt, ja.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Wussten Sie, dass Herr Hochegger für die Telekom tätig war?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Durch dieses Breitband-Initiative-Projekt wusste ich das, ja.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Wussten Sie von der Verbindung zu Michael Fischer? (*Mag. Stimpfl-Abele: Nein!*) – Beziehungsweise wussten Sie von diesem Mail über 100 000 €, die da ... ?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Ich habe das Mail das erste Mal in „NEWS“ oder irgendwo abgedruckt gesehen.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Sie wissen nicht mehr, wer von der ÖVP den Auftrag gegeben hat, die Rechnung zu stellen. (*Mag. Stimpfl-Abele: Korrekt!*)

Mit wem haben Sie innerhalb der Valora gesprochen, was das Abhandeln der Rechnung betrifft?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Ich habe einmal Herrn Hochegger selbst angerufen und kontaktiert, nachdem die Zahlung nicht eingegangen ist. Ansonsten gab es niemanden, mit dem es etwas abzuwickeln gab.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Haben Sie Herrn Hochegger gefragt, warum er für die ÖVP eine Rechnung zahlt? (*Mag. Stimpfl-Abele: Nein!*) – Danke vorerst.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Erste Frage: Wie hat denn diese Kampagne, die Sie gestaltet haben, geheißen?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: „No Bubbles, No Troubles“.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Könnten Sie das übersetzen?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: „Keine Luftblasen, keine Schwierigkeiten.“

Ich zeige Ihnen das jetzt, vielleicht können Sie sich noch erinnern. Ich habe es nämlich mit.

(Die Auskunftsperson zeigt die entsprechenden Bilder und Dokumente.)

Es gab so Freecards, wo Sie Jugendliche sehen, die große Kaugummiblasen machen und da steht zum Beispiel: „Nichts als reine Luft.“ Es gab unterschiedliche Abbilder und unterschiedliche Texte, das gab es für jede Partei. Es gab Folder dazu, es gab Einladungen dazu und es gab sogar im „Bestseller“ eine Bewertung der Kampagnen, und das war die beste Jugendkampagne in diesem Wahlkampf.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich meine, etliche Jahre später muss man sich ja die Frage stellen, ob auch für die Art des Rechnungswesens der Spruch „No Bubbles, No Troubles“ verwendet werden könnte.

Lassen wir einmal die Kampagne selbst. Kommen wir zu dieser Rechnung. Die Rechnung geht über 96 000 €.

Sind das die Kosten, die Sie der ÖVP für den Wahlkampf abgerechnet haben?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Es gab einen Rahmenvertrag, und dieser Rahmenvertrag bestand aus Drittleistungen und aus Agenturleistungen. Ein Teil der Drittleistungen ist direkt an die ÖVP verrechnet worden und ein Teil, also unsere Agenturleistungen plus Künstlerhonorare et cetera, wurden über uns an die Partei verrechnet.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Zu dieser Antwort könnte ich durchaus eine passende Frage suchen. Meine Frage war etwas anders, nämlich: Bei der Abrechnung des ÖVP-Wahlkampfes – war die Abrechnungssumme dieses Jugendwahlkampfes exakt 96 000 €?

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Ich möchte insofern intervenieren, als mir gesagt wird, dass die Frage so, wie sie jetzt gestellt wurde, nämlich ob der Wert der Leistung exakt 96 000 € betrug, nicht verstanden wurde. Vielleicht muss man es noch einmal erklären.

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Also wir haben Rechnungen in der Höhe von etwa – das können Sie ja der Zusammenfassung entnehmen – 94 000 € an die ÖVP abgerechnet.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie haben Rechnungen in der Höhe von 93 889,08 € abgerechnet.

Warum haben Sie dann eine Rechnung über 96 000 € gestellt?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Weil ich darum gebeten wurde. (*Abg. Dr. Pilz: Von wem?*) – Noch einmal: Wenn ich diesen Namen heute noch wüsste, könnte ich ihn Ihnen nennen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es reicht jetzt wieder, dass Sie Bezug nehmen und sagen, das war die von Ihnen bezeichnete Person in der Bundes-ÖVP.

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Ganz korrekt. Das war jemand aus der Bundes-ÖVP.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Weil Sie sich so gewehrt haben gegen den Begriff „Scheinrechnung“: Das ist eine Rechnung über das Geld, das Sie von der Valora bekommen haben beziehungsweise – ohne es zu wissen, wie Sie sagen – von der Telekom. (*Mag. Stimpfl-Abele: Ganz korrekt!*) – Aber das ist keine Rechnung über die Leistungen, die Sie für die ÖVP erbracht haben. Das ist eine andere Rechnungssumme.

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Es ist ein anderer Rechnungswortlaut.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es ist auch eine andere Rechnungssumme.

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Ja, eine, die sich um 2 000 € unterscheidet.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist egal. Es ist auch eine andere Rechnungssumme. Schauen Sie, eine Scheinrechnung oder in diesem Fall eher eine **Verschleierungsrechnung** muss mehrere Kriterien erfüllen. Ich gehe davon aus, dass das Rechnungsdatum stimmt. (*Mag. Stimpfl-Abele: Selbstverständlich!*) – Der Rechnungsadressat stimmt nicht, die Rechnungssumme stimmt nicht.

Bei einer korrekten Rechnung geht es aber nicht darum, dass das **ungefähr** in derselben Dimension ist. Stellen Sie sich einmal das Rechnungswesen in Österreich

vor, wenn es eine Grundlage des Rechnungswesens wäre: Es muss **ungefähr** die Dimension haben. – Nein, eine Rechnung muss **exakt** sein! Und das ist sie nicht.

Die 96 000 € sind die Telekom-Gelder, die über die Valora in den ÖVP-Wahlkampf geschleust werden sollten – und auch geschleust worden sind. Ich habe Ihnen schon gesagt: Wir verdanken diese Information, wie viel der Wahlkampf genau gekostet hat, ohnehin Ihnen.

Was ist mit der Differenz passiert? Da ist Geld übrig geblieben.

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Ja. Wenn ich da unkorrekt wäre und nicht aufrichtig, hätte ich die 2 000 € genommen und sie bei mir belassen. Das habe ich aber nicht gemacht, sondern diese etwas mehr als 2 000 € sind stehen geblieben und wurden bei einer späteren Leistung, die für die Junge ÖVP erbracht worden ist, in Abzug gebracht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das heißt, da ist dann praktisch eine Gutschrift für die Junge ÖVP übrig geblieben und das ist dann für eine spätere JVP-Leistung verwendet worden. (*Mag. Stimpfl-Abele: Ganz korrekt!*) – Würden Sie mir zustimmen, dass diese Rechnung einen gewissen Verschleierungscharakter hat?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Für meine Begriffe hat das **keinen Verschleierungscharakter**. Ich darf Ihnen schon etwas sagen: Wir haben seit Anfang Juli an dieser Kampagne gearbeitet. Es gab Ende Juli einen Auftrag und erst Ende August einen Vertrag. Die erste Zahlung gab es dann im Oktober. Und als Unternehmen muss ich schon auch schauen, dass ich am Ende des Tages mein Geld bekomme. Also, ich habe nichts verschleiert mit dieser Rechnung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das verständliche Motiv, dass Sie schauen, zu ihrem Geld zu kommen, verstehe ich ja, denn Sie haben mit dem Land Kärnten Geschäfte gemacht und das war eine nicht besonders gute Erfahrung. Sie haben auch mit der ÖVP Geschäfte gemacht; und die haben zwar nicht selbst gezahlt, aber zumindest ein **Unternehmen** gefunden, das sozusagen eine Maut, und zwar in der Höhe von 96 000 €, abgeliefert hat.

Was jetzt besser oder schlechter ist, weiß ich nicht. Den Grundsätzen der kaufmännischen Redlichkeit entspricht eher das ÖVP-Modell. Den Grundsätzen der absoluten Offenheit und Transparenz entspricht eher das Kärntner BZÖ- oder FPÖ-Modell: Wir nehmen eine Leistung in Anspruch und zahlen einfach nicht dafür! Das sind zwei unterschiedliche Modelle. (*Abg. Petzner hebt die Hand.*) – Wir sind hier nicht in einer Diskussion, Herr Abgeordneter Petzner. Sie müssen gar nichts. Das Einzige, das Sie jetzt müssen, ist schweigen und zuhören.

Ich halte Ihnen die Beschuldigtenvernehmung von Peter Hohegger vom 26. September 2011 vor. Da sagt Herr Hohegger Folgendes – ich zitiere wörtlich –:

Beim Geschäftsfall 11 habe ich mit Michael Fischer im Vorfeld meiner damaligen Befragung vor dem Bundesamt für Korruptionsbekämpfung Kontakt aufgenommen, per SMS, und wollte wissen, zu welchem Projekt diese Rechnung zuzuordnen ist. Michael Fischer bat ja damals dafür um Zahlung. –

Das ist für uns ein wichtiger Hinweis, dass Michael Fischer sehr viel damit zu tun hat. –

Dann kam eine Frau Gabriele Ullmann, eine Mitarbeiterin der Agentur White House und erklärte mir, dass es sich hier um eine vereinbarte Abschlagszahlung für eine nicht umgesetzte Präsentation aus dem Jahr 2006 oder 2007 handelte, glaublich 80 000 oder 90 000 €. Dies ließ mir Michael Fischer über Frau Ullmann ausrichten. Frau Ullmann zeigte mir dabei auch die entsprechende Präsentation und erklärte mir, dass es sich um diese Präsentation handelte. – Zitatende.

Jetzt frage ich Sie etwas ganz Einfaches. Haben Sie eine Präsentation extra für Herrn Hochegger gemacht, die sich unterschieden hat von der Präsentation für die Junge ÖVP, um Herrn Hochegger darüber zu täuschen, dass das Geld, das er Ihnen gibt, eigentlich für die ÖVP bestimmt ist?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Es ist richtig, ich habe Herrn Hochegger getroffen – das habe ich auch vorher schon gesagt –, nachdem er nicht die Rechnung zuordnen konnte. Und ich brauche Herrn Hochegger keine Kampagne zu geben, die er gemeinsam mit uns in einem Konsortium angeboten hat oder die wir präsentiert haben, die wird er sicher selber haben. Ich habe ihm erklärt, dass das die Rechnung ist für diese geleisteten und erbrachten Leistungen im Rahmen des Nationalratswahlkampfes für die Junge ÖVP, also ... (*Abg. Dr. Pilz: Für die ÖVP?*) – Für die Jugendkampagne.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das heißt, Herr Hochegger war mit Sicherheit informiert, dass das Geld, das er Ihnen da zur Verfügung gestellt hat, Geld für den ÖVP-Wahlkampf ist?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Ich habe richtiggestellt, dass das die Rechnung ist, die den Nationalratswahlkampf und die Jugendkampagne der ÖVP betrifft.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wissen Sie, das Einzige, das ich nicht verstehe: Wenn ich versuche, mich in Herrn Hochegger hineinzusetzen: Er bekommt das Geld von der Telekom. Dabei wird ihm die Telekom ja nicht gesagt haben: Meiner Seel', jetzt wäre es uns so wichtig, gib bitte 96 000 € der Agentur White House! – Das ist ja eine unsinnige Annahme. Mich wundert, dass sich Herr Hochegger überhaupt fragt, für wen das Geld gedacht ist. Ich glaube Ihnen durchaus, dass das Gespräch genau in dieser Form stattgefunden hat, ich finde nur das Verhalten des Herrn Dr. Hochegger ausgesprochen seltsam.

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Herr Dr. Pilz, ich kann nur sagen, die Absprachen oder die Hintergründe, die da gelaufen sind, kann ich nicht beurteilen und auch nicht beantworten. Ich kann hier nur von meiner Position als Unternehmerin und als Zeugin aussagen – aber wem was zugesagt war, unter welcher Voraussetzung, das entzieht sich meiner Kenntnis.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Jetzt komme ich zum letzten Punkt.

Sie haben gesagt, Sie haben Herrn Dr. Hochegger gekannt. Sie haben auch gewusst, dass er ein bekannter Lobbyist ist. Ich glaube, dem Schreiben ist zu entnehmen, dass Sie damals noch an seine Seriosität geglaubt haben und davon ausgegangen sind, dass er ein ordentlicher Lobbyist ist.

Aber Sie konnten doch nicht annehmen, dass ein Lobbyist in seine Privattasche greift und sagt: Jetzt muss ich aber dringend den Wahlkampf der Jungen ÖVP unterstützen!

Entspricht das Ihrer Berufserfahrung, dass Lobbyisten aus ihrer eigenen Tasche Wahlkämpfe finanzieren?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Also erstens: Herr Hochegger als Lobbyist ist eine Person. Ich spreche jetzt von der Firma, von der **Hochegger.Com**, mit der wir zusammengearbeitet haben; das ist eine PR-Agentur.

Ich gehe davon aus, dass, wenn die ÖVP mich darum ersucht, eine Rechnung an die Valora zu stellen, wenn die diese Leistungen übernimmt, dies aufgrund eines aufrechten Rechtsverhältnisses zwischen der Bundespartei und der Valora passiert.

Es ist uns vor allem auch deswegen nicht irgendwie anrühlich vorgekommen, weil es durchaus sein konnte, dass die Valora als PR-Agentur einen Gesamtauftrag von der ÖVP hat, und aus diesem Budget heraus Leistungen übernimmt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich kann das ohnehin nicht ausschließen. Sie haben uns, ich glaube es ja, alles gesagt, was Sie dazu beitragen können. Wesentlich ist, dass in der Hohegger-Aussage eben noch die Rolle von Herrn Michael Fischer mit dem Zitat:

Michael Fischer bat ja damals dafür um Zahlung – Zitatende,
zumindest angesprochen wird.

Eine klare, völlig eindeutige Verbindung zu diesem 100 000 €-Mail ist das noch nicht, aber ein klarer Hinweis, dass das miteinander zu tun haben könnte.

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Dann hätten wir 100 000 € fakturiert und keine 96 000 €.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist uns schon ein paar Mal passiert, auch gestern bei Dr. Strasser, dass nämlich 100 000 € drin steht und er nur 90 000 € bekommen hat, dafür weiß er selber nicht mehr, wofür.

Ich habe keine weiteren Fragen. Sie haben, glaube ich, ohnehin alles zur Klärung beigetragen, was derzeit möglich ist. – Danke schön.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ich wollte Herrn Pilz bei seiner durchaus spannenden Befragung nicht unterbrechen. Ich gehe auch nicht ein auf seinen Untergriff gegenüber meiner Person; das richtet sich von selbst. Ich muss aber als Kärntner für das Bundesland Kärnten schon festhalten, dass seine Aussage schlichtweg falsch ist, dass es irgendeine seitens des Landes Kärnten nicht bezahlte Leistung an White House gibt.

Richtig ist, dass es ein Bewerbungsverfahren gegeben hat, dass ein Zuschlag erfolgt ist an die Gruppe Hohegger, White House, Konsortium für die Bewerbung der Telekom-Breitbandinitiative. Das Werbebudget hat mehrere Millionen Euro betragen, unter anderem war darin Kärntner Steuergeld enthalten. Landeshauptmann Jörg Haider hat damals den Zuschlag per Weisung zurückgezogen, weil er nicht wollte, dass Kärntner Steuergeld an den Herrn Hohegger geht.

Ich weiß, dass Ihnen das wehtut, Herr Pilz, weil Sie den Herrn Haider auf Ihrer Verfolgungsliste ganz oben stehen haben, aber Sie müssen noch einmal zur Kenntnis nehmen: Das Bundesland Kärnten und Jörg Haider haben keinen Auftrag an Hohegger gegeben! Im Gegenteil: Sie sind bisher die Einzigen, die sogar einen Auftrag per Weisung **zurückgezogen** haben, weil sie mit Hohegger keine Geschäfte machen wollten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Alles super, deswegen hat das Land Kärnten bekanntlich einen Budgetüberschuss.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Es ist im Wesentlichen der Sachverhalt, denke ich, befragt worden. Im Grunde genommen geht der Sachverhalt ja auch aus Ihrer schriftlichen Darstellung hervor. Mich würde aber dennoch zu den Ermittlungen hiezu etwas interessieren, wie Sie sich vorstellen können, und zwar darf ich noch einmal nachfragen:

Hat Sie jemand aus der Volkspartei, den Sie heute nicht mehr nennen können, ersucht, die Rechnung an die Valora zu senden?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Genau. Es wurde gesagt, dass Leistungen von der Valora übernommen werden und dass diese bitte an die Valora zu fakturieren seien.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Sind Sie diesbezüglich von der Staatsanwaltschaft vernommen worden?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Ganze fünfeinhalb Stunden.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Auch jemand anderer aus Ihrem Unternehmen? (*Mag. Stimpfl-Abele: Nein!*) – Hatten Sie einen Status als Zeugin oder als Beschuldigte? (*Mag. Stimpfl-Abele: Als Zeugin!*) – Und wie ist Ihr heutiger Status?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Auch hier bin ich Zeugin.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Haben Sie von der Staatsanwaltschaft irgendeinen Hinweis darauf, dass Sie oder jemand anderer aus Ihrem Unternehmen wegen Geldwäsche als Beschuldigter geführt werden soll? (*Mag. Stimpfl-Abele: Nein!*)

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Frau Stimpfl-Abele, zunächst einmal Glückwunsch zur Verhelichung! Vielleicht spricht sich das auch noch herum. Auf Ihrer eigenen Homepage, jener von „White House“, erscheinen Sie im Team nämlich noch immer als **Mag. Ullmann**.

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Das ist Absicht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Aha, gut, weil es eine Namensgleichheit mit dem Leiter der Agentur gibt.

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele (*unterbrechend*): Das ist kein Zufall ...

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (*fortsetzend*): Das ist aber nicht Untersuchungsgegenstand; ich kann Sie beruhigen.

Es ist schon sehr viel erörtert worden. Es war also so, dass die nicht mehr nennbare Person aus der ÖVP gesagt hat: Wir haben für diese gesamte ÖVP-Kampagne einen Betrag von 96 000 €, den die Firma Valora zur Verfügung stellt. Das deckt sich zwar nicht ganz mit der Rechnungssumme an die Bundes-ÖVP, aber die Differenz soll dann für die Junge ÖVP noch als Gutschrift stehen bleiben.

War das in **einem** Gespräch, in **einem** Auftrag?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Die erbrachten Leistungen in der Höhe von 94 000 € waren das eine. Das andere hat geheißen, eine Rechnung über diese 96 000 € an die Valora zu stellen, vor allem auch deswegen, weil die Differenz sehr gering war, und es hätte ja noch irgendetwas kommen können.

Also wäre das Geld dann entweder dafür verwendet worden. Und in diesem Fall, nachdem die Leistungen tatsächlich fertig abgerechnet waren, ist es dann stehen geblieben; weil die Junge ÖVP über Jahre ein Kunde von uns ist und wir schon wussten, dass wir weitere Leistungen erbringen würden. Diese 2 000 € – inklusive Steuern, muss man sagen – sind dann bei einer weiteren oder bei einer zusätzlichen Leistung in Abzug gebracht worden.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Hat irgendwer gesagt, dieses Geld, diese 2 000 €, sind für die Junge ÖVP zu reservieren?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Nein, das hat niemand gesagt, aber es gab dann keinen weiteren Auftrag aus der Bundespartei und wir haben es dann eben in Abzug gebracht; um uns ja nicht dem Vorwurf aussetzen zu müssen, dass wir uns das Geld behalten haben.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Trotzdem ist es etwas eigenartig. Sie bekommen von der Firma Valora über Anweisung der Bundes-ÖVP ein Guthaben „treuhändig“ von rund 2 000 €, dann wird etwas für die Junge ÖVP gemacht, und dann sagen Sie: Wisst ihr was, Freunde der Jungen ÖVP, wir haben sogar noch 2 000 € für euch, aus einer Sache, die seinerzeit abgerechnet worden ist; da haben wir noch Geld für euch!

Wie zeitlich versetzt war denn diese Aktion für die Junge ÖVP?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Wir haben im selben Jahr noch mehrere Sachen für die JVP gemacht. Das heißt, es war relativ zeitnah.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wer war denn da der Ansprechpartner seitens der Jungen ÖVP? (*Mag. Stimpfl-Abele: Die Generalsekretärin war das!*) – Und wer war das?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Bernadett Thaler.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Zur Jungen ÖVP. Es ist bereits angeklungen seitens der SPÖ, dass Sie im Wiener Landtags- und Gemeinderatswahlkampf 2010 auf der Liste der ÖVP im Wahlkreis Wien-Landstraße kandidiert haben – wenn auch nicht an einer besonders prominenten Stelle.

Sie haben es nicht in den Landtag geschafft, aber trotzdem ist immerhin bemerkenswert, dass der Bezirksparteiobmann Harald Himmer heißt, dass der Bezirksparteiobmann-Stellvertreter Sebastian Kurz heißt, und dass beide mit der Jungen ÖVP – beim einen ist das schon ein bisschen länger her, beim anderen ganz aktuell – verbandelt sind.

Sie haben hier doch, so nehme ich an, da Sie auf dieser Liste erscheinen, ziemlich viel mit der Bezirkspartei Wien-Landstraße und mit den beiden, Obmann und Stellvertreter, zu tun. – Ist das der Fall?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Da ich kein Bezirksrat geworden bin, nehme ich an diesen Sitzungen nur sehr sporadisch teil, weil ich jetzt keine Funktion habe, und natürlich sieht man einander bei solchen Treffen. Aber weder kannte ich Harald Himmer in seiner Funktion, als er für die Junge ÖVP tätig war ...

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (unterbrechend): Ist schon ein bisschen her ...

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele (fortsetzend): Und der Herr Kurz ist erst später JVP-Obmann geworden; also hat er damit nichts zu tun gehabt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Aber Sie kennen beide vom ... (*Mag. Stimpfl-Abele: Selbstverständlich!*) – Jetzt ein bisschen ins Detail kommend: Es ist durchaus zutreffend, was der Herr Verfahrensanwalt gesagt hat, und offensichtlich auch Ihre Vertrauensperson, bei der Frage, ob es möglich wäre, dass Sie in steuerrechtliche, finanzstrafrechtliche Verwicklungen kommen könnten.

Wissen Sie, ob die Bundes-ÖVP vorsteuerabzugsfähig ist?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Normalerweise ist keine Partei vorsteuerabzugsberechtigt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Nach Ihrer Darlegung, die Sie dem Ausschuss freundlicherweise zur Verfügung gestellt haben, haben Sie im Zeitraum vom 25. August 2008 bis 29. September 2008 an die ÖVP insgesamt 15 Rechnungen mit einer Gesamthöhe von 93 899,08 € inklusive Mehrwertsteuer gestellt. Was ist mit diesen 15 Rechnungen in Ihrer Buchhaltung dann passiert?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Die sind entsprechend gutgeschrieben worden.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wie war das technisch?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Eine Rechnung wird durch eine Gutschrift aufgelöst.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie haben eine Gutschrift ausgestellt. Sie haben aber dann irgendwann einmal, das haben Sie nicht dazugeschrieben, insgesamt 62 005,08 € inklusive USt von der ÖVP erhalten.

War das auf einmal oder in Teilbeträgen? (*Mag. Stimpfl-Abele: Das waren Teilbeträge!*) – Und diese Beträge haben Sie dann nach Eingang der Gutschrift durch die Valora an die Bundes-ÖVP zurücküberwiesen und so diese Gutschrift eingelöst? (*Mag. Stimpfl-Abele: Korrekt!*) – Das heißt, dieser Rechnungsvorgang, Rechnung plus Gutschrift, müsste sich in den Büchern der Bundes-ÖVP finden?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Die Unterlagen meinerseits sind am Montag der Staatsanwaltschaft zur Verfügung gestellt worden.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): An sich ist der Sachverhalt ganz klar geklärt.

Bei dieser Abschlagsrechnung an die Firma Hohegger ist ja mit keinem Wort der Name **ÖVP** erwähnt worden. – War das Absicht?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Ich habe diese Rechnung so geschrieben, und das war auch der Grund, warum es Herr Dr. Hohegger dann nicht mehr zuordnen konnte.

Aus heutiger Sicht hätte ich es wahrscheinlich anders und besser formulieren müssen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Hat Ihnen dezidiert jemand den Auftrag gegeben, **wie** diese Rechnung zu lauten hätte – oder war die Bezeichnung Ihre alleinige Kreation? (*Mag. Stimpfl-Abele: Meine Kreation!*) – Danke. Ich habe keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben schon ausgeführt, dass Sie mehrere Wahlkämpfe für die ÖVP gemacht haben, dass die ÖVP die einzige Partei war und ist, die Aufträge an die Agentur „White House“ gibt.

Können Sie uns schildern, wie viele Wahlkämpfe Sie insgesamt für die ÖVP schon gemacht haben? Können Sie uns da ein paar Beispiele nennen, in welchem Zeitraum? Zählen Sie einmal auf, was Sie schon alles für die Österreichische Volkspartei an Werbeaktivitäten gesetzt haben mit Ihrer Agentur „White House“?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Auch das habe ich schon beantwortet. Ich kann nur von der **Jungen ÖVP** sprechen, und da weiß ich, dass wir diese zwei Bundestage gemacht haben.

Ansonsten waren es einfach je nach Anlass und nach Projektbezogenheit diverse Ausarbeitungen, Folder, Veranstaltungen et cetera. 2008 war ja auch der erste Jugendwahlkampf.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ist es korrekt, dass die Firma „White House“ ursprünglich ihren Sitz in Kärnten gehabt hat?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Die Agentur ist in Kärnten gegründet worden und dann nach Wien gekommen. Ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ist es korrekt, dass diese Agentur in ihrer Kärntner Zeit auch Werbeaktivitäten für den damaligen Landeshauptmann der ÖVP Christoph Zernatto gesetzt hat?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Soweit ich weiß, ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es gab ja damals schon weitere Aufträge von der ÖVP. Ich weiß nicht, warum Sie dann vorher sagen, es gab nur die JVP.

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Weil ich keine Auskunft darüber geben kann, solange *ich* nicht dabei war und solange *ich* keine Kenntnisse habe. Und alles, was *vor* meiner Zeit war: Wie soll ich das beantworten, wenn Sie dann ins Detail gehen möchten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ist Ihnen jemals bekannt aus diesen Wahlkampfaktivitäten – noch einmal die Frage –, ist Ihnen schon irgendwo ein zweites Mal untergekommen, dass irgendeine Rechnung nur zum Teil bezahlt wird und dann ein Storno gefordert wird und eine Überweisung an irgendeine andere Firma? Ist das ein einmaliger Vorgang oder ist das öfter vorgekommen?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Auch das habe ich beantwortet. Das ist die einzige Rechnung in dieser Art, die Sie bei uns in den Büchern finden werden.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und diese einzige Rechnung, diesen einzigen Vorgang in Ihrer langjährigen Tätigkeit, das haben Sie nie komisch gefunden und haben Sie nie hinterfragt?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Auch das habe ich schon beantwortet. Nein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben auch bei der ÖVP nie die Hintergründe nachgefragt, warum Sie das auf einmal stornieren sollen?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Nein, das habe ich nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Schauen Sie, der Kollege Rosenkranz hat es schon richtig ausgeführt. Da passiert Folgendes, und ich lese dazu vor aus einem Artikel der Tageszeitung „Die Presse“ vom 29.2.2012 – Zitat –:

„Ein Sprecher der Agentur beschreibt die damaligen Vorgänge so: ‚White House‘ stellt der ÖVP 93.889 Euro für den Wahlkampf der Parteijugend in Rechnung. Bezahlt werden vorerst nur 62.005,08 Euro. Wenig später wird die Agentur gebeten, die alte Rechnung zu stornieren und eine neue über 96.000 Euro zu legen – an Hoheggers Firma ‚Valora‘. Als die Zahlung eingeht, überweist ‚White House‘ das vorab bezahlte Geld an die Volkspartei zurück. Die Differenz zum Auftragswert (2110,92 Euro) bekommt die JVP.“

Also da gibt es einen regen Zahlungsverkehr. Rechnungen, die storniert werden; Kollege Rosenkranz hat es schon angeführt, da gibt es in Summe 15 Rechnungen von Ihnen an die ÖVP, 15 Rechnungen mit einer Summe von 93 889 €. Sie werden aufgefordert, alle diese 15 Rechnungen zu stornieren und eine neue Rechnung an eine ganz andere Firma, nämlich die Valora, über einen ganz anderen Betrag, nämlich 96 000 €, auszustellen. Und Sie sagen, das haben Sie nie hinterfragt? Für mich ist das einfach **nicht glaubwürdig**. Aber gut, mag so sein.

Ich frage Sie noch einmal: Wissen Sie, wer diese Anweisung gegeben hat, die Differenz, diese 2 110 €, an die JVP zu überweisen?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Es ist keine Überweisung gewesen. Das habe ich auch vorher festgestellt, sondern dieser Betrag ist **gutgeschrieben** gewesen und bei einer anderen Leistung in **Abzug** gebracht. Da ist keine Überweisung und kein Geld geflossen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Hohegger nennt in seiner Beschuldigtenvernehmungen und nennt in seinen Aussagen hier vor dem Ausschuss immer wieder die Person **Michael Fischer**, die er so beauftragt habe. Sie haben vorher gesagt, Sie können sich nicht daran erinnern, wer diese Person war, die jetzt

Ihnen den Auftrag gegeben hat, dieses Storno durchzuführen und eine neue Rechnung auszustellen. Hochegger nennt immer den Namen Michael Fischer.

Kann das vielleicht auch bei Ihnen Herr Fischer gewesen sein?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Ich selber kenne den Herrn Fischer nur sehr flüchtig. Wir haben uns vielleicht ein, zwei Mal bei einer Veranstaltung begegnet, aber ich habe zu ihm ansonsten keinen weiteren Bezug.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie jemals in dieser Causa mit dieser 96 000 €-Rechnung Hinweise oder Kontakte mit diesem Michael Fischer gehabt? Ist er Ihnen jemals untergekommen? (*Mag. Stimpfl-Abele: Nein!*) – Würden Sie sich aus heutiger Sicht noch einmal auf so etwas einlassen, ein Storno auszustellen und eine neue Rechnung an irgendeine Firma X auszustellen, von der Sie den Zusammenhang gar nicht kennen?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Wenn ich 2008 gewusst hätte, dass das vier Jahre später so ein Problem wird, hätte ich es natürlich nicht gemacht. Und vor allem – noch einmal –, ich habe darauf vertraut, dass es ein aufrechtes Rechtsverhältnis gibt zwischen der ÖVP und der Valora. (*Zwischenbemerkung des Abg. Amon.*)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und der Kollege Amon sagt: Passt! Also ist er zufrieden mit Ihnen. Das finde ich auch interessant. (*Neuerliche Zwischenbemerkung des Abg. Amon.*) Gut, er bestreitet das. Ich habe es aber so gehört.

Schlussfrage, weil Sie gesagt haben, Sie sind davon ausgegangen, dass es ein aufrechtes Rechtsverhältnis gibt zwischen der Valora und der ÖVP: Sind Sie nur davon ausgegangen, dass es da ein Rechtsverhältnis gibt – der wurde Ihnen gesagt, da gibt es ein Rechtsverhältnis zwischen der ÖVP und der Valora? Und: Wurde Ihnen der Inhalt dieses Rechtsverhältnisses geschildert?

Oder sind ausschließlich Sie von sich aus davon ausgegangen, dass es da ein Rechtsverhältnis geben muss?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Genau. Ich bin davon ausgegangen, dass es ein Rechtsverhältnis gibt und dass das der Grund ist, warum auch die Valora diese Leistungen übernimmt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt, Sie sind von sich aus davon ausgegangen, aber es hat Ihnen niemand konkret seitens der ÖVP gesagt, es ist okay, weil da haben wir ein Rechtsverhältnis, ein Geschäftsverhältnis zwischen ÖVP und Valora.

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Genau. Ich bin davon ausgegangen. Ich habe vertraut, dass dieses Rechtsverhältnis existent ist.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es gibt einen alten Spruch in diesem Zusammenhang, der lautet: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser! Den gebe ich Ihnen einfach einmal so mit. – Danke.

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Herr Petzner, als letzte Antwort auf Ihre Frage sage ich noch einmal: In keinem Fall war mir je bewusst, dass das Telekom-Gelder sind!

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Sie haben insgesamt 62 000 € rücküberwiesen.

Mit wem haben Sie diese Rücküberweisung abgeklärt, beziehungsweise ist das an **eine** Stelle gegangen?

Es könnte ja sein, dass die 15 Rechnungen, die Sie gestellt haben, von verschiedenen Konten bezahlt wurden. Also haben Sie die 62 000 € in **einem** sozusagen

rücküberwiesen und haben Sie mit irgendjemandem über diese Rücküberweisung gesprochen?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Nein, sondern da uns das Geld nicht zugestanden ist, sind diese 62 000 €, nachdem das Geld von der Valora eingegangen ist, auf zwei Tranchen rücküberwiesen worden, nämlich genau so, wie es damals von der ÖVP überwiesen worden ist. Das waren immer mehrere Rechnungen zusammen. Das waren einmal – ich weiß nicht – 25 000 € und einmal der Rest, und ich habe beide Male diese Beträge zur Gänze zurücküberwiesen, einfach an die Kontonummer, von der diese Zahlung gekommen ist, auf ein Konto.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Das müsste eher für die Buchhaltung der ÖVP überraschend gewesen sein, dass auf einmal 62 000 € zurückgekommen sind.

Zweite Frage: Haben Sie damals mit irgendjemandem von der JVP oder von der ÖVP darüber gesprochen, dass die Valora den Wahlkampf bezahlt hat und nicht die Mutterpartei?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Nachdem diese Bitte, die Rechnung an die Valora zu stellen, aus der Bundespartei kam, mit wem hätte ich sprechen sollen? Die Junge ÖVP hat mit dieser ganzen Rechnungsabwicklung überhaupt nichts zu tun gehabt, weil der Vertrag ja zwischen der **Bundespartei** und der **Agentur** bestand. Die Junge ÖVP hatte zur Abwicklung und Zahlung gar nichts zu sagen.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Also hat es keine Besprechung diesbezüglich gegeben. (*Mag. Stimpfl-Abele: Nein!*)

Zur Gutschrift über die 2 110 €, die sie ja der JVP zur Verfügung gestellt hat. Hat Sie da die Geschäftsführerin Thaler einmal gefragt, woher diese Gutschrift resultiert?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Nein, sondern ich habe ihr gesagt, es gibt ein Guthaben von 2 100 € bei uns am Konto. Es gab keinen weiteren Auftrag aus der Bundespartei, und wir haben dann diese Leistungen auf eine der nächsten Leistungen der Jungen ÖVP in Anrechnung gebracht. Damit war das auch auf null gestellt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie haben erwähnt, dass an sich das Umschreiben von Rechnungen auf andere Träger im Unternehmensbereich durchaus üblich ist, Mutterfirmen, Tochterfirmen, wo die Budgets auszuschöpfen sind, und Ähnliches.

Die Idee, dass die Firma Valora eine Tochterfirma der ÖVP wäre, die hat sich aber bei Ihnen nicht aufgedrängt?

Mag. Gabriela Stimpfl-Abele: Nachdem ich die Rechnung zu Handen Herrn Hohegger gelegt habe, hat sich diese Vermutung nicht aufgedrängt.

Obfrau Dr. Moser dankt – da es keine weiteren Zusatzfragen gibt – der Auskunftsperson Mag. Stimpfl-Abele, verabschiedet diese und erklärt die Sitzung für **geschlossen**.

Schluss der Sitzung: 18.12 Uhr

ANHANG

Die folgenden Einwendungen von Auskunftspersonen wurden gemäß § 23 Abs. 4 VO-UA vom Untersuchungsausschuss in seiner Sitzung vom 10. Mai 2012 als zulässig beschlossen:

**Einwendungen der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Dr. Boris NEMSIC gem.
§ 23 Abs. 4 VO-UA zum Wortprotokoll der 16. Sitzung des Untersuchungs-
ausschusses zur Klärung von Korruptionsvorwürfen am 15. März 2012**

1. Auf Seite 5 von 139, 7. Absatz (= vorletzter Absatz) muss es statt "Ich wurde 1998 relativ schnell mit dem damals sehr wichtigen Projekt betraut der ersten Auslandsinvestition der Mobilkom Austria in Kroatien, wo wir 1998 auch diesen **Sender** gewonnen haben."
richtig "Ich wurde 1998 relativ schnell mit dem damals sehr wichtigen Projekt betraut der ersten Auslandsinvestition der Mobilkom Austria in Kroatien, wo wir 1998 auch diesen **Tender** gewonnen haben." lauten.
2. Auf Seite 42 von 139, 12. Absatz (= vorletzter Absatz) muss es statt "Als Herr **Fischer** in seiner Eigenschaft als Zuständiger für Human Resources, fürs Personal eine äußerst unglückliche, um nicht zu sagen, blöde Äußerung gemacht hat..."
richtig "Als Herr **Schieszler** in seiner Eigenschaft als Zuständiger für Human Resources, fürs Personal eine äußerst unglückliche, um nicht zu sagen, blöde Äußerung gemacht hat..." lauten.